pisma posłane

Wężykowi

~~do m~~ z powodu obrad

w Reichsracie nad

reformą podatku

1864

i inne drobniejsze

podatkowe og.

№ 12038.

Rzewuski

2

Wskutek wezwania naszego z dnia 23° lutego r. b. l. 2437 raczyłeś Wp. Panie przyrzec napisanie dziełka popularnego w sprawie szacowania gruntów ustawą z dnia 24. maja 1869 zarządzonego. – Wobec rozpoczętych już czynności komisyj powiatowych dla podatku gruntowego Wydział krajowy upraszа Wpa Pana o rychłe przesłanie nam tego dziełka celem oddania go do druku i rozesłania do Wydziałów powiatowych dla rozdzielenia go między członków oznaczonych komisyj, – gdyż niektórzy członkowie tych komisyj upominają się o to za pośrednictwem Wydziałów powiatowych. –

We Lwowie, dnia 19. września 1870.

Krainski

Lewicki

Coll.

3

Nr 335.

Euer Hochwolgeboren!

Die an uns gesendeten Exemplare der „Bemerkungen über die Grundertragsabschätzungen nach dem Grundsteuergesetze" haben wir erhalten und mit denselben im Sinne Ihres werthen Schreibens vom 6. d. Mts verfügt. –

Czernowitz am 30. November 1870
Der Vereins Vice Präsident
[illegible]

Der Secretär
Zachar

S. Hochwolgeboren Herrn
Kornel Krzeczunowicz
in Bolszowce
Galizien

Herrn für [illegible]

S. Wolgeboren Herrn
Kornel Krecznowicz

No 335. in Lemberg ~~Bolszowce~~

Ulica Mujera No 666 2/4 Galizien



Wydział krajowy królestwa Galicyi i Lodomeryi z Wielkiem Księstwem Krakowskiem

N: 12038.

Do

Wielmożnego Pana Kornela Krzeczunowicza
właściciela dóbr ziemskich i posła na Sejm krajowy

Exoffo

we

Lwowie



postawie wszystkowi na odpo-
wiedź na gadanie
Plenera

6

In der 45. Sitzung des Abgeordnetenhauses stellte der Abgeordnete Wezyk den Antrag auf Streichung der Ausgaben für die in Galizien und in der Bukowina im Zuge begriffenen und bei der in Aussicht gestellten Grundsteuerreform unnütze Grundertragsschätzung.

Gegen diesen Antrag erwiderte der Hl. Finanz-Minister, es liege kein gesetzlicher Grund vor, um von den bestehenden Bestimmungen des Patentes vom Jahre 1817 abzugehen und die Gesetze nicht zu vollziehen.

Wenn aber das Patent vom Jahre 1817 die gemeindeübliche Bewirthschaftungsart und die gemeindeüblichen Auslagen zur Grundlage der Schätzung annehmen läßt, bei der Durchführung dieses Gesetzes aber die Gemeindeüblichkeit gar nicht berücksichtigt und geradezu verletzt wird, ist dieß die Vollziehung des Gesetzes?

Wenn veraltete, vor 40 Jahren in Niederösterreich, bei anderen Wirthschaftsverhältnissen, zur Zeit des Bestandes der Unterthansverhältnisse, verfaßte und für Galizien nicht vom Gesetzgeber erlassene, und zwar solche Schätzungsinstruktionen angewendet werden, welche die gesetzlich einzuhaltende, in den galizischen Wirthschaften dermalen bestehende Gemeindeüblichkeit geradezu verletzen, ist dieß die Vollziehung der Gesetze?

Wenn das in der a. h. Entschließung vom Jahre 1825 enthaltene Gesetz, welches die Ver-

./.

Katastralpreise dem Jahre 1824 entnehmen, und solche als die geringsten aus der Periode vom Jahre 1774 bis 1824 darstellen läßt, wenn ein auch in Galizien im Jahre 1825 kundgemachtes Gesetz die Preise des Jahres 1824 erheben ließ, um hierüber die damals noch gelegenen Notizen zu sammeln und diese Preise sicherzustellen, – wenn die ursprünglich sanktionirten Instruktionen die Holzpreise aus den 50 Jahren 1774 bis 1824 und aus den Josephinischen Operaten sammeln ließen, um hieraus die geringsten für den Kataster zu entnehmen, – wenn aber bei der Ausführung die eigens zum Zwecke des Katasters im Jahre 1826 durchgeführten Preiserhebungen hinweggeworfen, die Preise erhöhet, insbesondere die Katastralpreise aller Heugattungen bedeutend über jene der 1826ten Erhebungen und des Grundsteuerprovisoriums, die Katastralpreise des Holzes aus verschiedenen nicht im Gesetze liegenden Gründen, und sogar auch durch die vorschriftswidrige Berücksichtigung des höheren Werthes im Nutzholze, erhöhet und am willkührlichsten derart festgestellt werden, daß sie über das Doppelte der Preise des Grundsteuerprovisoriums betragen, daher das Gesetz, welches die (Katastral) Preise als die geringsten der 50jährigen Periode vom 1774 bis 1824 dargestellt wissen will, zur Unwahrheit wird, – ist das Vollziehung der Gesetze?

Wenn die Katastralpreise des Heues vorschriftsgemäß nach einem bestimmten im Jahre 1824 bestandenen lokalen Verhältnisse dieser Preise zu den Preisen der Hauptkörnergattung festzustellen waren, – wenn die durchschnittlichen Ergebnisse der zum Zwecke des Katasters im Jahre 1826. gepflogenen Erhebungen in Galizien

Resultaten zu benützenden Wirthschaftsrechnungen, sondern nur hie und da auf die, überdieß nicht gründlich ausgemittelten besten Ergebnisse der Rechnungen aus den besten Wirthschaften, mit Übergehung der anderen, berufen wird, – ist dieß die Vollziehung der Gesetze?

Wenn z. B., in der ursprünglich für Niederösterreich erlassenen Schätzungsinstruktion die Vorschrift enthalten war, daß die Arbeit des Dreschens, welche gewöhnlich mit dem 8. 9. 10. oder 11. Theile des gedroschenen Kornes vergütet wird, in dem üblichen Drescherantheile anzusetzen ist – wenn diese Vorschrift nur mit einer fiskalen Änderung, welche einen geringeren 10. 11. und 12. Theil der Körner als Drescherlohn andeutet, auch in die galizische Schätzungsinstruktion eingeflickt wird, obgleich in Galizien die Gewohnheit den Drescher mit einem Theile der Körner zu entlohnen gar nicht besteht, – wenn jedoch in Folge dieser Vorschrift und in Folge eines vor Jahren gedruckten Formulars, eine Ziffer des gemeindeüblich nicht bestehenden Drescherantheils in die betreffende Rubrik eingeflickt wurde, – ist dieß kein gehirnloser Vorgang, welcher nur der Form und nicht der Sache nachgeht? – Erst um das Jahr 1862 hat sich das Finanzministerium in Folge Vorstellungen bewogen gefunden, den Drescherlohn anders ausmitteln zu lassen, welche Ausmittlung jedoch durch dieselben Organe zu bewirken war, und zwar Anderes jedoch nicht Besseres zu Tage bringen konnte. – Durch zwölf volle Jahre 1850 bis 1861 wurde der nicht gemeindeübliche Drescherantheil eingestellt in die betreffenden Erhebungsprotokolle, welche auch von Gemeindevertretern gefertigt waren, worauf wieder auf einen unläug.

bare Art erhellet, dass diese Vertreter von der statt aus einer Masse von Ziffern bestehenden Schreibereien und von dem ganzen erkünstelten Schätzungssysteme gar nichts verstehen.

Wenn das Gesetz ausdrücklich die gemein-üblich erforderlichen, die thatbeständigen, in Galizien daher die in Galizien üblichen Kulturauslagen in Abzug bringen lässt, – wenn die Erfahrungen, ja die bekanntesten Gesetze der Natur es darweisen, dass die Kulturauslagen sich bei dem schlechteren, nur eine fünfmonatliche Arbeit im Felde zulassenden galizischen Clima im Verhältnisse zum Reinertrage höher stellen müssen, – wenn auch berühmte Nationalökonomisten auf Grund lehrreicher Erfahrungen die Kulturkosten im nördlichen und östlichen Europa höher darstellen, – wenn der vom bekannten Ökonomisten Roscher berufene andere bekannte Schriftsteller Haxthausen darstellt, dass z. B. bei sonst gleichen Umständen in dem Galizien nahegelegenen mittleren Russland 7 Pferde und Knechte bei einer solchen Wirthschaft erforderlich sind, welche im mittleren Deutschland nur 4 Pferde und Knechte erfordert, – wenn außer den klimatischen auch die anderen schlechteren Verkehrs- und Industrieverhältnisse Galiziens unwiderlegbar so gestaltet sind, dass die bei der Wirthschaft nothwendigen, und bei derselben erhaltenen Arbeitskräfte eine viel geringere anderweitig entlohnte Verwendung finden können, als in westlichen und insbesondere in den südwestlichen Kronländern, daher die Erhaltungskosten dieser Kräfte in Galizien in weit grösserem Masse der Grundwirthschaft zur Last fallen, – wenn aber

auf alle die erwähnten Lehren der National-Ökonomisten und auf die realen Verhältnisse, in welchen gerade die gesetzlich einzuhaltende Gemeindeüblichkeit liegt, <u>gar keine Rücksicht</u> genommen, wenn die Kulturauslagen nach den vor 40 Jahren für westliche Provinzen erlassenen, damals nicht einmal für diese Provinzen, und um so weniger für Galizien passenden, und die galizische Gemeindeüblichkeit offenbar <u>verletzenden</u> Vorschriften berechnet wurden, – ist dieß ein dem Thatbestande und dem Gesetze entsprechender Vorgang?

Wenn das Patent vom Jahre 1817 die gemeinüblichen Kulturauslagen in Abzug bringen läßt, daher diese Auslagen offenbar aus der Gemeindeüblichkeit zu ermitteln sind, – wenn aber bei der Ausführung dieses Patentes, <u>vor</u> der Ausmittlung der gemeindeüblichen Auslagen, sogleich beim Beginne der Schätzung in Galizien im Jahre 1851 Schemamuster von einem Inspektor oktroiirt, in der Schätzungsinstruktion <u>vorgedruckt</u>, und der Arbeitsaufwand in den Gemeinden nach diesen <u>im Voraus</u> gestellten Schemen berechnet wurde, – war dieß Vollziehung des Gesetzes?

Wenn die Generaldirektion des Steuerkatasters, in einer späteren Verordnung, die in Böhmen angewendeten Arbeitsaufwandsschemen den Schätzungsorganen zum allfälligen Gebrauche in Galizien übermittelt und darauf hindeutet, daß man von den weitläufigen zeit- und geldraubenden protokollarischen Erhebungen des Aufwandes absehen könnte, – ist dieß jenem Gesetze entsprechend, welches den ausgemittelten gemeindeüblichen Aufwand anrechnen lassen?

Wenn die Generaldirektion auf ihre oben-
erwähnte Verordnung von den Schätzungs-
Organen zur Antwort erhält, daß die böh-
mischen Schemen in Galizien nicht angewen-
det wären, daß minder liberale Schemen für
Galizien bereits in der Beilage der von die-
ser Direktion genehmigten Schätzungsinstruk-
tion <u>im Vorhinein gedrückt</u> waren, und in
Anwendung gebracht werden, und daß von
den protokollarischen Erhebungen des Äußeren
des nicht abzugehen wäre, weil diese Erhe-
bungen dazu erforderlich seien, um den Ge-
meinden <u>die Überzeugung beizubringen</u>,
daß die Kulturkosten in Abzug gebracht wer-
den, – wenn daher aus diesem Berichte sogar
offenbar hervorleuchtete, daß die Erhebungen
<u>nicht der Sache sondern der Form wegen</u> gepflogen
werden, über die Sache selbst aber <u>im Vorhinein</u>
im Bureau bereits entschieden wurde, – wenn
aber die Generaldirektion dessenungeachtet ei-
nen solchen Bericht zur genehmigenden Wis-
senschaft nimmt, – ist dies dem Gesetze ent-
sprechend?–

Entweder war das Gesetz wegen Abzug
gemeinüblicher Auslagen ausführbar, oder
war es unausführbar; im ersten Falle hätten
die gemeinüblichen Auslagen genau aus-
gemittelt und nicht im Vorhinein oktroirt wer-
den sollen; im zweiten Falle hätte die Behörde
eine Änderung des Gesetzes und die Abschaf-
fung jenes Systems begehren sollen, welches
die einzelnen Faktoren und Subfaktoren nach
der hierin in Ziffern nicht ausdrückbaren
Gemeinüblichkeit beziffern will. Es geschah
jedoch weder das eine noch das andere.

Wenn durch die Schätzungsorgane einerseits solche Zugarbeitspreise und den Erhaltungskosten ausgemittelt werden wollten, welche nur unter Voraussetzung eines sehr kleinen Arbeitsviehes und unter Voraussetzung einer schlechten oft auch unter die absolute Möglichkeit fallenden Fütterung des Viehes bestehen könnten, – andererseits aber in den festgestellten Arbeitsaufwandsschemen für dieses Vieh eine solche Leistungsfähigkeit angenommen wurde, welche kaum vom großen und bestgenährten Vieh erwartet werden kann, – wenn alle solche Sätze vom Ministerium genehmigt wurden, – ist diess ein gesetzlicher Vorgang? sind solche Ansätze den Gesetzen der Natur und dem Patente vom Jahre 1817 entsprechend? sind solche Ansätze nicht der Gemeinüblichkeit ja sogar der Möglichkeit zuwiderlaufend? liefern selbe nicht einen klaren Beweis eines starren und wahrhaft ungeheuren Fiskalismus, welcher bei jedem Faktor abgesondert geltend gemacht wird und sogar darauf vergisst, seine eigenen Ansätze unter einander in einem nationalökonomischen, in einem den Gesetzen der Natur entsprechenden Einklange zu halten?

Aus Anlass der allerhöchst sanktionirten Anträge der im Jahre 1860 bestandenen Immediatkommission wurden mit der Ministerial-Verordnung vom 5. Jänner 1863 neue Erhebungen der Kulturauslagen angeordnet, mit Rücksicht auf die neuen in den erwähnten Anträgen angedeuteten Abzugsgegenstände, nämlich der kürzeren Wintertage in Galizien, der doppelten (: lateinischen und ruthenischen) Feiertage

tage, der relativen Verwendbarkeit des
Zugarbeitviehes und der Erhaltungskosten
der Wirthschaftsgebäude und Ackergeräthe. –
Nur ein paar Monate Zeit wurde für die-
se Erhebungen gelassen und wurden da-
mit jene Organe beauftragt, welche die
vorjährigen Erhebungen auf die erwähnte
Art gepflogen haben. Konnte man von die-
sen Organen erwarten, daß sie binnen weni-
gen Monaten Besseres leisten werden, als
sie durch 16 Jahre geleistet haben? Konnte
man von diesen an die Einhaltung der Form
und nicht an gründliche Beurtheilung der
Sache gewohnten Organen erwarten, daß sie
der ihnen unbekannten galizischen Gemein-
üblichkeit Rechnung tragen werden?

Wenn, an den in Galizien nicht hinwegzuläug-
nenden kürzeren Wintertagen die im Kata-
ster in Anschlag gebrachten Arbeiten nicht ver-
richtet werden, so war die angeordnete Be-
rücksichtigung der kürzeren Wintertage in
der Art ausführbar, daß man aus der Zahl der
Arbeitsstunden der kürzeren Wintertage und
aus jener der längeren Sommertage ein
Durchschnitt hätte gezogen, und diese durchschnitt-
liche Stundenzahl der Bemessung der Arbeit
im [einem] Tage oder der Berechnung der Verwend-
barkeitstage im Jahre hätte zu Grunde ge-
legt werden sollen. – Anders geschah es je-
doch. – Die Schätzungsorgane konstatirten zwar,
daß die Zahl der Arbeitsstunden in den vier
Wintermonaten weit geringer sei als je-
ne in den acht übrigen Monaten; – sie glaub-
ten jedoch durch diese Konstatirung der Vorschrift
Genüge geleistet zu haben, – an eine Berück-
sichtigung

sichtigung dieser konstatirten kürzeren Tage dachten sie aber nicht, weil sie meinten, daß diese gerade für den Kataster angeordnete Berücksichtigung beim Kataster nicht anwendbar sei, ~~weil~~ indem beim Kataster (mit Ausnahme des Dreschens) nur jene Arbeiten in Anschlag kommen, welche an den längeren Sommertagen verrichtet werden. Gegen diese Ansicht der Schätzungsorgane fand das Finanz Ministerium nichts einzuwenden. Und so verschwand eine jener Erleichterungen, welche mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Landes zugestanden, und vom Herrn Finanzminister am 5. April im Hause der Abgeordneten hervorgehoben waren.

Ein weiteres Zugeständniß bestand in der angeordneten Berücksichtigung der Erhaltungskosten der Wirthschaftsgebäude. In den aus Westgalizien im Jahre 1864 eingelaufenen Akten war aber keine einzige Einschätzung der Gebäude und gründliche Berechnung der Erhaltungskosten zu sehen. Ueber diese Kosten wurden die angeordneten, kostspieligen und unnützen Protokolle gepflogen, und darin die sogenannten Angaben der Gemeinden verzeichnet. Auf diese unter einander divergirenden Angaben achtete man nicht und konnte auch nicht achten. Nach Ermessen wurden die Gebäudeerhaltungskosten mit 5. 8. 10. 12 fl ÖW jährlich für eine Bauernwirthschaft angenommen. Man dürfte glauben, daß diese Kosten sodann in den gedachten von den Schätzungsorganen festgestellten Beträgen in Abschlag gebracht würden. Allein dieß geschah nicht. Diese Kosten wurden nicht abgesondert berücksichtigt, sondern der Erhaltungskosten des Zug-

viehes

einfach zugeschlagen, und mit diesen letzteren durch die Zahl der fürs Zugvieh vermittelten Jahresarbeitstage dividirt, woraus sodann der Preis eines Zugtages entwickelt wurde. Hiernach fanden sich die Gebäudeerhaltungskosten in dem Preise eines Zugtages nur mit 2 oder 3 kr. Ö.W. repräsentirt, und da für eine mittlere Bauernwirthschaft von 8 bis 15 Joch Ackerfeld und 2 bis 5 Joch Grasland die Katastraloperate ~~eine~~ zirka ungefähr 25 bis 45 Zugarbeitstage ~~annehmen~~ fünf Wochen u. Tage, so kamen die im Preise eines jeden dieser Tage mit 2 oder 3 kr. steckenden Gebäudeerhaltungskosten für die ganze Bauernwirthschaft jährlich mit 1 fl bis 2 fl 30 kr Ö.W. in Anschlag!!! Hat die Immediatkommission, welche den Antrag auf Berücksichtigung der Gebäudeerhaltungskosten stellte, einen solchen Vorgang im Sinne gehabt? – Diesen Vorgang hat jedoch das Finanzministerium gutgeheißen.

Aber auch die erwähnten auf 1 bis 2½ fl jährlich eingeschränkten Gebäudeerhaltungskosten sind in der Wirklichkeit nicht zur Geltung gekommen, denn ungeachtet man vorgab, daß diese Kosten ebenso wie die anderen Zugeständnisse, nämlich die relativen Verwendbarkeit der Bezüge, die doppelten Feiertage, die Anschaffungskosten der Ackergeräthe – bei der Entwicklung der Zugarbeitspreise ihre Berücksichtigung gefunden hatten, so wurden doch diese ~~Preise~~ Zugarbeitspreise durch das Finanzministerium ‡ zuletzt so festgestellt, daß darin die Berücksichtigung der erwähnten Zugeständnisse gar nicht zu finden ist, denn in den festgestellten Zugarbeitspreisen finden nicht einmal die Kosten der Fütterung

‡ Mittelst Verordnung vom 19 Nov. 1864

wendung eines solchen Wechsels ihrer Deckung, welches
die in der angenommenen Verwendbarkeit und
in den festgestellten Schemen vorausgesetzte Ar-
beit zu leisten im Stande wäre. – Die ersten soge-
nannten Zugeständnisse sind daher ~~bei~~ in der künf-
tigen Hineinverwebung derselben in die Entwick-
lung der Ertragspreise, wie die Karten in den
Händen eines Bosco, verschwunden.

Solche, durch Se. Exzellenz den Herrn Finanz-
Minister hervorgehobenen Erleichterungen brau-
chen wir nicht. Auf Begünstigungen vor ande-
ren Provinzen wollen wir nicht in Anspruch
nehmen. Aber eine der galizischen Gemeinde-
üblichkeit und den Produktenpreisen des Jah-
res 1824 entsprechende Grundertragsschätzung ha-
ben wir das Recht zu fordern, wenn die eine
~~solche~~ Schätzung zum Behufe des stabilen Kata-
sters anordnenden Gesetze noch vollzogen
werden sollen. –

Seine Exzellenz der Herr Finanzminister
glaubten, es sei kein Grund vorhanden von
den Bestimmungen des Patentes vom Jahre
1817 abzugehen, und es wäre ein gesetzwidriger
Vorgang im administrativen Wege Handlungen
die bloß im Vollzuge eines Gesetzes geschehen
sind, abzuändern.

Wir glauben aber, daß es auch ein gesetzwi-
driger Vorgang ist, wenn beim Vollzuge der
Gesetze im administrativen Wege Handlun-
gen vorgenommen werden, welche demselben
Gesetze zuwiderlaufen. Und dieß geschieht ge-
rade in allen Details der Grundertragsschätzung
in Galizien, da die bei dieser Schätzung gesetzlich
einzuhaltende Gemeindeüblichkeit, sowohl im We-
ge der unpassenden Schätzungsinstruktionen, als
auch im Wege der Vollziehung derselben durch

die mit dieser Gemeindeöffentlichkeit unbekannten Organe verletzt wird.—

In Bezug auf diese Organe sagt das Patent vom Jahre 1817 ausdrücklich, daß sie mit den Local- und ökonomischen Verhältnissen des Distriktes, für welchen sie aufgestellt sind, genau bekannt sein sollen, denn offenbar sind andere Organe unfähig eine Schätzung zu durchführen, welche diesem Patente gemäß nicht aus Büchern im Bureau zu fabriziren, sondern nach der localen Gemeindeöffentlichkeit durchzuführen ist. War es nun eine von Seiner Excellenz als nothwendig hervorgehobenen Vollziehung des Patentes und nicht vielmehr eine Verletzung desselben, so wie der Natur des Geschäftes zuwiderlaufen, der Vorgang, wenn man nicht die mit den localen Verhältnissen der galizischen Distrikte bekannten Leute, sondern andere, aus Böhmen und Ungarn nach Galizien als Schätzungsorgane hereinschickt hat.

Unter den Anträgen der im Jahre 1860 bestandenen Immediatkommission war für die Schätzung jener (Antrag) der wichtigste, welcher zu Schätzungsorganen Landeskinder wählen läßt, die mit der Landessprache und den wirthschaftlichen Landesverhältnissen genau bekannt sind. Mit a. h. Entschließung vom 7. Februar 1861, welche vor den Februarpatenten erlassen und als Gesetz angesehen wurde, sind die erwähnten Anträge sanktionirt und deren Anwendung ausdrücklich angeordnet worden in den Ländern, in welchen die Katastralschätzung sich im Zuge befindet. Doch fand das Finanzministerium in seinem Erlasse vom 15. Mai 1861 Z. 2250 die Anwendung des gedachten allerhöchst sanktionirten und eigentlich nur die Bestimmung des Patentes vom

Jahre 1817 wiederholenden Antrages bei den in Galizien mitten im Laufe (ipsissima verba) befindlichen Schätzungsoperationen unthunlich; ja das Finanzministerium berief noch im J. 1863 einige Schätzungsorgane aus Böhmen nach Galizien.

War dieß eine Vollziehung des Gesetzes? –

Wenn das Finanzministerium dem Gesetze zuwider Schätzungsorgane anstellt, welche die lokalen Verhältnisse nicht kennen und meistens noch wegen Unkenntniß der Landessprache sich weder mit den Gemeinden verständigen, noch die zu benützenden Dokumente lesen und auslegen können, so darf es kein Wunder nehmen, daß diese Organe ihrerseits die gesetzlich einzuhaltende Gemeindeöffentlichkeit außer Acht lassen, und diese für sie unerfaßbare Gemeindeöffentlichkeit mühevoll zu studiren, um so weniger geneigt sind, als dieß nach ihrer hergebrachten Gepflogenheit gar nicht nothwendig ist, indem nach dieser Gepflogenheit die Faktorensätze nach den bald in speziellen Vorschriften vorgedruckten, bald sonst hergebrachten in den Bureau gebildeten Verhältnißzahlen gebildet werden. –

Nur der Form wegen werden Erhebungen gepflogen, wie wir dieß bereits erwähnt haben.

Unter den gesammelten verschiedenen Behelfen werden zur Begründung der im Bureau festgestellten Sätze jene ausgesucht, welche dem Fiskalismus entsprechen und die Billigkeit der [illegible] Sätze darweisen. Überdieß werden die ausgesuchten Behelfe oft noch in der angewohnten fiskalen Richtung bearbeitet und zugeschnitten, in fiskaler Richtung irrig dargestellt, und ~~diese~~ noch in fiskaler Richtung überschritten. Beweise über eine solche Behandlung der Behelfe so wie über

Verwirrungen

Verwirrungen bei Benützung der schriftlichen, in Landessprache geschriebenen, den Schätzungsorganen unverständlichen Behelfe haben die zu den Berathungen bei der Krakauer Finanz-Landes-Direktion im v. J. berufenen Vertrauensmänner in hinreichender Zahl dargelegt. – Diese voluminösen Darlegungen der Vertrauensmänner haben den Zweck erreicht, daß sie neben den übrigen Akten ruhen. Zu einer Prüfung, Verifizirung und Verbesserung der Erhebungen konnten es die Vertrauensmänner nicht bringen. Die vom Herrn Finanzminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. April erwähnte Ministerialkommission, um deren Entsendung die Vertrauensmänner vorzüglich zum Zwecke der Prüfung der Akten gebeten haben, kam nicht zu Anfang der Berathungen, sondern viel später und da ihre Tagungszeit auf drei Wochen beschränkt war, so wollte und konnte sie sich nicht einmal mit der Prüfung der von Vertrauensmännern gegen die Erhebungsakten vorgebrachten Ausstellungen befassen. –

Aus diesen Ausstellungen hätte sie doch unter andern, z. B. erfahren, daß in einem großen Theile Westgaliziens die höhere Verwerthung des Bau- und Nutzholzes zur _Erhöhung_ der Holzpreise in den Operaten _vorschriftswidrig_ benützt wurde, und es hätte sodann das Finanzministerium nach einer solchen Erfahrung in seiner Begründungsschrift zum neuen Grundsteuergesetze vielleicht die, wenigstens in betreff Galiziens _unrichtige_ Behauptung nicht aufgestellt, daß nach dem dermaligen Verfahren beim stabilen Kataster die höhere Verwerthung des Nutzholzes _nicht_ berücksichtigt wird.

Wenn man tausendzentnerige Akten zusammenschreiben läßt und diese Schreiberei streng zu beaufsichtigen entweder nicht kann oder nicht will, so muß es dazu kommen, daß man nicht mehr weiß, was in diesen Akten vorhanden ist.

Was die erwähnte Ministerialkommission anbelangt, so konnte sie wol nur jenen Zweck erreichen, daß Seine Exzellenz der Herr Finanz-Minister im Abgeordnetenhause von ihrer Tagung in Krakau hat erwähnen können. – Diese Kommission konnte nicht während ihrer paar Tagungswochen die in Bezug auf einige Schätzungsfaktoren vorgelegten Aktenzentner weder prüfen noch lesen, und um so weniger jene Fehler verbessern, welche in diesen und in den übrigen mehreren hundertzentnerigen Akten und Zifferzusammenstellungen durch 14 volle Jahre begangen waren. Solche Kommissionen können zu ersprießlichen Resultaten ebenso wenig führen, wie die Berufung der Vertrauensmänner zu den von Zeit zu Zeit über einzelne Faktoren stattfindenden Berathungen, bei denen die vorgelegten Aktenstöße nicht geprüft werden wollen, und im Beisein der Vertrauensmänner nichts entschieden wird. – Nicht der Berathungen über fertige zusammengeschriebene Aktenzentner, sondern einer stetigen Aufsicht bei der Zusammenschreibung derselben bedarf es. – Diese Aufsicht ist aber in die Hände der Inspektoren gelegt, denen die lokalen Verhältnisse ebenso wie den Kommissären unbekannt, denen auch nur die Zifferzusammenstellungen in den Bureaux eigen sind. – An eine Aufsicht von Seite der galizischen Finanz-Landesdirektionen ist wol nicht gedacht worden, da

für die Katastralsachen Finanzräthe als Referenten aufgestellt würden, welche sich in ihrem Leben mit keiner Landwirthschaft befaßt haben.

Was würden die Grundbesitzer in den deutschen Provinzen dazu sagen, wenn man bei ihren Schätzungsorganen anstellen würde, welche die deutsche Sprache und ihre (Wirthschafts)-Verhältnisse nicht kennen, – wenn man für die Schätzungssachen bei der Landesbehörde Referenten aus anderen nicht deutschen Ländern anstellen würde, welche sich mit Landwirthschaft nie befaßt haben, – wenn endlich die definitive Entscheidung einem Finanzministerium anheimstellen würde, dessen Beamten die Kenntniß der wirthschaftlichen Verhältnisse der deutschen Provinzen nicht zugemuthet werden kann. –

Ein solches Loos trifft jedoch Galizien, und wolle der Hohe Reichsrath erwägen, ob eine solche Grundertragsschätzung in Galizien nicht noch minder zweckmäßige Ergebnisse liefern müsse, als die von den Finanzbehörden gehandhabte Verwaltung der Staatsgüter. –

Die durch alle Faktoren verfolgten fiskalen Tendenzen müßten noch fiskalere Resultate aus der Combination dieser Faktoren herausbringen. Die herausgebrachten Reinerträgnisse sind so gestaltet, daß sie, in dem bereits seit 1852 eingeschätzten Großherzogthume Krakau, die in den gräflich-Potockischen Gütern dermalen erzielten Pachtzinse um 61% und die aus 72 Pachtfällen von einem Ministerialkommissär im Jahre 1861 erhobenen Pachtzinse um 18% übersteigen, obgleich bei der Schätzung die Produktenpreise des Jahres 1824 zur Grundlage genommen worden und diese Preise 3 bis 4mal geringer waren als die Produktenpreise

aus den Jahren, aus welchen die Pachtzinse erhoben wurden. – Was für Reinerträgnisse würde man ~~dann~~ ausmitteln, wenn man in den Operaten die neueren Produktenpreise jenen des Jahres 1824 substituirt?. – Hat der Kataster auch in anderen Kronländern solche Resultate herausgebracht?. –

Die in der ministeriellen Denkschrift über die direkten Steuern und ihre Reform angeführten Vergleichungen zwischen den Katastralreinerträgen und den Pachtzinsen aus den Jahren 1856 bis 1858 stellen in den anderen katastrirten Ländern ganz andere, nämlich solche Resultate dar, daß die Pachtzinse in den einzelnen Kronländern um 60 bis 243% und in den 11 katastrirten Kronländern zusammengenommen um 110% größer sind als die Katastralreinerträgnisse. –

Der Grund der Ueberschätzung Galiziens ist nicht nur in dem Umstande zu suchen, daß Galizien zuletzt eingeschätzt, daher der neueste bessere Bodenkulturzustand in Berücksichtigung kommt. Der Grund dieser Ueberschätzung ist vielmehr darin zu suchen, daß die veralteten auf die neuen Bodenkulturzustände, auf die Zeit- und Landesverhältnisse unpassenden Schätzungsinstruktionen in Galizien angewendet wurden, und die Durchführung der Schätzung Organen anvertraut ist, welche die lokalen Verhältnisse nicht kennen, zu diesem Geschäfte vollkommen unfähig sind, und bei allen Faktoren die Sätze nicht nach der gesetzlich einzuhaltenden Gemeinüblichkeit und Wirklichkeit, sondern aus Büchern und aus den aus anderen Ländern hergebrachten Ansichten feststellen, und hiebei statt ihren Eifer für das drückende Steuer bekunden. Ein weiterer wichtiger Grund

–:

der Ueberschätzung liegt darin, daß die Leitung des Geschäftes in neuerer Zeit von den politischen auf die Finanzbehörden übergegangen ist, welche die Vertheidigung der Interessen des Aerars sich angeeignet haben und darüber den einzigen Zweck des Katasters, nämlich die Gleichmäßigkeit der Steuerumlage, außer Acht lassen. In neueren Zeiten ist die Finanznoth von Jahr zu Jahr größer geworden, mit ihr steigen die fiskalen Tendenzen der Finanzbehörden und verschaffen sich Geltung, auf welche immer für eine Weise.

Möge uns erlaubt sein noch einen Beleg für diese grenzenlose, jedes gerechte und gesetzliche Maß überschreitenden Tendenzen anzuführen. – Diesen Beleg liefert uns eine Verordnung, welche Galizien gerade jener Ministerialkommission zu verdanken hat, deren Berufung in Krakau von Sr. Exzellenz dem Herrn Finanzminister im Abgeordnetenhause in der Sitzung vom 5. April hervorgehoben wurde.

Diese Verordnung betrifft die Sammlung und Verwendung der Daten über die Kauf und Kaufpreise der Grundstücke, welche die Schätzungsinstruktion zu benützen anordnet, und zwar zur Begründung und Rechtfertigung (§§. 34 bis 36, 79 bis 84, 213, 214) auch zur Korrigirung (§. 198) der ermittelten Reinertrages, und in manchen Fällen sogar zur Feststellung der Reinertragsziffer, (z. B. §. 117 und 186.). Die Benützung der Daten über die Kauf und Pachtwerthe der Grundstücke war unumgänglich nothwendig, um die erkünstelte ideelle Schätzung in ihren Resultaten nicht allzustark von der Wirklichkeit abweichen zu lassen; diese Benützung fand auch statt in allen Ländern, wo die Ertragsschätzung vorhin zu Stande kam. – Die Erfahrungen aus den galizischen Katastralakten lehrten jedoch, daß

ungeachtet der Anordnung wegen Sammlung der größtmöglichsten Zahl solcher Daten. Diese Sammlung jedoch zum Theile sehr mangelhaft, nach Belieben und mit größter Willkühr zu Stande gebracht, zum größten Theile aber ~~ganz~~ vernachläßigt wurde, welches ~~grundsätzlich~~ auch dem Umstande zuzuschreiben ist, daß es dem h. Finanzministerium gefallen hat nur solche Schätzungsorgane anzustellen, welche die polnischen Kauf- und Pachtverträge zu lesen und auszulegen nicht verstehen. Es genüge hier anzudeuten, daß in den Katastraloperaten des ganzen Großherzogthums Krakau sich auf ~~einen~~ einzigen Kauffall berufen wurde, und dieser war eine Expropriation zum Zwecke der Staatseisenbahn!! Kann man sich einen größeren Fiskalismus denken?! Aus dem ganzen mehrere Hundert Gemeinden umfassenden Rzeszower Inspektorate wurden dem im J. 1861 entsendeten Ministerialkommissär die durch Schätzungs-Organe gesammelten Kauf und Pachtfälle aus nur 26 Gemeinden übergeben und unter diesen befanden sich <u>10 Stadtgemeinden</u>, in welchen die Grundstücke offenbar einen höheren Werth haben. Auch betrafen die meisten gesammelten ~~Pacht~~ Kauffälle einzelne Grundparzellen, aus welchen in Galizien auf die Werthe des Bodens, um so weniger zu schließen war, als es hierlandes nur in Städten, sonst aber keine frei theilbaren oder Ueberlandsgründe, ~~z~~ wie in den anderen Kronländern, gibt, weil der Boden auf dem Lande in Galizien den gesetzlich untheilbaren Wirthschaften angehört. – Auf diese Verhältnisse achtete man in den von Wien aus oktroirten Instruktionen nicht. – Ferner ist zu erwähnen, daß die Schätzungsinstruktion nicht das Datum ihrer ursprünglichen, in die Jahre 1826 bis 1828 fallenden Erlassung hatte, sondern ohne Datum herausgegeben wurde, und da diese Instruktion die Daten über Kauf- und Pachtwerthe vor-

./.

züglich aus den letzten 6 Jahren sammeln läßt, so mußten Zweifel darüber entstehen, welche sechs Jahre hier zu verstehen und wie die allenfalls aus der Neuzeit angewendeten Daten bei einer Schätzung, welche die 1824er Produktenpreise zur Grundlage hat, anzuwenden seien. In den sieben südwestlichen Kronländern, wo die Grundertragsschätzung vor dem J. 1848 beendet war, konnten natürlich die Daten über die Grundwerthe nur aus den dem J. 1848 vorangegangenen viel wohlfeileren Jahren in Mähren und Schlesien höchstens nur bis 1849 gesammelt werden. In den später eingeschätzten Ländern, namentlich in den zuletzt eingeschätzten Theilen dieses Kronlandes, wurden, in so weit wir es in Erfahrung bringen konnten, die erwähnten Daten bis zum J. 1824 zurück gesammelt. Wir vermuthen auch, daß man dort eher die älteren Daten benützte oder die neueren entsprechend reduzirte, zumal ein aus Böhmen nach Lemberg gesandter Oberinspektor in einem Gutachten die Ansicht äußerte, daß die Grundwerthe der Neuzeit im Verhältnisse zu den Produktenpreisen des Jahres 1824 reduzirt werden. In den über die vernachlässigte, mangelhafte, willkürliche Sammlung der Grundwerthe aus Galizien eingegangenen Vorstellungen war die Bitte gestellt, daß die Daten über die Grundwerthe, ohne fiskale Rücksicht unter denselben gesammelt, durch mit lokalen Verhältnissen bekannte Männer geprüft, ferner, daß bei einer Schätzung, welche die Produktenpreise des J. 1824 zur Grundlage nimmt, nur die Kauf- und Pachtwerthe aus der diesem Jahre nahen Periode zu benützen, oder die aus der Neuzeit gesammelten Grundwerthe in entsprechender Weise zu reduziren seien.

Auf diese letztere Bitte ist das Finanzministerium im Erlasse vom 5. Jänner 1863 eingegangen, indem es ~~die Anordnung ertheilt~~ verordnete, daß die erwähnten Daten, ihre Auswahl unter denselben, durch die Steuerämter einzuziehen und entsprechend zu reduziren sind.

Dieß war die alleinige resultatversprechende Errungenschaft der sämmtlichen bisherigen Vorstellungen, und wurden auf weitere angemessene Entwicklung dieser Errungenschaft in der Richtung dringende Bitten gestellt, damit die Sammlung, Prüfung und Zusammenstellung der erwähnten Daten nur auf beweiskräftigen schriftlichen Urkunden unter Mitwirkung der mit lokalen Verhältnissen bekannten Männer (: Vertreter der Grundbesitzer :) geschehe, da diese Männer einerseits ein solches Agendum besser als die Schätzungsorgane zu Stande bringen, und andererseits bei diesem Agendum eine Aufgabe zu lösen haben werden, welche ihnen viel geläufiger und verständlicher ist, als jene künstlich in einer Unmasse von Akten dargestellte Entwicklung und Kombinirung der Sätze für die einzelnen Subfactoren und Faktoren, zu deren Berathung die sogenannten Vertrauensmänner berufen werden wollen, obgleich ihre Mitwirkung hiebei stets nutz- und resultatlos bleiben muß, da sie diese künstlichen in ihrer Praxis nie vorgekommenen Entwicklungen und Kombinirungen nicht gehörig beurtheilen, und ihre Ansichten hierüber, schon wegen Mangel an ziffermäßigen verläßlichen und Beweiskraft habenden Behelfen, nicht erweisen können.

Doch sind diese Bitten nicht erhört worden und hat das h. Finanzministerium sogar in dem Erlasse vom 19. November 1864 den betreffenden Absatz des früheren Erlasses vom 5. Jänner 1863 zurückgezogen.

Der Erlaß vom 19. November 1864 wurde gerade in Folge der vom Hr. Finanzminister hervorgehobenen Tagung der Ministerialkommission in Krakau hinausgegeben. Zu Folge dieses Erlasses sollen die Brutto- und Kaufpreise der Grundstücke aus den Jahren 1855 bis 1864 gesammelt und ohne irgend eine Reduktion benützt werden. In diesen Jahren war aber das Gold und Silberagio bedeutend. In den Jahren 1855 bis 1857, während des Krieges im Oriente, hatten die Produktenpreise in Galizien eine bisher nie bestandene Höhe weil eine große Armee in Galizien stationirt war. Die Durchschnittspreise der Produkte aus den zehn Jahren 1855 bis 1864 waren viermal größer als die Produktenpreise des Jahres 1864, welche im Kataster angewendet werden sollen.

Wie kann man sich die Anwendung der diesfälligen Bestimmung des Erlasses vom 19. November 1864 vorstellen, wenn man sie in Zusammenhang nimmt mit den in Kraft bestehenden §.§. 117, 186, 198, 213 und 214 der galizischen Schätzungsinstruktion! Wenn z. B. der Reinertrag der Weide in Folge d. Erlasses vom 19. November 1864 aus den in den Jahren 1855 bis 1864 vorgekommenen Pachtungen erhoben wird, so muß zu Folge §. 186 der Schätzungsinstruktion der vorschriftsgemäß nach den geringsten Heupreisen des J. 1824 zu bewerthende Naturalertrag der Weide so festgestellt werden, damit nach Abzug der Kulturkosten, der Pachtzins der viermal theuereren Jahre 1855 bis 1864 als Reinertrag resultire!!!

Solche Vorschriften können offenbar jenen Schätzern nicht entsprechen, welche die gemeinübliche Bewirthschaftungsart und die geringsten 1824er Preise zur Grundlage der Schätzung nehmen lassen. Solche Vorschriften sind nicht

zur Vollziehung dieser Gesetze sondern zur Verletzung derselben geeignet.

Solche Vorschriften können die fiskalen Tendenzen nicht beseitigen, sondern ihnen neue Nahrung verschaffen.

Solche Vorschriften können nicht die vom Hr. Finanzminister hervorgehobene Gleichmäßigkeit mit anderen Provinzen, sondern gerade die größte Ungleichmäßigkeit herbeiführen.

Den verletzten Absatze der diesfälligen in Beilage D des h. Finanzministerialerlasses vom 19. November 1864 enthaltenen Bestimmungen ist überdieß noch beygebracht, daß in Fällen das Ergebniß der Katastralschätzung sich gleich oder _gar höher_ stellen würde als die Kauf- und Pachtpreise der Grundstücke aus den Jahren 1855 bis 1864, eine Untersuchung der auf beiden Wegen erhaltenen Daten zwar vorzunehmen, jedoch in eine Aenderung des Schätzungs-Ergebnisses _nur dann_ einzugehen sei, wenn dieß ohne Störung des richtigen Verhältnisses mit den anderen Bodenklassen und angrenzenden Gemeinden geschehen kann.

Allein die Schätzungsorgane haben die Richtigkeit dieses Verhältnisses bereits in der durch sie bewirkten Schätzung schon erkannt, und kann ihnen nicht zugemuthet werden, daß sie dasselbe dermalen als unrichtig werden erkennen wollen.

Überdieß können sich die Fälle – daß die mit Zugrundelegung der 1824er Produktenpreise bewirkte Schätzung gleich oder höher sei, als die aus den Jahren 1855 bis 1864 entnommenen Preise der Grundstücke – umso weniger ereignen, als im bezogenen h. Finanzm. Erlasse nicht die Sammlung und Benützung _aller_ ~~der~~ Kauf- und Pachtfälle, _ohne Wahl_ unter denselben, angeordnet, sondern sowohl die Wahl als auch

die Prüfung der Fälle, die Berechnung der Preise
der Grundstücke aus denselben, dem Ermessen der
Schätzungsorgane überlassen und nicht einmal fest-
gestellt wurde, daß die Kauf- und Pachtpreise
zu erweisen ~~wären~~ seien durch beizuschließende authen-
tische Abschriften der rechtsverbindlichen Kauf- und
Pachtverträge, welche zur gründlichen Prüfung
der dargestellten Kauf- und Pachtpreise immer,
gänzlich nothwendig sind; ja es ist in Bezug
der I. Classe sogar angedeutet, daß die Pacht-
fälle im Wege protokollarischer Einvernehmung
der Gemeindeausschüsse zu erheben sind. Die-
se Anordnungen wurden erlassen, ungeachtet
der bisherigen dringendsten Vorstellungen, ungeachtet der
in vielen Schriften und insbesondere während
der vorjährigen Berathungen in Krakau dar-
gestellten zahlreichen auf vernachlässigte oder
fehlerhafte Benützung der Behelfe deutenden
Fälle; der Fälle in welchen die Schätzungsor-
gane die in Landessprache geschriebenen Do-
kumente gar nicht zu lesen und auszulegen
verstanden, und auch aus diesem Grunde zur
Benützung dieser Dokumente nicht geneigt
waren, wie z. B. im Großherzogthum Krakau
wo sie den Vorschriften zuwider gar keine Kauf-
und Pachtfälle benützt haben; – der Fälle, in
welchen die Schätzungsorgane die Behelfe nicht
gründlich geprüft, aus den Dokumenten fehler-
hafte Auszüge gemacht, solche fehlerhaft ausge-
legt und dargestellt haben; – der Fälle, in wel-
chen sie mit Gemeindeausschüssen sich nicht
verständigen konnten und <u>in den durch sie ge-</u>
<u>pflogenen Einvernehmungsprotokollen</u> mit den
sich in derlei Sachen nicht auskennenden Ausschüssen
solche Sätze zu Tage gebracht wurden, welche
nicht nur der Wirklichkeit, sondern auch der
(Möglichkeit zuwiderlaufen, wie z. B. die Sätze
der täglichen Fütterung des Arbeitsviehes)

mit 5, 6, 7, 8 fl. Grundwerth; — der Fälle, in welchen dabei unmögliche Sätze zur Begründung der Anträge der Schätzungsorgane benützt waren, — der Fälle, in welchen die Durchschnittsergebnisse der Erhebungen durchaus irrig und in fiskalischer Richtung dargestellt waren; der zahlreichen Fälle in welchen die Ansätze der Schätzungsorgane nicht einmal im national-ökonomischen Einklange unter einander standen; — endlich der vorgewiesenen Fälle und Akten, aus welchen insgesammt zu entnehmen war, daß die Schätzungsorgane ihre Ansätze nach ihren Ansichten auch vor den Erhebungen in den Bureaux bilden, und zur formellen Begründung derselben in fiskalischer Richtung die Materialien wählen, und solche in derselben Richtung bearbeiten und darstellen.

In Folge der erwähnten Anordnungen des h. Erlasses vom 19. November 1864 ist auch die Hoffnung verschwunden, daß in der ohne Einseitigkeit und Fiskalismus zu bewirkenden Sammlung, Prüfung und Darstellung aller Kauf- und Pachtpreise und in der summarischen Vergleichung dieser Preise mit den Schätzungs-Resultaten ein Anhalt gefunden wäre, welcher zwar die enormen und nur durch eine neue Schätzung zu beseitigenden Ungleichmäßigkeiten im Innern des Landes nicht abhalten, doch wenigstens der gesetzgebenden Gewalt, welche über die Einführung des Katasters in Galizien zu beschließen hat, den einzigen entsprechenden Anhaltspunkt zur Beurtheilung der Schätzungsresultate in ihrer Gesammtheit, daher auch zur Beurtheilung der Größe der Steuerauflage zu Gebote stellen würde. —

Die unrichtige nach unpassenden Vorschriften durch unfähige, mit lokalen Verhältnissen unbekannte Organe in Galizien bewirkte Grundertragsschätzung ist auf dem Wege der Besserung

nicht begriffen. Bei den dermalen angenommenen Schätzungsgrundsätzen, welche den Zeit- und Landesverhältnissen gar nicht entsprechen, ist auch diese Schätzung unverbesserlich. Sie kann nur solche Resultate zu Tage bringen, deren Anwendung zu einer ungleichen, ungerechten Steuerumlage, zur Gefährdung oft auch Zerrüttung der Credits und Vermögens-Verhältnisse führen muß.

Die Operate einer solchen Schätzung können nicht, wie es der k.k. Finanzminister meinte, bei einer durch das Steuerreformgesetz in Aussicht gestellten neuen Schätzung zum Anhaltspunkte dienen, denn diese unrichtigen Operate würden nur auf die neue Schätzung einen beirrenden Einfluß ausüben.

Wir müssen daher als Vertreter des Landes gegen den dargestellten Schätzungs-Vorgang Klage führen, und der Fortsetzung dieser ungerechten Schätzung auf das feierlichste entgegentreten. —

die Preisverhältnisse zwischen dem Heu und den Körnergattungen gerade jenen Verhältnissen ähnlich darstellen, welche in den Katastraloperaten der alteingeschätzten Provinzen ähnlich waren, – wenn man aber bei der Feststellung der Heupreise in Galizien die Erhebungen des Jahres 1826 und ihre Preisverhältnisse außer Acht läßt, und die Heupreise bedeutend erhöhet hat, – ist dieß
zur Wahrung der verlangten [illegible]
(zum Zwecke der vom Herrn Finanzminister hervorgehobenen Gleichmäßigkeit mit andern Provinzen geschehen?

Wenn man die Katastralpreise welche sich gesetzlich als die geringsten der 30 jährigen Periode 1794 bis 1824 darzustellen haben, nicht aus den, die Lokalpreise aus dieser Periode darstellenden Verhältnissen behalten (nämlich nicht aus den zum Zwecke des Katasters gepflogenen Erhebungen des Jahres 1826, in welchem Jahre die Preise des Jahres 1824 den Leuten noch erinnerlich waren, und nicht aus den Akten des Grundsteuerprovisoriums vom Jahre 1820) entnimmt, sondern diese Behelfe verwirft, und nach Verlauf von 30 bis 40 Jahren neue Erhebungen über die Preise des Jahres 1824 in den Gemeinden pflegt, – wenn man bei diesen Erhebungen den Gemeinden die im Jahre 1826 erhobenen Preise und die Preise des Grundsteuerprovisoriums nicht vorzeigt, sondern ihnen höhere Preise vorschlägt, welche beinahe alle Gemeinden willig annehmen, weil sie einerseits diese Preise weit geringer vorgeschlagen sehen, als die dermaligen Preise es sind, anderseits aber offenbar nicht wissen können, ob die ihnen vorgeschlagenen Preise mit jenen des Jahres 1824 übereinstimmen und die geringsten aus der Periode von 1794

–/.

bis 1824 sind, — wenn man ferner auf solche Einverständnisse der Gemeinden sich beruft und selbe dazu benützt, um die dem Fiskalismus angenehmeren höheren Preise zu begründen, — kann dieser Vorgang als Vollziehung des Gesetzes ja <u>sogar als redlich</u> angesehen werden?

Wenn das Patent vom J. 1817 und die im Jahre 1826 sanktionirten Schätzungsgrundsätze offenbar darauf hinweisen, daß der Naturalertrag auf Grund der gemeindeüblichen Bewirthschaftsart nach den mittleren durchschnittlichen Ergebnissen auszumitteln ist, — in der Ausführung dieses Gesetzes aber die Naturalertragssätze bei Waldungen nicht aus Durchschnittsergebnissen der doch hie und da aufscheinbaren Wirthschaftsrechnungen oder aus sonstigen sachverständigen Erfahrungen über <u>mittlere</u> Erträge, sondern vom Bureau aus <u>viel höher</u> festgestellt, und mit Berechnungen aus den <u>ausgesuchten</u> kleinen und besten Probeflächen, deren Ergebnisse den mittleren Ertrag <u>bedeutend</u>, oft mehrfach überschreiten begründet werden, — ist das Vollziehung des Gesetzes?!

Wenn anstatt der gesetzlich einzuhaltenden gemeindeüblichen Bewirthschaftungsart und der mittleren Erträgnisse, die Wirthschaftskurse und Anbauverhältnisse nicht nach der hierin nicht erfaßbaren weil nicht bestehenden Gemeindeüblichkeit, sondern vom Bureau aus durch mit lokalen Verhältnissen unbekannte Organe angesetzt wird, — wenn auf dieselbe Art auch die Schätzungssätze eingestellt werden, und zu ihrer Begründung sich nicht auf die vorschriftsgemäß in größter Anzahl zu sammelnden, und dem Geiste der Vorschriften gemäß in ihren <u>mittleren</u>

1870

Gesetzentwurf über die Personal- und Einkommensteuer

Gegen diese neue Steuer wäre offenbar kräftig zu opponiren. Mag man sie wie man will beschönigen, so ist sie nichts anderes als eine zweite Besteuerung der in allen Zweigen starke (ohnehin anormal) besteuerten Einkommens.

Unter den in der ministeriellen Erläuterung angeführten Gründen wird gesagt, daß diese Steuer sich ~~selbst~~ als nothwendiger Regulator darstellt, um eine gleichmäßige Vertheilung der öffentlichen Lasten zu erzielen. Dieser Zweck wird aber nicht erreicht werden. Jene Kapitalrenten, welche sich bisher der Einkommensteuer zu entziehen wußten, werden auch wissen sich der neuen Erwerb- und Einkommensteuer zu entziehen. Die ungleichmäßige Besteuerung der am härtesten getroffenen und immer greifbaren Grundstücke und Häuser wird durch die neue Steuer verschärft werden, indem man bei der Prüfung der zum Behufe der Bemessung dieser Steuer einzubringenden Bekenntnisse immer zurückgreifen wird auf die ungleichmäßigen Grundlagen (Einschätzungen), welche zum Behufe der Bemessung der

Grund- und Hausteuer festgestellt werden wollen.

Wenn man an Ausgleichungen denkt, so müsste man auf neue Grundlagen schaffen, welche solche Ausgleichungen wenigstens möglich machen. Es wäre mir ~~schon~~ der fr[illegible] der im Jahre 1867 dem Reichsrathe vorgelegte Entwurf einer allgemeinen Abgabe vom Vermögen weit lieber als der gegenwärtige Entwurf, denn in Durchführung der ersteren würde eine andere Steuergrundlage entstehen, welche sich von den Grundlagen der anderen Steuern unterscheidet, welche daher geeignet wäre die Ungleichheiten dieser letzteren wenigstens zum Theile auszugleichen.

Podatek od (majątku) kapitału będzie dla Galicyi bezsprzecznie stosunkowo lepszy. Dlatego sądzę, że delegacya galicyjska - jeżeli na nieszczęście już w te projekty wdawać się będzie - powinna by podnieść myśl tego podatku.

Zu §. 6

Aus diesem §te im Zusammenhange mit den anderen Steuergesetzen würde hervorgehen, daß z. B. viele in Wien wohnende Herren die aus den Provinzen ihr Einkommen beziehen, von ihrem [illegible],

verstanden, und die Produkte der Brennereien, Schäfereien etc. abgesondert berücksichtigt und veranschlagt werden sollen, obwohl sie aus landwirthschaftlich gewonnenen Bodenprodukten erzeugt werden.

Gegen (?) erronöse, unsinnige Auffassung, daß der Ertrag von Schäfereien etc. (unter welchem etc. auch der Nutzen von anderem Vieh verstanden werden müßte) mit der Grundsteuer noch nicht getroffen ist, – habe ich das Geeignete schon zu §. 4 der Erwerbsteuergesetze gesagt. Auch von Biererzeugung u. von Branntweinbrennereien habe ich ~~[illegible]~~ dort gesprochen.

Die Worte „nicht nur" setzen schon voraus, daß es bei der Landwirthschaft Erträgnisse gebe, welche durch die Grundsteuer nicht getroffen sind; ~~[illegible]~~ diese Worte zwingen zu der Anschauung hin, daß der durch die Grundsteuer getroffene (d. i. daher der zur Grundsteuer eingeschätzte) Ertrag schon als selbstverständlich anzunehmen, neben ihm aber noch andere Erträgnisse zu suchen seien.

Man soll nicht vergessen, daß die Grundsteuer nicht ein Einkommen

sondern eine Ertragssteuer ist, und
die Einschätzung der Grundstücke zur
Grundsteuer nicht das reelle reine
Einkommen, sondern einen fingirten,
nach der Ertragsfähigkeit, durch die
Einschätzer beurtheilten Ertrag dar-
stellen wird, welcher sehr oft von dem reellen
reinen Einkommen der Grundstücke sammt
Gebäuden und Inventarien überstiegen
wird. Wenn man die Einkommensteuer
als ein nothwendiges Mittel zur Ausglei-
chung der Steuerungleichheiten darstellt,
so soll man diesen Zweck nicht wieder zur
Lüge machen, und dies wäre der Fall,
wenn man bei Feststellung der Steuer,
statt des reinen Einkommens wieder
auf die ungleichmässigen Grundlagen der
Grundsteuer zurückgreift und wieder
nicht das reelle reine Einkommen des
Besitzers sondern den zur Grundsteuer
abgeschätzten fiktiven Ertrag zur
Grundlage der Bemessung der neuen
Einkommensteuer annimmt.

Laut § lit. ~~[illegible]~~ ist bei selbst-
ständigen Erwerbsunternehmungen
das steuerbare Jahreseinkommen
nach dem wirklichen Gewinne des
Vorjahres und nach Abzug aller Ko-
sten zu veranschlagen. Warum

¶ den Absätzen C und D

soll man für den hartbedrückten Grundbesitz – welcher sicher auch in der Zukunft mit einem höheren Steuerprozentsatze als andere Einkommensquellen belegt sein wird – andere Regel in Bezug auf die neue Einkommensteuer statuiren? warum will man keine Grundbesitzer einen Steuertheil zur Grundsteuer eingeschätzten Ertrag (bei dessen Einschätzung nicht einmal die Verwaltungskosten berücksichtiget werden wollten, wie dies aus der Berathung des Grundsteuergesetzes im Abgeordnetenhause erhellet) als Vermögenssatz ansehen, und noch darauf dringen, der andere Steuertheil unwahren Erträgnisse vom Grundbesitze zu ziehen und der neuen Einkommensteuer zu unterziehen haben?

Durch die im Absatze ad a angedeutete Trennung der durch die Grundsteuer getroffenen und der durch diese Steuer nicht getroffenen Erträgnisse gedrängt man nach dem Vorgange in einen Weg hinein, welcher für die meisten Grundbesitzer eine wahre Plage sein wird; denn diese

Grundbesitzer-Unternehmern in unserem Lande – haben keine solche Rechnungen, aus welchen sie den Reinertrag der Grundwirthschaft und wieder den Reinertrag eines jeden damit in Verbindung stehenden Erwerbszweiges (dessen Einnahmen und Auslagen im innigsten Zusammenhange mit jenen der eigentlichen Landwirthschaft stehen) abgesondert darstellen könnten. Sie werden nur wissen was ihnen die gesammte Wirthschaft in den Vorjahren an Reinertrag abgeworfen hat. Und das ist genug zum Zwecke der neuen Einkommensteuer; man braucht zu diesem Zwecke die im innigen Zusammenhange stehenden landwirthschaftlichen Erwerbszweige nicht zu trennen.

Ich muß Sie noch auf einen Umstand aufmerksam machen. In lit. C ist festgestellt, daß der Ueber Jahreseinkommen aus selbständigen Erwerbsunternehmungen nach dem wirklichen Erträgnisse der Vorjahre, nach Abzug der Zinsen der Betriebskapitalien zu veranschlagen ist. Dies wird auch bei Einkommen von Grundbesitzern nicht angewendet werden, weil ist der Grund-steuer, der für

dieses in lit. A besonderen Regeln
statuirt wurden. Wo ist der Grund
einer solchen Differenz in der Behand-
lung des Einkommens vom Grundbe-
sitze und des Einkommens von andern
Unternehmungen? – Vielleicht
wird man sagen, daß das bei der
Grundwirthschaft verwendete Betriebs-
kapital mit der Grundsteuer nicht
belegt sein wird. Allein dieß ist nicht
wahr, der Ertrag der Grundstücke
kann nur so wie er vorkommt, ein-
geschätzt werden, und ohne Betriebs-
kapital kommt er nicht vor, und ist
auch ohne solchen nicht denkbar. In Preu-
ßen, dessen Grundsteuergesetz dem unsri-
gen zum Muster diente, sind zwar das
wirthschaftliche Betriebskapital und die
wirthschaftlichen Gebäude der Grundsteuer
nicht unterzogen, aber man ist dazu auf
dem Wege gekommen, daß das Grund-
steuergesetz das Prinzip der Besteuerung
der eigentlichen Bodenrente, mit Ausschluß
der Gebäude, aufstellte, und die Berli-
ner oberste Centralcommission, in Befol-
gung dieses Prinzipes, entschied, daß die
Zinsen vom in landwirthschaftlichen Gebäu-
de und Inventarien angelegten Kapitale
als ein besonderer Abzugsgegenstand

bei der Einschätzung der Grundstücke anzusehen sind (Protokolle der Sitzungen der Centralcommission in Berlin. Seite 95. Sitzung vom 23. Mai 1862). Solches ist und wird bei uns nicht geschehen.

Aus den angeführten Gründen beantrage ich:

Absatz ad a hätte zu lauten:

„bei der Selbstbewirthschaftung ist das Jahreseinkommen nach dem wirklichen reinen Einkommen zu veranschlagen, welches die Grundbesitzung sammt ihren Gebäuden, Inventarien und den mit denselben verbundenen Rechten und Einkommen, gewähren nach Abzug der Regiekosten (Bewirthschaftungs- Gewinnungs- Gebäudeerhaltungs- und Abnützungs- dann Verwaltungskosten) Steuern und der Zinsen des Betriebskapitales, im [durchschnittlich] Durchschnitte der Vorjahre [in letzten 3 Jahren] abgeworfen hat"

Die Worte „Gebäudeerhaltungs- und Abnützungs- dann Verwaltungs-Kosten" ist hier umso mehr nothwendig, als man diese Kosten im Grundsteuergesetze bei der Einschätzung /.

der Grundstücke nicht berücksichtigen wollte.

Die Worte „mit denselben verbundenen Rechten u. a. Einkommensquellen" finden zum Theile ihre Begründung im Vorausgesagten. Hier muß ich nachtragen, daß auch jene, mit einer Besitzung verbundenen Rechte und Unternehmungen, welche zur eigentlichen Landwirthschaft nicht gehören (wie z. B. Mühlen, Propinationsgefälle) in Bezug auf ihr Einkommen mit dem Einkommen der Grundbesitzung derartig verwachsen sind, daß die Trennung ihres Einkommens vom Einkommen der Grundstücke zu Schwierigkeiten, Verwirrungen und Benachtheiligungen führen würde. Da z. B. das Einkommen von mit einer Grundbesitzung verbundenen Mühlen, Propinationsgefälle u. s. w. fließt in eine und dieselbe Wirthschaftskasse wie jenes von Grundstücken, und werden von diesem gemeinsamen Einkommen auch die Lasten (unter welchen auch die

Auslagen für Erhaltung der Wirth-
gebäude, Wohnhäuser sich befinden-
-bestritten.

Um näheren Begründung der Um-
stände der Ihr auch von den mit
der Besitzung verbundenen Rechte
(Servituten) erwähnt wird, ist beim
nachfolgenden Absatze 9 enthalten.

NB

przytoczę tu odnośny tekst u-
stawy pruskiej über die Klassifizirung,
der Einkommensteuer vom 1. Mai
1851 - §. 28 Alinea 3 i tak brzmią:
„bei Berechnung des Einkommens
„aus nicht verpachteten Grundbesitz-
„ungen ist der im Durchschnitte der
„drei letzten Jahre durch die eige-
„ne Bewirthschaftung erzielte Rein-
„ertrag zum Grunde zu legen.
„Ländliche Nebenbetriebe (Brannt-
„weinbrennereien, Ziegeleien u. s. w.
„mehr) sind insoweit sie nicht bei
„der Ertragsermittelung der Haupt-
„güter zu welchen sie gehören schon
„berücksichtigt werden, ebenso wie
„Stein - Schiefer - Kalkbrüche, ferner
„Gruben und Hüttenwerke nach den

„durchschnittlichen Reinertrage der letz-
„ten drei Jahre zur Berechnung zu zie-
„hen. – W Prusach nie było takich
bezrozumnych ludzi, którzyby pisali, że
Schäferein u. dgl. są dochodem rol-
nym, podatkiem gruntowym nie ob-
łożonym. – Tam też nie mówiono (w-
brew powszechnemu znaczeniu słów) że
Steinbrüche, Mühlen, Ziegeleien
należą do landwirthschaftlichen Be-
trieb, lecz nazwano takie przedsię-
biorstwa bäuerliche Fabrikationszwei-
ge.
Naszych Ministrów i (Reichsrathów) ~~Radców~~ po-
trzebaby posłać jeszcze do szkół w
Niemczech, aby się nauczyli znacze-
nia wyrazów niemieckich)

Absatz ad b

Nicht nur bei verpachteten Grün-
den, sondern auch bei verpachteten
ganzen Grundbesitzungen – zu wel-
chen Gebäude, Inventarien, Rechte
u. a. Sachen gehören – soll der Pacht-
zins, nur keine andere Grundlage
zur Darstellung des Einkommens die-
nen. –

Um Zweifeln zu begegnen, welche in fiskaler Beziehung ausgebeutet werden könnten (insbesondere rücksichtlich der Gebäude aus Anlaß der zu §3 enthaltenen Bestimmung, welche ich weiter unten beleuchte) ist es ~~räth-lich~~ (nothwendig) statt des Wortes Gründe hier das Wort Grundbesitzungen, welches einen weiteren Sinn hat zu gebrauchen, u. noch zur besseren Aufklärung die Worte: (Gemeindeparzellen, Wirthschaftskomplexe Güter) einzuklammern.

Unter den dem Vorgänger verbleibenden Lasten, von denen in diesem Absatze ad b die Rede ist, werden (in Folge der bisherigen bestehenden fiskalen Gebräuche) die Abnützungskosten der dem Küster übergebenen Gebäude nicht verstanden werden, wenn das Gesetz nicht eine ausdrückliche Bestimmung darüber enthält. Die Nichtberücksichtigung dieser Lasten wäre ungerecht, weil solche Lasten wirklich bestehen; sie würde auch wieder zu neuen Ungleichmäßigkeiten in der Besteuerung führen, gegenüber den anderen Steuerträgern, welche bei Feststellung des reinen Einkommens

von ihren Erwerbsunternehmungen die sämmt-
lichen Kosten werden in Abschlag brin-
gen können. Auch in der Besteuerung
des Einkommens von verpachteten Grund-
stücken würden bei Nichtberücksichtigung
der Gebäudeabnützungskosten Ungleich-
mäßigkeiten entstehen. Wenn zwei
Besitzungen jede um 2000 fl., jedoch die
eine ohne, die andere mit mehreren Ge-
bäuden, deren jährliche Abnützung 400 fl.
beträgt, verpachtet ist, stellt der Rein-
ertrag der ersteren 2000 fl., der zweiten 1600 fl.
und würde doch — wenn man die Abnüt-
zungskosten nicht berücksichtigt — bei der
letzteren das Einkommen von 2000 fl. zur
Grundlage der Steuer genommen werden,
die letztere würde daher im Verhältniß
zum reellen reinen Einkommen um 20 fl.
mehr zahlen als die erstere.

Ich beantrage daher den Absatz

ad b. solle zu lauten:

„bei verpachteten Grundbesitzungen
(Grundparzellen, Wirthschaftskomplexen,
Gütern) stellt den etc. (wie in der Vorlage) ....
„unter Abrechnung der dem Verpächter
verbleibenden Lasten — zu welchen bei

mit Gebäuden hergestellten Grundstücken auf die Benützungskosten der Gebäude gehören – die Einkommen der.

Absatz ad c.

Die hier enthaltene Bestimmung würde nur zu überwindbaren Schwierigkeiten führen, und auch Zweifel in der Auslegung hervorrufen.

Diese Bestimmung wird oft nicht einmal in solchen Fällen zweckmäßig angewendet werden können, in welchen eine fixe Quantität von Produkten in natura prästiert wird, weil ein entsprechender ortsüblicher Preis oft gar nicht zu ermitteln sein wird (z. B. bei Prästierung von Waldstreu) und ein wenn auch ermittelbarer Preis oft den wirklichen Nutzen des Bezugsberechtigten nicht darstellen wird.

Diese Bestimmung ist aber schon ganz unanwendbar auf Grundlasten, wo keine fixe Produktquantitäten prästiert werden. So z. B. bei dem Rechte Waldstreu oder Klaubholz auf einer gewissen Strecke zu sammeln, Vieh auf gewissen Feldern zusammen mit

dem Rufe der Eigenthümer zu meiden u. dgl. Bei solchen Berechtigungen müßte man zuerst den Naturalertrag einschätzen, um ihn mit den Preisen zu bewerthen, so dann die Auslagen wieder davon in Abzug bringen. Das wäre eine höchst wi-dersprechende mit der alten Katastralerträgnißschätzung analoge Schätzung mit unbestimmten Faktoren, und mit ebenso unsicheren Resultaten, welche von der Wirklichkeit bedeutend abweichen würden, u. z. gerade in den zahlreichsten Fällen, in welchen solche auf Grundlasten basirten Erträgnisse nicht für sich allein bestehen, sondern mit Erträgnissen von der herrschenden Realität, zu vermischt sind und zusammen mit diesen ganz andere Einkommensresultate geben, als man solche für sich abgesondert festzustellen im Stande wäre.

Diese Vermischung der Erträgnisse solcher Grundlasten mit den Erträgnissen von der herrschenden Realitäten, bringt es auch mit sich, daß die meisten Eigenthümer solcher Realitäten die ersteren Erträgnisse von den

letzteren zu trennen nicht im Stande sein werden, es wird ihnen daher viel leichter sein wird, das gesammte Erträgniß anzugeben. Deshalb habe ich auch im Absatze ad a beantragt, daß das Einkommen der Grundbesitzung zusammen mit den damit verbundenen Rechten in Abschlag zu bringen ist. Es würden daher nur jene Erträgnisse aus dinglichen Grundlasten, welche mit den Grundbesitzungen nicht verbunden sind, in dem Absatz ad c zu behandeln sein.

Aus diesen Gründen beantrage ich den Absatz

ad c) hätte zu lauten:

„Die auf dinglichen Grundlasten haftenden Erträgnisse werden in so weit sie nicht schon in dem Einkommen der Besitzung zu welcher sie gehören berücksichtigt worden sind, nach dem reinen Einkommen der Vorjahres veranschlagt."

Zum Absatze B. des §. 17.

Da der Grundertrag ohne die zur Landwirthschaft erforderlichen Gebäude – zu welchen auch Wohngebäude gehören – nicht erkennbar und ohne Gebäude nicht schätzbar und nicht denkbar ist, so hat der preußische Grundsteuergesetz (wie ich es in den Bemerkungen zum Gebäudesteuergesetzentwurfe dargestellt habe) ausdrücklich bestimmt, daß der Grundertrag, mit Einschluß der Gebäude abzuschätzen ist. Bei der Durchführung der Gesetze hat die Berliner Centralkommission entschieden, daß die Flächen der Gebäude (eben so wie jene der Inventare) als Ertragsgegenstand bei der Grundertragsschätzung anzusehen sind.

Bei uns wird solches nicht geschehen. Es wird daher der abgeschätzte Grundertrag einen solchen Ertrag darstellen wie er mit Gebäuden erzielbar ist, und wird der vom Grundbesitzthume sammt Gebäuden erzielbaren Ertrag schon der Grund-

steuer unterzogen werden.

Obwohl in Preußen, wie schon bemerkt, die Zinsen vom in landwirthschaftlichen Gebäuden steckenden Kapitale bei der Grundertragsschätzung als Abzugsgegenstand angesehen, daher von dem bestandenen Grunderträge in Abzug gebracht worden sind, – so hat man dort im Haussteuergesetze (wie ich es ausführlich dargestellt habe) nur die landwirthschaftlichen Wohngebäude der Haussteuer unterzogen, und hat für die Einschätzung der zu besteuernden Nutzwerthe dieser Gebäude (vorzüglich der Wohnungen der kleineren Grundbesitzer, so wie der Wohnungen der landwirthschaftlichen Beamten, Diener und Arbeiter) bestimmte und solche Scalen festgestellt, daß die zur Landwirthschaft erforderlichen Wohngebäude nur eine sehr geringe Haussteuer zu zahlen haben, – denn man hat dort die vernünftige und gerechte Anschauung gehabt, daß diese Gebäude keinen

Ertrag überwiesen, sondern einen Auf-
wandsgegenstand bei der Landwirth-
schaft bilden.

Im österreichischen Gebäudesteuer-
gesetzentwurfe will man aber (wie
ich es dargestellt habe) den vollen Brut-
tonutzwerth dieser Gebäude u. z.
nach solchen Regeln einschätzen lassen,
welche eher zu einer hinaufsteigen-
den, zur unrichtigen Schätzung drängen.
Überdieß will dieser Entwurf vom ~~vom~~
Bruttonutzwerthe nur die im Maximo
auf 30% ~~vom Nutzwerthe~~ beschränkten
Erhaltungs- und Abnützungskosten
(welche schon im Allgemeinen bedeu-
tend mehr betragen und insbesondere
in Galizien 50 bis 80% betragen
werden) – in Abzug bringen, daher
einen Nettonutzwerth, welcher den
wirklichen Nutzen übersteigt, dar-
stellen und besteuern lassen. Hier-
nach wäre der schon im Grundertra-
ge einbegriffene und zusammen
mit dem Grundertrage mit der
Grundsteuer getroffene Nutzen die-
ser Gebäude, noch zum zweiten
Male mit der Gebäudesteuer

auf Grund eines festgestellten
gar nicht vorkommenden einge-
schätzten Ertrages belegt.

In den preußischen Gesetz-
gen hat man die ominöse Sache
nicht gewagt eigentliche Landwirth-
schaftsnebengewerbe (Schäferei-
en, Verwerthungen u. dgl) mit
der Erwerbsteuer ~~[illegible]~~
zu belegen. In unserem Gesetzent-
wurfe über die Erwerbsteuer will
man aber (wie wir zu §. 4 des Er-
werbsteuergesetzentwurfes darge-
stellt haben) diese mit der Grundsteu-
er getroffenen Erwerbszweige als
mit derselben nicht getroffen anzu-
sehen und mit der Erwerbsteuer
zum zweiten Male treffen. Nach
§. 24 des Erwerbsteuergesetzes würde
(wenn man diesen §. nicht amendirt)
der mit der Gebäudesteuer belegte
Mieths- oder Nutzungswerth der zu den
erwähnten landwirthschaftlichen Erwerbs-
zweigen erforderlichen Wohngebäude
ebenso wie die Zinsen der hiezu erfor-
derlichen, nicht bewohnten, von der Ge-
bäudesteuer befreiten Gebäude

(Stallungen, Futteraufbewahrungs-
gebäude) von dem mit der Erwerb-
steuer zu treffenden Ertrage dieser
Erwerbgewerbe nicht in Abzug kom-
men. Es wären daher die erwähnten
Wohngebäude (wie oben vorgestellt)
einmal mit der Grundsteuer, das zwei-
te Mal mit der Gebäudesteuer, u.
noch das dritte Mal mit der Erwerb-
steuer getroffen werden; die erwähn-
ten zur Wohnung nicht bestimmten
Gebäude (Stallungen etc) wären
einmal mit der Grundsteuer, das
zweite Male mit der Erwerbsteu-
er getroffen.

Nach dem vorliegenden §. 17 ist
aber die Absicht vorhanden, die
gedachten unbewohnten Gebäude
noch ein-, die erwähnten Wohnge-
bäude aber noch zweimal mit
der Einkommensteuer zu belegen;
denn in diesem §. wird in lit. a
das Einkommen vom Grundbesitze
und in lit. b der Gebrauchswerth
der nach diesem Werthe besteuerten
Gebäude abgesondert zur Einkom-
mensteuer herangezogen werden) ohne

in lit. B angeführten, daß es Gebäude gebe, welche nicht abgesondert zu berücksichtigen sind.

Da in lit. A. des §. 17 Wirthschaften ganz besonders angeführt erscheinen, so will ich beispielsweise darstellen, wie vielmal die Wohngebäude der bei der Schäferei Bediensteten (Schafmeister, Aufseher, Hirte u. d. gl.) besteuert wären. – Da die Zinsen dieser (so wie der anderen) zur Wirthschaft erforderlichen Gebäude im Grundsteuergesetze nicht als Abzugsgegenstand betrachtet werden wollten so würde der sich im Grundertrage manifestirende Nutzen dieser Gebäude das erste Mal mit der Grundsteuer getroffen werden. – Da ungeachtet dessen diese Wohngebäude, welche keinen besonderen Ertrag abwerfen, sondern einen Aufwandsgegenstand bilden, im Gebäudesteuergesetze, auch von der Gebäudesteuer nicht befreit sind, so werden sie zum zweiten Male mit der Gebäudesteuer (r.-z.

wie oben gesagt hat) getroffen
werden. — Da nach dem, (ein vor-
liegenden §. 17 näher beleuchteten) §. 4.
des Erwerbsteuergesetzes die Schäfe-
rei als durch die Grundsteuer nicht
getroffen angesehen und mit der Er-
werbsteuer belegt werden will, nebst-
bei aber nach §. 24. der Erwerbsteuer-
gesetzes der mit der Gebäudesteuer
belegte Gebrauchswerth der zur Schä-
ferei gehörigen Gebäude von dem
mit der Erwerbsteuer zu treffen-
den Ertrage nicht in Abzug gebracht
werden soll, so wird der Nutzen der
erwähnten Wohnungsgebäude im Ge-
sammtertrage der Schäferei mit der
Erwerbsteuer zum <u>dritten</u> Male
getroffen werden. — Da laut lit. A.
des vorliegenden §. 17 die Schäferei
als im besteuerten Grundertrage
nicht einbegriffen, einer <u>besonderen</u> Ein-
kommensteuer unterzogen werden
sollte, und nach lit. G die Zinsen des
für die Schäferei erforderlichen Ge-
bäudekapitals nicht werden in Abzug
kommen können, so wird der Nutzen
der erwähnten <u>Wohngebäude</u> im

Gesammterträge der Schäferei
einbegriffen und zum vierten
Mal mit der diesen Gesammter-
trag treffenden Einkommensteuer
belegt werden. Da laut lit. B
der Gebrauchswerth aller Gebäude,
ohne Ausnahme, als ein besonderes
Einkommen betrachtet werden will,
sondern der Gebrauchswerth der er-
wähnten Gebäude als solcher noch
zur Einkommensteuer herange-
zogen, diese Gebäude daher zum
fünften Male besteuert werden.
Dasselbe wird geschehen mit an-
deren Wohngebäuden, welche er-
forderlich sind bei Viehmastungen
und anderen landwirthschaftlichen
Erwerbszweigen, deren Ertrag
die vollziehenden Behörden, wie mit
der Grundsteuer nicht getroffen
werden ansehen wollen.
Bei den nicht bewohnten, zu sol-
chen Erwerbszweigen erforderli-
chen Gebäuden (Stallungen etc)
welche von der Gebäudesteuer
befreit sind, wird die Besteuerung
nach dem obenangeführten viermal

eintretten können.

Nach eben denselben Grundvor-aussetzungen würde die einmali-gen Besteuerung eintretten bei den nicht zur Landwirthschaft son-dern zu anderen (Fabriks- Indu-strie- gewerbe-) Unternehmungen erforderlichen Gebäuden, wenn man die diesbezüglichen Bestimmun-gen der Regierungsvorlage an-genommen hätte.

Mein Amendement zu lit. a & b würden schon bewirken, daß man die vereinzelnde Trennung der Wohn-, und der zur Landwirthschaft gehörigen Gebäude von dem sie einbegreifenden Gesammtertrage der Grundbesitzung nicht zulasse, nur diesen Gesammtertrag als einen Gegenstand der Einkommen-steuer annehme.

Auf jeden Fall wäre es in lit. B. um Zweifeln zu etwaigen ungerech-ten Besteuerungen vorzubeugen, noth-wendig, den Zusatz beizufügen:

„Diese Bestimmung hat jedoch keine Anwendung auf jene Gebäude

„welche zum Betriebe der Landwirth-
„schaft oder einer anderen der Ein-
„kommensteuer unterliegenden Er-
„werbsunternehmung erforderlich sind,
„und kein vom steuerbaren Einkommen
„dieser Unternehmung abgesondertes
„Einkommen gewähren.“

Zum Absatze G.

(Was haben die Ministerialbeamten zu thun, daß Sie nicht einmal dafür sorgen, daß die gedruckten Texte der Regierungsgesetzentwürfe korrekt sein!)

In dem vorliegenden Absatz ist (in der vorjährigen und in der diesjährigen) Vorlage offenbar ein Druckfehler in den Worten, „die auf dem Grunde haftenden Lasten,“

Da die bisherigen Erfahrungen, gegen die Befürchtung von fiskalischen Deutungen nicht gründlich sichern lassen, so wäre es wünschenswerth anzudeuten, daß unter den Regiekosten auch die Erhaltungs- und Abnützungskosten der Gebäude und

Gewerbeunternehmungen verstanden werden.

Unter Steuern und Zuschlägen werden andere Beiträge, Leistungen u. Abgaben für öffentliche Zwecke nicht verstanden werden, wie z.B. Kirchen- Schul- Straßenbaubeiträge, Einquartierungskosten, die in Galizien zu Gemeinde und a. öffentlichen Zwecken vorkommenden Arbeits- u. a. nicht nach dem Steuergulden repartirten Leistungen, die für Bodenkulturanlagen nicht nach der Steuer sondern nach Ermessen der Vorsteher repartirten Beiträge u.s.w. — Diese Leistungen sollen berücksichtigt werden, wenn man nicht lügen, sondern das reelle reine Gesammte Einkommen und nichts mehr besteuern will.

Ich beantrage daher den

Absatz G. in folgender Fassung „behufs Ermittelung des reinen Einkommens sind bei der Einschätzung aus der den Regierungsvorlagen — worunter bei Gewerbeunternehmungen auch die Erhaltungs- und Abnützungskosten der erforderlichen Gebäude und

Einrichtungen verstanden werden – zu berücksichtigen:

die vom Contribuenten zu zahlenden direkten Steuern sammt Zuschlägen u. a. Beiträgen oder Leistungen für Gemeinde- und öffentliche Zwecke; die auf dem Besitze oder auf der steuerpflichtigen Unternehmung haftenden sowie andere Lasten des Contribuenten, die Strafen etc.

[illegible] die niederösterreichischen Landes- und Wiener-Gemeinde-Zuschläge zu zahlen hätten – oder, daß die in Hauptstädten der Länder wohnenden, ihr Einkommen von ihren Gütern beziehenden Gutsbesitzer, Zuschläge der neuen Einkommensteuer nicht für die Gemeinde wo sie das Einkommen beziehen, sondern für die Hauptstadtgemeinde zu zahlen hätten.

Wenn es schwer scheinen würde, die neue Steuer in verschiedenen Gemeinden vorzuschreiben, so ist es besser im Gesetze festzustellen, daß das der außerordentlichen Personaleinkommensteuer unterliegende Einkommen, den Landes-, Gemeinde-, Kirchen-, Schul-, Straßen-Beiträgen und Konkurrenzen, u. a. öffentlichen Abgaben und Beiträgen nicht unterzogen werden dürfe.

Diese Bestimmung wäre auch deshalb gerecht, weil diese neue Steuer ohnehin das schon besteuerte Einkommen zum zweiten Male trifft, und diese Ungerechtigkeit nicht durch Zuschläge vergrößert werden soll.

Zu §. 17

Zum Absatze ad a, welcher in dem

Regierungsvorlage lautet:

„bei der Selbstbewirthschaftung „repräsentirt der Ertrag, der aus „dem Betriebe der landwirthschaft- „lichen Charakter erzielt wird, das „Einkommen. Dieses umfaßt somit „nicht nur den von der Grundsteuer „getroffenen Ertrag aus Grund „und Boden, sondern überhaupt alle „Erträgnisse, welche sich als Haupt- „oder Nebenprodukte des landwirth- „schaftlichen Betriebes gewinnen lassen „(Viehzucht, Schäfereien, Brennerei- „en, Steinbrüche etc. etc.)"

Der Satz „alle Erträgnisse „welche sich als Haupt- und Neben- „produkte der landwirthschaftlichen Be- „triebes gewinnen lassen (Vieh- „zucht, Schäfereien, Brennereien, Stein- „brüche etc)" – ist schon sprachlich feh- lerhaft, unlogisch, zu Begriffsver- wirrungen führend, denn Vieh- zucht, Schäferei, Brennerei, Stein- bruch sind nicht Produkte, sondern Mit- tel zur Erzeugung der Produkte. – Dieser Satz deutet auch darauf hin, daß unter dem Worte Erträgnisse wieder nicht das reelle Einkommen, sondern Produkte der Wirthschaft

Ueber die Regelung der Grund und Gebäude-Steuer.

I.

Die Kritik der Regierungs-Vorlage in Bezug auf die Grundertragsschätzung und die Durchführungs-Organe bei derselben ist in der beiliegenden Schrift a/ enthalten. —

a/

Diese Schrift stellt dar, daß, nach der Regierungs-Vorlage, eben so wie es bei der bisherigen Katastralschätzung der Fall war, die Produktenpreise erhoben, ein Naturalertrag und Kultur-Kosten auf verschiedenen Subcategorien ermittelt werden sollen, ungeachtet die zu einer solchen Faktorenermittlung erforderlichen Materialien nicht zu Gebote stehen, diese Ausmittlung daher ebenso vom Zufalle der Willkühr überlassen bleibt.

Nach der Regierungs-Vorlage sollen weiter die unverläßlich erhobenen Naturalerträgnisse mit den unverläßlichen ~~Markt-Preisen~~ ~~bewirkt~~ F in vielen Bezirken fehlenden Marktpreisen bewerthet +) und dadurch die Fehler dieser Faktoren mit einander multiplizirt werden.

Überdieß ist auch der in

+) Siehe Beilage A. Abth. 2 ~~lit. a~~ Bogen 5 u 6 —

dieser Regierungsvorlage aufgestell-
ten Grundsatz der Veranschla-
gung des Naturalertrages nach
den Marktpreisen ist an und für
sich absolut falsch; er könnte
sich auch dann nicht bewähren,
wenn Naturalertrag und Markt-
preise am genauesten abge-
mittelt werden könnten, weil nur
ein sehr geringer Theil der Pro-
dukte auf den Markt gebracht,
in den meisten Wirthschaften
der größere Theil der rohen
Produkte bei der Wirthschaft
selbst verbraucht wird. Keine
oder selten eine Wirthschaft ist im
Stande ist alle ihre Produkte
nach den Marktpreisen zu ver-
werthen, und in jeder Gegend,
ja in verschiedenen Gemeinden
einer und derselben Gegend,
stellt sich die reelle Verwer-
thung der Produkte im Ver-
hältnisse zum Marktpreise
anders. – Und von dem dort
festgestellten Bruttoertrag
sollen, nach der Regierungsvor-
lage, reelle Auslagen (mit Hin-
weglassung des bedeutendsten
Theiles derselben, nämlich mit
Hinweglassung der Auslagen
für Produktion u. Ausfuhr
des Düngers), für Einfuhr
des Getreides), für Erhaltung

/.

der Wirthschaftsgebäude und größtentheils auch für Erhaltung der Arbeitskräfte) in Abzug gebracht und als der allein steuerbarer reeller Reinertrag herausgestellt werden. Dieser Reinertrag soll zwar auch durch Vergleichungen mit den Kauf- und Pachtpreisen geprüft werden, jedoch hat dieß, im Sinne der Regierungsvorlage und der Begründungsschrift zu derselben, auf dermaliger Bitte zu geschehen, und diese Bitte war, daß nicht Durchschnitte aus den Kauf- und Pachtpreisen genommen, sondern unter denselben eine Wahl getroffen, vorzüglich aber die für einzelne Parzellen erzielten Spannungen, hiemit zur Begründung einer hohen Ertragsschätzung dienlichen Preise benützt werden. – Die alten Schätzungsgrundsätze, die alten künstlichen Faktorenverwickelungen und künstlichen Rechenarten werden in der Regierungsvorlage beibehalten, ungeachtet die bisherigen Erfahrungen gelehrt haben, daß diese Grundsätze nur zu einer ungleichmäßigen Schätzung und die künstlichen Faktorenbau

5.

mittlungen und Berechnungen
zum Zeit- und Geldverlust führen
würden aber auch nicht zur
Genauigkeit, sondern zur Be-
irrung der Schätzung führen, die-
selbe den Steuerträgern un-
verständlich, daher auf deren
Mitwirkung Verzicht machen
müssen. – Um jedoch zu zeigen,
daß auch eine Mitwirkung der
Repräsentanten der Steuerträ-
ger zugelassen werden will,
sind in der Regierungsvorlage
Bezirks- und Landeskommissionen
beantragt, in welchen die
Hälfte der Mitglieder durch
Vertretungen der Steuerträger,
die andere Hälfte aber durch
die Regierung ernannt wird. –
Die Handlungen auch dieser
Kommissionen würden aber
zur leeren Formalität herab-
sinken, denn neben und hinter
diesen Kommissionen stehen noch
die mit einem ausgedehnten
Wirkungskreis versehenen von
der Finanzverwaltung ernannten
Schätzungskommissäre, Inspektoren,
Centralinspektoren, welche unter-
einander von unten nach oben
eine Kette bilden, die ihren
Schlußpunkt findet im Finanzmini-
sterium, welches sowohl über
die Schätzung als auch über die
./.

Reklamationen gegen diese Schätzung definitiv entscheidet. —

Eigentlich will daher die Regierungsvorlage alles in den Händen der Finanzverwaltung behalten, den alten Schätzungsmodus ungeändert belassen, und die alten Organe nach ihren alten Gepflogenheiten wirken zu lassen, ungeachtet die bisherigen Erfahrungen zur Genüge dargestellt haben, daß der alte Schätzungs-Modus unrichtig und die Organe hiezu unfähig sind, überdieß aber auch gar keine Hoffnung vorhanden ist, daß die Finanzverwaltung bessere Organe für dieses Geschäft aufbringe, zumal sie bisher nicht einmal taugliche Organe zur Verwaltung der noch übrig gebliebenen Staatsgüter aufbringen konnte.

Auf Grund eines nach der Regierungsvorlage zu beschließenden Gesetzes kann daher keine der Wahrheit und Wirklichkeit nahekommende gleichmäßige, sondern eine recht ungleichmäßige und im Allgemeinen recht hohe Grundertragsschätzung erwachsen, wie dieß auf Grund vieler aus der Wirklichkeit entnommenen Erfahrungen in der Schrift [illegible] ausführlicher dargestellt erscheint. —

Eine genaue Würdigung dieser Schrift, die Prüfung der neuesten Schätzungsoperate, die Anstellung von Proben und Anwendung der vorgeschlagenen oder sonst zu beschließenden Schätzungs-Grundsätze wird zur Aufklärung der Sache viel dienlicher sein, als die trockene Diskussion über Paragraphe, bei welcher die Abgeordneten von den Vertretern der Finanzverwaltung sogar über die bisherigen Vorgänge keine richtigen Aufklärungen erhalten können, zumal diese Vorgänge und deren praktische Resultate den Ministerialbeamten nicht bekannt sein können, da diese, die enormen, über die Schätzung durch gegen Taggeld aufgenommene untergeordnete Schätzungs-Organe, zusammengeschriebenen Aktenstöße weder geprüft noch gelesen haben, wie dieses schon aus den beim Ministerium vorfindigen Akten entnommen werden kann. —

In den Begründungsschriften der neuen Regierungsprojekte wird man zwar die leitende Idee hervorgehoben finden, daß die Finanzverwaltung nicht eine hohe Ertragsschätzung, sondern eine gleichmäßige Schätzung u. eine gleichmäßige /.

Steuerbelastung bezwecke,
und daß dieser Zweck insbe-
sondere bei der Grundertrags-
schätzung nicht außer Acht ge-
lassen werden wird, zumal
die Totalsumme der Grundsteuer
durch die neue Einschätzung der
Grundstücke keine Erhöhung er-
leiden soll.

Allein abgesehen davon, daß
die in der Regierungsvorlage
enthaltenen Schätzungsgrundsätze
zu einer gleichmäßigen Be-
steuerung gar nicht führen kön-
nen, haben wir noch andere
Erfahrungen, welche unbezwei-
felt darstellen, zu welchen Re-
sultaten die zum Behufe einer
gleichmäßigen Steuerumlage er-
lassenen und angewendeten Ge-
setze bereits geführt haben. –

In der neuesten Zeit haben
wir bei der Begründung der
Regierungsvorlage in Betreff
der Branntweinerzeugungs-
steuer gehört, daß diese Vor-
lage eine gleichmäßigere Be-
lastung bezwecke. – Doch waren
die Folgen der Anwendung des
nach dieser Vorlage erlassenen
Gesetzes keine andere, als
daß die Umlegung der Steuer
bedeutend ungleichmäßiger
über die von einem Eimer
Branntwein wirklich entrichtete

Veranlagung bedeutend höher wurde.

Auch die im A. h. Patente vom 23 Dezember 1817 angeordnete Grundertragsschätzung hatte keinen anderen Zweck als die gleichmässigere Veranlagung, doch führte die Durchführung dieses Patentes zu ganz anderen Resultaten. Die weise und richtigste (in der gegenwärtigen Regierungsvorlage nicht aufgenommene) Anordnung des Patentes, dass die für jeden Distrikt aufgestellten Schätzungskommissäre, von deren Urtheile das meiste abhängt, mit den local- und ökonomischen Verhältnissen des Distriktes, für welchen sie aufgestellt sind, genau bekannt sein sollen, wurde ebenso wie die neueste A. h. Verordnung vom 7. Febr. 1861, dass zu Schätzungsorganen die mit der Landesgebräuche und landwirthschaftlichen Verhältnissen bekannten Landeskinder zu wählen seien, gar nicht beachtet. – Die Detailschätzungs Instruktionen wurden für einzelne Provinzen, ohne Rücksicht auf die in den Bureaux nicht bekannten verschiedenen Landes- und Zeitverhältnisse in diesen Bureaux erlassen. – Die in der ursprünglichen für Nieder Österreich

3.

Übereinst erlassenen Instruktion
enthaltene Anordnung wegen
Nichteinrechnung des Nutzens der
Brache bei Ackerfeldern wurde
für die später eingeschätzten Pro-
vinzen geändert. – Der boden-
kulturzustand und Natural-
Erträgnisse wurden nicht auf ei-
ner und derselben Zeit in al-
len Provinzen festgestellt. – Die
zum Zwecke der Einschätzung im
J. 1825 angeordneten gleichzei-
tigen Erhebungen der 1824 Pro-
duktenpreise, wurden in den
zuletzt eingeschätzten nicht re-
flektirt und die Kreise [illegible]
Produkte bestehend über
die Resultate dieser Erhebungen
gestellt. – Die Kulturwaldungen
wurden mehr und mehr einge-
schränkt, und nicht der Wirklich-
keit gemäß beziffert. – Die zur
Berechnung der Reinerträge
benützten Kauf- und Pachtprei-
se der Grundstücke wurden
nicht aus einer und derselben
Periode in allen Provinzen,
sondern in jeder Provinz aus
der Zeit der Schätzung, daher in
der letzt eingeschätzten Pro-
vinzen aus einer Zeit ge-
sammelt, wo sie zwei- und
dreimal höher waren als
jene Preise, welche in den zu-
erst eingeschätzten Provinzen

/.

benützt waren. – In den letzten Zeiten insbesondere waren Alles darauf gerichtet, um eine Höhe auf solche Reinertragsziffer hervorzubringen, welche offenbar den in den Gesetzen enthaltenen Grundsätzen (: daß die gemeine, übliche Bewirthschaftung und die gewöhnlichen 1824 Produktenpreise die Grundlage der Einschätzung zu bilden haben :) nicht entsprechen konnte. – Man bezweckte daher nicht die Gleichmäßigkeit der Grundertragsschätzung zu erzielen. – Man sah und konnte es auch nicht eingestehen lassen, daß diese Schätzung sehr ungleichmäßig ist. Und doch hat man in ~~den~~ unsererseits gelegten, offenbar bedeutend höher eingeschätzten Provinzen denselben Steuerprocentsatz, wie in den weit minder eingeschätzten angewendet, weil dadurch zwar nicht die im Gesetze angeordnete Gleichmäßigkeit, aber ein höherer Steuerertrag erzielt würde.

Möge hier das letzthin im Großherzogthume Krakau Geschehene zum warnenden Beispiele dienen. Die in diesem Gebiete in den Jahren 1849 bis 1851, durch aus anderen Ländern geholten, mit localen

/.

landwirthschaftlichen Verhältnissen gar nicht bekannten Schätzungs-Organe durchgeführten, von den leitenden und definitiv entscheidenden, mit den erwähnten Verhältnissen auch nicht bekannten oberen Behörden in ihren Details gar nicht geprüften und in ihren vollkommenen Resultaten angenommenen Schätzung, welche die geringsten Produktenpreise des Jahres 1824 als benannten [?] Schrannen heranzog, brachte es bei dieser, zum Theile bei der Schätzung erhöhten Preisen durch Anwendung der auf dieses Gebiet nicht passenden Schätzungs-Grundsätze und durch willkürliche der Wirklichkeit nicht entsprechende Bezifferung der einzelnen Subsectoren [?], zu solchen Resultaten, welche sogar höher waren, als die Kauf- und Pachtpreise der Grundstücke, welche zur Zeit der Schätzung (somit zur Zeit wo die Produktenpreise bedeutend höher waren, als jene des Jahres 1824.) bestanden haben. — Der ausgemittelte Katastralreinertrag war laut des Ausweises b/. um 66% höher, als die für Grundstücke sammt Wohn- und Wirthschaftsgebäude erzielten Pachtzinse in den

./.

Gräflich Potockischen Güter; er war um 18% höher als der vom Ministerialkommissär von Horvath im J. 1861 aus 172 Wirthschaften ausgemittelte durchschnittliche Reinertrag *). – Auf Grund einer solchen Schätzung wurde im J. 1852 eine Steuer umgelegt, welche z. B. in den obgenannten gräflich Potockischen Gütern laut 6/. in ihrem Ordinarium sammt Drittelzuschlag 33 1/10 %, und sammt den Kriegs- und Landeszuschlägen 61 7/10 % vom Reinertrage hinwegrafft; aus dem Reste des Reinertrages hat der Eigenthümer noch die nicht unbedeutenden Strassenbau-, Communal- Schulerhaltungen und die Abwirthschaftskosten der den Gläubigern zu bestreiten

*) Siehe Denkschrift des Landes-Ausschusses vom 16. Jänner 1863 – Subbeilage F zu Beilage 1. – Siehe ebendaselbst Beilage 1 Seite 33 einen Fall, wo ein Cameralförster aus Erfahrungen den damaligen Reinertrag der Waldung in der ersten Klasse mit 1 f 48 x, in der zweiten Klasse mit 23 x berechnet; die Katastralschätzung doch, obwohl sie die bei weitem geringeren Holzpreise annehmen sollte, den Reinertrag in der ersten Klasse auf 2 f 10 x, in der zweiten auf 1 f 30 x ausmittelte.

Gütern übergegebenen Gebäude zu tragen. — Auf Grund dieser Schätzung wurden die Steuern nach dem, auch in den älter eingeschätzten Provinzen bestehenden Percentualsatze bemessen, und die vorhin von den Grundbesitzern im Großherzogthume Krakau getragenen Steuern im Allgemeinen auf einmal, plötzlich mit der größten Rücksichtslosigkeit aufs Vierfache, bei einzelnen Besitzern auch auf 6, 8 und 10fache gehoben, welche Steuererhöhung offenbar nicht mehr als eine billige Besteuerung, sondern als eine Confiscation eines beträchtlichen Vermögenstheiles, zuweilen auch bei verschuldeten Besitzern als eine Confiscation ihres ganzen Vermögens sich darstellte.

Und doch hat die Regierung eingestanden, sie wohl wußte, daß das zuletzt eingeschätzte Krakauer Gebiet höher eingeschätzt war, als die älter eingeschätzten Kronländer, daß daher die nach gleichem Percentualsatze aus den ausgemittelten Reinerträgen bemessene Steuer das Krakauer Gebiet bedeutend mehr drücken und dem im Patente ausgesprochenen Zwecke der gleichmäßigen Steuerumlegung nicht entsprechen wird. —

./.

Auf dieselbe Art wie im Krakauer Gebiete wird die Schätzung auch in Galizien vorgenommen. Unbeachtet blieben die Bitten des galizischen Landtages um Sistirung der fehlerhaften Schätzung. Unbeachtet blieb auch die im Abgeordnetenhause des Reichsrathes beschlossene Aufforderung zur Sistirung der im Zuge begriffenen Katastralschätzungen. Unbeachtet waren auch die Vorstellungen des Landesausschusses laut der zu Berathungen getroffenen Vertrauensmänner, um wenigstens eine allgemeine Revision der Schätzungsoperationen durch taugliche Organe zu erwirken. F

F die einzige namhafte Errungenschaft dieser Vorstellungen war die im Finanz-Minist. Erlasse vom 5. Jänner 1863 eingeleitete gerechtere Anwendung der Kauf und Pachtpreise der Grundstücke, deren Benützung zur Begründung der Schätzungsresultate unumgänglich nothwendig und auch in den Schätzungsvorschriften gegründet war. Leider wurde die diesfällige Anordnung des bezogenen Erlasses bald wieder durch den Erlass vom 19. November 1864 Z. 45366/699 zurückgezogen. Laut dieses letzteren Erlasses sollen die Kauf- und Pachtfälle der Grundstücke aus den J. 1855 bis 1864 gesammelt, und sogar die unter diesen Fällen (: nach Ermessen der in fiskaler Richtung eingeschulten, und diese Richtung in allen Arbeiten durchführenden Organe:) gewählten und durch dieselben Organe bearbeiteten Kauf und Pachtpreise der Grundstücke zur Begründung einer solchen Ertragsschätzung dienen, welche die geringsten Productenpreise des J. 1824 zur Grundlage hat, ungeachtet diese letzteren Productenpreise 3 bis 4mal geringer waren, als die Productenpreise der J. 1855 bis 1864, aus welchen die Preise der Grundstücke zur Begründung der Schätzung geholt werden wollen!!!
Wie es nun mit der dermalen in Galizien im Zuge begriffenen Ertragsschätzung im Uebrigen steht, hierüber

~~Wie es gegenwärtig mit der Schätzung steht~~ (hierüber ist Näheres in der Schrift a enthalten, – aus welcher entnommen werden wolle, daß ~~…~~ dermalen, ungeachtet des im Gesetze gestellten Zweckes der Gleichmäßigkeit, nicht diese, sondern die Ueberschätzung bei der Durchführung des Gesetzes angestrebt wird.—

So würde es auch bei der neuen, von der Regierung beantragten Schätzung geschehen, obwohl die Regierungsvorlage

/.

weiter den Zweck der Gleichmäßigkeit hervorhebt. Das eines Danaos drängt sich hier unwillkürlich auf. — Wenn auch die Procentualbetrag bei der Grundsteuer beseitigt, und die nichtüberschreitbaren Grundsteuersummen durch ein Gesetz festgestellt ~~würde~~, — wenn auch der §. 13 des Staatsgrundgesetzes auf die Grundsteuer keine Anwendung finden dürfte, — so wird dennoch möglichst hohe Grundertragsschätzung der Finanzverwaltung stets willkommen sein, denn in ihren Resultaten wird ein sehr plausibler, ein sehr triftiger Grund gefunden werden zu Anträgen für eine Grundsteuererhöhung.

c./ Ueber die Regierungsvorlage in Bezug auf die Gebäudesteuer sind kurze Bemerkungen in der Beilage c enthalten. —

II.

Auf die Frage, was nun mit den Steuerreform-Projekten derzeit anzufangen wäre? drängt sich zuerst die Antwort auf, daß die gar nicht gehörig aufgeklärte Angelegenheit /.

der Steuerreformen in dieser Reichsrathssession nicht zu erledigen wären. Hiefür sprechen die überdieß in Beilage d/. angeführten Gründe.

d/. Für den Fall als der Reichsrath doch über die Regelung der Grund- und Gebäudesteuer zu beschließen Willens wäre, lege ich hier Anträge sammt deren Begründungen bei, u. z.

e/. I. In der Beilage e/. einen Gesetzentwurf über Umschreibung der Grundsteuer auf die Kronländer, (in welchem die Erlassung der Vorschriften wegen Steuerumlage auf die Kronländer der Landesgesetzgebung vorbehalten bleibt), und eine Begründungsschrift zu diesem Antrage. —

f/. II. In der Beilage f/. Grundsätze für eine Grundertragsschätzung und Grundsteuerumlage sammt Begründungsschrift zu diesen Grundsätzen.

g/. III. In der Beilage g/. Anträge über die Gebäudesteuer. —

Die hier angeführten Anträge wären an Stelle der Vorantrag (Beilage d.) auf Nichterledigung der Reformprojekte /.

in dieser Session nicht ange-
nommen wären, — alterna-
tiv zu stellen, und zwar:

1.) zuerst der Antrag auf Ver-
theilung der Realsteuer (Grund-
und Gebäudesteuer zusammen),
welcher in Subbeilage 1/. zu
Beilage G/. enthalten ist,

2.) für den Fall der Ablehnung
dieses Antrages, der in Bei-
lage F/. enthaltene Antrag
wegen Grundsteuervertheilung,

3.) für den Fall der Ablehnung
dieses Antrages, die in Bei-
lage F/. enthaltenen Grundsä-
tze für eine Grundertragsschä-
tzung und Grundsteuerumle-
gung.—

4.) Für den Fall der Ablehnung
des sub 1/. gemachten Antrages
über Umlegung der Realsteuer,
wären zusammen mit den
sub 2 und 3 erwähnten An-
trägen, die in Beilage G/. ent-
haltenen Grundsätze zur Um-
legung der Gebäudesteuer
zu beantragen.

Wenn auch keine Hoffnung
vorhanden wäre, ähnliche An-
träge im Hause der Abge-
ordneten durchzusetzen, /

/.

so glaube ich, daß diese An-
träge – in denen meiner An-
sicht nach die einzig möglichen
Grundsätze für eine gerechte
Steuervertheilung in Öster-
reich enthalten sind – deshalb von
den gesetzlichen Abgeordneten
angenommen werden, damit
die öffentliche Meinung auf
dieselben gelenkt und dadurch
der Weg angebahnt werde,
auf welchem diesen Grund-
sätzen mit der Zeit immer
mehr Geltung verschafft wer-
den könnte.

Für die in allen diesen An-
trägen hervorragende Idee
des maßgebenden Einflu-
sses der sich gegenseitig kon-
trolirenden Repräsentanten
der Steuerträger in den Kom-
missionen – dann im Landtage
und im Reichsrathe – und für
die öffentliche Verhandlung der
Feststellung der Steuerquoten,
in den an der Gesetzgebung
theilnehmenden Repräsentativ-
körpern, wären noch die
Gründe anzuführen, dieß ~~der~~

ist

/.

in dieser Idee —
nicht nur die beste Bürgschaft für die Erzielung einer möglichst gerechten Steuerumlegung liegt, sondern auch, dass den Staatsbürgern zu einem meritorischen Eingehen in eine ihr materielles Interesse tief berührende Angelegenheit, ein Feld geöffnet wird, welches auch dem schlichten, mit schönen Zeitungsartikeln und Reichsraths-verhandlungen nicht vertrauten Manne zugänglich ist.

Nur durch solche Institutionen kann das konstitutionelle Leben durch Mark und Bein des Volkes dringen, weil eben die positive Wirksamkeit in Land- und Reichstagen meistens nur durch die ihr für das konstitutionelle Leben nicht einschneidenden Steuererhöhungen begreiflich wird.

Nur durch solche Institutionen können wir der Unbestechlichkeit, die sich mehr durch langjährige Ehrenamtsthätigkeit an öffentlichen Geschäften bethätigt hat, bewahren.

./.

Nur durch solche Institutionen
werden Männer herange-
bildet, welche der Gemeinde,
dem Lande und dem Staate,
in vielen Beziehungen nütz-
lich sein können.

Würde man den Kampf
scheuen, welcher zwischen den
mit maßgebenden Einflüssen
bei der Bürgermeisterwahl aufge-
stellten Repräsentanten
der Wahlträger entstehen
könnte, so müßte man das
konstitutionelle Leben auf-
geben, denn dieses Leben
besteht in Kämpfen, welche
die Sachen immer mehr ins
Klare bringt, und wenn auch
nicht jedesmal Gewünschtes er-
zielt, doch den Weg hiezu
anbahnt.

Ein solcher Kampf ist jeden-
falls vorzuziehen dem Kam-
pfe der Wahlträger mit
den die Wahlmänner (Statt-
halter) beherrschenden Re-
gierungs Organen. Diesen
Kampf soll die Regierung
am sorgfältigsten meiden,

/.

wenn sie ihre Autorität so
wie das Vertrauen des Volkes
in ihre Organe heranwachsen
wissen, um zu den im ~~dem~~ Mu-
sterstaate England gewonnenen
Resultaten gelangen will, daß
das Volk, über jede Aufforde-
rung der öffentlichen Dienst
thuenden Organe, sich ver-
pflichtet fühlt, diesen Orga-
nen in dem Schutze der gesetz-
lichen Ordnung beizustehen. –

A 1
zu Beilage 9

Entwurf eines Gesetzes

über die Vertheilung der Steuer von Liegenschaften (Grund u. Gebäudesteuer) auf die Kronländer

wirksam für ...

I.
Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Das Steuerordinarium von Liegenschaften (Realsteuerordinarium) wird für die Kronländer, auf welche die Wirksamkeit dieses Gesetzes sich erstreckt, auf einen Gesammtjahresbetrag von ... Gulden festgestellt.

§. 2.

Die Vertheilung dieses Gesammtjahresbetrages auf die einzelnen Länder geschieht durch ein Reichsgesetz auf eine Periode von 20 Jahren, auf Grund der zu diesem Behufe gesammelten Behelfe.

Im Wege dieser Vertheilung wird für jedes durch einen eigenen Landtag vertretene Gebiet eine Landesquote an der ordentlichen landesfürstlichen Realsteuer festgestellt, welche nur durch ein Reichsgesetz erhöht oder vermindert werden kann.

Bis zur ersten nach diesem Gesetze zu bewirkenden Feststellung der Landesquoten hat die dermalen einem jeden durch einen eigenen Landtag vertretenen Gebiete ./.

vorgeschriebenen Summe an Real-
steuerordinarium als dessen
Landesquote zu gelten.

§. 3.

Die verfassungsmäßig fest-
gestellten landesfürstlichen Zuschläge
zur Realsteuer sind auf die ein-
zelnen Länder im Verhältnisse
zu den ordentlichen Realsteuer
Landesquoten zu vertheilen.

§. 4.

Die Änderung der Normen, nach
welchen die auf jedes Land entfallen-
de Realsteuer Landesquote und die
Zuschläge hiezu im Innern des
Landes auf die einzelnen Distrikte
(: Kreise, Bezirke etc. :) Gemeinden
und Contribuenten umzulegen sind,
ist Gegenstand der Landesgesetz-
gebung.

II.

Besondere Bestimmungen über die Sammlung der Behelfe.

§. 5.

Bezeichnung der Behelfe.

Die bei der Feststellung der or-
dentlichen Realsteuer Landesquoten
zu benützenden Behelfe sind:

a) die in jedem Lande zu ermit-
telnden Kapitals- und Pachtwerthe
aller in den letzten 20 Jahren
veräußerten oder verpachteten
Realitäten (: Grundstücke, Grund-
besitzungen, Gebäude :) und die

./.

Vergleichungen dieser Werthe mit der denselben Realitäten vorgeschriebenen ordentlichen Realsteuer.

b.) die auf genau geführten, die letzten 20 Jahre umfassenden Rechnungen der Staats-, Landes- und Communal-Realitäten aufgemittelten, den durchschnittlichen Reinerträgnisse dieser Realitäten und die Vergleichung dieser Reinerträgnisse mit der denselben Realitäten vorgeschriebenen, ordentlichen Realsteuer;

c.) die Summe des Realsteuerordinariums, welche einem jeden Lande in der vorausgegangenen Periode vorgeschrieben war;

d.) die Daten über die in jedem Lande ~~vorgeschriebenen~~ Landes- und Grundentlastungszuschläge, so wie ~~über~~ die vorkommenden sonstigen Zuschläge für Communal- und andere öffentliche Zwecke.

[Margin: bestehenden Zuschläge für Realsteuer, u. z. der landesfürstlichen, der]

Daten über den Capitalswerth der Realitäten

§. 6.

Die Veräußerungsfälle, der ~~die~~ Realitäten ~~gewöhnlichen~~ sind aus Rechtsurkunden zu entnehmen, auf Grund welcher das Eigenthum einer Realität (d. i. eines Grundstückes oder Gebäudes oder eines Theiles desselben) von einer Person auf die andere entgeltlich übergeht, und in welchen der zwischen den Parteien vereinbarte Preis der Realität ausgedrückt ist.

7.

Expropriationen für öffentliche Zwecke, so wie die Veräußerungsfälle von bloßen Bergwerken, Zuckerfabriken, Bierbrauereien, Mühlen und anderer einer besonderen Einkommensteuer unterliegenden Industrieanstalten sind nicht zu berücksichtigen.

§. 7.

Der Veräußerungspreis ist so anzunehmen, wie er in der, die Parteien verbindenden Urkunde, bezeichnet ist, und nicht in dem, ebenfalls bei der Gebührenbemessung zur Grundlage genommenen hundertfachen Steuerbetrage.

Von diesem Veräußerungspreise ist in Abschlag zu bringen: der Kapitalswerth der zusammen mit der Realität veräußerten, im §. 6. bezeichneten Industrie Anstalten, beweglicher Sachen, speziell der mit der Realität verbundenen Rechte u. a. Gegenstände, die den eigentlichen Werth der Gründe oder Gebäude nicht betreffen.

Hingegen ist dem Veräußerungspreise ein entsprechender Kapitalsbetrag in Zuschlag zu bringen für die Steuern, Dienstbarkeiten, Unterleistungen u. a. Lasten, welche der Erwerber der Realität außer der Zahlung des in der Urkunde ausgedrückten Preises übernommen hat.
a. lesen Der durch diese Ab- und Zuschläge berichtigte Preis ist als Capitalswerth der Realität anzunehmen. /.

Daten über die Pachtschillingswerthe der Grundstücke.

§. 8.

Die Pachtfälle sind aus Pachturkunden zu entnehmen, auf Grund welcher einzelne der landwirthschaftlichen Benützung unterzogene Grundstücke (Grundparzellen oder ganze landwirthschaftliche Grundkomplexe) in Pacht überlassen wurden, und in welchen der zwischen den Pachtparteien verabredete Pachtzins ausgedrückt ist.

§. 9.

Der Pachtzins ist so anzunehmen, wie er in der die Pachtfälle verbürgenden Urkunde bezeichnet ist.

Von dem jährlichen Pachtzinse ist in Abschlag zu bringen: der jährliche Nutzwerth der vom Pächter übernommenen, im §. 6. bezeichneten Industrieanstalten, beweglicher Sachen, speziell mit den Grundstücken verbundener Rechte, Wohngebäude u. a. Gegenstände welche den eigentlichen Werth der Grundstücke und der damit verbundenen, zum landwirthschaftlichen Gebäude nicht betreffen; ferner die Benützungskosten aller dieser Gegenstände, so wie jene der Wirthschaftsgebäude, in so ferne diese Kosten dem Verpächter zur Last fallen.

Hingegen sind dem Pachtzinse zuzuschlagen: die Steuern, Dienstbarkeiten, Nebenleistungen, u. a. Lasten, welche der Pächter vertragsmäßig, außer der Zahlung des

/.

-pachtzinses übernommen hat.
Der durch diese Ab- und Zuschläge berichtigte Pachtzins ist als Pachtwerth der Grundstücke (Grundcomplexe) anzunehmen. —

§. 10.

Zusammenstellung der Resultate.

Die in jedem Lande erhobenen Daten
1. über Kaufswerthe,
2. über Pachtwerthe,
3. über aus Rechnungen ausgemittelten Reinerträgnissen,
sind abgesondert, nebst den diesbetreffenden Resultaten vorgeschriebenen ordentlichen Reinertrages, u. z. nach Kategorien
a. für städtische,
b. für Landrealitäten; letztere weiter unterabgetheilt in einzelne Parzellen, kleinere und größere Besitzthümer,
zuerst gemeindeweise, sodann bezirksweise, endlich in einem Landessummarium zusammenzustellen.

§. 11.

Die Zuschläge (§ 5.d.) und zwar

landesfürstlichen

a. die in jedem Lande eingehobenen Landes- und Grundentlastungs-Zuschläge,
b. die vorkommenden sonstigen Zuschläge zu Communal- u. a. öffentlichen Zwecken,
sind in Prozenten von der ordentlichen Grundsteuer auszudrücken.
Die Daten über die litt. b. bezeichneten Zuschläge sind in zweckmäßiger Weise zu sammeln und abgesondert für städtische und Landrealitäten, zuerst gemeindeweise /.

sodann bezirksweise, endlich in ei-
nem Landessummarium zusam-
menzustellen.

§. 12.

Organ zur Sammlung und Prüfung der Behelfe.

Drei Jahre vor Eintritt einer neuen Realsteuervertheilungs-periode (§ 2) werden zur Sammlung und Prüfung der hiezu erforderlichen Behelfe spezielle Kommissionen gebildet u. z.:

1. Eine Centralkommission in Wien, welche unter dem Vorsitze eines vom Kaiser ernannten Präsidenten, aus .... Mitgliedern zu bestehen hat. Ein Drittel dieser Mitglieder wird zur Hälfte vom Staatsminister zur anderen Hälfte vom Finanzminister aus Männern ernannt, denen die wirthschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Länder genau bekannt sind, das zweite Drittel wird durch das Herrenhaus, das letzte Drittel durch das Haus der Abgeordneten aus den Angehörigen der verschiedenen Länder derart gewählt, daß die Zahl der aus jedem Lande (oder aus jeder Gruppe der, ähnliche wirthschaftliche Verhältnisse habenden Länder) sich zu der Gesammtzahl der durch jedes Haus zu wählenden Mitglieder, nach Möglichkeit so verhalte, wie sich die Zahl der Abgeordneten dieses /.

Länder (oder Ländergruppen) im Reichsrathe zu der Gesammtzahl der Reichsrathsabgeordneten verhält. —

2) Für jedes durch einen Landtag vertretene Gebiet, eine Länderkommission, welche unter dem Vorsitze des Landes Chefs † aus 8 bis 20 Mitgliedern zu bestehen hat, von denen ein Viertel von der Centralkommission, ein Viertel über Vorschlag des Landeschefs vom Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium; die übrige Hälfte aber vom Landtage, und wenn dieser nicht versammelt ist vom Landesausschusse gewählt wird.

† oder dessen Stellvertreter für politische Angelegenheiten,

3) Für jeden politischen Distrikt (Kreis, Bezirk etc.) so wie für jede unmittelbar unter der Landesstelle stehende Stadt, eine Distrikts- beziehungsweise städtische Kommission, welche (unter dem Vorsitze des politischen Vorstehers des Distriktes und in Städten unter einem Vorsitze eines) vom Landeschef ernannten politischen Beamten, aus 4 bis 16 Mitgliedern zu bestehen hat, wovon ein Viertel von der Landeskommission, das zweite Viertel vom Landes Chef, die übrige Hälfte aber von der Distrikts- beziehungsweise städtischen Vertretung, und in Ermanglung einer solchen Vertretung vom Landesausschusse gewählt wird. Die Zahl der Mitglieder der Landes- Distrikts- und städtischen Kommissionen

./.

wird vom Staatsministerium, nach gepflogener Rücksprache mit dem Landesausschusse festgestellt.-

Sämmtliche Mitglieder der Landes- Distrikts- und städtischen Kommissionen müssen Landeskinder, und mit der Landessprache, so wie mit den wirthschaftlichen Verhältnissen der Landes-Distrikte und Städte, für welche sie angestellt werden, genau bekannt sein.-

Die Mitglieder der Central-Kommission, so wie jene der Landes-Distrikts- und städtischen Kommissionen haben ihre Ersatzmänner, welche auf dieselbe Art wie die Mitglieder selbst bestellt werden.-

§. 13.

Die im §. 12 bezeichneten Kommissionen fassen ihre Beschlüsse kollegialisch nach absoluter Stimmenmehrheit.-

Der Vorsitzende stimmt in der Regel nicht. Bei gleichgetheilten Stimmen wird jene Ansicht zum Beschluße erhoben, welcher der Vorsitzende beistimmt.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Kommissionsmitglieder erforderlich.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse bei den Landes-Distrikts- und städtischen Kommissionen ist auch erforderlich, damit die Anzahl der

Stimmenden, durch die Landes, (beziehungsweise Di-
strikts oder städtische Vertretung
gewählten gleich sei der Anzahl
der andern stimmenden Mitglieder

Bei vorkommenden Zweifeln
über die Auslegung des Gesetzes
und in andern wichtigen Fällen,
in welchen der Vorsitzende, der
Bezirks ~~beziehungsweise~~ (städtischen
Kommission, oder der Vorsitzende der
Landes-Kommission den Beschluß der
betreffenden Kommission als nicht ange-
nehmen erachtet, hat er den Beschluß
zu sistiren und die Sache der vor-
gesetzten (Landes- oder Central
Kommission) zur Entscheidung vor-
zulegen

§. 14.

Die Distrikts- beziehungsweise
städtische Kommission hat die, im
§. 5 litt. a b d [F bezeichneten Daten,] nach den im §. 5
bis 11. enthaltenen Bestimmungen,
in ihrem Gebiete auszumitteln,
zu prüfen, und zusammenzustellen
hiebei die erforderlichen Lokal-
erhebungen zu pflegen, nöthigen-
falls auch Sachkundige zu vernehmen,
und ihre Übersicht und Zusammen-
stellungen der Landeskommission
mit den zur Beurtheilung dersel-
ben nöthigen Aufklärungen und
Behelfen vorzulegen. —

Die Landeskommission ertheilt
den ihr untergeordneten Distrikts
(städtischen) Kommissionen die er-
forderlichen Weisungen, sie über-
wacht

deren Arbeiten entweder selbst oder durch Delegirte. – Sie hat die ihr vorgelegten Ausweise und Zusammenstellungen zu prüfen, erforderlichenfalls zu berichtigen und hieraus Landessummarien zu bilden, welche sie sammt den zur Beurtheilung derselben nöthigen Aufklärungen und Behelfen der Central-Kommission vorlegt.

Die Central-Kommission hat gegenüber den Landeskommissionen dieselben Befugnisse, welche diese letzteren gegenüber den Bezirks-Kommissionen zustehen. – Die Centralkommission hat die Landessummarien zu prüfen, nöthigenfalls zu berichtigen; sie hat zwischen den in jedem Lande erhobenen Capitals- und Kaufwerthen der Realitäten und aus Rechnungen ausgemittelten Reinerträgnissen einerseits, und der denselben Realitäten vorgeschriebenen ordentlichen Realsteuer andrerseits, summarische Vergleichungen anzustellen, und auf Grund dieser Vergleichungen – mit Berücksichtigung der jedem Lande in der vorangehenden Periode vorgeschriebenen Summe an Realsteuerordinarium, ~~dann~~ und der in jedem Lande ausgeschiedenen Landes- und Grundentlastungszuschläge ~~und~~ sowie der

./.

daselbst vorkommenden sonstigen Zuschläge für Communal u. andere öffentliche Zwecke – Anträge über die Feststellung der Landesquoten an der bedeutlichen Realsteuer für die nächstfolgende Periode zu beschließen.

Diese Anträge sind durch das Ministerium dem Reichsrathe zur weiteren gesetzlichen Behandlung vorzulegen. –

§. 15.

Der Staatsminister ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. –

Beilage C 53

Entwurf eines Gesetzes

über die Vertheilung der Grundsteuer auf die Kronländer wirksam für.

I

Allgemeine Bestimmungen

§. 1.

Das Grundsteuerordinarium wird für die Kronländer, auf welche die Wirksamkeit dieses Gesetzes sich erstreckt, auf einen Gesammtjahresbetrag von .... Gulden festgestellt. —

§. 2.

Die Vertheilung dieses Gesammtjahresbetrages auf die einzelnen Länder geschieht durch ein Reichsgesetz auf eine Periode von 20 Jahren, auf Grund der zu diesem Behufe gesammelten Behelfe.

Im Wege dieser Vertheilung wird für jedes durch einen eigenen Landtag vertretenen Gebiet eine Landesquote an der ordentlichen landesfürstlichen Grundsteuer festgestellt, welche nur durch ein Reichsgesetz geändert werden kann.

bis zur ersten nach diesem Gesetze zu bewirkenden Feststellung der Landesquoten hat die einem jeden, durch einen eigenen Landtag vertretenen Gebiete vorgeschriebene Summe an Grundsteuerordinarium als dessen Landesquote zu gelten.

§. 3.

Die verfassungsmäßig festgestellten landesfürstlichen Zuschläge zur Grundsteuer sind auf die einzelnen Länder im Verhältnisse zu der ordentlichen Grundsteuer Landesquote zu vertheilen. —

§. 4.

Die Aenderung der Normen, nach welchen die auf jedes Land entfallende Grundsteuer-Landesquote sammt den Zuschlägen hiezu im Innern des Landes, auf die einzelnen Distrikte (Kreise, Bezirke u. dgl.) Gemeinden und Grundstücke umzulegen sind, ist Gegenstand der Landesgesetzgebung. —

II. Besondere Bestimmungen über die Sammlung der Behelfe.

§. 5.

Verzeichnung der Behelfe.

Die bei der Feststellung der ordentlichen Grundsteuerlandesquoten zu benützenden Behelfe sind:

a) die in jedem Lande zu ermittelnden Kapitals und Pachtwerthe der in den letzten 20 Jahren veräußerten oder verpachteten Grundstücke (Grundbesitzungen) und die Vergleichung dieser Werthe mit der von denselben Grundstücken entrichteten ordentlichen Grundsteuer.

b) Die aus genau geführten, die letzten 20 Jahre umfassenden Rechnungen der Staats-, Fonds- und Communal-Grundbesitzungen zu ermittelnden Reinerträgnisse dieser Grundbesitzungen, und die Vergleichung dieser Erträgnisse mit der denselben Grundbesitzungen vorgeschriebenen ordentlichen Grundsteuer.

c) die Summe des Grundsteuer-Ordinariums, welches einem Lande in der vorangegangenen Periode vorgeschrieben war. —

(betreffenden Zuschläge zur Grundsteuer und zwar der landesfürstlichen, der

d) Die Daten über die in jedem Lande (~~ausgeschriebenen~~ Landes- und Grundentlastungszuschläge, so wie über die vorkommenden, den sonstigen Zuschläge für Comunal- und andere öffentliche Zwecke.-

Daten über die Kapitalswerthe der Grundstücke.

§. 6.

Die Veräußerungsfälle der Grundstücke sind aus Rechtsurkunden zu entnehmen, auf Grund welcher das Eigenthum eines der landwirthschaftlichen Benützung unterzogenen Grundstückes, einer Grundparzelle oder eines landwirthschaftlichen Grundkomplexes, von einer Person auf die andere entgeltlich übergeht, und in welchen der zwischen den Partheien vereinbarte Preis des Grundstückes ausgedrückt ist.

Expropriationen für öffentliche Zwecke sind nicht zu berücksichtigen.

§. 7.

Der Veräußerungspreis ist so anzunehmen, wie er in der, die Partheien verbindlichen Urkunde bezeichnet ist und nicht in dem allenfalls bei der Gebührenbemessung zur Grundlage genommenen hundertfachen Steuerbetrage.

Von diesem Veräußerungspreise ist in Abschlag zu bringen:

2. zur Grundsteuer

der Kapitalswerth der, zusammen mit dem Grundstücke erworbenen Fabriks- und sonstigen Industrie-Anstalten, die einer besonderen Einkommensteuer (unterliegen), dann der zusammen mit dem Grundstücke erworbenen einer Gebäudesteuer unterliegenden Wohn- und anderen Gebäude, spezieller Rechte, beweglicher Sachen u. a. Gegenstände, die den eigentlichen Werth des Grundstückes und der damit verbundenen rein landwirthschaftlichen Gebäude nicht betreffen. —

Hingegen ist dem Veräußerungspreise ein entsprechender Kapitalsbetrag in Zuschlag zu bringen für die Steuern, Dienstbarkeiten, Nebenleistungen u. d. Lasten, welche der Erwerber des Grundstückes, außer der Zahlung des in der Urkunde ausgedrückten Preises, übernommen hat. —

Der durch diese Ab- und Zuschläge berichtigte Preis ist als Kapitalswerth des Grundstückes (: Grundbesitzthumes :) anzunehmen. —

Daten über den Pachtwerth der Grundstücke.

§. 8.

Die Pachtfälle sind aus Rechtsurkunden zu entnehmen, auf Grund welcher ein der landwirthschaftlichen Benützung unterzogenes Grundstück in

./.

Pacht verlassen wird, und in welchem der zwischen den Partheien vereinbarte Pachtzins ausgedrückt ist.

§. 9.

Der Pachtzins ist so anzunehmen, wie er in der die Partheien verbindlichen Urkunde bezeichnet ist.

Von dem jährlichen Pachtzinse ist in Abschlag zu bringen der jährliche Nutzwerth der vom Pächter übernommenen im §. 8 alinea 2. bezeichneten Gegenstände, ferner die Unterhaltungskosten dieser Gegenstände so wie auch jene der landwirthschaftlichen Gebäude, insoferne diese Kosten dem Verpächter zur Last fallen.

Hingegen sind dem Pachtzinse zuzuschlagen die in §. 8. alinea 3. bezeichneten Lasten, insoferne der Pächter dieselben, außer der Zahlung des Pachtzinses übernommen hat.

Der durch diese Ab- und Zuschläge berichtigte Pachtzins ist als Pachtwerth des Grundstückes anzunehmen.

§. 10.

Zusammenstellung der Behelfe.

Die in jedem Lande erhobenen Daten:
1. über Kaufwerthe
2. über Pachtwerthe
3. über nach Schätzungen durch-

ermittelten Reinerträgnisse hier abgesondert, nebst der, den betreffenden Grundstücken vorgeschriebenen ordentlichen Grundsteuer, und zwar nach Kategorien für einzelne Parzellen für kleinere und für größere Grundbesitzungen zuerst gemeindeweise, sodann bezirksweise, endlich in einem Landes-Summarium zusammenzustellen.

§. 11.

Die Zuschläge (§ 5 lit d) und zwar:

a.) die in jedem Lande ausgeschriebenen landesfürstlichen, Landes- und Grundentlastungs-Zuschläge;

b.) die vorkommenden sonstigen Zuschläge zu Communal- und anderen öffentlichen Zwecken, ~~Die~~ sind ~~die~~ in Procenten von der ordentlichen Grundsteuer auszudrücken. —

Die Daten über die lit. b. bezeichneten Zuschläge sind in größtmöglichster Anzahl zu sammeln und zuerst gemeindeweise, sodann bezirksweise, endlich in einem Landessummarium zusammenzustellen. —

Organe zur Sammlung und Prüfung der Behelfe

§. 12.

Drei Jahre vor Eintritt einer neuen Grundsteuerverteilungsperiode (§ 2) werden zur Sammlung und Prüfung der hiezu erforderlichen Behelfe specielle Commissionen gebildet, u. z.:

1.) Eine Central-Commission in Wien, welche unter dem Vorsitze eines vom Kaiser ernannten Präsidenten aus . . . . Mitgliedern zu bestehen hat. Ein Drittel dieser Mitglieder wird zur Hälfte vom Ackerbauminister zur andern Hälfte vom Finanzminister aus Männern ernannt, denen die landwirthschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Länder genau bekannt sind. Das zweite Drittel wird durch das Herrenhaus, das letzte Drittel durch das Haus der Abgeordneten aus den Angehörigen der verschiedenen Länder derart gewählt, daß die Zahl der aus jedem Lande (oder aus jeder Gruppe der ähnliche landwirthschaftliche Verhältnisse habenden Länder) sich zu der Gesammtzahl der durch jedes Haus zu wählenden Mitglieder nach Möglichkeit so verhalte, wie sich die Zahl

/

1.

zu Beilage e

Allgemeine Begründung des in Beilage e enthaltenen Entwurfes zur Vertheilung der Grundsteuer auf die Kronländer.

a. Der Entwurf enthält den Grundsatz, daß durch Reichsgesetze nur die Ländersteuerquoten festzustellen, die Erlassung der Vorschriften über die Grundsteuerumlage im Innern der Länder, daher auch die Erlassung der Vorschriften für die hiezu erforderliche Einschätzung der Grundstücke der Landesgesetzgebung zu überlassen sei.

Dafür spricht die große Verschiedenheit der wirthschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern. – Unmöglich ist es Regeln zur Einschätzung der Grundstücke festzustellen, welche auf alle diese Verhältnisse passen würden. Es müßten daher diese Regeln den Verhältnissen der Länder angepaßt, somit verschiedenartig sein. An eine Gesetzeinheit hierin kann nicht gedacht werden, wenn man den einzelnen Ländern nicht ungerecht sein will. Einleuchtend ist es aber auch, daß es den Landtagen besser als dem Reichsrathe gelingen kann, die in ihren Ländern vorkommenden

-wirthschaftlichen Verhältnisse zu beurtheilen, die daselbst vorhandigen, zur Einschätzung dienlichen Materialien und deren Anwendung zu würdigen, und darnach die Vorschriften zu einer möglichst gleichmäßigen, den Bewohnern des Landes leicht verständlichen, schnell und wohlfeil durchführbaren Einschätzung der Grundstücke zu beschließen.

In solchen Angelegenheiten kann wol die überdieß hierin nothwendige Verschiedenheit der Gesetzgebungen in einzelnen Ländern zugelassen werden, ohne geringste Gefahr für die Staatseinheit.

6. Nach dem Entwurfe c. (§.5. lit a.) sind als Behelfe zur Feststellung der Grundsteuerlandesquoten zuerst die aus 20 Jahren zu sammelnden Kauf- und Pachtpreise der Grundstücke bezeichnet.

Diese Daten wird man aus 20 Jahren in jedem Lande in hinlänglicher Zahl sammeln können; sie ~~und werden die durchschnittlichen Ergebnisse dieser Daten ein viel sichereres Materiale zur Vertheilung der Grundsteuer auf die Länder bieten, als eine Grundeinschätzung, welche nicht gleichzeitig [illegible] werden kann,~~

~~und deren Resultate, wegen der verschiedenen localen Verhältnisse und der verschiedenen subjectiven Anschauungsweise der vollziehenden Organe, statt bedeutend ungleich sein müssten.~~

~~Die Kauf- und Pachtpreise der Grundstücke~~ sind in beweiskräftigen schriftlichen Urkunden niedergelegt; sie lassen sich daher durch persönliche und egoistische Anschauungen nicht so leicht verrücken.

Die Sammlung und die in den §§. 6 bis 10 des Entwurfes angedeutete Prüfung der Kauf- und Pachtpreise kann in Bezirken von den Localcommissionen schnell durchgeführt, und auch von den oberen Commissionen leicht controlirt werden, zumal zur Controlirung dieser einfachen Arbeit eine bei weitem nicht so genaue und viel leichter zu erwerbende Kenntniß der localen Verhältnisse erforderlich ist, als zu einer detaillirten Grundeinschätzung.

Den Einwendungen gegen eine maßgebende Benützung der Kauf- und Pachtpreise der Grundstücke zum Zwecke der Grundsteuerumlage wollen wir auch begegnen.

Es wird nämlich gesagt, daß in den Kauf- und Pachtpreisen oft Divergenzen vorkommen,

welche nicht im gewöhnlichen Werthe der Grundstücke, sondern in einem besseren oder schlechteren Kulturstande, in den besseren Wirthschaftsgebäuden, oder auch in wirthschaftlichen oder sonstigen Rücksichten der vertragschließenden Parteien ihren Grund finden. – Allein, gerade deßhalb haben wir ⊤ ~~im Vortrage d. J. die Anwendung(s) Berücksichtigung dieser Preise nicht zur Ermittlung des steuerbaren Werthes der in Bezug auf die einzelnen einzuschätzenden Objekte, sondern in ihren summarischen Ergebnissen, durch Vergleichung ⊤ dieser Ergebnisse mit den Schätzungsresultaten vorgeschlagen, wobei die erwähnten in einzelnen Fällen vorkommenden Divergenzen sich in den Durchschnitten von selbst ausgleichen.~~ –

⊤ im Entwurfe e/ nicht die Anwendung dieser Preise zur Ausmittlung des steuerbaren Werthes und Ertrages der einzelnen Objecte, sondern die summarische Vergleichung der aus zahlreichen Kauf- u. Pachtfällen ermittelten Werthe mit der Steuerlast zur Beurtheilung dieser letzteren in ganzen Bezirken großen Gebieten vorgeschlagen, wobei offenbar die obenerwähnten in einzelnen Kauf- u. Pachtgeschäften vorkommenden Divergenzen sich in den großen anzuwendenden Durchschnitten von selbst ausgleichen müssen.

⊤ ~~die aus vielen gesammelten Kauf- u. Pachtfällen ermittelten hier unmittelbaren Werthe mit der Vergleichung mit den ... dieser Objekte entrichteten Steuer~~

Man wird vielleicht auch einwenden wollen, daß in den einen (Gebieten) ~~Bezirken~~ eine größere Zahl von theueren Kauf- und Pachtfällen über einzelne Parzellen, in anderen aber mehr Fälle über (ebenfalls) wohlfeilere ganze Grundwirthschaften, oder über große Grundcomplexe (deren ungünstigerer Lage) aufgebracht werden könnten. Allein aus einer Reihe von z. B. 20 Jahren werden in jedem (Lande, ja in jedem) Bezirke nicht nur sehr viele, sondern auch verschiedene Fälle aufzufinden sein, aus welchen auf den durchschnittlichen Verkehrswerth geschlossen werden kann.

Um aber der erwähnten Besorgniß noch mehr entgegenzutretten, haben wir auch im Antrage c/. vorgedacht, daß die zu sammelnden Kauf- und Pachtpreise nach Kategorien für einzelne Parzellen, kleinere und größere Wirthschaften, abgesondert zusammenzustellen seien, damit jene Behörde, welche diese Daten zu beurtheilen und die Anträge darauf zu basiren hat, auch die in dieser Beziehung vorkommenden Divergenzen ihrer Würdigung unterziehen und berücksichtigen könne. – In Betreff der Kaufpreise wird man vielleicht auch einwenden, daß aus denselben auf die Grundrente nur mit Rücksicht auf den üblichen Zinsfuß geschlossen werden könne, und diesen sehr veränderlichen Zinsfuß zu ermitteln ist es schwer, wo nicht unmöglich. Allein, viel leichter ist es einen durchschnittlichen Zinsfuß auszumitteln, als eine künstliche Grundertragsberechnung durchzuführen. Auch haben wir im Antrage c/. vorgedacht, daß die Daten über die Kaufpreise abgesondert von jenen über die Pachtpreise zusammenzustellen sind, und aus der Vergleichung dieser Daten

gegen einander kann man wol auf den bei Grundkäufen gesuchten Zinsfuß schließen.

Jedenfalls sind die durchschnittlichen Ergebnisse der aus verbindlichen Urkunden geschöpften Daten über Kauf- und Pachtpreise sicherer, und können einen viel besseren Anhaltspunkt zur Feststellung der Grundsteuerquoten bieten, als irgend welche Einschätzungen, die nicht entsprechend geregelt werden können, und wegen der Verschiedenheit der localen Verhältnisse so wie wegen der verschiedenen subjectiven Anschauungsweise der vollziehenden Organe stets bedeutend ungleich sein müssen. F

F Überdieß ist nicht außer Acht zu lassen, daß der Entwurf nicht nur der summarischen, ~~[illegible]~~ gehörig gewürdigten Pachtergebnisse der Kauf- u. Pachtpreise, sondern auch anderer wichtiger Rücksichten, bei Feststellung der Steuerquoten in Betracht zu ziehen beantragt.

Möge daher auch irgend eine Grundeinschätzung eingeleitet werden, so soll – (um den besten Anhaltspunkt zur Beurtheilung der Schätzungsresultate und der auf einzelne Gebiete zu repartirenden Steuerquoten zu gewinnen) – auf die Daten über Kauf- und Pachtpreise ein wichtiges Augenmerk gelegt, die willkürliche Auswahl unter denselben nicht zugelassen, die Sammlung und Prüfung derselben unter gegenseitiger Controlle der Vertreter der Steuerträger einzelner Gebiete geregelt werden, damit dieses wichtige

Materials, in seiner Bearbeitung, Benützung und Anwendung nicht auf der Willkür anheimfalle. 6

6 Laut §7 u. 9 des Entwurfes ist es, bei der Ermittlung der Kauf- und Pachtwerthe der Grundstücke, der Kapitalswerth der rein landwirthschaftlichen Gebäude vom Kaufpreise, der jährliche Nutzwerth dieser Gebäude vom Pachtzinse nicht in Abzug zu bringen, weil kein entsprechender Grund gedacht werden kann, aus welchen diese der Gebäudesteuer nicht unterliegenden, zum verkauften oder verpachteten Wirthschaftskomplexe gehörigen Gebäude in Abzug zu bringen wären. Übrigens dient zur Beruhigung, daß die auf die von uns beantragte Art ohne Zulassung der Auswahl unter den Kauf- und Pachtfällen ermittelten Werthe der Grundstücke, in ihren durchschnittlichen Ergebnissen, ohne Zweifel ~~und~~ bedeutend geringer sein werden, als die Resultate der in Beilage a beleuchteten Einschätzung, oder als die im Sinne der Regierungsvorlage nach alter Sitte zusammenzustellenden, zur Prüfung der Einschätzung zu benützenden Kauf- und Pachtpreise, denn die alte Sitte der Sammlung und Benützung dieser Preise bestand darin, daß man nur die theuereren Preise von einzelnen verkauften oder verpachteten Parzellen sammelte und benützte. (Siehe hierüber auch Kritik der Regierungsvorlage Beilage a [illegible] (Absatz 3:)

c. Als ferneres Materiale sind im Entwurfe (§5. lit. b.) die, wenn auch in geringer Menge vorkommenden, doch zur Kombinirung benützbaren genau geführten Rechnungen aus Staats- Fonds- und Kommunalgütern, welche von den Rechnungslegern dokumentirt sein müssen, und ~~ge~~ alle Reinerträgnisse darstellen.

d. Als weiteres Materiale werden im Entwurfe c (§5. lit. c. d., §11 und 13.) die vorhin einem Lande vorgeschriebenen Grundsteuerquote, so wie die Daten über die im Lande vorkommenden Landes-Grundentlastung und sonstige Zuschläge zu öffentlichen Zwecken, bezeichnet. Auch diese Daten hat die Central Commission (§13 des Entwurfes) bei Stellung ihrer Anträge zu berücksichtigen, und sollen dieselben nebst den Materialien aus Käufen, Pachtungen und Rechnungen die Grundlage zur Feststellung der Steuerlandesquoten (§2. des Entwurfes) bieten.

Dann mögen auch die Kauf=

-ner Kaufspreise für sich allein die sicherste Grundlage zur Beurtheilung des Grundertrages in den Ländern bieten, oder möge dieser Ertrag auf irgend welche Art am genauesten erhoben werden, so wäre es unbillig auf dieser Grundlage die vorhin bestandene Steuer in jenen Gebieten, welche ihrer Armuth wegen im Verhältnisse zu ihrem Einkommen durch sonstige öffentliche Lasten mehr als andere Gebiete gedrückt sind, zu erhöhen, oder in einem Lande die vorhin niedrigere Steuer, nach welcher sich die sämmtlichen Vermögens und Creditsverhältnisse durch lange Jahre regulirt haben, plötzlich und bedeutend höher zu stellen, und dadurch eine überaus schädliche und gegen alle nationalökonomische Rücksichten verstoßende Störung dieser Verhältnisse herbeizuführen.

Beispiele einer solchen Störung hat uns die ehemalige Staatsverwaltung gegeben. Diesen Beispielen soll aber dermalen nicht gefolgt werden. x)

c. Die Sammlung, Prüfung und Beurtheilung der Materialien wird im Entwurfe (§ 12 bis 14) in die Hände der

x) Siehe die Anmerkung im letzten Bogen der Begründungsschrift zu Beilage f.

Commissionen gelangt, welche überwiegend von den Vertretungen der Steuerträger, deren gegenseitige Controlle die besten Garantien bietet, gewählt werden, – und wird im Entwurfe die Feststellung der Steuerquoten der gesetzgebenden Gewalt vorbehalten.

Denn die Regierung kann zu diesen Geschäften, wie wir es bereits angedeutet haben T keine hinlängliche Zahl tüchtiger Organe, – und in keinem Falle kann sie solche Organe aufstellen, welche hiezu so geeignet wären, wie die mit den wirthschaftlichen Verhältnissen ihrer Gebiete bekannten und im Interesse ihrer Gebiete sich gegenseitig kontrollirenden Vertreter der Steuerträger. Hiezu kommt noch, dass die Regierung bei der bedrängten finanziellen Lage geneigt sein kann, in der Benützung und Bearbeitung der Materialien nicht sowohl den Zweck einer gerechten Steuervertheilung als viel mehr den Zweck einer willkommenen Steuererhöhung zu erreichen.

T (Beilage a Absatz 4 Zeilen 17 bis 20)

Was die definitive Feststellung der Steuerquoten für

nzelnen Gebiete anbelangt, so kann diese dem Ermessen der Regierung umso weniger anheim fallen, als sie durch ihre Organe alle Verhältnisse und Rücksichten nicht gehörig würdigen, und das Wirken dieser Organe der hier unumgänglich nothwendigen allerbreitesten Öffentlichkeit entbehrend leicht in Willkühr ausarten kann.

Öffentlich, von der Tribune der Reichsvertretung herab, sollen alle Materialien gewürdigt, und alle Gründe geltend gemacht werden, welche für die Feststellung dieser oder jener Steuerquote auf ein Kronland sprechen, und nach einer solchen Discussion sollen diese Quoten festgestellt werden. In dieser Öffentlichkeit liegt die beste Garantie für die Gerechtigkeit und Billigkeit. Man soll hierin den öffentlich geführten Kampf und die hiebei allenfalls hervortretenden Ansichten über eine mehrere Berücksichtigung oder Bevortheilung der einzelnen Kronländer nicht scheuen. Ohne Öffentlichkeit wird es noch ärger sein, denn Jedermann wird sich bevortheilt meinen. Würde man

einen solchen Kampf scheuen, so müßte man das konstitutionelle Leben bleiben lassen, denn dieses Leben besteht im Kampfe, welcher die Sachen immer mehr ins Klare bringt, und wenn er auch nicht jedesmal gerechte Resultate erzielt, doch den Weg hiezu anbahnt. – So würde es auch bei der Feststellung der Länder-Steuerquoten geschehen. Wenn nicht bei der ersten durch ein Reichsgesetz bewirkten Steuervertheilung das Gerechte erzielt wird, so werden schon die öffentlichen Diskussionen die Mängel zum Vorschein bringen, zum Nachdenken für Abhilfe zwingen, und für die nächste Steuervertheilung besseres vorbereiten.

Uibrigens sollen die aus verschiedenen Ländern berufenen Mitglieder des Reichsrathes sich gegenseitig so viel Vertrauen schenken, daß sie, nach Anhörung der Gründe und Gegengründe in einer öffentlichen Diskussion, eingedenk des inhaltschweren „hodie mihi, cras tibi" weit besser, als irgend Jemand der Gerechtigkeit und Billigkeit Rechnung tragen, und wenigstens kein Land über das billige Maß zu belasten willens sein werden.

Man würde vielleicht einwenden, daß durch Zuerkennung eines überwiegenden Einflusses den Repräsentanten der Steuerträger, oder durch Feststellung der Steuerquoten im Wege eines Gesetzes die Regierung in ihren Rechten der Exekutive zum Schaden ihrer Autorität verkürzt wäre.

Allein die Autorität der Regierung ~~be~~ wird bei weiten

noch dadurch geschwächt, wenn die Regierung bei der Unmöglichkeit taugliche Organe für das Grundertrags-Schätzungsgeschäft aufzubringen, unfähige Organe anstellt, deren schlechte Arbeiten bei der gegenwärtigen grösseren Öffentlichkeit ans Licht gelangen müssen.

Keine schwache Autorität hat die französische Regierung, und doch ist dort die Feststellung der Departements-quoten für alle directen Steuern der Legislative und die weitere Repartition derselben im Innern der Departements den Departements- und Arrondissements-Räthen anheimgestellt.

Ueber ihre Autorität und Stärke wacht auch die preussische Regierung, doch wird dort, nach dem neuesten Gesetze, das Grundertragsschätzungsgeschäft durch Veranlagungs- (Local-) und Provinzial-Commissionen, dann durch eine Central Commission besorgt, und alle diese Commissionen sind überwiegend aus Repräsentanten der Steuerträger zusammengesetzt. In einem weit höheren Grade ist dieß in Österreich nothwendig, zumal die landwirthschaftliche

Verhältnisse in den Bestandtheilen Österreichs bei weitem verschiedenartiger gestaltet sind, als in Preussen, ihre Beurtheilung daher schwieriger ist, nebstdem aber auch die österreichische Staatsverwaltung sich mit der preussischen hinsichtlich der Kenntniss und der Behandlung der wirthschaftlichen Interessen gar nicht messen kann. Daß in Preussen durch die Gesetze des J. 1861 eingerichtete Schätzungsgeschäft fand eine wesentliche Erleichterung darinn, daß dort geordnete agrarische Verhältnisse vorgefunden wurden, weil die Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse schon gänzlich und ordentlich durchgeführt, und bei dieser Regulirung auch Servitutenablösungen und Grundkommassirungen vorgenommen wurden. Auch standen der preussischen Regierung Organe zu Gebote, welche lange Jahre mit der Einschätzung der Grundstücke für die Zwecke der erwähnten Regulirung beschäftigt, und bei diesen Einschätzungen gedrängt waren, zu möglichst gerechten Resultaten zu gelangen, da sie zweien Partheien, welche divergirende Interessen hatten, gegenüber standen,

und ihre Einschätzung die Grund-
lage zu Entscheidungen zwischen
Parteien bildeten; die hingegen
zur Katastralgrundertragsschätzung
in Österreich verwendeten Organe
ihre chablonmäßigen Zifferzu-
sammenstellungen in einer ein-
seitigen Richtung auf Erhöhung
der Ertragsziffer zu Gunsten des
Aerars als ihres Dienstherrn
und Wohlthäters einrichteten,
und in dieser Richtung gestärkt,
oder in dieselbe gar, insbesondere
in neueren Zeiten, gedrängt
wurden, durch die ihnen vorge-
setzten Finanzbehörden, welche
wie wir schon dargethan, den ei-
gentlichen Zweck der Ertragsschät-
zung (nämlich die Gleichmäßig-
keit der Steuerumlage) au-
ßer Acht ließen, und in der
Erhöhung der Ertragsschätzung
ein Mittel zu einer Steuererhö-
hung erblickten.

Uibrigens liegt es schon in der
Natur des Steuervertheilungs-
geschäftes, daß die Regierung
eines maßgebenden Einflusses
darauf entbehren kann, ohne
ihre Autorität im Geringsten
zu schwächen, und ohne die Re-
gierungsinteressen bloßzustellen,
vorausgesetzt, daß die Regierung
in der Durchführung dieses
Geschäftes nicht einer Steuer-
erhöhung - (für welche die

Gründe in anderen Umständen und nicht in der Ertragsschätzung gesucht werden sollen:) sondern lediglich den hier maßgebenden Zweck der gleichmäßigen Steuerumlage erreichen will.

Denn der Zweck der Gleichmäßigkeit wird offenbar durch die sich gegenseitig kontrollirenden Steuerträger weit besser erreicht, als durch Regierungsorgane, und die Regierung kann dabei nur gewinnen, wenn sie die in diesen Geschäften liegenden Schwierigkeiten, und insbesondere den hierbei hervortretenden Zwang mit den Steuerträgern, von sich so weit als möglich ferne hält. Dieser Zwang soll die Regierung am sorgfältigsten meiden, wenn sie ihre Autorität so wie das Vertrauen des Volkes in ihre Organe herzustellen wünscht, und zu dem im Musterstaate England ergreifenden Resultate gelangen will, daß das Volk, über jede Aufforderung der öffentlichen dienstthuenden Organe, sich verpflichtet fühlt diesen Organen in dem Schutze der gesetzlichen Ordnung beizustehen.

Wenn aber die Regierung, wie es in ihrer Vorlage geschieht den entscheidenden Einfluß bei diesem Geschäfte den Finanzorganen vorbehält, überdieß auch die geschilderten Schätzungsgrundsätze vorschlägt, bei deren Anwendung durchaus keine gleichmäßige aber eine ungerechte und sehr hohe Ertragsschätzung erreicht werden kann, so muß hier die Vermuthung Platz greifen, daß die Regierung durch die beantragte Ertragsschätzung nicht die Gleichmäßigkeit der Steuerumlage sondern hauptsächlich den Zweck erreichen will, Gründe zu finden zu einer namhaften Erhöhung der Gesamtsumme der Grundsteuer.

darauf

darauf soll aber der Reichsrath
eben nicht eingehen.

7. Im Entwurfe c ist auch bean-
tragt, dass mit der Vollziehung
des Gesetzes das Staatsministe-
rium beauftragt, und der Vor-
sitz in den Bezirks- und Landes-
kommissionen den politischen
Beamten zugestanden werde (§ 12)
Denn nicht in das Ressort des Fi-
nanzMinisteriums, welches das
Interesse der Finanzen vor Au-
gen hat, sondern in das Ressort
des Ministeriums des Innern
(oder zu jenem eines Ackerbau-
ministers) soll die Schaffung
der Grundlage zur Steuerumle-
gung gehören, bei welcher nicht
die Erschwingung einer hohen
Steuer, sondern vielmehr die
gleichmässige Umlage derselben
und nationalökonomische Rück-
sichten massgebend sein sollen.
Auch die Durchführung der bis-
herigen Katastralschätzung war
vom J. 1825 bis 1850 nicht den
Finanz- sondern den politischen
Behörden anheimgestellt. Und
es scheint, dass eben seit Ü-
bernahme des Geschäftes durch
die Finanzverwaltung die fis-
kalere und rigere Behandlung
desselben datirt. Auch findet
man unter den politischen
Beamten, unseren Erfah-
rungen gemäss, bei weitem
mehr mit localwirthschaftlichen

Verhältnissen bekannte Männer als unter den Finanzbeamten *)

Im Entwurfe e ist auch (§ 12) vorgedacht, daß alle, hiemit auch die von der Regierung zu ernennenden Mitglieder der Commissionen Landeskinder, der Landessprache vollkommen mächtig und der landwirthschaftlichen Verhältnisse der Distrikte und Länder, für welche sie angestellt werden, genau aus eigener Erfahrung bekannt ~~seien~~ wären. Die Wichtigkeit und Nothwendigkeit einer solchen Anordnung welche auch in den bisher verbindlichen Gesetzen enthalten war, braucht nicht erst erwiesen zu werden; die besten Beweise hiefür liegen in den bisherigen irrigen

*) Namentlich in Galizien hat sich die Finanzverwaltung, weit mehr als andere Verwaltungszweige, durch die Rücksichtslosigkeit ausgezeichnet, mit welcher sie nicht nur beim Kataster, sondern auch in anderen Branchen, insbesondere die höheren Stellen, Männern vergibt, die nicht Landeskinder sind, die Landessprache und die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes nicht kennen. Aus diesem Grunde bleibt auch bei den galizischen Finanzbehörden das kaiserliche Gesetz, welches die in Landessprache einlangenden Eingaben in derselben Sprache beantworten läßt, ohne maßgebende Wirkung.

Katastralschätzungen, bei welchen man die gesetzlichen Anordnungen in Bezug auf die Wahl der Organe mißachtete. Nothwendig ist es aber auch zu bedenken, daß eine ähnliche Anordnung im neuen Gesetze nicht ohne maßgebende Wirkung bleibe, ebenso wie es mit vorhinnigen ~~Ge~~ diesfälligen Gesetzen der Fall war.

der Abgeordneten dieser Länder (oder Ländergruppen) im Reichsrathe zu der Gesammtzahl der Reichsrathsabgeordneten verhält. –

2.) Für jedes durch einen Landtag vertretene Gebiet eine Landeskommission, welche unter dem Vorsitze des Landeschefs aus 8 bis 20 Mitgliedern zu bestehen hat, von denen ein Viertel von der Centralkommission, ein Viertel über Vorschlag des Landeschefs vom Ackerbauministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, die übrige Hälfte aber vom Landtage, und wenn dieser nicht versammelt ist, vom Landesausschusse gewählt wird. –

3.) Für jeden politischen Distrikt (Kreis, Bezirk etc.) so wie für jede unmittelbar unter der Landesstelle stehende Stadt, eine Distrikts beziehungsweise städtische Kommission, welche unter dem Vorsitze des politischen Vorstehers des Distriktes, und in Städten unter dem Vorsitze eines vom Landeschef ernannten politischen Beamten aus 4 bis 16 Mitgliedern zu bestehen hat von denen ein Viertel von der Landeskommission, das zweite Viertel vom Landeschef, die übrigen Hälfte aber von der ~~politischen~~

./.

Distrikts- beziehungsweise städtischen Vertretung und in Ermangelung einer solchen Vertretung vom Landesausschusse gewählt wird.—

Die Zahl der Mitglieder der Landes- Distrikts- und städtischen Kommissionen wird vom Ackerbauministerium, nach gepflogener Rücksprache mit dem Landesausschusse, festgestellt.

Sämmtliche Mitglieder der Landes- Distrikts- und städtischen Kommissionen, müssen Landeskinder und mit der Landessprache, so wie mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen der Länder, Distrikte und Städte, für welche sie angestellt werden genau bekannt sein.—

Die Mitglieder der Central-Kommission, so wie jene der Landes- Distrikts und städtischen Kommissionen haben ihre Ersatzmänner, welche auf dieselbe Art wie die Mitglieder selbst bestellt werden.—

§. 13.

Die im §. 12 bezeichneten Kommissionen fassen ihre Beschlüsse kollegialisch nach absoluter Stimmenmehrheit.

/.

der Vorsitzende stimmt in der Regel nicht. Bei gleichgetheilten Stimmen wird jene Ansicht zum Beschlusse erhoben welcher der Vorsitzende beistimmt.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Kommissionsmitglieder erforderlich.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse bei den Landes- Distrikts und städtischen Kommissionen ist auch erforderlich, damit die Anzahl der Stimmenden durch die Landesbeziehungsweise Distrikts- oder städtische Vertretung gewählten, gleich sei der Anzahl der anderen stimmenden Mitglieder.

Bei vorkommenden Zweifeln über die Auslegung des Gesetzes und in anderen wichtigen Fällen, in welchen der Vorsitzende der bezirks- (städtischen) Commission oder der Vorsitzende der Landeskommission, den Beschluß der betreffenden Commission als nicht angemessen erachtet hat er den Beschluß zu sistieren und die Sache der vorgesetzten (Landes- oder Central-Kommission) zur Entscheidung vorzulegen.

§. 14.

Die Distrikts- beziehungsweise städtische Kommission hat die im §. 5 lit. a. b. d. bezeichneten Daten nach den in §§. 5 bis 11 enthaltenen Bestimmungen in ihrem Gebiete auszumitteln, zu prüfen und zusammenzustellen, hiebei die erforderlichen Localerhebungen zu pflegen, nöthigenfalls auch Verhandlungen zu veranlassen, und die ~~ihre~~ Ausweise und Zusammenstellungen der gesammelten Daten der Landeskommission mit den zur Beurtheilung derselben nöthigen Aufklärungen und Behelfen vorzulegen.

Die Landeskommission ertheilt den ihr untergeordneten Distrikts- (städtischen) Kommissionen die erforderlichen Weisungen, sie überwacht deren Arbeiten unmittelbar selbst oder durch Delegirte. Sie hat die ihr vorgelegten Ausweise und Zusammenstellungen zu prüfen, erforderlichenfalls zu berichtigen und hieraus Landessummarien zu bilden, welche sie sammt den zur Beurtheilung derselben nöthigen Aufklärungen und Behelfen der Centralkommission vorlegt.

Die Centralkommission hat gegenüber den Landeskommissionen dieselben Befugnisse, welche ./.

4.
zur Grundsteuer.

dieser letzteren gegenüber, den Bezirkskommissionen zustehen. Die Centralkommission hat die Landesschätzungen zu prüfen, nöthigenfalls zu berichtigen; sie hat zwischen den in jedem Lande erhobenen Kapitals und Pachtwerthen der Grundstücke und den Rechnungen ausgemittelten Reinerträgnissen einerseits, und der denselben Grundstücken vorgeschriebenen ordentlichen Grundsteuer anderseits summarische Vergleichungen anzustellen, und auf Grund dieser Vergleichungen, mit Berücksichtigung der jedem Lande in der vorangegangenen Periode vorgeschriebenen Summe an Grundsteuerordinarium und der in jedem Lande ausgeschriebenen Landes- und Grundentlastungszuschläge, so wie der daselbst vorkommenden ortsüblichen Zuschläge für Communal- und andere öffentliche Zwecke, Anträge über die Feststellung der Landesquoten an der ordentlichen Grundsteuer für die nächstfolgende Periode zu beschließen.

Diese Anträge sind durch das Ministerium dem Reichsrathe zur weiteren gesetzlichen Behandlung vorzulegen.

/.

§. 15.

Der Staatsminister ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. —

Entwurf

zu einem Gesetze betreffend die Auflage der Realsteuer (: Grund und Gebäudesteuer :) auf die Kronländer —

I Theil

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Gesammtjahresbetrag der ordentlichen Realsteuer

Der gesammte Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuer wird im Wege eines Reichsgesetzes von 10 zu 10 Jahren festgestellt.

Die erste 10 jährige Periode beginnt mit dem Jahre 1867.

Als gesammter Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuer wird für diese erste Periode der Durchschnitt der an diesen Steuern in den Jahren 1860 bis 1862 einschließlich eingeflossenen Beträge, nach Abschlag der in diesen Jahren bewilligten Nachlässe, festgestellt.

§. 2.

Dessen Vertheilung auf Kronländer (: Landesquoten :)

Die Vertheilung des gesammten Jahresbetrages der ordentlichen Realsteuer ~~geschieht~~ auf die einzelnen Kronländer geschieht, auf die im §. 1. bezeichnete Periode, im Wege eines Reichsgesetzes auf Grund des für jedes Kronland ermittelten Steuerwerthes der Realitäten. (§. 18)

Der auf diese Vertheilung auf ein Kronland entfallende jährliche Betrag an der ordentlichen Realsteuer bildet die ordentliche Realsteuerquote dieses Kronlandes.

§. 3.

Zuschläge

Die für den Staatsschatz zu entrichtenden Zuschläge zu der ordentlichen Realsteuer, werden auf die einzelnen Kronländer im Verhältnisse zu der ordentlichen Landes Realsteuerquoten vertheilt.

§. 4.

Umlegung der Realsteuer im Innern der Kronländer

Die Feststellung und Abänderung der Normen, nach welchen die auf jedes Kronland entfallende ordentliche Landessteuerquote und die Zuschläge zu derselben, im Innern des Kronlandes, auf die einzelnen Verwaltungstheile (: Kreise, Bezirke u. d. :) auf einzelne Gemeinden und auf die einzelnen Contribuenten umzulegen sind, ist Gegenstand der Landesgesetzgebung.

§. 5

Vorübergehende Bestimmungen

Bis nicht die Vertheilung der Realsteuer auf die Kronländer nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zu Stande kommt, wird die ordentliche Realsteuerquote für jedes Kronland ~~auf~~

./.

in denjenigen Summe bestimmt, welche das betreffende Kronland, an den ordentlichen Realsteuern in den Verwaltungsjahren 1860 bis 1862 durchschnittlich gezahlt hat.

---

§. 6.

So lange nicht in einem Kronlande eine neue Grundlage zur Vertheilung der Realsteuer auf die einzelnen Bezirke, Gemeinden und Contribuenten durch ein Landesgesetz beschlossen, und in Ausführung gebracht sein wird, so lange wird diese Vertheilung auf der Grundlage vollzogen, welche im Jahre 1862 war, bindend war.

II Theil

Besondere Bestimmungen in Betreff der Ermittlung des Nutzwerthes der Realitäten.

A. Art der Ermittlung des Nutzwerthes der Realitäten

§. 7.

Grundlage hiezu

Als Grundlage zur Ermittlung des Nutzwerthes der Realitäten werden die Daten über die Veräußerungs-Preise der Realitäten, und über die von den Realitäten gezahlten Renten angenommen.

Diese Daten werden aus jenen zehn Jahren gesammelt, die den drei Jahren derjenigen

Periode vorangehen, auf welche die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer zu geschehen hat. (§ 1.)

Für die erste Periode, die mit dem Verwaltungs-Jahre 1867 anfängt, werden diese Daten aus den Jahren 1850 bis 1863 gesammelt.

—.—

§. 8.

Daten über die Veräußerungs-Preise der Realitäten

Die Daten über die Veräußerungspreise der Realitäten werden aus allen Rechts-Urkunden, die gesammelt werden können, geschöpft, auf Grund welcher das Eigenthum der Realitäten, sei es eines Grundes oder Gebäudes, oder auch eines Theiles eines Grundes oder Gebäudes, von einer Person auf die andere übergeht, und in welchen der Preis der Realität begriffen ist.

(Die) Expropriationen für öffentliche Zwecke, so wie auch die Veräußerungs-Preise der im § 11 lit. c bezeichneten Industrie-Etablissements, werden nicht berücksichtigt.

—.—

§. 9.

Prüfung und Berichtigung der Daten

Die aus den Urkunden geschöpften Daten über die Veräußerungs-~~Daten~~ Preise der Realitäten werden geprüft und nöthigen Falls berichtigt:

a. hinsichtlich der Identität der Liegenschaften und des Umfanges der Realität.

b. Hinsichtlich des Preises der Realität (§. 10. bis 14.)

—.—

§. 10.

Berechnung des Preises der Realität

Der Preis der Realität wird in österreichischer Währung berechnet, und so er-

genommen, wie er in den, die Partheien verbindenden Urkunden bezeichnet ist.

— - —

§. 11

Bei dem in der Urkunde ausgedrückten Veräußerungspreise wird der Kapitalswerth der nachfolgend bezeichneten Gegenstände abgeschlagen, in wieferne der Erwerber diese Gegenstände mit der Realität, um den für die Realität verabredeten Preis erworben hat.

Solche Gegenstände sind:

a) bewegliche Sachen

b) dergleichen mit der Realität verbundene Rechte, die weder den Grund noch das Gebäude selbst unterliegen: z. B. das Recht der Hutung oder der Weide auf fremdem Grund und Boden, radizirte Gewerbe, Regalienrechte und dgl.

c) Zuckerfabriken, Bierbrauereien, Branntweinbrennereien, Mühlen, Ziegelbrennereien, Kalkbrennereien und andere Industrie-Anstalten, von welchen die Einkommensteuer entrichtet wird.

— · —

§. 12.

Zu dem in der Urkunde ausgedrückten Veräußerungspreise der Realität wird der Kapitalswerth der nach-

scheide bezeichneten Lasten zugeschlagen,
in so weit der Erwerber, welcher
dem in der Urkunde ausgedrückten
Veräußerungspreise der Realität, die
Verpflichtung, diese Lasten zu tragen
übernommen hat.

Diese Lasten sind:

a. Der Jahresbetrag der ordentlichen Steuern (sammt den Realitäts Landeszuschlägen) welche von der betreffenden Realität in dem ihrer Veräußerung unmittelbar vorangegangenen Jahre entrichtet wurden, jedoch nach Abschlag der Steuern und Zuschläge, welche von den Gegenständen, deren Werth nach dem §. 11. von dem Veräußerungspreise der Realität abgeschlagen wird, entrichtet werden,

b. Jene, mit der Realität verbundenen Lasten wie z. B. Zehent und andere Servitute, jährliche Zinse oder Leistungen zu Gunsten dritter Personen und dergleichen.

c. die Pflicht zur Herstellung der Gebäude, und zur Entrichtung anderer Nebenleistungen.

---

§. 13.

Bei der Bestimmung des Werthes der in den §§ 11 und 12, bezeichneten Gegenstände und Lasten sind nachstehende Normen zu beobachten.

a. Als Grundlage zu dieser Bestimmung soll zunächst angenommen werden, die, in den, die Parteien verbindenden Urkunden enthaltenen Verabredungen, in Ermangelung solcher

Vorerhebungen, die Daten, welche zur Bemessung der Steuer und der amtlichen Gebühren, und der gesetzlich vorgeschriebenen Durchführung der Ablösung oder Regulirung der Grundlasten und der gemeinschaftlichen Grundbesitz- und Benützungsrechte gedient haben.

b. Zusammenstellung der unter a bezeichneten Vorerhebungen und Daten, oder, in wie weit sich diese als ungenügend erweisen, wird der Werth durch beeidete, mit den Localverhältnissen genau bekannten Sachverständigen bestimmt.

c. periodisch wiederkehrende Einkünfte und Prästationen, werden, in wie weit ihr Kapitalswerth in den unter a bezeichneten Vorerhebungen und Daten nicht bestimmt ist, in einer Jahresziffer veranschlagt, und nach einem für alle Kronländer gleichen Zinsfuß kapitalisirt.

d. Bei Schätzung des Werthes der im §11 bezeichneten Gegenstände, sollen die den dieselben belasteten Summen berücksichtiget werden.

§ 14.

Der in der Urkunde ausgedrückte Preis der Realität, berichtigt durch Ab- und Zuschlag des Werthes, der in den §§ 11 und 12 erwähnten Gegenstände und Lasten, wird als der wirkliche Veräußerungspreis der Realität angenommen.

§ 15.

Bestimmung des Veräußerungswerthes der Realität

Die Summe der Veräußerungspreise der in einem Kronlande im Laufe der im 37. bezeichneten zehn Jahre veräußerten Realitäten

bildet den ersten Faktor zur Bestimmung des Steuerwerthes sämmtlicher Realitäten eines Kronlandes.

§. 16.

Den zweiten Faktor bildet die Summe der ordentlichen Realsteuern welche von diesen veränderten Realitäten entrichtet werden.

Diese Steuern werden für jede der veränderten Realitäten in einem solchen Betrage angenommen, den sie in jenen Jahren zu entrichten hatte, welche der vorhergehenden Periode, für welche die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer vorgenommen wird, um drei Jahre vorangeht.

§. 17.

Den dritten Faktor zur Bestimmung des Steuerwerthes sämmtlicher Realitäten eines Kronlandes bildet der gesammte Jahresbetrag an ordentlichen Realsteuern welcher für dieses Kronland als ordentliche Landes-Realsteuerquote für die vorangegangene zehnjährige Periode festgesetzt war.

Bei Bestimmung des Realitätenwerthes für die erste, mit dem Jahre 1867 beginnende Periode, wird als der dritte Faktor, der gesammte Betrag der ordentlichen Realsteuern, welche das Kronland in den Jahren 1860 bis 1862 durchschnittlich entrichtete, angenommen.

§. 18.

Auf Grundlage dieser drei Faktoren wird der Steuerwerth sämmtlicher Realitäten eines Kronlandes in

der Art bestimmt, damit dieser Steuerwerth zu dem gesammten ~~[illegible]~~ Schätzungswerthe der ordentlichen Kulturen (§. 17) sich so verhalte, wie sich die Summe der Preise der veränderten Kulturen (§. 15) zu der Summe der ordentlichen, von diesen Kulturen begriffenen Kulturen (§. 16) verhält.

B. Von den Organen zur Ermittlung des Steuerwerthes der Kulturen

§. 19.

Im Allgemeinen

Zur Ermittlung des Steuerwerthes der Kulturen werden für jeden Fall der Erneuerung der Steueranlage (§. 2) speciell Commissionen gebildet, nämlich:

I. Bezirks-Commissionen, je eine für jeden Verwaltungstheil (Kreisbezirk) und dergleichen, mit dem Sitze im Hauptorte des Bezirkes.

II. Landes-Commissionen, je eine für jedes, durch einen Landtag vertretene Land.

III. Die Central-Commission in Wien.

§. 20.

1
Bezirks-Commissionen

Die Bezirks-Commission besteht:

a) Aus dem Bezirksvorsteher als Vorsitzenden.

b) Aus vier, durch die Bezirksvertretung und in Ermangelung dieser Vertretung durch den Landes-Ausschuß zu wählenden Mitgliedern.

c) Aus vier von der Regierung ernannten der Landessprache vollkommen mächtigen Mitgliedern, von denen

wenigstens zum Theil mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen des Bezirkes genau bekannt sein müssen.

Die Commissionsglieder haben Ersatzmänner, die von denselben Organen ernannt werden, welche die Mitglieder ernennen.

---

§. 21.

Die Bezirks-Commission prüft und berichtigt die Daten über die Bewirthschaftungsweise der Grundstücke, und über die von denselben bezogenen Erträge in der, in den §§. 7 bis 14. und 16 bezeichneten Art.

Zur Vollführung ernennt sie die Sachverständigen, beruft dieselben, und ordnet Localerhebungen an, deren Vornahme sie ihren Mitgliedern, oder anderen Personen zuweist.

Die Bezirks-Commission stellt die geprüften Daten in Übersichten zusammen, und legt diese Übersichten, sammt den nothwendigen Behelfen der Landes-Commission vor.

---

§. 22.

Die Commission erledigt die Geschäfte collegialisch.

Die Beschlüsse werden durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt.

Der Vorsitzende hat keine Stimme; er entscheidet jedoch bei Stimmengleichheit, und es wird dann die Ansicht, welche mit Zurechnung seiner Stimme die absolute Stimmenmehrheit

erhalten hat, zum Beschlusse erhoben.

§. 23.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit des Vorsitzenden, und wenigstens vier Kommissions-Mitglieder erforderlich.
Zur Giltigkeit der Beschlüsse ist noch erforderlich, daß die Anzahl der durch die Bezirksvertretung, oder durch den Landesausschuße gewählten Mitglieder, gleich sei der Anzahl der Stimmenden durch die Regierung ernannten Mitglieder.

§. 24.

Im Falle die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden konnte, oder wenn die Hälfte der stimmenden Mitglieder dieses verlangt, wird die Angelegenheit der Landes-Kommission zur Entscheidung vorgelegt.

§. 25.

II. Landes-Kommissionen

Die Landes-Kommission besteht:
a) Aus dem Statthalter oder dessen Stellvertreter, als Vorsitzenden.
b) Aus vier, vom Landes-Ausschuße gewählten Mitgliedern;
c) Aus vier von der Regierung ernannten, mit der Landessprache vollkommen mächtigen Mitgliedern, von denen wenigstens drei mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen des

Landes genau bekannt seyn müssen.
Die Mitglieder der Landes Kommission haben Ersatzmänner, die von denselben Organen ernannt werden, welche die Mitglieder ernennen.

§. 26.

Die Landes Kommission ertheilt den Bezirks-Kommissionen entsprechende Weisungen, und überwacht deren Thätigkeit durch ihre Mitglieder, oder durch andere von ihr delegirte Personen.
Sie entscheidet in Fällen des § 24, prüft die ihr von den Bezirks Kommissionen vorgelegten Ausweise, stellt einen summarischen Landes Ausweis über die Durchschnitts-Preise der Realitäten, und der von denselben bezahlten Steuern zusammen, und legt denselben, sammt den Bezirks-Ausweisen, mit den nöthigen Behelfen der Zentral Kommission vor.

§. 27.

Die Bestimmungen der §§ 22 und 23. beziehen sich auch auf die Landes Kommissionen.

§ 28.

III
Zentral Kommission.

Die Zentral Kommission besteht aus dem vom Kaiser ernannten Präsidenten, und aus den, durch die Landtage aus ihrer Mitte erwählten Mitgliedern.

Die Anzahl der Mitglieder der Zentral-Kommission setzt ein Reichsgesetz fest.

Diese Anzahl wird unter die Kronländer derart vertheilt, damit die Zahl der aus jedem Kronlande durch den Landtag erwählten Kommissions-Mitglieder zu der Gesammtzahl der Kommissions-Mitglieder sich so verhalte, wie sich die Anzahl der Abgeordneten dieses Kronlandes zu der Gesammtzahl der Abgeordneten im Abgeordnetenhause des Reichsrathes verhält.

§. 29

Die Zentral-Kommission prüft die ihr von den Landes-Kommissionen vorgelegten Ausweise; bestimmt auf Grundlage derselben den Steuerwerth der Realitäten eines jeden Kronlandes, und übergibt ihre Operate dem Ministerium, welches dieselben dem Reichsrathe vorlegt.

Beilage f. 79

Grundsätze
für eine
Grundertragsschätzung
und Grundsteuer-Umlage.

Im Falle das Haus der Abgeordneten auch die Umlage der Grundsteuer im Innern der Länder in den Bereich seiner Beschlüsse ziehen, und dem Prinzipe der Classenertragungsschätzung beischließen würde, wäre sich in Bezug auf diese Schätzung an folgende Grundsätze zu halten:

In Betreff des Objektes der Grundsteuer, sowie der Steuerbefreiungen und Steuernachlässe.

1.

Nicht die im Wege der landwirthschaftlichen Bodenkultur benützbaren, sondern die in diesem Wege wirklich benützten und einen Reinertrag abwerfenden Grundstücke, dann die der Bodenkultur durch andere, jedoch ertragsbringende Widmung entzogenen Grundstücke wären als der Grundsteuer unterliegend zu erklären.

Wenn ein solches Prinzip nicht angenommen wird, so wäre wenigstens zu fordern, damit die, wenngleich im Wege der Bodenkultur benützbaren, doch weder in

diesem Wege noch durch andere ertragbringende Widmung benützten Grundstücke seien dann und nur in so weit der Grundsteuer unterzogen werden, wenn und in wie weit Grundstücke von gleicher Bodenbeschaffenheit und Lage, in der grösseren Hälfte ihrer Ausdehnung gemeinüblich wirklich benützt werden und einen Ertrag abwerfen.

2.

Wäre man willens die Steuerbefreiungen in den Bereich eines Reichsgesetzes zu ziehen, so müsste man sich genaue Kenntniss verschaffen aus allen Kronländern über die Grundstücke, die entweder unbenützbar sind oder keinen Ertrag abwerfen können.

Zu solchen Grundstücken werden namentlich in Galizien und in anderen östlichen Kronländern z. B. die Abzugsgräben Raine und viele Waldungen gehören.

Auch müssten die Vorschriften über die zu gewährenden Steuernachlässe (§ 36. der Reg. Vorlage) revidirt werden, da sie auch vielen wichtigen Verhältnissen keine Rechnung tragen. Nach den bisherigen

Vorschriften werden die in Galizien und in manchen anderen Gegenden oft vorkommenden Beschädigungen durch Früh- und Spätfröste, dann die in den östlichen Theilen des Staates oft vorkommenden Beschädigungen durch Heuschrecken, in den bisherigen Vorschriften über Steuernachlässe nicht berücksichtiget, obwohl selbe mehr Schaden, als der berücksichtigte Hagel anrichten, da sie ganze Saaten hinwegraffen, ohne daß einmahl Stroh übrig bleibt *)

In Betreff der Einschätzung der Grundstücke.

3.

Bei Annahme des Prinzips der Classenschätzung ist zuerst festzustellen, daß und in welche Culturgattungen die Grundstücke einzutheilen seien.

4.

Für jede Culturgattung sind in den Gemeinden und Bezirken Klassen zu bilden.

---

*) Die Regelung der Steuerbefreiungen und Nachlässe könnte im Reichsgesetze wegbleiben, und den mit Rücksicht auf die Verhältnisse eines jeden Landes zu erlassenden Landesgesetzen überlassen werden, wenn man das Prinzip der von einer Grundertragsschätzung unabhängigen ~~[illegible]~~ Feststellung der Landesquoten ~~[illegible]~~ annimmt.

5.

In diese Klassen sind die Grundstücke derselben Kulturgattung so einzureihen, daß jene Grundstücke, welche den größten Kauf- und Pachtwerth haben, in die höchste, die im Werthe nächstkommenden in die zweite u. s. w. zu stellen sind, wobei jedoch die Verschiedenheit des Werthes, welche in dem außergewöhnlichen Fleiße der einen oder in der Nachlässigkeit der anderen Grundbesitzer ihren Grund findet, nicht zu beachten, sondern solche Grundstücke in jene Klasse zu reihen sind, welcher sie ihrer natürlichen Beschaffenheit und Lage nach gleichkommen.

6.

Für ein Joch einer jeden Klasse ist ein Satz des steuerbaren Reinertrages

nach dem

bei der gemeinüblichen Bewirthschaftung durchschnittlich <u>erzielten</u> Reinertrage

oder nach dem

gewöhnlichen durchschnittlichen <u>Pachtwerthe</u>

der Grundstücke dieser Klasse festzustellen, und die Angemessenheit dieses Satzes mit den gewöhnlichen Kauf- und Pachtpreisen zu prüfen.

7.

Außer den obigen Grundsätzen wären keine Vorschriften für die Einschätzung der Grundstücke zu erlassen, und sogar anzuordnen, daß für die Einschätzung selbst keine Instruktionen von den vollziehenden Behörden zu erlassen seien.

8.

Gegen die durch Bezirkscommissionen bewirkte Einschätzung wären den Gemeinden sowohl, als auch den einzelnen Contribuenten Reklamationen zu gestatten, über welche die Landescommission definitiv zu entscheiden hätte.

Durchführungsorgane

9.

Die Bezirkscommissionen hätten unter dem Vorsitze des politischen Bezirksvorstehers aus Mitgliedern zu bestehen, welche in einem überwiegenden Theile von den Steuerträgern des Bezirkes (und zwar zur Hälfte durch Vertretungen der Kleingrundbesitzer und zur anderen Hälfte durch die Vertretungen der Großgrundbesitzer, oder durch diese selbst)

in dem übrigen Theile aber zur Hälfte durch die Landeskommission zur Hälfte aber durch die Regierung zu ernennen wären.

Die Landeskommission hätte unter dem Vorsitze des Landeschefs oder dessen Vertreters in politischen Geschäften aus Mitgliedern zu bestehen, deren Hälfte durch die Landesvertretung die andere Hälfte durch die Regierung zu ernennen wären.

Die zu ernennenden Mitglieder der Commissionen sollen sämmtlich Landeskinder, mit den Landesgrenzen und mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen des Landes oder Bezirkes, für welche sie aufgestellt werden, vollkommen bekannt sein.

10.

Die Resultate dieser Einschätzung hätten die Grundlage zur Steuerumlegung im Inneren des Bezirkes, und nicht zur Bemessung der Steuerquote für den Bezirk zu bilden.

Die Bezirkssteuerquoten wären im Wege eines Landesgesetzes auf Grund der in dem Entwurfe C begriffenen Behelfe, über Antrag der Landeskommission zu bestimmen, wobei die in dem Entwurfe-

zu Beilage f

82

Erläuterung und Begründung der in Beilage f enthaltenen Grundsätze für eine Grundertragsschätzung.

zu 1. Würde die Majorität auf dem Prinzipe der Benützbarkeit rücksichtslos beharren, so hätten die galizischen Abgeordneten bei der Discussion zu konstatiren, daß man nicht mehr einen wirklichen, sondern einen idealen steuerbaren Ertrag ermitteln, und eine ungleichmäßige Besteuerung zum Nachtheile vieler Grundbesitzer und Gemeinden einzuführen beabsichtigt, insbesondere zum Nachtheile vieler Besitzer und Gemeinden der östlichen Kronländer, wo die Bodenkultur wegen kleinerer Bevölkerung, Mangel an Industrie, und der hieraus folgenden grösseren Armuth, nicht so vorgeschritten ist, als in den westlichen Kronländern.

Für die rücksichtslose Festhaltung des Prinzips der Benützbarkeit kann das Beispiel der westlichen Staaten z. B. Frankreichs nicht angeführt werden, denn in diesen Staaten sind die landwirthschaftlichen Verhältnisse

nicht so verschiedenartig und steht daselbst die Bodenkultur im Allgemeinen auf einer bedeutend höheren Stufe als in Österreich; diese Staaten haben keine in dieser Beziehung so tief stehenden Provinzen wie Galizien, Bukowina, Siebenbürgen, und großen Theile Ungarns, Croatiens, Dalmatiens.

Man wird wohl den Grundbesitzern in den westlichen Kronländern nicht zur Schuld legen wollen, daß ihre Bodenkultur im Allgemeinen nicht auf einer so hohen Stufe steht, wie jene Englands und mehrerer anderer westlicher gelegenen Staaten. Ebenso darf man auch den Grundbesitzern in den östlichen Kronländern nicht zur Schuld legen, daß sie noch hinter jenen der westlichen Kronländern zurückgeblieben sind, zumal bekanntlich der Fortschritt hierin von Westen nach Osten sich nur langsam bewegt, und die östlichen Kronländer überdieß als Bollwerk der europäischen Civilisation gegen asiatische Barbarei durch mehrere Jahrhunderte immerwährende Kriege zu bestehen hatten, welche ihre Gebiete verwüsteten, und den Fortschritt hemmten. Ebensowenig

der Schuld der Grundbesitzer in den östlichen Kronländern, als dem Verdienste jener der westlichen kann man es zuschreiben, daß nicht in ersteren, sondern in diesen letzteren viele Maß-Industrie Unternehmungen entstehen konnten, und entstanden sind, welche den Nationalreichthum im Allgemeinen heben; auf die Bodenkultur am wirthschaftlichsten zurückwirken, ~~und~~ durchgehends aber das Aufkommen ähnlicher Unternehmungen in den östlichen Kronländern nicht zulassen, weil solche neue Unternehmungen die Concurrenz mit den bereits durch langjährigen Bestand ausgebildeten und gekräftigten Unternehmungen in der ~~östlichen~~ westlichen Kronländer, ohne bedeutenden Zollschutz gegen diese letzteren, ebensowenig aushalten könnten, als z. B. die Eisenerzeugung in den westlichen Kronländern gegen jene in England die Concurrenz auszuhalten fähig wäre, wenn keine bedeutenden Zölle zu deren Schutze beständen.

Wenn die alten Schätzungsinstruktionen an dem Prinzipe der Benützbarkeit und Ertragsfähigkeit der Grundstücke, bei Ermittlung des steuerbaren Ertrages, festhielten, so hatten sie wenigstens (: in Anbetracht der vorhin bestandenen Idee der Gründung

einer stabilen Jahrhunderte dauern sollenden Steuergrundlage:) – den Vorwand, daß eine vorübergehende Nichtbenützung oder ein vorübergehender minderer Ertrag nicht zu berücksichtigen sei. – Aber auch dieser Vorwand, welcher übrigens eine wenn auch vorübergehende grössere Bedrückung der Einzelnen nicht rechtfertigen könnte, besteht gegenwärtig nicht, da man von einer solchen Stabilität der Steuergrundlage nicht mehr träumt.

zu 4. Die Zahl der Klassen wäre nicht vorzuschreiben, denn eine solche Beschränkung würde dazu führen, daß die Differenz zwischen den Tarifsabstuffungen oft zu gross sein würden, ohne daß diese Differenzen in der Wirklichkeit gegründet wären. Die in der ministeriellen Begründungsschrift enthaltene Berufung auf das Gesetz Preussens, wo die Zahl der Klassen im Bezirke vorgeschrieben wird, ist nicht am Platze, denn die gesetzgebende Gewalt in Preussen war durch langjährige Discussionen und vielfältige Materialien (:welche dem österreichischen Reichsrathe nicht zu Gebote stehen:) aufgeklärt, bevor sie das Gesetz und in demselben die Bestimmung über die Zahl der Klassen

beschloss. Auch sind in Preußen weder die wirthschaftlichen Verhältnisse so verschiedenartig, noch die Bezirke so groß, wie in Österreich, zumal die Begründungsschrift des Finanzministeriums darauf hindeutet, daß sie unter den Bezirken nicht die dermaligen politischen Bezirke, sondern die in Folge einer neuen Organisirung zu schaffenden größeren Bezirke versteht. — Der aus der Beschränkung der Bezirkscommissionen in Bezug auf die Zahl der Classen entstehenden Gefahr kann nicht vorgebeugt werden durch die vorgeschlagene Zulassung der Theilung der Bezirke. Die Einleitung einer solchen Theilung, deren Nothwendigkeit erst <u>während</u> der Einschätzung hervortreten kann, würde auf das Geschäft <u>störend</u> einwirken, und schon aus diesem Grunde solchen Schwierigkeiten unterliegen, daß sie <u>selten</u> zu Stande gebracht werden könnte. Wenn man aber eine zu große und nicht angemessene Vervielfältigung der Classen und Tarifsätze befürchtet, so wäre dieser Vervielfältigung besser durch eine solche Bestimmung eine Schranke zu setzen, welche ein <u>Minimum der Differenz</u> zwischen einem und dem anderen

für die einzelnen Classen fest-
zustellenden Tarifsätze in Per-
zenten vorschreibt. Doch wäre
das zulässige Minimum dieser
Differenz nicht zu hoch (: in kei-
nem Falle über 5%:) zu stellen,
denn eine hohe Differenz würde
oft zu einer grossen und un-
gegründeten Ungleichheit der
Schätzung führen.

zu 5. Schon die Verfasser der zum Be-
hufe des stabilen Katasters in
den J. 1826 bis 1828 beschlossenen
Instruktionen haben erkannt,
daß die Classeneinreihung nach
dem Werthe der Grundstücke den
Repräsentanten der Steuerträ-
ger am geläufigsten ist, daher
diese bei dieser Operation den
Werth der Grundstücke vor
Augen zu halten haben (§. 25.
der Belehrung für die Vorar-
beiten :). — Um so viel mehr
soll demnach an diesem
Grundsatze festgehalten wer-
den, da aus den bisherigen
Erfahrungen doch wenigstens
die Lehre nicht außer Acht
zu lassen wäre, daß alle an-
deren Kriterien für die Clas-
seneinreihung schwer, beina-
he unmöglich auszumitteln,
und nur das einfache, gerade
Urtheil der Commissionen
leiten würden. — Nicht die
Menge und Güte der erzeug-
ten Produkte kann als Kri-
terium dienen, da die der

Wirklichkeit entsprechenden Durchschnitte dieser Menge und Güte halten, und nur aus einzelnen Wirthschaften, in betreff der einzelnen Klassen aber keineswegs nirgends (: in Galizien sicher nirgends :) erhoben werden können, und überdieß aus der Güte und Menge der Produkte auf den Reinertrag nicht geschlossen werden kann, ohne Rücksicht auf andere Faktoren, deren Ausmittlung noch unmöglicher ist, wie wir es in der Begründung zu Punkt – – Beilage A dargestellt haben. — Nicht die Bodenbeschaffenheit kann als Kriterium dienen, da es nicht zu verkennen ist, daß oft Grundstücke von besserer Bodenbeschaffenheit in einer Gegend und Gemeinde einen viel kleineren Reinertrag abwerfen können, als jene von schlechterer Bodenbeschaffenheit, wenn ersteren entfernter liegen, wenn deren Bearbeitung schwieriger, oder wenn sie sonst eine ungünstigere Lage in ihren Gruppirungen um den Ort oder gegen die Weltgegende haben. — Es wären daher diese einzelnen Criterien um so weniger als Regel aufzustellen, als ihre unmöglich abgesondert zu beurtheilenden Einflüsse ~~kann die~~ in ihrer Gesammtheit in dem für die

Leute am leichtesten faßlichen und ihren bekannten Werthe der Grundstücke ihren Ausdruck finden. – Um nun zu verhüten, daß der besondere Fleiß der Einen oder Nachlässigkeit der Andern zum Nachtheile der ersteren und zum Vortheile der letzteren gereiche, wäre vorzuschreiben, daß in diesen Fällen die Beschaffenheit und Lage der Grundstücke den Maßstab zu bilden habe, nicht aber die Güte und Menge der erzeugten Produkte, die doch gerade auch von dem Fleiße oder Nachlässigkeit abhängt, und überdieß wie schon gesagt weder für einzelne Klassen unbezweifelt, noch für sich allein ein Criterium bilden kann.

zu 6.

Weder dem außergewöhnlichen Fleiße der Einen noch der Nachlässigkeit der Andern wird Rechnung getragen, wenn man ihre Grundstücke nach deren Bodenbeschaffenheit und Lage in die Classen einreiht. Doch soll für die Classe, wenn man nicht ungerecht werden will, der Tarifsatz nicht nach einem ideell erzielbaren, sondern nach dem, bei der ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ gemeinüblichen Bewirthschaftung, durchschnittlich wirklich erzielten Reinertrage festgestellt werden.

Noch angemessener wäre es den steuerbaren Reinertragsatz

nach dem durchschnittlichen gewöhnlichen Pachtwerthe festzustellen. Gegen diesen Antrag wird man vielleicht einwenden wollen, daß der gewöhnliche Pachtzins oder Pachtwerth den ganzen Grundertrag nicht repräsentire, weil der Pächter gewöhnlich noch einen Gewinn hat, und auch der Grundbesitzer, welcher das Grundstück nicht verpachtet, sondern selbst bewirthschaftet, einen, den Pachtwerth übersteigenden Ertrag hieraus erzielen kann. Allein dieser Mehrertrag ist das Resultat der persönlichen Arbeit, der Intelligenz, des Fleißes, des in den Wirthschaftsbetrieb eingelegten Kapitales, und darf durch die Steuer nicht härter getroffen werden, als andere Arten des Einkommens, welche aus dem persönlichen Erwerb oder aus der fruchtbringenden Verwendung der Kapitalien fließen. Diese letzteren Einkommensarten sind nur mit einer Einkommensteuer belastet, welche auch dem Grundbesitzer in Bezug auf seinen Grundertrag durch den die Einkommensteuer vertretenden Drittelzuschlag, und bei gepachteten Grundstücken überdieß noch dem Pächter auferlegt ist.

zu 7.

Nicht bei Diskussionen über Paragraphe, sondern auch der Wirklichkeit, bei den Localcommissionsverhandlungen, und bei Prüfung der zusammengeschriebenen Katastralaktenstücke aus Anlaß verschiedener Berathungen, habe ich durch 6 Jahre manche Erfahrungen gesammelt, in folge deren ich von der Ueberzeugung durchdrungen bin, daß nicht nur die bisher bestandenen, in der Regierungsvorlage behaltenen Schätzungsvorschriften nur ungerechte Resultate erzielen können, sondern auch keine Vorschriften zur Ausmittlung der einzelnen Subfactoren und Factoren und zur Berechnung des Reinertrages aus denselben ausgedacht werden können, welche nicht zu gar ungerechten und ungleichmäßigen Resultaten führen würden. Denn keine verläßlichen Materialien sind zu finden, und keine Vorschriften denkbar, welche eine solche Ausmittlung und Berechnung ergeben, zugleich aber auf die verschiedenartigsten Verhältnisse der Bestandtheile Österreichs passen würden. Selbst die neuesten Gesetze Frankreichs, wo die landwirthschaftlichen Verhältnisse nicht so verschiedenartig sind, haben keine speziellen Reinertragsberechnungen angeordnet, sondern auf zu berücksichtigende Gesichtspunkte hingedeutet,

und die Feststellung der Tarifsätze dem gewissenhaften Ermessen der überwiegend aus Steuerträgern ~~der überwiegend aus Steuerträgern~~ gebildeten Commission, zu überlassen. Näheres über diese Sachen enthält die unter a. beigeschlossene Schrift, und wir bitten selbe einer eindringlichen Würdigung zu unterziehen. – Dieses sind die Gründe, aus welchen die Ausmittlungen der Subfactoren und Faktoren und Berechnungen des Reinertrages aus denselben zu beseitigen, und für das Einschätzungsgeschäft nur jene unabweislichen Grundsätze festzustellen wären, welche das Prinzip der Klassenschätzung aufstellen, und auf Einhaltung der Gleichmäßigkeit hindeuten. Solche Grundsätze sind in den Anträgen 1 bis 6 dargelegt. Alles übrige wäre den überwiegend aus Leuten des Bezirkes zu bildenden Bezirkskommissionen zu überlassen, welche mit den localen Verhältnissen genau bekannt, auf die einfache Feststellung einer Ziffer des Reinertrags oder Pachtwerthes angewiesen, an keine sonstigen Regeln gebunden, durch Regeln und künstliche Rechnereien nicht beirrt, zu den möglichst

erzielbaren besten Resultaten und insbesondere zu der nothwendigen, der Wirklichkeit entsprechenden Gleichmäßigkeit der Einschätzung im Innern ihrer Bezirke gelangen können, zumal sie in ihrem gegenseitigen Interesse, so wie in der Erhaltung ihres guten Rufes bei ihren Mitbürgern Grund genug finden, um eine möglichst gleichmäßige Schätzung im Innern ihrer Bezirke anzustreben.

Eine Bindung an für ihre Bezirke unpassende Regeln, eine einflußnehmende fremde Einmischung würde solche Commissionen in ihrem einfachen geraden Urtheile nur beirren und stören; sie würde überdies den mächtigen Hebel, welchen die im Bezirke gewählten Männer in der Erhaltung der guten Meinung von ihrer Rechtlichkeit und Unpartheilichkeit bei den mit ihnen im täglichen Verkehr stehenden Mitbürgern finden, abschwächen, oder auch gänzlich beseitigen, weil ihnen ein Weg geöffnet würde, die hervortretenden ungerechten Resultate auf die unpassenden Regeln oder auf den fremden Einfluß zu schieben.

In Betreff der Waldungen könnte vielleicht die Besorgniß eintreten, daß Gemeinde

Bezirkscommissionen nicht Er-
fahrungen und Anhaltspunkte
genug finden würden, um
ein richtiges Urtheil über den
für jede Klasse festzustellen-
den Satz des Reinertrages
zu fällen. Allein auch diese
Besorgniß scheint uns unbe-
gründet, denn Rechnungen
über Reinerträge aus Waldun-
gen, Erfahrungen aus den (: ins-
besondere in Galizien üblichen:)
jährigen Holzverkäufen, Ver-
käufe ganzer Waldungen oder
mit Waldungen ausgestatteter
Wirthschaften, werden sich in jedem
in der Regierungsvorlage vorge-
dachten größeren Schätzungsbezir-
ke finden, und diese erforder-
lichenfalls aus nachbarlichen
Bezirken zu vervollständigen-
den Materialien werden hin-
reichen, um eine Grundlage
für das Urtheil der Bezirks-
commissionen oder für die
Entscheidung bei Reklamatio-
nen zu bilden. – Wäre man
jedoch willens für die Waldun-
~~gen~~ einschätzung besonderes
vorzuschreiben, so wären diese
Vorschriften so zu stellen,
daß sie nicht auf die gründ-
lich nicht auszumittelnden
einzelnen Faktoren, sondern
auf die Ausmittlung des wirk-
lich erzielten und nachhaltig

erzielbaren Reinertrages hinauszugehen, auf ähnliche Art, wie dieß in den neuesten preußischen Vorschriften geschieht (: Siehe die unter a beigeschlossene Kritik der Regierungsvorlage, 1te Abtheilung in Betreff der Waldertragsschätzung :)

zu 8. ~~In den Reklamationen läge die einzige entsprechende Controlle, gegenüber der durch Bezirkskommissionen bewirkten Schätzung, um allenfällige Bevortheilungen Einzelner möglichst zu beseitigen.~~ Die definitive Entscheidung über ~~solche~~ die Reklamationen durch Landeskommissionen wäre entsprechender als durch die in Wien aufgestellten Central Organe, da den ersteren mehr von den hiebei erforderlichen localen Kenntnissen zugemuthet werden kann, als den letzteren. – Auch nach dem neuesten preußischen Gesetze entscheiden die Landes Commissionen endgiltig über die Reklamationen. (§ 47 der Anweisung zur Ermittlung des Reinertrages vom 21 Mai 1861:)

In der Prüfung und Entscheidung der Reklamationen läge die einzige Controlle, welche nothwendig ist, um allenfällige Bevortheilungen Einzelner möglichst zu beseitigen. Eine mehrere

Controlle wäre gar nicht noth-wendig in dem Falle, wenn man die nachfolgenden An-träge 10 oder 11 annimt, laut welchen die Resultate der Einschätzung in den Bezirken nicht als Grundlage (oder we-nigstens nicht als alleinige Grundlage:) zur Feststellung der Bezirks-steuerquoten zu nehmen wären, für welchen Antrag die wichtigsten nachfolgend dargelegten Gründe sprechen.

Zu Num 12. Aus den zum Antrage 7 (: und auch in der dem Entwurfe C bei-geschlossenen Begründungsschrift Absatz C :) angeführten Gründen ist der maßgebende Einfluß der Repräsentanten der Steu-erträger im Bezirke nicht nur zulässig, sondern auch nothwen-dig.

Im Entwurfe C, wo es sich nur um Sammlung und Prüfung der Behelfe zur Feststellung der Steuerquoten handelte, haben wir beantragt, daß nur die Hälfte der Mitglie-der der Bezirkscommission von den Vertretungen des Bezirkes zu wählen seien. An-ders stellt sich die Sache, wenn es um eine Einschätzung der Grundstücke handelt, auf Grund welcher die Grundsteuer im Inneren des Bezirkes auf ein-zelne Gemeinden und Grund-stücke umgelegt werden soll.

Hier tritt die Nothwendigkeit einer viel genaueren Kenntniß der localen Verhältnisse ein, welche nur den im Bezirke selbst wirthschaftenden Grundsteuerträgern zugemuthet werden kann; hier tritt auch die Nothwendigkeit der gegenseitigen Controlle zur Wahrung der allenfalls divergiren könnenden Interessen ein. – Aus diesen Gründen haben wir hier vorgeschlagen, damit die Mitglieder der Commission im größeren Theile von den Grundsteuerträgern selbst, und zwar zur Hälfte von kleinen und zur anderen Hälfte von großen Grundbesitzern gewählt werden.

Das letzte Alinea des Antrages 9. ist überaus wichtig. Doch wäre auch auf Mittel zu denken, damit eine solche Anordnung eine maßgebende Wirkung habe, denn bisher sind ähnliche gesetzliche Anordnungen, in Bezug auf die Wahl der Schätzungsorgane, ganz unbeachtet geblieben.

Für die in Punkte 9. und 12. enthaltenen Anträge, wegen Beauftragung des Staatsministeriums mit der Vollziehung des Gesetzes, und wegen Zuerkennung des Vorsitzes in den Commissionen den ~~[illegible]~~ politischen Beamten sprechen die Gründe, welche in der zum Entwurfe C beigeschlossenen Begründungsschrift (: Absatz f:) dargelegt erscheinen.

<u>zu 10 und 11.</u> Mögen für die Einschätzung der Grundstücke auch die einfachsten verständlichsten und besten Vorschriften erlassen, und die besten Mittel zu deren Durchführung angewandt werden, so müssen der großen Verschiedenheiten der localen Verhältnisse, und die verschiedenen Anschauungen der vollziehenden Organe zu Ungleichheiten der Schätzungs Resultate führen. – Kaum in kleineren Gebieten mit mehr weniger gleichartigen wirthschaftlichen Verhältnissen, wird es den mit diesen Verhältnissen am genauesten <u>aus eigener Erfahrung</u> bekannten, und durch keine irrigen Regeln gebundenen Männern gelingen, bedeutende Ungleichheiten in der Einschätzung auszuweichen. An eine wenn auch nur annäherungsweise gleiche Schätzung in dem großen österreichischen Staate, dessen Bestandtheile so bedeutend von einander divergirende landwirthschaftliche Verhältnisse haben, ist aber gar nicht zu denken. Die Ungleichheiten der Einschätzung werden stets so bedeutend sein, daß die auf deren Grundlage vertheilte Steuer die Einen nicht um einige, sondern um viele ja um Hunderte von

Perzenten mehr drücken wird, als die Anderen.

Also schon dieser unausweichlichen Ungleichheit wegen, wäre es ungerecht die Einschätzung der Grundstücke zur alleinigen Grundlage der Steuervertheilung zu nehmen.

Die Annahme der Schätzungsresultate zur Grundlage der Grundsteuervertheilung auf die einzelnen Gebiete (Länder und Bezirke) hätte auch die schädliche Folge, daß man den mit localen Verhältnissen bekannten, und zur Einschätzung allein fähigen Steuerträgern im betreffenden Bezirke, einen maßgebenden Einfluß auf die Einschätzung nicht zugestehen könnte, weil Besorgniß, daß sie auf eine möglichst niedrige Schätzung hinarbeiten werden, um eine geringere Steuer für ihr Gebiet zu erzielen. Man müßte ihnen Regeln vorschreiben, die nicht für alle Gebiete in gleichem Maße passen, und die Einschätzung nur beirren können, oder man müßte diese Männer in allen Handlungen einer solchen Kontrolle unterziehen, welcher sogar das Recht der Änderung aller Ansätze

zurückerkannt werden müßte, und diese Controlle müßte in die Hände solcher Leute gelegt werden, welche bei der Einschätzung zwar nicht interessirt sind, denen aber auch jene genauen Kenntnisse der localen Verhältnisse fehlen, ohne welche eine der Wahrheit entsprechende Einschätzung gar nicht zu Stande gebracht werden kann. Man würde daher sogar eine annäherungsweise wahre und gleichmäßige Einschätzung, welche nur durch die ihre locale Verhältnisse kennenden, durch keine Regeln und übergesetzten Controllen beirrten, aus Repräsentanten der Steuerträger bestehenden Bezirkscommissionen in ihren Bezirken erzielbar ist, unmöglich machen.

Die Aufstellung des Prinzipes, daß die in den Bezirken und Ländern bewirkte Einschätzung der Grundstücke als alleinige Grundlage zur Vertheilung der Steuer auf die Bezirke und Länder zu dienen habe – ist aber auch nicht nothwendig, da zu einer solchen Vertheilung andere sicherere Materialien zu Gebote stehen.

Dieses Prinzip wäre auch aus dem Grunde ungemein schädlich, daß die Annahme

desshalben es nicht mehr zulassen würde, den anderen wichtigen Rücksichten bei der Feststellung der Steuerquoten für einzelne Bezirke und Länder Rechnung zu tragen *)

Die insbesondere in den summarischen Ergebnissen der Kauf und Pachtpreise bestehenden Materialien und die Rücksichten auf die Armuth der einzelnen Gebiete und auf die ./.

---

*) Da sich oft, auch in der Begründungsschrift zur Regierungsvorlage, auf die preussischen neuesten Gesetze berufen wird, und diese Gesetze die angeordnete Einschätzung der Grundstücke als Grundlage zur Steuerumlage auf die Provinzen und Distrikte annehmen, so müssen wir auch die Gründe anführen, aus welchen dieser Vorgang in Preussen anwendbarer und weit weniger schädlich ist als in Österreich.

Zuerst ist hervorzuheben, dass die preussischen Gesetze über die Grundertragsschätzung keine beirrenden speziellen Grundertragsberechnungen vorschreiben, und sind, wie wir es durch Theilnehmer an dem Geschäfte erfahren haben, zur Begründung der Schätzungsresultate in Preussen eben vorzugsweise die gesammelten Kauf und Pachtpreise der Grundstücke, dann Rechnungen über Reinerträge aus Staats- Fonds und Communalgütern, ferner die (: in Österreich nicht vorhandenen :) zahlreichen Gutseinschätzungen für die dort überall bestehenden Hypothekenkreditsinstitute benützt worden.

In Preussen standen Organe zu Gebote, welche in den Akten der Schätzungen eines reellen Reiner-

ertrags ./.

vorhin in den einzelnen Gebieten bestandenen Steuern (: welche nicht plötzlich und bedeutend erhöhet werden sollen :) sind besprochen in der zum Entwurfe C beigeschlossenen Begründungsschrift (Abs. b u. d:) wo auch die ./.

./. träge zum Zwecke der Regulirung gutsherrlich bäuerlichen Verhältnisse, und für Hypothekenkredits-Institute einge~~führt~~übt waren. – In Preußen sind die agrarischen Verhältnisse zur rechten Zeit gehörig geordnet, hiebei Servituten abgelöst, Grundkommassirungen durchgeführt worden, was in Österreich nicht der Fall war. – In den Provinzen Preußens sind die landwirthschaftlichen Verhältnisse bei weitem nicht so verschiedenartig gestaltet als in Österreich. Aus allen diesen Gründen war in Preußen eine gleichmäßigere Schätzung durchführbar, als dieß in Österreich möglich ist.

In den preußischen Ländern ist die Bodenkultur auf einer viel höheren Stufe und ist Wohlhabenheit und National-Reichthum, im Verhältnisse zum Flächeninhalte und zur Bevölkerung, viel größer als in Österreich.

In Preußen gibt es nicht wie in Österreich Landes- und Grundentlastungszuschläge, welche in den einen Ländern 10 in anderen bis 60% der Steuer betragen, wozu noch andere auch bis 60% betragenden Zuschläge für öffentliche Zwecke sich gesellen.

In Preußen ist endlich die Grundsteuer sammt Zuschlägen im Verhältnisse zum reellen Reinertrage im Allgemeinen viel geringer als in Österreich, es kann daher die zur Erzielung der Gleichmäßigkeit eintretende Überwälzung der Steuern von den einen Gebieten auf die anderen, in Preußen keine so große und so schädliche Störung der Vermögens- und der Creditverhältnisse herbeiführen als in Österreich.

Nothwendigkeit dargestellt ist, daß man die erwähnten Materialien vorzugsweise benütze, und den angedeuteten Rücksichten gehörige Rechnung trage.

In der bezogenen Begründungsschrift (Absatz c.) sind auch die Gründe angeführt, aus welchen die Ländersteuerquoten nicht durch die Exekutive, sondern im Wege eines Reichsgesetzes festzustellen wären. Dieselben Gründe sprechen auch für die Feststellung der Bezirkssteuerquoten im Wege der Gesetzgebung, und zwar im Wege der Landesgesetzgebung, weil bei dieser die Verhältnisse der einzelnen Bezirke besser und eindringlicher beurtheilt werden könnten.

enthaltenen Anträge, mutatis
mutandis zu gelten hätten.
Die Feststellung der Landes-
steuerquoten hätte nach dem
Entwurfe C zu geschehen.

II

Im Falle man aber auch die
Resultate der Einschätzung als
Materiale zur Umlage der Steu-
er auf die Länder und Bezirke
zu benützen willens wäre,
so hätten die obern Commis-
sionen (: nämlich die nach § 12.
des Entwurfes C einzusetzenden
Landes- und Central Kommission :)
die Prüfung der Resultate
der Einschätzung in den Bezir-
ken und Ländern, durch summa-
rische Vergleichungen dieser
Resultate mit den (: nach dem
Entwurfe C zu sammelnden
und zu prüfenden :) Kauf-
und Pachtpreisen vorzunehmen,
und wären

bei der
Bemessung der im Wege eines
Reichsgesetzes über Antrag
der Centralkommission festzu-
stellenden Länder Steuerquoten

so wie bei der
Bemessung der im Wege eines
Landesgesetzes über Antrag der
Landes Kommission festzustellen-
den Bezirks Steuerquoten,

nebst den
durch obere Commissionen ge-
prüften (: und im Grunde ihrer
Ausgleiche allenfalls berichtigten :)
Resultaten der Einschätzung,
auch die summarischen

Ergänzungsweise Bezirke

Vergleichungen dieser geprüften Einschätzung mit den Kauf- und Pachtpreisen, dann die im Entwurfe e bezeichneten Daten über die in jedem Lande [und ~~Bezirke~~] für öffentliche Zwecke vorkommenden Zuschläge und über die vorhin bestandenen Steuersummen

zu benützen und zu berücksichtigen.

12.

Mit der Vollziehung des Gesetzes wäre das Staatsministerium zu beauftragen.

Beilage J.

Anträge
in Betreff der Gebäudesteuer.

Das in der Beilage C dargestellte dürfte zu der Überzeugung führen, daß der Zeitpunkt zu einer neuen Regelung der Gebäudesteuer noch nicht gekommen, daher vorzuziehen ist die Behandlung dieses Gegenstandes ebenso wie die Regelung der Grundsteuer einer späteren Session vorzubehalten. —

Doch für den Fall als der Reichsrath anders zu thun gesonnen wäre; glaube ich folgendes geltend zu machen.

1.

Zuerst wäre der Antrag zu stellen, daß für die Realsteuer (: Grund- und Gebäudesteuer :) eine gemeinsame Landessteuerquote für die einzelnen Kronländer festgestellt, und deren Vertheilung im Innern der Länder der Landesgesetzgebung überlassen werde. —

Ein diesem Antrage entsprechender ./.

f/.

sprechender Gesetzgebentwurf liegt bei f/.

Dieser Entwurf ist ähnlich jenem über die Grundsteuer-Vertheilung (: Beilage e :) seine Begründung ist daher zum größten Theile in der Begründung dieses letzteren enthalten, und ist nur Folgendes beizufügen:

Aus dem über die Regierungs-Vorlage (: Beilage C :) Gesagten erhellet, daß die verschiedenartigsten Verhältnisse in den einzelnen Städten, Gegenden und Ländern vorkommen, welche sich unter gemeinsamen Regeln, ohne Ungerechtigkeit für die Einzelnen, nicht unterziehen lassen. –

Weder der reine Zinsertrag läßt sich aus dem Bruttozinse, noch der reine Geldwerth des Nutzens bei den nach dem Gebrauchswerthe zu besteuernden Gebäuden verläßlich genau, oder nur annäherungsweise feststellen ohne auf die verschiedenartig gestalteten wichtigen Momente Rücksicht zu nehmen.

Diese Momente können aber durch die mit localen Verhältnissen bekannten Leute

/.

vertheilt werden. Ihr Urtheil hätte daher die hauptsächlichsten Grundlagen für die Umlage der Gebäudesteuer innerhalb der kleineren ihnen bekannten Bezirke zu bilden.

Was die Vertheilung der Gebäudesteuer auf die einzelnen Bezirke und Länder anbelangt, so hätte sie auf Grund der aus zwanzig Jahren gesammelten Kaufpreise und der daraus ermittelten Kaufwerthe der Gebäude zu geschehen, welche ein viel entsprechenderes Maß hiezu bieten, als die Gebrauchswerthe.

Denn für eine ziffermäßige Ermittlung der reellen jährlichen Ertragsziffer oder Nutzwerthe der Häuser gibt es keine Materialien außer den reellen Miethzinsen, und diese kommen in den meisten Landgemeinden, insbesondere in östlichen Ländern, *selten* vor, und auch in Orten, wo sie in größerer Zahl zu Gebote stehen, können die aus denselben entnommenen Daten keine richtigen Aufschlüsse geben über den reellen Werth und *Reinertrag* der Gebäude, weil auf das Verhältniß der

Miethzinse zum Reinertrage auch die andern (: in Beilage C angedeuteten :) Momente den wichtigsten Einfluß nehmen, und ~~auch~~ nicht abgesondert ausgemittelt werden können, hingegen aber in dem Kaufswerthe ihren Ausdruck finden.

Aus diesen Gründen haben wir auch im Entwurfe (: über die Vertheilung der Realsteuer auf die Kronländer (: §.§. 5 und 8.) nur die Kaufpreise, und nicht die Miethzinse der Gebäude als Behelf zur Ermittlung bei der Feststellung der Realsteuer Contingenten bezeichnet.

Wir meinen auch, daß diese Feststellung am entsprechendsten für beide Steuerarten (: Grund und Gebäudesteuer :) zusammen vorzunehmen wäre, schon aus dem Grunde, weil wenn die Sammlung und Prüfung der geeigneten Materialien hiezu, nämlich der Kaufpreise, viel leichter für die Grundstücke und Häuser zusammen als abgesondert für diese Objekte zu Stande bringen könnte, indem im Falle einer abgesonderten Sammlung der Daten über den Kaufpreis

./.

der Grundstücke und jener der Wohngebäude, bei jedem vorkommenden Falle des Kaufs eines Hauses oder einer Grundwirthschaft sammt Wohngebäuden, der Werth dieser Gebäude abgesondert von jenem der Grundstücke ermittelt werden müßte.

2.

Da für den Fall der Nichtannahme des Entwurfes 1/. die in Beilagen e und f. enthaltenen Anträge vorgeschlagen worden, welche sich nur auf die Grundsteuer beziehen, so wären zusammen mit diesen letzteren, besondere Anträge für die Gebäudesteuer vorzuschlagen, welche mit Beibehaltung des Prinzipes der Eintheilung der Gebäudesteuer in eine Hauszins- und Gebrauchssteuer, die Feststellung der Gebäudesteuertarifes und Bezirksquoten der Reichs- beziehungsweise Landesgesetzgebung vorbehalten, welche Feststellung auf Grund der erhobenen Kaufwerthe der, einer Gebäudesteuer unterliegenden Gebäude

./.

bäude und (mit) Berücksichtigung der in jedem Lande für öffentliche Zwecke vorkommenden Steuerzuschläge, so wie der daselbst noch bestehenden Gebäude-Steuersummen zu erfolgen hätte, wobei die in Betreff der Grundsteuer in den Anträgen a und c enthaltenen Grundsätze und Durchführungs-Modalitäten, mutatis mutandis, zu beachten wären. —

Hier ist noch zu bemerken, daß die Sammlung der Daten über die Kaufswerthe der, einer Gebäudesteuer unterliegenden Gebäude, und Vergleichung dieser Daten mit den Daten über den Kaufswerth der Grundstücke auch das beste Materiale bieten würde zur Beurtheilung ob die Grund- oder Gebäudesteuer verhältnißmäßig höher, und was zur Ausgleichung der allenfalls ungleichen Belastung der Häuser gegenüber jenen der Grundstücke einzuleiten ~~sei~~ wäre.

Noty do mowy w Sejmie o katastrze i o podatkach

— Ex memoryale Beilage A abzatz 5 Verhältniss des arbeitszweiss zur Brodfrucht że mniej jak w innych prowincyach — wspomnieć, że z drugiej strony przy verzehrungssteuer więcej jedzą —

— Opuszczono z Beilage A (Abs. 13 memoryału — że zetgali przy Drohojowskim o Sandeckim wyrokiem)

[Відповідь Прохоровському – ?].

1862,
[illegible]

~~Grocholski~~

odpowiedź postawa w [grudniu?] 1862

~~Ad I~~

Ad I

Grocholskiemu na przedłożone pytania; postawione w ~~nowo-obranej~~ Komissyi, obranej w wiedeńskiej izbie niższej do ułożenia projektu —

NB Do złożone są dwa listy Grocholskiego i drukowane Grundzüge, które rząd przedłożył Komissyi —

Mit Beibehaltung des Parzellenkatasters wäre bei der Revision desselben die Richtigstellung des Besitzstandes und der Kulturgattungen dann der Klassifizirung und der Einklassirung der Grundstücke ~~nothwendig~~ ebenso wie die Ermittlung des Reinertrages nothwendig.

Bei der Ermittlung des Reinertrages wäre (mit Ausnahme der Waldungen) sogleich auf die Reinertragsziffer loszugehen ohne sich in die Ermittlung der übrigen unzähligen Faktoren, aus welchen ~~die~~ die Reinertragsziffer bei der ersten Schätzung entwickelt wurde (als: Preise der Produkte, Arbeitspreise, Wirthschaftskosten, Kulturaufwand u. a.) einzulassen, denn diese ~~Ermittlung aller dieser~~ Unterfaktoren ~~trägt~~ tragen zur Genauigkeit der Einschätzung gar nichts bei, weil bei Ermittlung eines jeden derselben Ein Fehler begangen werden und das Produkt dieser Fehler von der Wirklichkeit ohne Zweifel mehr abweichen ~~wird~~ muss, als die einfache Reinertragsziffer.

T oder Revision

unmittelbar in Geld auszusprechende

Grocholski

T der Grundstücke

~~(Feldschattbogen)~~
~~auf Grund~~

T zur Herstellung der Gleichmäßigkeit zwischen den Bezirken

T durch Vergleichung derselben

welche sich die Ausgrei[illegible]
der Bürentäger in [illegible]
nannten, mit Zuziehung
der Werthschätzung [illegible] den [illegible]
ihnen anzuzeigen, sich [illegible]
(~~der~~ Districts=)
Kommissionen, zur Herstellung
der Gleichmäßigkeit zwischen
den Gemeinden, ~~[illegible]~~
endlich durch Landeskommissio-
nen, auf Grund der Verglei-
chung der durchschnittlichen Schä-
zungsresultate mit den durch-
schnittlichen Ergebnissen der
Werthschätzung, korrigirt
werden kann. Diese Korri-
girung würde zuerst bei der
Feststellung der Zusammenstellungen
für die Bezirke, sodann
~~[illegible]~~ im Wege der
Reklamationen statt finden. –

Zur Herstellung der Gleich-
mäßigkeit zwischen den Län-
dern hätte sodann die
General-Steuer-Kommis-
sion die Landes-Hauptzusammenstel-
lungen (mit den) durchschnittlichen Ergeb-
nissen der Werthschätzung zu
prüfen und auf Grund dieser
Prüfung die Hauptzusammen-
stellungen in der Art zu korri-
giren, und endgiltig festzustellen

Zu: Kaßbogen a

~~Druck der weitern ... bezeichnete Weise~~

zu korrigieren, ~~endlich~~ endlich durch die (Forst-)Landes u. Districtscommissionen (siehe ad 4) endgiltig festgestellt ~~werden~~ werde ‡ controllirt, endlich ‡ durch die Landes~~commissionen und die Districtscommissionen~~ und Districtscommission corrigirt werden kann.

Was die Meldungen anbelangt, so wären dieselben ungefähr auf die in der „Anleitung zur Einschätzung der Holzungen" bezeichnete Weise durch Districtscommissionen – mit Zuziehung der Waldbesitzer und der mit den wirthschaftlichen Verhältnissen des Schätzungsdistrictes genau bekannten Forstwirthe – einzuschätzen.

‡ Aufzeichnen der Waldgründe zu prüfen. Vorzüglich wären die Verkäufe des Holzes am Stocke (Forstwirth) zu benützen. –

Hiebei wären nicht theoretische oder im strengen ideell angenommene Sätze ~~[illegible]~~, sondern jene Sätze für den Wirthschaftsbetrieb und Kostenaufwand in Anwendung zu bringen, welche den Gebräuchen des betreffenden Schätzungsdistriktes entnommen sind. – Also die im Distrikte üblichen ‡

Flurtriebsperiode, Verjüngungszeit (Cultur), Cultur, und die hieraus berechnete Naturalertrag an Derbholz-, Stockholz und Nebennutzungen jedoch mit Abzug von 1/5 bis 3/5 ~~für~~ für Unvollkommenheiten und Unglücksfälle, dann mit Veranschlagung der localen Holzpreise und Ausfuhrkosten, und der reellen Verwaltungs-Cultur, und Aufsichtskosten, welche Ertrag und ~~[illegible]~~ Wirthschaftsrechnungen bei Privaten, Communal- und Staatsforsten zu entnehmen sind. – ~~Im Falle man bei dem~~ u. der Holzpreise wären aus ~~den letzten~~ 20 Jahren von 1847 zurück ~~[illegible]~~ Auf die Einschätzung der Meldungen wären ~~mit~~ durch Vergleichung mit den ‡

dure line od[illegible]

Da die Revision des Katasters aus dem Grunde ~~[illegible]~~ nothwendig geworden ist, ~~daß~~ ~~für die~~ um die allgemein anerkannte Ungleichheit zu beheben

Schätzungsumlage und Unrichtigkeit der bisherigen Schätzungsoperationen zu beseitigen, so kann die Revision des Katasters nicht nur über Reklamationen stattfinden, sondern muß durchgängig von Amtswegen geschehen, zumal man sich nicht einmal die Mittel denken kann, im Wege welcher zum erwünschten Zwecke einer allgemein gleichmäßigen Steuerumlage zu gelangen wäre, indem doch die Reklamanten aus einem Kronlande nie genügende Materialien in der Hand haben würden, um ihre Reklamationen wegen Ungleichheit der Besteuerung gegenüber anderen, in weit entlegenen Gegenden oder Kronländern liegenden Grundstücken, zu begründen.

Einleitung der Reklamation

3

ad 2

~~Es ist besser die Klassifizirung~~

Die gemeindeweise Klassifizirung und Einklassirung ist zweckmäßiger als die bezirksweise, ~~denn~~ weil es ~~bei~~ sehr schwierig, und in größeren Bezirken unmöglich ist, die zusammenzustellenden (in Klassen einzureihenden) Parzellen mit einander zu vergleichen.

Ad 3.

Wie schon ad 1 bemerkt wurde, wäre es am besten, sich bei der Einschätzung (mit Ausnahme der Waldungen) in die Ermittlung der Preise gar nicht einzulassen.

Wenn dies nicht beliebt, so würde es zum Zwecke der Genauigkeit der Schätzung entsprechender sein, die Preise der letzten Jahre statt jener des Jahres 24 anzunehmen, weil die ersteren den Parteien ~~be~~ besser bekannt sind, ~~weil, ferner,~~ bei der Annahme der Preise

da die Eingaben der Parteien sich an die Preise des J. 1824 nicht erinnern können, — weil, ferner, die Preise des J. 1824 nicht in allen Kronländern gleichzeitig verificirt u. festgestellt wurden, ~~daher~~ und an eine gehörige Ausgleichung der Preisbeträge des Jahres 1824 zwischen den Kronländern nicht mehr zu denken ist, — weil, endlich,

des Jahres 1824 die Marktpreise für die Grundstücke zur Vergütung der Einschätzung nicht gehörig benutzt werden können.

Im Falle man aber die Preise des Jahres 1824, F beibehalten, will, ~~so würde die~~ ~~nur unter~~ ~~den folgenden~~ ~~Bedingungen~~ und dass sucht man einer offenbar willkürlichen und ungleichmäßigen Schätzung zu Stande bringen will, so wäre dieß nur unter den Bedingungen thunlich:

a) wenn die T Marktpreise ~~der Marktkörnerfruchtpreise~~ der Hauptkörnergattungen auf jede Gemeinde mit Rücksicht auf ihre Verhältnisse angewendet, die Preise der Nebenfrüchte, des Heues, Grummets und Holzes aber F aus jenen Verhältnissen ~~vermittelt~~ werden, welches [illegible] ~~gegenwärtig~~ zwischen den Preisen dieser Produkte und jenen der Hauptkörnergattungen besteht;

b) Wenn die ~~Marktpreise~~

~~F ohne Begründung nicht offenbar~~

T genau verificirten 1824er

F für jede Gemeinde

und den letzten 12 Jahren (1850 bis 1861) zu sammeln, und bei der Einschätzung als Berechtigung zu berücksichtigenden Kauf= und Pachtpreise*) der Grundstücke auf die Preisverhältnisse des Jahres 1824 zurückzuführen, das ist, in jenem Verhältnisse zu reduziren in welchem die Produktendurchschnittspreise der gedachten 12 Jahre zu den Produktendurchschnittspreisen des Jahres 1824 sich verhalten. +

+ Die Arbeitspreise wären nicht nach den Erhaltungskosten sondern nach jenen Werthgrößen zu ermitteln, welche für die im Taglohn ~~eingeführten~~ zu verwendenden Arbeiter bezahlt werden, weil diese Arbeiten auf dem Lande die theuersten sind

Um nun dem Thatbestand entsprechende Gleichmäßigkeit einzuhalten ~~[illegible]~~ wären keine Preisabstufungen anzunehmen, sondern die Lokalpreise für jede Gemeinde ~~zu ermitteln~~ nach ihren Lokalverhältnissen festzustellen

*) diese Preise sind ~~[illegible]~~ können in allen Kronländern nur aus den letzten 12 Jahren mit Verläßlichkeit gesammelt werden, weil erst seit 1850 die Urkunden von den Behörden, zur Grundbuchsberichtigung gelangen.

F Einschaltbogen 6

Die ~~für jede Gemeinde zu ermittelnden~~ festzustellenden mittleren Preise würden höchstens zu einer Combination bei der Einschätzung der Grundstücke, nicht aber als ein fester Faktor zur Berechnung des Naturalertrags und Kulturaufwandes benützt werden, denn die Ermittlung dieser 2 letzteren Faktoren ist, wie schon ad 1 bemerkt wurde, unrichtig[?] und kann eher ~~die Einschä-~~ ~~tzung~~ zur Verschlechterung als zur Verbesserung der Einschätzung führen. F

ad 5

die summarische Darstellung des Reinertrages für die Gemeinde würde voraussetzen, daß die Gemeinde selbst diesen summarischen Reinertrag daher auch die Steuer auf einzelne Parzellen und Realitäten zu vertheilen habe, welches eine wiederholte Einschätzung der Grundstücke in der Gemeinde zur Folge hätte.

Einschaltbogen 6

ad 4.

Die nach den Jahren 1850 – 1861 zu sammelnden, (und nach den Andeutungen neuerer Broschüren zu prüfenden) Kauf- und Pachtpreise wären zunächst bei den Einschätzungen in den Gemeinden und in den Bezirkskommissionen, als Hilfsmittel, wie ad 1 bemerkt wurde, zu benützen.

Die Landeskommissionen hätten die durchschnittlichen bezirksweisen Schätzungsresultate mit den durchschnittlichen Ergebnissen der Kauf- und Pachtpreise zu vergleichen, und auf Grund dieser Vergleichungen die bezirksweisen Reinertragszusammenstellungen, zur Herstellung der Gleichmäßigkeit zwischen den Bezirken, summarisch zu korrigieren. Diese Korrigierung würde zunächst bei der Feststellung der Zusammenstellungen für die Bezirke sodann im Wege der Reklamationen stattfinden.

Zur Herstellung der Gleichförmigkeit zwischen den Kronländern sollte für dann eine Grundsteuer-Regulierungs-Kommission die Landesschätzungszusammenstellungen durch Vergleichung derselben mit den durchschnittlichen Ergebnissen der Verkaufspreise zu prüfen und auf Grund dieser Prüfung die Schätzungszusammenstellungen in der Art zu korrigieren und endgiltig festzustellen, damit die Resultate der Einschätzung mit den durchschnittlichen Ergebnissen der Verkaufspreise sich in jedem Kronlande in gleichem Verhältnisse ~~stellen~~ gebracht werden.

c. Die Vergleichungen zwischen den (Landes)Schätzungsresultaten (Landesschätzungszusammenstellungen) und den Ergebnissen der Wertschätzungen wären in der Art vorzunehmen, wie dies in meiner ~~der~~ Broschüre „die Benützung der Wertschätzungsergebnisse" Seite 8 angedeutet erscheint.

dieser) kann nur seltenen Gemeinden zugemuthet werden.

~~Wollte~~ Beabsichtigt man Gemeinde-Steuerquoten festzustellen, so wäre es doch besser das Quotensystem auf die Länder, Kreise und Bezirke anzuwenden, indem diese größeren Gebiete fähiger wären die Quoten in ihrem Innern zu vertheilen.

ad C

Man würde den Zweck der Grundsteuerregulierung gänzlich verfehlen, ~~und die Steuer verwendet~~ wenn man das bisher bestehende ~~Steuer [illegible]~~ T mit welchem der Reinertrag zu belegen ist nach Beendigung der neuen Einschätzung geltend zu machen Willens wäre. Dies würde die T ~~Erhöhung der Steuer in die Länder etc.~~ Steuergewalt ~~[illegible]~~ auf dem Wege setzen, daß sie bei der Einschätzung weniger auf die Gleichmäßigkeit der Steuerumlegung als auf die im Wege der erhöhten Schätzung herauszubringende größeren Steuersummen ihr Augenmerk richten würde

T oder nur ein im Voraus zu bestimmende Steuergesammtsumme

T (mit der Durchführung der Einschätzung zu betrauende, oder doch hiebei ~~bedeutenden~~ wichtigen Einfluß erhaltende)

F in allen Kronländern

~~F statt die einzuschätzenden Kronländer [illegible]~~

T ~~für die einzuschätzenden Kronländer~~ u.
T ausgesprochen, daß die Steuersumme, welche in den einzuschätzenden Kronländern ~~besteht~~ dermalen besteht, unverändert zu verbleiben habe, daß sie, in Folge der neuen Einschätzung nicht erhöht, sondern nur auf Grund ~~derselben~~ dieser Einschätzung vertheilt werden solle, daß endlich diese Steuersumme

NB. [illegible]

F das Kronland ~~nur~~ nur im verfassungsmäßigen Wege, und erst dann ~~geändert~~ geändert werden könne, wenn die Schätzung in allen Kronländern durchgeführt sein wird.

Die Einschätzung soll in allen Kronländern gleichzeitig vorgehen, und wenn die Gegenseitigkeit [illegible] erhalten werden will, soll die Revision ~~der in allen Kronländern der~~ und nach Beendigung der Schätzung F hergestellt werden.

Noch besser wäre es aber, wenn man schon jetzt im Voraus V ~~nicht das [illegible] sondern die Gesammtsumme [illegible] auf die Kronländer zu [illegible] festsetzen [illegible] zurück bestimmt~~, daß diese Steuersumme ## nur im verfassungsmäßigen Wege erhöht werden könne.

Als ~~solche Summe könnte~~ ~~die Gebühr~~ ~~sätze der aus den Ergebnissen der letzten [illegible] Jahre~~

Am besten wäre vielleicht die ~~Anwendung der Schätzung~~ ~~der~~ in ~~einem~~ Kronlande beendigten Schätzung, vor Beendigung derselben in anderen Kronländern, zur Vertheilung der Steuer im Innern des betreffenden Kronlandes anzuwenden, so wäre zu bestimmen, daß ~~die~~ auf Grund dieser Schätzung nur die gegenwärtig bestehende Steuersumme im Kronlande vertheilt, die Steuersumme selbst aber für F

ad 7

Die Bezirks-Commissionen hätten aus 5 durch die Bezirksausschüsse (und wo keine Bezirksausschüsse bestehen, durch Landesausschüsse) zu wählenden Mitgliedern, dann aus einem politischen Beamten und einem Schätzungscommissär zu bestehen.

Mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen des Bezirkes genau bekannten

Die Landes-~~ausschüsse~~ Commissionen aus einem vom Kaiser ernannten Präsidenten, aus zwei politischen und zwei Finanzbeamten, und den 4 vom Landesausschusse gewählten Mitgliedern

Mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen des Landes genau bekannten

die Grundsteuer-Reichs-Commission aus 3 vom Ackerbauminister, 3 vom Finanzminister ernannten, dann aus 12 bis 18 vom Abgeordnetenhause gewählten Mitgliedern, welche aus den ~~gleiche~~ beiläufig gleiche landwirthschaftliche Verhältnisse habenden Ländergruppen im (jenem) Verhältnisse ~~zum Gesammt... dieser Ländergruppen ... werden~~ zu wählen wären, in welchem diese Ländergruppen im Abgeordnetenhause vertreten sind. —

Kochany Kornelu!

Przesyłam Ci rozdane członkom komisyi Na:czelnej przez Referentów pytania, nad którémi na najbliższym posiedzeniu naszém naradzać się mamy.— Prawdopodobnie jednak na tém posiedzeniu względem tych pytań ostatecznie rozstrzygnąć.— O ile potrafię starać się będę dzisiaj przesłać, by mnie uprzedził swojém o nich zdaniem.— Dziś posiedzenie dotąd naznaczony jeszcze nie jest; miało być dzisiaj, ale chcąc pierwej rozdać członkom te pytania, i dać im czas do namysłu zostało odłożone.

Z tych pytań pomimo w części druk w pełnym Referencie na Sesyi zapatruję się, i będzie czyli on chcą podciągnąć pod te prawo Galicyi.—

Przyjm zapewnienie szacunku i przyjaźni

K. Grocholski

25. Paźdz. 862.

z Wiednia

Kochany Kaziu!

[illegible] posłałem Ci po [illegible] wydrukowany
projekt [illegible] który [illegible] nareszcie Wydział
[illegible] [illegible] jest to [illegible] było
[illegible] [illegible] wydrukowano a tylko dla członków wydział[illegible]
[illegible] [illegible] być [illegible] publicz-
nego [illegible]

[illegible] [illegible] projektów [illegible] do [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible] drugi projekt
[illegible] przeprowadzić, od pierwszego [illegible] [illegible]
odstąpić [illegible] [illegible] [illegible] pierwszy [illegible]
[illegible] ułożony [illegible] prawa [illegible]

Wydział nasz czyli komisyja [illegible] [illegible],
wczoraj, mówił mi Hopfen jeden z wybranych dwóch Re-
ferentów, że potrzeba jest zebrania się dla zgodzenia się

jak się wyraził: über den Hauptmoment. Że drugi Referent Doppelhof nie miał czasu, nie mogliśmy mieć posiedzenia dziś, prawdopodobnie jednakże w krótce to nastąpi. — Z jakiemi propozycjami Referenci wystąpią trudno przewidzieć. — Po posiedzeniu nie omieszkam Cię o nich zawiadomić. —

Chciej przyjąć zapewnienie szacunku i przyjaźni

A. Gołuchowski

23. Grudnia 862.

z Wiednia

Vorfragen

bezüglich des Gesetzes über die Revision des Katasters.

1. Soll die Revision des Katasters alle, oder nur einzelne Momente der Katastralschätzung umfassen?
(Als solche Momente erscheinen, die Richtigstellung des Besitzstandes und der Culturgattungen, die Klassifizirung und die Einklassirung der Gründe, so wie die Ermittlung des Reinertrages).
Soll diese Revision nur über Reklamation oder durchwegs von Amtswegen geschehen?
2. Soll die Klassifizirung und Einklassirung Gemeindeweise oder nach Bezirken – eventuell Schätzungsdistrikten – vorgenommen werden?
3. Welche Preise sind den Schätzungen zu Grunde zu legen? Soll die Bildung von Preisabstufungen, wie bisher, beibehalten, oder für jeden Schätzungsdistrikt oder jede Gemeinde der Lokalpreis besonders ermittelt werden?
4. In wie weit sollen die Pacht oder Kaufpreise zur Kontrollirung des Reinertrages benützt werden?
5. Soll der Reinertrag individuel für jede Parzelle, oder blos summarisch für jede Gemeinde festgestellt werden?
6. Soll der Grundsatz aufgestellt werden, daß erst nach Feststellung des Reinertrages für die einzelnen Länder das Steuerprocent, mit welchem die Steuer davon einzuheben seyn wird, im Gesetzgebungswege angeordnet werde?
7. Wie sollen die Landes und Bezirkskommissionen zusammengesetzt werden?

[illegible]

[illegible]

24

[illegible]

11 40 [illegible] 61

5 [illegible] 4 [illegible]

300 [illegible]

24

113

ex October 1862

Grundzüge eines Gesetzes

über die

Revision des Katasters und der sonst bestehenden Grundlagen für die Besteuerungen der Nutzungen von Grund und Boden.

Der Revision des Grundsteuerkatasters und der sonstigen Besteuerungsgrundlagen haben die Bestimmungen des Allerhöchsten Patentes vom 23. December 1817 als Basis zu dienen.

Die Berichtigung der Katastral-Vermessung hat sich auf die Ortsriede in concreto nach Culturarten und Bonitätsclassen zu beschränken.

Zum Zwecke der Schätzungs-Operation bildet in der Regel jeder politische Bezirk einen besonderen Schätzungsdistrict; nach Umständen kann ein Bezirk auch in zwei oder mehrere Schätzungsdistricte abgetheilt werden.

Für jeden Schätzungsdistrict ist nach Culturarten und Bonitätsclassen ein jochweiser Reinertragstarif zu entwerfen, welcher den Schätzungsanschlag für alle in demselben vorkommenden Culturarten und ihre Bonitätsclassen zu enthalten hat.

Es dürfen für jede Culturart nicht mehr als höchstens neun Bonitätsclassen im Districte aufgestellt werden.

Als Reinertrag ist der bei gemeindeüblicher Bewirthschaftung nach Abzug des Culturaufwandes vom Rohertrage sich nachhaltig ergebende Ueberschuß anzusehen.

Der Veranschlagung des Naturalertrages im Gelde sind die durchschnittlichen Productenpreise des Jahres 1858 zum Grunde zu legen.

Die Angemessenheit der Tarifsätze ist durch die Vergleichung derselben mit den gewöhnlichen Kauf- und Pachtpreisen der Grundstücke unter Bedachtnahme auf den landesüblichen Zinsfuß zu prüfen.

Die im Schätzungsdistricte vorkommenden Bonitätsclassen jeder Culturgattung sind in die entsprechenden Abstufungen des Schätzungstarifes einzureihen.

Die Summe des auf das Flächenmaß der einzelnen Bonitätsclassen nach dem Schätzungstarife entfallenden Reinertrages gibt den Reinertrag der ganzen Katastralgemeinde.

Sowohl gegen die Ansätze des Schätzungstarifes als auch gegen die Einreihung der Grundstücke in die Abstufungen desselben hat ein Reclamations- und Recursverfahren Platz zu greifen.

Die Art der Vertheilung des Schätzungsanschlages der Gemeinde auf die einzelnen Liegenschaften wird über Einvernehmen der Landtage weiterer Bestimmung vorbehalten.

Mit der obersten Leitung des Revisionsgeschäftes wird der Finanzminister betraut, welchem eine aus 10 Mitgliedern, in gleicher Anzahl von Räthen des Finanzministeriums und der politischen bezüglichen Centralstellen zusammengesetzte Commission zur Seite steht.

Für jedes Kronland wird eine Landes-, sowie für jeden politischen Bezirk eine Bezirkscommission unter dem Vorsitze des politischen Landes- und Bezirkschef aus Steuerträgern bestellt. Diesen Commissionen sind zur unmittelbaren Geschäftsbesorgung Kataſtral Vermessungs- und Schätzungsorgane beigegeben.

Die Kataſtralrevision hat sich, mit Ausnahme des lomb. venet. Königreiches, auf alle Kronländer zu erstrecken, ist jedoch in Böhmen und in den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern erst nach Vollendung dieser Operation in den übrigen Theilen der Monarchie in Angriff zu nehmen.

Der Finanzminister wird die zum Vollzuge dieses Gesetzes erforderlichen Ausführungsvorschriften im Einvernehmen mit dem Staatsminister erlassen und sind die Katastralarbeiten dort, wo sich dieselben bereits im Zuge befinden, diesen Vorschriften gemäß einzurichten und fortzusetzen.

114

Punctationen

zur Instruction über eine Revision des Grundsteuerkatasters

(für die deutsch-slavischen Länder ohne Tirol und Galizien).

1.

Zur gleichmäßigeren Umlage der Grundsteuer finden bezirksweise Revisionen Statt durch Commissionen, welche unter der Leitung des politischen Bezirksvorstandes aus zwei Groß- und zwei Kleingrundbesitzern, dann einem Katastralschätzungs-Commissäre zu bestehen haben.

2.

Die Commissionen haben a) das Culturen-Bestimmungsprotokoll, b) das Classificationsprotokoll und c) das Einclassirungsprotokoll zu prüfen, und die seit Abschluß der Schätzung in a—c eingetretenen Veränderungen im Wege gemeindeweiser Begehung mit Zuziehung der Gemeinde-Ausschüsse protokolarisch aufzunehmen.

3.

Die Naturalbruttoerträge, die Culturaufwandspercente und die Reinertragstarife für ein niederösterreichisches Joch werden in Zukunft bezirksweise — (nicht mehr gemeindeweise) und zwar in jener Zahl neu ermittelt, als in jedem Bezirke bei jeder Culturgattung bemerkbare Ertragsunterschiede sich darstellen.

4.

Hiebei sind die Preise vom Jahre 1858 zu Grunde zu legen, und die Kauf- und Pachtverträge als Controle zu benützen.

5.

Der durch diese Revision in Anwendung ihrer Ergebnisse für jeden Steuerträger nach seinem Grundbesitze sich berechnende Gesammt-Reinertrag wird im Besitzstands-Hauptbuche und in dem Individual-

besitzbogen des Steuerträgers vorgeschrieben, und hiernach sowohl die einzelnen Steuerbüchel als die gemeindeweisen und bezirksweisen Steuersummarien rectificirt.

6.

Das Reclamationsverfahren bleibt vorbehalten.

Grundzüge,

nach welchen

die Revision des Grundsteuerkatasters auszuführen wäre.

I. Voreinleitungen.

a) Es muß vor Allem auf den Umstand hingewiesen werden, daß in jenen Gemeinden, in welchen seit dem Abschlusse des Katasters Objects- oder Besitzveränderungen eingetreten, und in soweit dieselben durch die oft nicht zureichende Zahl der Geometer berichtigt werden konnten, in den Einschaltungsbogen zu den Vermessungsprotokollen, und zwar abgesondert nach den Jahren, in welchen diese Veränderungen durchgeführt wurden, dargestellt sind, den Vermessungsprotokollen viele, ja oft mehr als zehn Einschaltungsbogen beiliegen; — daß Berufungen nicht nur vom Vermessungsprotokolle auf den Einschaltungsbogen eines bestimmten Jahres, sondern von dem Einschaltungsbogen eines Jahres auf jenen eines anderen Jahres erfolgen.

In solchen Gemeinden ist eine richtige Einclassirung und Ausfertigung der individuellen Besitzbögen nur dann möglich, wenn die Vermessungsprotokolle neu abgeschrieben, und bei dieser Gelegenheit die seit dem Abschlusse des Katasters neu vermessenen Parzellen nach der chronologischen Ordnung eingereiht werden, so z. B., daß nach Parzelle 4 die Parzelle Nr. 4 a, 4 b u. s. w. und hierauf erst Parzelle 5 u. s. w. gesetzt werden.

Auch die im halben Maße lithographirten Mappen sind bei mehreren Gemeinden durch die zahllosen Parzellentheilungen und durch die ganz zweckwidrige Buchstabennumerirung sehr unkenntlich, und werden in vielen Theilen im ganzen Maße zu copiren sein.

Diese Vorarbeiten hätten im Mappenarchive zu geschehen, und es wären zur allfälligen Copirung der Vermessungsprotokolle Accordarbeiter aufzunehmen.

b) Sind für diese Revision die Behörden und Organe, wie folgt, aufzustellen:

die Landescommission,

die Katastral-Schätzungs-Inspectorate,

die Bezirkscommissionen,

die Gemeindeausschüsse.

Die Landescommission hat unter dem Vorsitze des Finanz-Landesdirectors oder Chef der Steuerdirection, aus einem höheren Finanzbeamten, dann aus vom Landtage zu wählenden Vertretern des bäuerlichen und Großgrundbesitzes, und aus dem Katastral-Oberinspector zu bestehen.

Die Bezirkscommission hat unter der Leitung des politischen Bezirksvorstandes, aus dem ökonomischen und Waldschätzungscommissär, welche die Interessen des Steuerfondes zu wahren berufen sind — dann aus vier der redlichsten, intelligentesten, erfahrensten und mit den ökonomischen Verhältnissen des Bezirkes am meisten vertrauten Grundbesitzer zu bestehen, wovon zwei aus den Großgrundbesitzern des Bezirkes zu wählen sind. Diese Vertrauensmänner bestimmt die Steuerlandesbehörde im Einvernehmen mit dem Landeschef über Vorschlag des politischen-Bezirksvorstehers und Steuerinspectors. Die Bezirkscommission ist zu beeiden, und faßt ihre Beschlüsse durch Stimmenmehrheit.

Der Bezirkscommission wird zu ihren Amtshandlungen ein Katastralvermessungsbeamter beigegeben.

Der Gemeinde-Ausschuß hat aus sechs Ausschußmännern und dem Vorsteher der Katastralgemeinde, dann aus dem Geschäftsleiter zu bestehen.

Der Geschäftsleiter wird von dem Bezirksvorsteher im Einvernehmen mit dem Steuerinspector ernannt, und derselbe kann nach Umständen für mehrere Katastralgemeinden verwendet werden.

II. Vorarbeiten für die Revision des Grundsteuerkatasters.

1. Den Bezirkscommissionen sind die vollständigen Katastral-Schätzungselaborate mit Einschluß der Reclamationsverhandlungen, dann die Elaborate über die Producten- und Gestehungspreise zu übergeben.

2. Den Katastralgemeinden sind die bei der Katastralschätzung aufgenommenen Cultursbestim-

mungs- und Classificationsprotokolle mit der Weisung hinauszugeben, dieselben genau zu prüfen, und hierauf bei der Bezirkscommission die schriftliche Erklärung abzugeben, ob die ursprünglich aufgestellten Culturen und Classen unverändert fortzubestehen hätten, oder welche Aenderungen bei denselben vorzunehmen wären. Auch haben sich die Gemeinden in derselben Weise über die ursprünglich für jede Culturclasse aufgestellten Mustergründe auszusprechen.

3. Jeder Grundbesitzer hat bei einer Strafe von 5 fl. bis 100 fl. vor dem Gemeindeausschusse anzugeben, welche Cultursänderungen bei den ihm zugeschriebenen Parzellen seit der Zeit der Katastralschätzung eingetreten sind, und welche Objectsveränderungen durch die Evidenzhaltungsgeometer bisher nicht aufgenommen wurden. Auch steht ihm bei diesem Anlasse das Recht zu, Irrungen in der gegenwärtigen Classirung seiner Grundstücke, dann alle Aenderungen in seinem bisher versteuerten Besitzstande, endlich auch Irrungen in der ursprünglichen Vermessung der Grundstücke zur Sprache zu bringen, und um die dießfällige Berichtigung anzusuchen.

Der Gemeindeausschuß hat diese Anzeigen in vorgedruckte Verzeichnisse aufzunehmen, und die Richtigkeit jener Angaben, in soweit sie sich auf Objectsculturen und Classenänderungen beziehen, an Ort und Stelle zu prüfen, sodann aber das dießfällige Verzeichniß Formular A mit seinem Antrage: „in welche Culturclasse die angezeigten Parzellen zu reihen wären", — der Bezirkscommission bei ihrer Ankunft vorzulegen, und derselben gleichzeitig auch das Verzeichniß Formular B über Besitzstandsänderungen einzuhändigen.

A/.

B/.

4. Die Staatsbuchhaltung hat die im Jahre 1858 bestandenen Markt-Mitteldurchschnittspreise der Hauptkörnergattungen von allen Marktorten des Landes zusammenzustellen, sodann den für jeden Marktort, so wie den für das ganze Land entfallenden Hauptdurchschnittspreis zu berechnen, und das dießfällige Ergebniß der Landescommission vorzulegen, von welcher dann jeder Bezirkscommission die von den Marktorten ihres Bezirkes ermittelten Hauptdurchschnittspreise zuzumitteln sind.

Die Bezirkscommission hat nunmehr die Aufgabe, die im Jahre 1858 in den einzelnen Gemeinden bestandenen Localpreise nicht nur der Hauptkörnergattungen, sondern auch der Nebenfrüchte, des Heues,

Weines und des Holzes zu erheben, und die Hauptdurchschnittspreise für jede Katastralgemeinde zu berechnen; ferner alle vorfindigen Behelfe über die Productenpreise (selbstverständlich auch über die Holzpreise am Stamme) aus dem Jahre 1858 zu sammeln.

Dieselbe wird sich hierauf — nach Einsichtnahme der bei der ursprünglichen Katastralschätzung angewendeten Preisstufen und der damals vorgenommenen Einreihung der Gemeinden in dieselben, dann mit Rücksicht auf die bis zum Erhebungsjahre in dem Preisverhältnisse einzelner Gemeinden gegenüber ihrer Umgebung eingetretenen bedeutenden und dauernden Aenderungen — ihr Urtheil über die Verschiedenheiten, welche im ganzen Bezirke in Beziehung auf die Güte der verschiedenen Producte bestehen, und auf den Preis derselben einen dauernden Einfluß nehmen, feststellen, und mittelst eines wohlbegründeten Operates und unter Darlegung der hierüber im Schooße der Bezirkscommission allenfalls bestandenen Meinungsverschiedenheiten den Katastralpreis für jedes in den einzelnen Gemeinden erzeugte Bodenproduct bei der Landescommission in Antrag bringen.

Nachdem sich sämmtliche Bezirkscommissionen des Landes dieser Aufgabe entlediget haben, wird die Landescommission unter Zuziehung der Katastral-Inspectoren, der Katastral-Schätzungscommissäre und erfahrener Grundbesitzer aus den verschiedenen Theilen des Landes einen Katastral-Preistarif für das ganze Land mit Beachtung der Extreme, d. i. des höchsten und niedrigsten Preises, in angemessenen Abstufungen bilden, und das bezügliche Preisoperat — belegt mit allen Eingaben der Bezirkscommissionen und unter Darlegung der hierüber im Schooße der Landescommission allenfalls bestandenen Meinungsverschiedenheiten — der Generaldirection des Grundsteuerkatasters zur Genehmigung vorlegen.

Sobald diese Genehmigung erfolgt ist, reiht die Landescommission die einzelnen Katastralgemeinden in die entsprechenden Preisabstufungen ein, und gibt jeder Bezirkscommission das Resultat dieser Einreihung, in soweit die dahin gehörigen Gemeinden davon betroffen werden, bekannt.

Gegen diese Einreihung kann die Bezirkscommission in einer Frist von vier Wochen allfällige Einsprüche durch die Landescommission bei der Generaldirection des Grundsteuerkatasters einbringen.

5. Die Behelfe über alle im Umfange eines jeden politischen Bezirkes in den letzten 10 Jahren stattgefundenen Pachtungen, Käufe, gerichtliche Schätzungen, Tauschacte ꝛc. hat der Steuerinspector nach einer ihm zu gebenden faßlichen Anleitung zu sammeln, für jede Katastralgemeinde besonders darzustellen, und der Bezirkscommission zuzumitteln.

III. Revision der ursprünglichen Culturenbestimmung, Classification und Classirung der Grundstücke.

Die Bezirkscommission hat nach einem vorher verfaßten Reiseplane sämmtliche Katastralgemeinden des Bezirkes mit Zuziehung der Gemeindeausschüsse genau zu begehen, die Culturbestimmung, Classification und Classirung jeder Gemeinde auf Grundlage der von dem Gemeindeausschusse nach Abschnitt II, Punct 2 abgegebenen schriftlichen Erklärung und mit Rücksicht auf das der Commission zugestellte Verzeichniß Formular A (Abschnitt II, Punct 3) sicher zu stellen, und sich alle jene Daten und Behelfe zu verschaffen, auf welche sich die Zahl der für jede Culturgattung des ganzen Bezirkes aufzustellenden Tarifclassen, sowie die Einreihung der für die verschiedenen Culturgattungen jeder einzelnen Katastralgemeinde festgesetzten Bonitätsclassen in die entsprechenden Tarifclassen, endlich der jochweise Reinertrag jeder einzelnen Tarifclasse basiren muß.

Hiebei dürfte in nachstehender Art vorzugehen sein:

1. Die Bezirkscommission wird bei Begehung jeder einzelnen Katastralgemeinde zu prüfen haben, ob die bei der Katastralschätzung aufgestellten Culturen und Bonitätsclassen beizubehalten sind, oder ob eine Vermehrung oder Verminderung derselben einzutreten habe; endlich ob die ursprünglich aufgestellten Mustergründe aufrecht zu bleiben haben?

Ueber den dießfälligen Befund der Bezirkscommission ist ein Protokoll aufzunehmen, und dieses dem betreffenden Gemeindeausschusse vorzuhalten. In dem Falle, als sich der Gemeindeausschuß oder der Katastral-Schätzungscommissär mit dem Commissionsbefunde durchaus nicht vereinigen könnte, sind die abweichenden und gehörig zu begründenden Ansichten derselben in das Protokoll aufzunehmen, und als ein Gegenstand der Reclamation an das Katastral-Schä-

tungsinspectorat zur weiteren Untersuchung und endgiltigen Entscheidung zu leiten.

Der Katastralinspector, welchem zwei von der Landescommission zu bestimmende, jedoch nicht bei der Bezirkscommission tagende Vertrauensmänner beigegeben werden, hat diese Reclamen in kürzester Zeit zu untersuchen.

Gegen die auf Stimmenmehrheit beruhende Entscheidung dieser Commission findet keine weitere Berufung Statt.

2. In den Gemeinden, in welchen gegen die von der Bezirkscommission festgesetzte Zahl der Culturen und Bonitätsclassen oder gegen die von derselben als richtig erkannten Mustergründe keine Reclamen eingebracht werden, ist die Einclassirung sämmtlicher Parzellen einer sorgfältigen Revision von Seite der Bezirkscommission zu unterziehen, und es ist bei allen Parzellen, bei welchen nach der Anzeige der Grundbesitzer oder nach dem eigenen Ermessen der Bezirkscommission eine Aenderung in der Culturgattung und Classe einzutreten hat, die entsprechende Berichtigung in der Colonne des Verzeichnisses Formular A: „Befund der Bezirkscommission" ersichtlich zu machen.

Jene Parzellen, von welchen seit der Katastralschätzung nur ein Theil in andere Culturclassen übergangen, oder bei welcher ein Theil außer Cultur getreten ist, oder bei welchem eine Irrung in der ursprünglichen Aufnahme des Flächenmaßes angezeigt wurde, hat die Bezirkscommission dem beigegebenen Vermessungsbeamten zu bezeichnen; die Commission hat jedoch — vorbehaltlich der geometrischen Ausmittlung — sogleich die Bonitätsclasse für jeden neu zu vermessenden Theil der in andere Culturen übergangenen Parzellen zu bestimmen und in das Verzeichniß Formular A einzustellen.

In den Gemeinden, von welchen gegen die Culturbestimmung und Classification Reclamen eingebracht wurden, hat diese Amtshandlung erst nach Entscheidung der Beschwerden stattzufinden.

3. Das Verzeichniß Formular A wird sodann durch vier Wochen bei dem Gemeindevorstande zur Einsicht der betheiligten Grundbesitzer aufgelegt, welche inner-

---

Anmerkung. Da Reclamationen dieser Art nur in sehr wenigen Gemeinden vorkommen werden, so wird für den ganzen Inspectoratsbezirk eine einzige Reclamations-Commission, nämlich die hier angetragene, hinreichen, um die ihr zugedachte Aufgabe rechtzeitig zu lösen.

halb dieser Zeit ihre Einsprüche gegen den Befund der Bezirkscommission entweder schriftlich oder mündlich einbringen können.

Dasselbe Recht steht innerhalb dieser Frist auch dem Kataſtral-Schätzungscommissär zu, wenn er die von der Majorität der Bezirkscommission gefällte Entscheidung über die Einclassirung der Grundstücke nicht als richtig anerkennt.

4. Diese individuellen Reclamationen sind an die Bezirkscommission und von dieser an das Kataſtral-Schätzungsinspectorat zu leiten.

Da voraussichtlich Reclamen dieser Art weit zahlreicher eingebracht werden dürften, als jene gegen die Culturbestimmung und Classification der Grundstücke (Punct 1 dieses Abschnittes), mithin eine einzige Untersuchungs-Commission, wie sie zur Untersuchung der letzterwähnten Reclamen bei Punct 1 dieses Abschnittes angetragen wurde, für den ganzen Inspectoratsbezirk kaum ausreichen dürfte; da es sich ferner bei der Untersuchung dieser individuellen Reclamen blos um die einfache Beurtheilung handelt, in welche Culturclasse die beanständeten Parzellen durch Vergleichung mit den aufgestellten Mustergründen zu setzen sind, wozu mehr practisch-ökonomische als umfassende Kenntnisse der Kataſtralvorschriften nothwendig sind, so hat der Kataſtral-Inspector der Landescommission mit Rücksicht auf die Zahl der eingebrachten Reclamen jene Männer aus dem Stande redlicher und intelligenter Oeconomen des Inspectoratsbezirkes vorzuschlagen, welche unter seiner fortwährenden Aufsicht und Anleitung die fragliche Reclamations-Untersuchung unter Zuziehung der Gemeindeausschüsse und der Reclamanten vorzunehmen hätten.

Diese von der Landescommission ernannten Untersuchungscommissäre sind zu beeiden, und es hat gegen ihre Entscheidung keine weitere Berufung stattzufinden.

5. Die im Reclamationswege vorgenommenen Aenderungen sind in dem Verzeichnisse Formulare A mit rother Tinte ersichtlich zu machen, und es sind dann aus diesem Verzeichnisse bei den betreffenden Parzellen die geänderten Culturclassen an einem geeigneten leeren Orte des Grundparzellenprotokolles, allenfalls in die Rubrik: „Capitalswerth nach . . . . Percent" mit Buchstaben einzutragen, bei den in mehrere Culturclassen zerfallenden Parzellen aber auch die für jede Culturclasse ermittelte Fläche beizusetzen.

6. Der Vermessungsbeamte wird die Aufnahme der ihm bezeichneten Parzellen sogleich vornehmen, die Fläche des in jede Culturclasse fallenden Antheiles der geänderten, sowie jene der ursprünglichen unrichtig vermessenen Parzellen berechnen und in das Verzeichniß Formular A in die Rubrik: „Befund der Bezirkscommission" übertragen.

7. Sobald alle diese Amtshandlungen an einer Katastralgemeinde bewerkstelligt sind, hat der Geschäftsleiter, welchem nöthigenfalls noch Diurnisten beizugeben sind, aus dem Vermessungsprotokolle das für jede Culturclasse entfallende Flächenmaß zu extrahiren und die Uebersicht über das Flächenmaß sämmtlicher Culturclassen der Gemeinde sammt den Vermessungsprotokollen an die Bezirkscommission einzusenden, welche die Prüfung dieser Classenauszüge veranlassen wird.

Dem Geschäftsleiter ist über die Art und Weise, wie er diese Classenauszüge zu verfassen hat, eine faßliche Belehrung zu geben, und sind demselben vorgedruckte Blanquette bezüglich der dießfalls an die Bezirkscommission vorzulegenden Uebersichten einzuhändigen.

IV. Berichtigung des individuellen Besitzstandes.

Der Vermessungsbeamte wird, sobald er nach Abschnitt III, Punct 2, die Vermessung und Berechnung der Cultursänderungen und die Berichtigung der ursprünglichen Irrungen bewirkt hat, sogleich zur Richtigstellung des individuellen Besitzstandes schreiten.

Zu diesem Ende hat derselbe aus jeder Gemeinde die mit den Eigenthumsverhältnissen vertrautesten Männer zu berufen, mit ihnen auf der lithographirten Mappe alle Grundstücke von Parzelle Nr. 1 bis zur letzten Parzellennummer behufs der Angabe des gegenwärtigen factischen Besitzers durchzugehen und den letzteren sogleich in die Vermessungsprotokolle an einer geeigneten Stelle mit seinem Zu-, Vor- und Vulgarnamen, Wohnort und Hausnummer anzuschreiben.

Sollte bei einer oder der andern Parzelle über den Eigenthümer ein Zweifel sein, welcher durch Einsicht in das Besitzstands-Hauptbuch, oder wo dieses nicht besteht, durch Einsicht in den in steter Evidenz zu haltenden Grundbesitzbogen nicht behoben werden kann, so muß der gegenwärtig angeschriebene Eigenthümer, sowie der Eigenthümer den angrenzenden Parzellen vorgeladen und durch dieselben der wirkliche Besitzer konstatirt werden.

Der Vermessungsbeamte hat hierauf alle in dem Verzeichnisse Formular B (Abschnitt II, Punct 3) aufgeführten Parzellen, bei welchen Grundtheilungen angezeigt wurden, neu aufzunehmen, die Flächenmaße in der Folge zu berechnen und hierüber nach einer ihm zukommenden besonderen Anleitung den Veränderungsausweis zu verfassen.

V. Sammlung von Behelfen zur Ermittlung des Naturalertrages, dann Ergänzung und Zusammenstellung der Behelfe zur Begründung des Reinertrages.

1. Die Bezirkscommission hat dort, wo sich Wirthschaftsrechnungen oder anderweitige Aufzeichnungen über den Naturalertrag vorfinden, Auszüge aus denselben zu machen, dann

2. die von dem Steuerinspector nach Abschnitt II, Punct 5, gesammelten Behelfe über Pachtungen, Käufe ɪc. zu ergänzen, dagegen aber — unter genauer Begründung — aus denselben alle jene Daten auszuscheiden, welche mit Rücksicht auf die bekannten Werthverhältnisse der fraglichen Objecte offenbar als unverhältnißmäßig erscheinen, und nicht zur Beurtheilung des wirklichen Ertrages oder des mittleren Verkehrswerthes dienen.

Erst nach Sichtung dieser Behelfe und nach Ausscheidung des allenfalls darin befindlichen Zinses oder Werthes der Wohn- und Wirthschaftsgebäude wird die Bezirkscommission in den Behelfen über Pachtungen den durchschnittlichen Pachtertrag pr. Joch und Jahr von einzeln verpachteten und nach Culturclassen gereihten Grundstücken, sowie den Pachtertrag ganzer Liegenschaften, und ebenso in den Behelfen über Käufe ɪc. den Durchschnittswerth eines niederösterreichischen Joches jeder Culturclasse, und dort wo ganze Liegenschaften verkauft oder vertauscht wurden, den Werth derselben, und von demselben die nach dem landesüblichen Zinsfuße entfallende Kaufsrente berechnen und in einer vorgedruckten Uebersicht darstellen; überhaupt endlich

3. alle jene Behelfe sammeln, mittelst welcher seinerzeit die Factoren, aus welchen der Reinertrag hervorzugehen hat, begründet, und alle analogen Cultursclassen des Bezirkes zusammengereiht werden können.

VI. Bestimmung der Tarifclassen für jede Culturgattung des Bezirkes.

1. Nachdem die Bezirkscommission die Prüfung der Vorarbeiten in sämmtlichen Gemeinden des Bezirkes beendet hat, verfaßt sie aus den ihr nach Abschnitt II, Punct 1, übergebenen Kataſtral-Schätzungs-Elaboraten für jede Culturgattung aller Kataſtralgemeinden eine Uebersicht nach Formular C über die Abstufungen des bei der ursprünglichen Schätzung erhobenen jochweisen Reinertrages, und reiht in jede Abstufung die vermöge ihres ganz gleichen oder wenigstens nicht sehr verschiedenen Reinertrages fallenden Culturclassen sämmtlicher Gemeinden aneinander.

Diese Analogietabelle wird nun zeigen:

a) welche Zahl von Tarifclassen bei der ursprünglichen Schätzung nothwendig gewesen wäre, um in dieselben sämmtliche Bonitätsclassen des Bezirkes einreihen zu können; dann

b) in welchen Gemeinden und bei welchen Classen die höchsten und niedrigsten Reinertragsansätze vorkommen.

2. Die Bezirkscommission wird nunmehr nach den bei der Begehung sämmtlicher Gemeinden gesammelten Erfahrungen, Notizen und Behelfen, und mit Rücksicht auf die Bodenbeschaffenheit, Lage, Ertragsfähigkeit, dann der leichten und schwereren Bearbeitung des Bodens u. s. w. zu beurtheilen haben, welche Bonitätsclassen in den verschiedenen Gemeinden des Bezirkes gegenwärtig in eine und dieselbe Abstufung (Tarifclasse) gehören; kurz, die Bezirkscommission wird eine den gegenwärtigen Verhältnissen ganz entsprechende Analogietabelle nach Formular D für jede Culturgattung sämmtlicher Gemeinden zu entwerfen, dabei aber auf geringe Ertragsunterschiede zwischen den einzelnen Bonitätsclassen nicht zu achten haben.

3. Diese mit größter Vorsicht und genauer Combination der vorgemerkten Notizen verfaßte Analogietabelle ist den sämmtlichen Gemeinden des Bezirkes bekannt zu geben, und es sind die von denselben oder von dem Kataſtral-Schätzungscommissär als Vertreter des Steuerfondes gegen die Einreihung der Bonitätsclassen erhobenen Bedenken in der Analogietabelle anzuführen.

In der Folge, und zwar nach Ermittlung des jochweisen Reinertrages der Tarifclassen hat die Bezirkscommission diese Bedenken einer sorgfältigen

Untersuchung zu unterziehen, und in sofern sie sich als begründet darstellen, sogleich in der Analogietabelle entsprechend zu berücksichtigen; im entgegengesetzten Falle aber in der Analogietabelle die Gründe darzustellen, welche für die Aufrechthaltung der Einreihung sprechen.

VII. Ermittlung des joch- und jahrweisen Reinertrages für jede Tarifclasse.

Die Bezirkscommission bestimmt nunmehr für jede Abstufung (Tarifclasse) eine in dieselbe fallende Bonitätsclasse, bezüglich welcher der Reinertrag erhoben werden soll. Hiezu sind vorzugsweise nur jene Bonitätsclassen geeignet, wo sich so verläßliche Behelfe vorfinden, daß auf Grundlage derselben der jochweise Reinertrag mit möglichster Sicherheit ausgesprochen werden kann.

Die Reinertragsermittlung dürfte in folgender Weise stattfinden:

a) Erhebung des Naturalertrages pr. Joch und Jahr.

1. Die Bezirkscommission wird auf Grund der, gelegenheitlich der Revision der Culturbestimmung, Classification und Classirung gesammelten Notizen über die gemeindeübliche Bewirthschaftungsart des Ackerlandes und über den in Jahren gewöhnlicher Fruchtbarkeit zu erzielenden Naturalertrag für ein niederösterreichisches Joch jeder Culturclasse, dann auf Grund der Auszüge aus Wirthschaftsrechnungen und anderer Aufzeichnungen über den Naturalertrag, endlich nach Einsicht der Katastral-Schätzungselaborate zu beurtheilen haben, welche Aenderungen im Wirthschaftscurse des Ackerlandes seit der Katastralschätzung eingetreten sind, welche Früchte damals gar nicht oder nur in sehr geringer Ausdehnung gebaut wurden, gegenwärtig aber in Anschlag gebracht werden müssen; endlich ob der bei der Katastralschätzung angenommene Naturalertrag auch noch den gegenwärtigen Verhältnissen angemessen sei. Beim Wein- und Holzlande dürfte in vielen Fällen der bei der Katastralschätzung angenommene Naturalertrag aufrecht bleiben.

2. Die Bezirkscommission wird hierauf nach Vernehmung erfahrener Landwirthe die gemeindeübliche Bewirthschaftungsart des Ackerlandes und den in Jahren gewöhnlicher Fruchtbarkeit zu erzielenden

Naturalertrag eines niederösterreichischen Joches für alle zu schätzenden Bonitätsclassen jeder Culturgattung feststellen, diesen Naturalertrag nach den bereits festgestellten Productenpreisen zu Gelde berechnen, und diese Resultate in eine eigens hiezu eingerichtete lithographirte Tabelle eintragen.

b) Ermittlung des Culturaufwandes.

3. Die Bezirkscommission hat sich durch Vernehmung der Gemeindeausschüsse und anderer erfahrener Landwirthe alle erforderlichen Aufschlüsse über die gemeindeübliche Bestellungsart der Grundstücke, den Samenaufwand, die Ackerung, Behauung, Düngung, Gattung des verwendeten Zugviehes, Durchschnittszahl der Arbeitstage desselben und des Gesindes, kurz über alles dasjenige zu verschaffen, was ihren Ausspruch über die Größe des Culturaufwandes in den in dieser Beziehung in analogen Verhältnissen stehenden Gemeinden vorbereiten kann.

Dieselbe wird hiebei in dem bei der Katastralschätzung fixirten materiellen Culturaufwande und in den damals angewendeten Preisabstufungen einen werthvollen Anhaltspunct finden.

4. Auf Grund dieser Erhebungen und der gelegenheitlich der Revision der Culturbestimmung, Classification und Classirung gesammelten Erfahrungen hat die Bezirkscommission den materiellen Culturaufwand, nämlich den Aufwand an Naturalien, an Materiale und Arbeit, für alle zu schätzenden Bonitätsclassen jeder Culturgattung festzustellen, und bei der Landescommission die Preise in Antrag zu bringen, nach welchen dieser Aufwand im Gelde zu veranschlagen wäre.

5. Die Landescommission wird mit Zuziehung der Katastralinspectoren den dießfälligen Preistarif für das ganze Land bestimmen, und vor der Hinausgabe der k. k. Generaldirection des Katasters zur Genehmigung vorlegen.

6. Nach erfolgter Genehmigung dieser Preise ist der materielle Culturaufwand zu berechnen und dieses Resultat auch im Percente des Geldbruttoertrages auszudrücken.

Die Bezirkscommission hat sodann auf Grund der erhobenen Pachtungen oder sonst in manchen Gegenden bestehenden Verträge über Viertel-, Drittel- oder Halbbau der Weingärten, endlich nach genauer Combinirung aller auf den Ertrag und die Culturaufwandsverhältnisse einwirkenden bleibenden Um-

stände das endliche Urtheil über die Quote, welche vom Geldbruttoertrage zur Darstellung des Reinertrages jeder Tarifclasse in Abzug zu bringen ist, innerhalb der Gränzen (Extreme) der bei der Katastralschätzung für jede ökonomische Culturgattung festgesetzten Abzugspercente zu fällen.

c) Darstellung des Reinertrages.

7. Hierauf ist durch Abzug des Culturaufwandes vom Geldbruttoertrage der Reinertrag eines niederösterreichischen Joches für jede Tarifclasse zu berechnen, und sammt dem materiellen Culturaufwande den Gestehungspreisen, dem Culturaufwande in Percenten und im Gelde in die unter Punct 2 erwähnte lithographirte Tabelle einzutragen.

8. Der in dieser lithographirten Tabelle dargestellte Naturalertrag, Culturaufwand und Reinertrag ist dann von der Bezirkscommission in einem besonderen Elaborate, unter Anführung und Beischluß der gesammelten Behelfe, erschöpfend zu begründen, und zwar insbesondere der jochweise Reinertrag durch die Pacht- und Kaufsdaten.

Von der gemäß Abschnitt V, Punct 2, ermittelten Pachtrente sollte sich der Reinertrag nicht erheblich entfernen, während die jochweisen Kaufswerthe oder die darnach berechneten Kaufsrenten mehr zur Regelung des Verhältnisses dienen werden, in welches die Tarifclassen der verschiedenen Culturgattungen einer Gemeinde zu einander, sowie zu den gleichartigen Tarifclassen der Nachbargemeinden zu stellen sind.

Sollte für sämmtliche, einer Tarifclasse eingereihten Bonitätsclassen ein Behelf zur Begründung des jochweisen Reinertrages nicht aufzufinden sein, so ist nach den gemeindeüblichen Verkehrswerthen, welche selbst den beschränkten Grundbesitzer geläufig sind, das Verhältniß auszumitteln, in welchem der Reinertrag einer solchen Tarifclasse zu dem bereits sichergestellten einer anderen Tarifclasse derselben Culturgattung steht.

9. In dieses Elaborat sind die von dem Majoritätsbeschlusse der Bezirkscommission abweichenden Ansichten einzelner Commissionsmitglieder aufzunehmen, insbesondere aber ist der Kataſtral-Schätzungscommissär verpflichtet, auf zu geringe, oder auf die zwischen den verschiedenen Tarifclassen derselben Culturgattung nicht im richtigen Verhältnisse stehenden Reinertragsansätze hinzuweisen, und neue Anträge zu stellen.

10. Dem Schätzungsinspector obliegt es, die in den Abschnitten VI, und VII. aufgeführten Arbeiten der Bezirkscommissionen fortgesetzt und genau zu überwachen, Einsicht in die Vormerkungen über die Daten zu nehmen, die sie dabei benützen, ihre vorläufigen Urtheile zu prüfen und zu berichtigen, die auseinander gehenden Ansichten der Commissionsglieder wo möglich zu vereinigen, und darauf zu halten, daß instructionsmäßig vorgegangen werde, und daß sich aus den einzelnen Arbeiten das Ganze bilde, in welchem Gleichförmigkeit, Einförmigkeit und Ebenmaß des Anschlages vorwalten.

11. Die Landescommission wird durch den Oberinspector auf das gleichmäßige und den Bestimmungen der Instruction entsprechende Verfahren der Inspectoren einwirken.

12. Sobald die in den Puncten 1 bis incl. 9 dieses Abschnittes aufgezählten Arbeiten zu Stande gebracht sind, hat die Bezirkscommission das Schätzungselaborat sammt allen Behelfen, ferner die Analogietabelle, in welche vorher das nach Abschnitt III, Punct 7, ermittelte Flächenmaß aller darin aufgeführten Bonitätsclassen einzustellen ist, an das Katastralinspectorat einzusenden.

13. Die Inspectoren werden aus den Analogietabellen der Bezirkscommissionen einen Hauptzusammensatz verfassen, das Flächenmaß für jede Tarifclasse sumiren, und die Summe mit dem Tarifsatze multipliciren. Hiedurch wird sich der Reinertrag für jede Tarifclasse, und nach Zusammenstellung aller Tarifclassen der Reinertrag des ganzen Inspectoratsbezirkes herausstellen.

14. Der Inspector und die ihm beigegebenen Vertrauensmänner haben unter Zuziehung der Schätzungscommissäre die von den Bezirkscommissionen eingesendeten Reinertrags-Elaborate und Analogietabellen mit besonderer Rücksicht auf die abweichenden Ansichten der Commissionsglieder und auf die in der Analogietabelle aufgeführten, von der Bezirkscommission nicht berücksichtigten Bedenken gegen die Einreihung der Bonitätsclassen (Abschnitt VI, Post 3) näher zu würdigen, das Verhältniß, in welchem die Gemeinden und Bezirke gegeneinander in Bezug auf die Tarifsätze jeder Culturgattung stehen, sorgfältig zu prüfen, und bei wahrgenommenen Mißverhältnissen die zu ihrer Ausgleichung nothwendigen Aenderungen zu proponiren.

Der Inspector wird in solchen Fällen unter Anführung der Gemeinden und Culturgattungen entweder jene Bonitätsclassen bezeichnen, die in eine andere Tarifclasse zu reihen wären, oder jene Tarifclassen besonders nachweisen, die zur Herstellung des Verhältnisses in einen höheren oder geringeren Ansatz zu bringen wären; er wird im ersten Falle die Tarifclasse vorschlagen, in welche die beanständete Culturclasse einzureihen ist, im letzten Falle aber den Reinertragsansatz für die beanständete Tarifclasse proponiren, die dießfälligen Anträge gehörig begründen und den Einfluß desselben auf das letzte Resultat der Ertragserhebung entwickeln, und diesen Nachweis sammt den Schätzungselaboraten und Analogietabellen der Bezirkscommissionen (Punct 12 dieses Abschnittes), dann belegt mit dem Hauptzusammensatze (Punct 13 dieses Abschnittes), der Landescommission mit den nothwendigen Bemerkungen vorlegen.

15. Die Landescommission würdigt unter Zuziehung der Katastralinspectoren die vorgelegten Reinertragsresultate in allen Theilen, vergleicht insbesondere die Verhältnisse der analogen Gemeinden und Bezirke, dann der Inspectoratsbezirke mit Rücksicht auf die Anschätzungen der Nachbarländer, und holt nöthigenfalls die erforderlichen Aufklärungen ein.

Nach dieser Würdigung hat die Landescommission aus den Analogietabellen der Inspectoren (Punct 13 dieses Abschnittes) und zwar mit Rücksicht auf die von ihr als nothwendig erkannten Aenderungen in der Einreihung der Culturclassen, eine Haupt-Analogietabelle für das ganze Land zu verfassen, das Flächenmaß für jede Tarifclasse zu sumiren, und diese Summe mit dem von der Landescommission als richtig erkannten Tarifsatze zu multipliciren.

Hiedurch wird sich der Reinertrag für jede Tarifclasse und nach Zusammenstellung aller Tarifclassen der Reinertrag des ganzen Landes herausstellen.

16. Die Landescommission wird diese Haupt-Analogietabelle der Generaldirection des Grundsteuerkatasters mit einem wohlerwogenen Gutachten vorlegen, und insbesondere alle von den Anträgen der Inspectoren abweichenden Aenderungen der Tarifsätze gehörig begründen.

17. Die Generaldirection des Grundsteuerkatasters und die ihr von der Reichsvertretung beigegebenen Vertrauensmänner fassen den definitiven Beschluß über das Reinertragsresultat des ganzen Landes, nach welchem dann die Kundmachung in den Gemeinden,

und die Eröffnung der Reclamationen über den Ertragstarif und über die Einreihung der Bonitätsclasse in die Tarifclassen veranlaßt werden.

Der durch diese Revision für sämmtliche Gemeinden des Landes ermittelte jochweise Reinertrag aller Culturclassen wird dann auf das richtig gestellte Flächenmaß jeder einzelnen Katastraleinlage angewendet, und der hiernach für jeden Steuerträger nach seinem Grundbesitze ermittelte Gesammtreinertrag in d-n Besitzstands-Hauptbüchern und individuellen Besitzbög-n als Grundlage der künftigen Besteuerung vorgeschrieben.

Steuerbezirk ______________ **Formular A.**

Katastralgemeinde ______________

Verzeichniß

der

seit der ursprünglichen Katastralschätzung vorgefallenen Aenderungen in der Culturgattung und Classe, dann im steuerbaren Flächenmaße der Grundstücke.

Name, Wohnort und Hausnummer des Grundbesitzers	Der Grundparzellen, bei welchen seit der Katastralschätzung Aenderungen in der Culturgattung und Classe, oder im steuerbaren Flächenmaße eingetreten sind					Angezeigte Aenderungen		
	Parzellen Nr.	Culturgattung	Classe	Flächenmaß		Culturgattung	Classe	Ursache der eingetretenen Aenderung
				Joch	□ Klft.			
Z. B.								
Bauer Joseph in Waldegg Nr. 14	20	Acker	II.	1	600	Acker Wiese	II. III.	Ein Theil zur Wiese umgestaltet
Langer Franz, in Waldegg Nr. 15	40	Hutweide	I.	2	400	Acker	III.	Die ganze Parzelle zum Acker umgestaltet
Hafner Anton in Krems Nr. 20	101	Hutweide	II.	12	. .	Hutweide	II.	Bei der ursprünglichen Vermessung um beiläufig zwei Joch zu viel aufgenommen
Pichler Ignaz in Krems Nr. 23	460	Hutweide	II.	6	700	Hutweide Unprod.	II. —	Bei 700 Klafter durch Uferbruch unproductiv geworden

Antrag des Gemeindeausschusses			Befund der Bezirkscommission					Anmerkung
Culturgattung	Classe	Begründung des Antrages	Parzellen Nr.	Culturgattung	Classe	Flächenmaß		
						Joch	□ Klft.	
Acker	II.	Die Wiese ist zweimähdig und gehört daher in die II. Classe	20 a)	Acker	II.	1	200	In die Rubrik „Antrag des Gemeindeausschusses" sind nur jene Aenderungen einzustellen, bei welchen der Gemeindeausschuß die Anzeige des Grundbesitzers nicht für richtig erkennt; dagegen hat die Rubrik „Befund der Bezirkscommission" sämmtliche Aenderungen in der Classirung, somit auch jene zu enthalten, welche von der Bezirkscommission von Amtswegen vorgenommen werden. In dieses Verzeichniß sind auch die Irrungen in der ursprünglichen Aufnahme des Flächenmaßes einzustellen.
Wiese	II.		20 b)	Wiese	II.	. .	400	
. . . . . .	. .	. . . .	40	Acker	III.	2	400	
. . . .	. .	. . . .	101	Hutweide	II.	10	50	
. . . .	. .	. . . .	460/a)	Hutweide	II.	6	25	
. . . .	. .	. . . .	460/b)	Unprod.	. .	. .	675	

Steuerbezirk ____________ Formular B.

Katastralgemeinde ____________

Verzeichniß

der

angezeigten Besitzveränderungen.

Parzellen Nr.	Stand					nach
	nach der bisherigen Aufnahme					
	Name, Wohnort und Hausnummer des Grundbesitzers	Culturgattung	Classe	Flächenmaß Joch	Flächenmaß □ Klft.	Name, Wohnort und Haus-Nr. des Grundbesitzers
250	Gut Johann in Dürnstein Nr. 20	Acker	I	7	1200	Schober Franz in Krems Nr. 16
720	Meixner Joseph in Krems Nr. 15	Wiese	II	15	300	Meixner Joseph in Krems Nr. 15 Wildner Michael in Senftenberg Nr. 3

Stand

den Anzeigen über Besitzveränderungen

Culturgattung	Classe	Flächenmaß		Bezeichnung der Aenderung
		Joch	□Klft.	
Acker	I	7	1200	Durch Kauf die ganze Parzelle an Franz Schober übergegangen
Wiese	II	10	300	Grundtheilung
detto	II	5	—	

Steuerbezirk ______________ **Formular C.**

Analogie-Tabelle

zur

Einreihung der bei der ursprünglichen Katastralschätzung aufgestellten Bonitätsclassen des Ackerlandes in die damals ermittelten jochweisen Reinertrags-Ansätze.

land. Abstufungen — Reinertrage von — fallen nachstehende Bonitätsclassen:	Anmerkung
	Für die übrigen Culturgattungen sind die Analogietabellen nach dem gleichen Muster zu verfassen.

Steuerbezirk——————

Formular D.

Analogie-Tabelle

zur

Einreihung der bei der Revision des Grundsteuerkatasters aufgestellten Bonitätsclassen des Ackerlandes in die entsprechenden Tarifclassen.

land.	Anmerkung.
classe.	
Reinertrage von:	
classen mit ihrem Flächenmaße, u. zw.	
	Für die übrigen Culturgattungen sind die Analogietabellen nach dem gleichen Formulare zu verfassen.

würde die Resultate der Einschätzung mit den durchschnittlichen Ergebnissen der Verkehrsgewinnste sich in jedem Kronlande in ein gleiches Verhältniß stellen.

Проекти

до устав

[illegible]

Норми і [illegible] заходів

[illegible]

Entwurf
~~Projekt~~

zu einem Landtagsantrage, betreffend die Vertheilung der Realsteuer (Grund- und Gebäudesteuer) auf die Kronländer.

Erster Theil
Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Der gesammte Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuern.

Der gesammte Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuern ~~wird~~ für den ~~das~~ Staatsschatz wird immer im Voraus auf die Periode von 10 Jahren festgesetzt.

Die erste zehnjährige Periode beginnt ~~beginnt~~ mit dem Verwaltungsjahre 1866.

Als der gesammte Jahresbetrag der ~~ordentlichen~~ Realsteuern wird für diese erste Periode, der Durchschnitt der an diesen Steuern in den Jahren 1860 bis einschließlich 1862 ausgeschriebenen Beträge ~~Steuern~~, nach Abschlag der in diesen Jahren bewilligten Nachlässe, festgestellt.-

§. 2.

Dessen Vertheilung auf die Kronländer. Landeskontingente.

Die Vertheilung des gesammten Jahresbetrages der ordinären Realsteuern auf die Kronländer, geschieht, auf die im §. 1. /.

bezeichnete Periode in nachfolgender
Art:

a. Die eine Hälfte dieses gesammten Betrages wird auf die Kronländer in demselben Verhältnisse vertheilt, in welchem der gesammte Jahresbetrag der besagten Steuern in der vorangegangenen Periode auf dieselben vertheilt wurde.

Auf die erste, mit dem Verwaltungsjahre 1866 beginnende Periode wird diese Hälfte auf die einzelnen Kronländer nach denjenigen Beträgen der ordinären Realsteuern vertheilt, welche jedes Kronland in den Jahren 1856 bis 1862 durchschnittlich ~~bezahlte~~ entrichtet hat.

b. Die zweite Hälfte des gesammten Jahresbetrages der ordinären Realsteuern wird auf die einzelnen Kronländer auf Grundlage des Steuerwerthes der Realitäten (§. 18.) in solchem Verhältnisse vertheilt, ~~in welchem wie sich~~ in welchem der Steuerwerth der Realitäten sämmtlicher Kronländer zum Steuerwerthe der Realitäten eines jeden einzelnen Kronlandes ~~verhält~~ steht.

Der aus der Vertheilung auf

./.

Zweiter Theil

Ermittlung des ~~Realitäten~~ Steuerwerthes der Realitäten.

§. 7.

Grundlage zur Ermittlung des Steuerwerthes.

Als Grundlage zur Ermittlung des der Realitäten ~~Realitäten~~ Steuer~~w~~werthes werden die Daten über die ~~[illegible]~~ ~~Veräußerungs-~~ Veräußerungs-preise der Realitäten, und über die von den Realitäten gezahlten Steuern, angenommen.

Diese Daten werden aus zehn Jahren gesammelt, ~~welche~~ die um drei Jahre derjenigen Periode vorangehen, auf welche die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer zu geschehen hat (§ 2).

Für die erste Periode, die mit dem Verwaltungsjahre 1866 anfängt, werden diese Daten aus den Jahren 1850 bis 1862 gesammelt.

§. 8.

Daten über die ~~Veräußerungs~~ ~~Verkehrs-~~ Veräußerungs-preise der Realitäten.

Die Daten über die ~~Veräußerungs-~~ Veräußerungs-preise der Realitäten werden aus allen Rechts~~dokumenten~~ urkunden, die gesammelt werden können, geschöpft, ~~in Folge~~ auf Grund welcher ~~Veränderungen~~ das Eigenthum der Realitäten, das ist ~~des~~ eines Grund~~es~~ und Bodens oder ~~des~~ eines Gebäudes.

./.

oder auch eines Theiles ~~des~~ grund Grund und Bodens oder Gebäudes, von ~~der~~ einer Person auf die andere übergeht, und in welcher der Preis der Realität bezeichnet ist.

~~Expropriationen für öffentlichen Nutzen~~ Zwecke, sowie auch die ~~Erbpachts~~ Veräußerungspreise der im §. 11. lit. c. bezeichneten Industrie-Anstalten, werden nicht berücksichtigt.

§. 9.

Prüfung und Berichtigung der Daten.

Die aus den ~~Dokumenten~~ Urkunden geschöpften Daten über die Veräußerungspreise der Realitäten werden geprüft und nöthigenfalls berichtigt:

a. ~~in Beziehung auf~~ hinsichtlich der Identität, ~~des~~ des Bestandes früher und des Umfanges der Realität,

b. hinsichtlich des Preises der Realität.

(§. 10 bis 14.)

§. 10.

Berechnung des ~~Veräußerungs~~ Preises der Realität.

Der ~~Veräußerungs~~ Preis der Realität wird in österreichischer Währung ~~nach-~~ berechnet und ~~wird~~ so angenommen, wie er in den die Kaufschlüsse ~~be~~ verbindenden ~~Dokumenten~~ Urkunden bezeichnet ist.

§. 11.

~~Wenn denn~~ in ~~Dokumenten~~ der Ur-

kunde ausgedrückten Veräusserungspreise wird der Kapitalwerth der nachstehend bezeichneten Gegenstände abgeschlagen, in wie weit der Erwerber diese Gegenstände mit der Realität um den für die Realität verabredeten Preis erworben hat.

Solche Gegenstände sind:

a) bewegliche Sachen;

b) spezielle Rechte, die mit der Realität verbunden sind, die jedoch der Realsteuer nicht unterliegen, z. B. das Recht der Holzung oder der Weide auf fremdem Grund und Boden, radizirte Gewerbe, Propinationsrechte, u. d. g.;

c) Zuckerfabriken, Bierbräuereien, Branntweinbrennereien, Mühlen, Ziegelbrennereien, Kalkbrennereien und andere Industrialanstalten, von welchen die Einkommensteuer entrichtet wird.

§. 12.

Zu dem in der Urkunde ausgedrückten Veräusserungspreise der Realität wird der Kapitalswerth der nachstehend bezeichneten Sachen zugeschlagen, in wie weit der Erwerber, außer den in

/.

der Urkunde ~~bezeichneten~~ ausgedrückten Veräußerungspreise der Realität, die Verpflichtung dieser Lasten zu tragen über~~zugenommen~~nommen hat. ~~zuzuschlagen~~

Diese Lasten sind:

a.) Der Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuern (: sammt den Staats- und den Landeszuschlägen :), welche von der betreffenden Realität in dem ihrer Veräußerung unmittelbar vorangegangenen ~~vorangehenden~~ Jahre entrichtet wurden, jedoch nach Abschlag der Steuern und ~~der~~ Zuschläge, welche von den Gegenständen, deren Werth nach §. 11 von dem Veräußerungspreise der Realität abzuschlagen wird, ~~bezahlt~~ entrichtet werden;

b.) spezielle mit der Realität verbundenen, [Lasten, die] ~~Lasten~~ sind, jedoch für sich der Realsteuer nicht unterliegende Lasten, wie z. B. Wald- und Weide-Servituten, jährliche Zinse oder Prästationen zu Gunsten dritter Personen u. d. g.;

c.) die Pflicht zur Bezahlung der Schulden, oder zur Entrichtung anderer Verbindlichkeiten; ~~welche der Zuschläge zu dem für die Realität verabredeten Preise.~~

§. 13.

Bei der Bestimmung des Werthes ./.

der in den §§. 11 und 12 bezeichneten Gegenstände und Lasten, ~~werden~~ sind nachstehende Normen zu beobachten:

a.) als Grundlage zu dieser Bestimmung sollen zuerst angenommen werden: die, in den die Partheien verbindenden Urkunden enthaltenen Verabredungen; ~~Beim Abgange~~ in Ermangelung solcher Verabredungen, die Daten, welche zur Bemessung der Steuer und der ämtlichen Gebühren, und der ~~mit den Gesetzen~~ vorschriftsmäßig vorgeschriebenen Durchführung der Ablösung oder ~~der~~ Regulirung der Grundlasten und der gemeinschaftlichen Grund-besitz- und Benützungsrechte, gedient haben;

b.) ~~beim Abgange der Verabredungen und der~~ in Ermangelung der unter a bezeichneten ~~Verabredungen und~~ Daten, oder, in wie weit diese ~~[illegible]~~ sich als ungenügend erweisen, wird ~~[illegible]~~ ~~über~~ der Werth durch beiderseits, mit den Lokal-Verhältnissen genau bekannte Sachverständige ~~abgeschätzt~~ bestimmt.

c. Periodisch wiederkehrende Einkünfte und Prästationen, werden, in wie weit ihr Kapitalwerth in den unter a) bezeichneten Verabredungen und Daten nicht bestimmt ist, in einer Jahresziffer veranschlagt ~~[illegible]~~.

und nach einem für alle Kronländer gleichen ~~Prozentensatze~~ Zinsfuße kapitalisirt.

d. Bei Schätzung des Werthes der im §. 11 bezeichneten Gegenstände, sollen die von denselben bezahlten Steuern berücksichtigt werden.

§. 14.

Der in der Urkunde ~~bezeichnete~~ ausgedrückte Preis der Realität, berichtigt durch ~~Abschlag des Werthes der~~ Ab- und Zuschlag des Werthes der in den §§. 11 und 12 erwähnten Gegenstände und ~~Zuschlag des Werthes der~~ Lasten, wird als der wirkliche ~~bezahlte~~ Veräußerungs-Preis der Realität angenommen.

Bestimmung des Realitäten-Steuerwerthes des Kronlandes.

§. 15.

Die ~~Summe~~ Der ~~bezahlten~~ Veräußerungspreise der in einem Kronlande im Laufe der im §. 7 ~~genannten~~ bezeichneten zehn Jahre veräußerten Realitäten, bildet den ersten Faktor zur Bestimmung des Steuerwerthes sämmtlicher Realitäten eines Kronlandes.

§. 16.

Den zweiten Faktor bildet die Summe der ordentlichen Realsteuern, welche von diesen veräußerten Realitäten ~~bezahlt~~ entrichtet wurden.

Diese Steuern werden für jede der

./.

F ~~Betrage angenommen, welcher der ihr in jenem Jahre vorgeschrieben wurde, de~~

~~F welcher ihr in jenem Jahre vorgeschrieben wurde,~~

veräußerlichen Realitäten in dem F ~~ihr in jenem Jahre vorgeschrieben~~ ~~F dem~~ ~~welchen Betrage angenommen, welchen~~ ~~jenem zu entrichten hatte,~~ ~~ein in dem Jahre nächstvorhergehenden beizulegen war wurde~~, welches die zehnjährige Periode, für welche die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer ~~zu~~ vorgenommen wird, ~~zu heben hat~~ um drei Jahre vorangeht.

§. 17.

Den dritten Faktor zur Bestimmung des Steuerwerthes sämmtlicher Realitäten eines Kronlandes bildet der gesammte Jahresbetrag ~~aller~~ der ordentlichen Realsteuern, welcher für dieses Kronland als ordentliches Landes-Contingent für die vorangegangene zehnjährige Periode festgesetzt war.

Bei Bestimmung des Realitätenwerthes für die erste Periode mit dem Jahre 1866 beginnende Periode, wird als der dritte Faktor, der gesammte Betrag der ordentlichen Realsteuern, welche das Kronland in den Jahren 1860 bis 1862 durchschnittlich entrichtete, ~~bezahlte~~ angenommen.

§. 18.

Auf Grundlage dieser drei Faktoren wird der Steuerwerth bestimmt.

sämtlichen Realitäten eines Grund-
complexes in der Art bestimmt, daß
man dieser ~~Preis~~ Hauswerth ~~sich~~ zu dem gesammten
Jahresbetrage der ordentlichen Real-
steuern (§. 17) sich so verhalte, wie sich
die Summe der Preise der veräu-
ßerten Realitäten (§ 15.) zu der
Summe der ordentlichen, von diesen
Realitäten bezahlten Realsteuern
(§. 16.) verhält. —

Dritter Theil

~~von den Behörden, die die Agenden auf die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer sich beziehenden Agenden durchzuführen haben~~ Durchführungsbehörden

Im Allgemeinen

§. 19.

Zur Durchführung der auf die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer sich beziehenden Agenden, werden für jeden Fall der Erneuerung dieser Vertheilung (§. 2.) Spezial-Commissionen gebildet, namentlich:

I. ~~Kreis~~ Bezirks-Commissionen, je eine für jeden ~~[illegible]~~ Verwaltungsbezirk (d. i. Kreis, Bezirk, u. d. g.) mit dem Sitze in der Hauptstadt des ~~Kreises~~ Bezirkes.

II. Landes-Commissionen, je eine für jedes durch einen Landtag repräsentirtes Land, mit dem Sitze in der Hauptstadt des Landes.

III. Die Zentral-Commission in Wien.

Die ~~Kreis~~ Bezirks- und Landes-Commissionen werden wenigstens auf zwei, die Zentral-Commission ~~längstens~~ wenigstens auf ein Jahr vor dem Beginn der Periode, für welche die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer zu geschehen hat, ~~gebildet~~ gebildet.

Alle k. k. Behörden sind verpflichtet die diesen Commissionen zu ihren Agenden /.

nöthigen Materialien zur ~~Einsicht~~ ~~übergeben~~ Verfügung zu stellen.

Diese Comen werden nach Beendigung der ihnen zugewiesenen Vertheilung der Steuern, aufgelöst.

I. ~~Kreis-~~ Bezirks-Commissionen.

§. 20.

Die ~~Kreis-~~ Bezirks-Com. besteht:

a. aus dem ~~Kreis~~ Bezirks Vorsteher, als dem Vorsitzenden,

b. aus vier ~~von~~ durch die Kreisvertretung, und in Ermanglung dieser Vertretung durch den Landesausschuß, erwählten Mitgliedern,

c. aus vier von der Regierung ernannten Mitgliedern, von denen wenigstens zwei mit den ~~feld~~ land wirthschaftlichen Verhältnissen des ~~Kreises~~ Bezirks genau bekannt sein müssen.

Die Com. Mitglieder ~~werden~~ haben Ersatzmänner ~~haben~~, die von denselben ~~Behörden~~ Organen ernannt werden, welche die Mitglieder ernennen.

§. 21.

Die ~~Kreis~~ Bezirks Com. prüft und berichtigt die Akten über die Veräußerungspreise der Realitäten und ~~der~~ über die von denselben bezahlten Steuern in der, in den §§ 7 bis 14 und ~~dem~~ §. 16. bezeichneten Art.

In Nothfällen ernennt sie Sachverständige; beruft dieselben und ordnet

./.

Lokalangelegenheiten an, deren Ver-[illegible] sie ihren Mitgliedern oder anderen Personen zuweist.

Die ~~Stand~~ Bezirkscommission stellt die geprüften Daten in Ausweise zusammen und legt diese Ausweise sammt den nothwendigen ~~Beweisen~~ Behelfen der Landescommission vor.

§. 22.

Die Commission erledigt die Geschäfte collegialiter.

Die Beschlüsse werden durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt.

Der Vorsitzende hat keine Stimme; ~~Er~~ er entscheidet ~~bloß~~ jedoch bei Stimmengleichheit, und alsdann wird ~~der Antrag~~ die ~~Meinung~~ Ansicht, welche mit Zurechnung seiner Stimme die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, zum Beschluß erhoben.

§. 23.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit des Vorsitzenden und wenig- ~~stens~~ zweier ~~Com~~mitglieder erforderlich.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist auch erforderlich, daß die Anzahl der stimmenden, durch die Kreisvertretung oder durch den Landesausschuß erwählten Mitglieder ~~sei~~ gleich sei der Anzahl der stimmenden durch die Regierung ernannten Mitglieder ~~gleich sei~~.

§. 24.

Im Falle die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden könnte, oder wenn die Hälfte der stimmenden Mitglieder dieses verlangt, wird die Angelegenheit der Landescom zur Entscheidung vorgelegt.

§. 25.

II. Landes-Commissionen

Die Landes-Com besteht: ~~aus~~:

a. aus dem Statthalter oder dessen Stellvertreter, als dem Vorsitzenden.

b. aus vier vom Landesausschusse erwählten Mitgliedern,

c. aus vier ~~von~~ der Regierung ernannten Mitgliedern, von denen wenigstens zwei mit den ~~f~~ Grund wirthschaftlichen Verhältnissen des Landes genau bekannt sein müssen.

Die Mitglieder der Landes-Com ~~werden~~ sollen Ersatzmänner haben, die von denselben ~~Behörden~~ ~~behö~~ Organen ernannt werden, welche die Mitglieder ernennen.

§. 26.

Die Landes-Com erhält den ~~Kreis~~ Bezirks Com-Instruktionen und überwacht deren Thätigkeit durch ihre Mitglieder oder durch andere

./.

von ihr delegirte Personen.

Sie entscheidet in Fällen des §. 24., prüft die ihr von den ~~Kreis~~ Bezirks-Comen vorgelegten Ausweise; stellt einen summarischen Landes-Ausweis über die Veräußerungspreise der Realitäten und die von denselben bezahlten Renten zusammen, und legt denselben sammt den ~~Kreis~~ Bezirks-Ausweisen und den nöthigen Behelfen der Zentral-Commission vor.

§. 27.

Die Bestimmungen der §. §. 22. und 23. beziehen sich auch auf die Landes-Comen.–

§. 28.

III. Zentral-Com.

Die Zentral-Com besteht aus dem vom Kaiser ernannten Präsidenten, und aus den durch die Landtäge aus ihrer Mitte erwählten Mitgliedern.

Die Anzahl der Mitglieder der Zentral-Com setzt ein Reichsgesetz fest.

Diese Anzahl wird unter die Kronländer in der Art vertheilt, damit die aus jedem Kronlande durch /

den Landtagen erwählten Comm. Mit-
glieder, ~~in einem solchen Verhält-
nisse~~ zu der Gesammtzahl der Comm.
mitglieder [sich so verhalte,] ~~stehen~~ wie sich die Anzahl
der Abgeordneten dieses Kronlandes
zu der Gesammtzahl der Abgeordneten
im Abgeordnetenhause des Reichs-
rathes verhält.

§. 29.

Die Central-Comm. prüft die
ihr von den Landes-Commen vorge-
legten Ausweise, bestimmt auf [Grundlage derselben] ~~Grund~~
~~lage~~ ~~dieser Ausweise~~ den Steuerwerth
der Realitäten eines jeden
Kronlandes, und vertheilt den
Gesammtjahresbetrag der ~~ordentlichen~~
Realsteuern auf die Kronländer
(§. 2.)

§. 30.

Zur Beschlußfassung ~~der Cen-
tral-Comm~~ ist die Anwesenheit
des Vorsitzenden und wenigstens
zwei Drittheile der Comm. Mit-
glieder erforderlich.

Die Bestimmungen des §. 22.
beziehen sich auch auf die Central-
Comm.

Projekt

do wniosku Sejmowego o rozkładzie podatków realnych (gruntowego i domowego) na kraje koronne.

Część pierwsza.

Postanowienia ogólne.

§ 1.

Ogólna roczna ilość zwyczajnych podatków realnych.

Ogólna roczna ilość zwyczajnych podatków realnych na rzecz Skarbu państwa ustanowiona będzie zawsze naprzód na peryod lat dziesięciu.

~~Peryod~~ Pierwszy peryod dziesięcioletni rozpoczyna się rokiem administracyjnym 1866.

Jako ogólna roczna ilość zwyczajnych podatków realnych stanowi się na ten pierwszy peryod przeciącie ilości tych że podatków na lata 1860. do 1862. włącznie rozpisanych, po odtrąceniu przyznanych w tych latach opuszczeń.

§ 2.

Jej rozkład na kraje koronne

Kontyngensy krajowe. — Rozkład ogólnej rocznej ilości zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne odbywa się na peryod w § 1. wskazany, w następujący sposób:

a

a. Jedna połowa tej ogólnej ilości rozkłada się na Kraje Koronne w tym samym stosunku, w jakim ogólna roczna ilość wzmiankowanych podatków w poprzedzającym peryodzie była na nie rozłożona.

Na pierwszy peryod poczynający się z rokiem administr. 1866. rozłożoną będzie ta połowa na pojedyncze Kraje Koronne podług tych kwot zwyczajnych podatków realnych, jakie każdy Kraj Koronny w latach 1860 do 862 przeciętnie opłacał.

b. Druga połowa ogólnej rocznej ilości zwyczajnych podatków realnych rozkłada się na pojedyncze Kraje Koronne, na podstawie wartości podatkowej realności (§ 18) w takim stosunku, w jakim zostaje wartość podatkowa realności wszystkich krajów koronnych do wartości podatkowej realności każdego pojedynczego Kraju Koronnego.

Przypadająca z rozkładu na każdy Kraj Koronny roczna Summa zwyczajnych podatków realnych tworzy zwyczajny Kontyngens krajowy.

Królestwo Galicyi i Lodomeryi z Wielkiem Księstwem Krakowskiem stanowiąc jeden Kraj Koronny mają jeden wspólny Kontyngens.–

Część druga.

Ustanowienie wartości podatkowej realności.

§. 7.

Podstawa do ustanowienia wartości podatkowej.

Za podstawę do ustanowienia wartości podatkowej realności przyjmują się daty o cenach zamiennych realności i o podatkach z realności opłacanych.

Daty te zbierane będą z dziesięciu lat, poprzedzających o trzy lata ów perjod, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne ma być uskuteczniony (§. 2). –

Na pierwszy perjod, poczynający się z rokiem administracyjnym 1866, zebrane będą te daty z lat 1850 do 1862 włącznie.

§. 8

Daty o cenach zamiennych realności.

Daty o cenach zamiennych realności czerpane będą ze wszystkich dokumentów prawnych, jakie mogą być zebrane, w moc których własność realności, to jest gruntu lub budynku lub też części gruntu albo budynku, z jednej osoby na drugą przechodzi,

i w których cena realności jest oznaczona.
Wywłaszczenie dla użytku publicznego, tudzież ceny zamienne zakładów przemysłowych w §. 11 lit. c. wskazanych, nie będą uwzględnione. —

§. 9.

Rozpoznanie i sprostowanie dat.

Czerpane z dokumentów daty o cenach realności rozpoznane i w miarę potrzeby sprostowane będą:

a) pod względem tożsamości, składu i objętości realności;

b.) pod względem ceny realności (§§. 10 do 14). —

§. 10.

Obliczenie ceny realności.

Cena realności oblicza się na Walutę austryacką, i przyjmuje się taką, jaka jest wyrażona w dokumentach, strony obowiązujących.

§. 11

Od ceny realności w dokumencie wyrażonej, potrąca się wartość kapitałowa przedmiotów poniżej wyszczególnionych, o ile nabywca takowe nabył razem z realnością, za cenę

za realność umówiona.—
Temi przedmiotami są:

a) rzeczy ruchome;

b.) prawa specyalne z realnością połączone, które ~~(nie podlegają)~~ realnemu ~~podatkowi~~ ~~ani gruntowemu ani domowemu~~ nie podlegają ~~podatkowi~~, n.p. prawa wrębu lub paszy na cudzym gruncie, radykowane zarobkowości, prawa propinacyj i t.p.;—

c.) cukrownie, browary, gorzelnie, młyny, cegielnie, wapniarki i inne zakłady przemysłowe, z których opłaca się podatek dochodowy.

§. 12.

Do ceny realności w dokumencie wyrażonej dodana będzie wartość kapitałowa ciężarów, poniżej wyszczególnionych, o ile nabywca, oprócz zapłaty wyrażonej w dokumencie ceny realności, obowiązek ponoszenia tych ciężarów przejął.

Temi ciężarami są:

a) roczna kwota zwyczajnych podatków realnych (razem z dodatkami do nich na rzecz Państwa i kraju) opłacanych z dotyczącej realności w roku jéj zbycie bezpośrednio

poprzedzającym, z potrąceniem jednak podatków i dodatków, opłacanych z przedmiotów, których wartości według §. ~~12~~ 11 od ceny realności się potrąca;

b.) specyalne ciężary z realnością połączone, † jak n. p. służebnictwa leśne lub pastwiskowe, roczne czynsze lub prestacye na rzecz trzecich osób i t. p.;

† które nie podlegają ~~stałemu~~ podatkowi, ~~nie podlegające~~,

c.) obowiązek płacenia długów lub uiszczenia innych dodatków do ceny za realność umówionej.

§. ~~14~~. 13.

Przy oznaczeniu wartości przedmiotów i ciężarów w §§. ~~12~~ 11 i ~~13~~ 12. wskazanych, zachowane będą następujące prawidła:

a) za podstawę do tego oznaczenia mają być przyjęte najpierw: postanowienia, zawarte w dokumentach strony obowiązujących, a w braku takich postanowień, daty, które służyły do wymierzania podatków i należytości rządowych, i do przeprowadzenia przepisanego ustawami wykupna lub uregulowania ciężarów gruntowych i praw wspólnego posiadania i używania gruntów;

b.) w braku postanowień i dat pod a wskazanych, lub, o ile takowe niedostatecznemi się okażą, orzekać będą

o wartości

o wartości rzeczoznawcy zaprzysiężeni, z miejscowemi stosunkami dokładnie obeznani; —

c.) dochody lub prestacye, perjodycznie wracające, o ile ich wartość kapitałowa nie jest już oznaczona w postanowieniach i datach pod a wskazanych, ewaluowane będą na roczną cyfrę i skapitalizowane podług stopy procentowej, równej dla wszystkich krajów koronnych;

d.) przy oszacowaniu wartości przedmiotów w §. ~~12~~ 11 wskazanych, winny być uwzględnione podatki z nich opłacane.

§. 14.

Cena realności, wyrażona w dokumencie, sprostowana potrąceniem wartości przedmiotów i dodaniem wartości ciężarów, w §§. 11 i 12 wskazanych, przyjmuje się jako rzeczywista cena zamienna realności.

Oznaczenie wartości podatkowej realności kraju koronnego.

§. ~~16~~ 15.

Summa zamiennych cen realności, zbytych w kraju koronnym w ciągu dziesięciu lat, w §. 7 wskazanych, jest pierwszym czynnikiem do ozna-

do oznaczenia wartości podatkowej wszystkich realności kraju koronnego. —

§. ~~XX~~ 16.

Drugim czynnikiem jest Summa zwyczajnych podatków realnych, opłacanych z tychże zbytych realności.

Podatki te przyjmują się dla każdej zbytej realności w takiej kwocie, jaka na nią była nałożona w roku, poprzedzającym o 3 lata ów perjod dziesięcioletni, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne ma być uskuteczniony, z potrąceniem jednak podatków od przedmiotów w § 11 lit. c wskazanych.

Jeżeli w zbytej realności między F

F czasem jej zbycia a wspomnionym rokiem zaszła taka zmiana, w skutek której opłacany z tej realności podatek został zniżony lub zwiększony, wtedy kwota podatkowa przyjmuje się taka, jakaby ona była, gdyby ta zmiana nie zaszła.

§. ~~XX~~ 17.

Trzecim czynnikiem do oznaczenia wartości podatkowej wszystkich realności kraju koronnego, jest ogólna roczna kwota wszystkich zwyczajnych podatków realnych, która dla tegoż kraju koronnego ustanowiona była jako zwyczajny kontyngens krajowy na poprzedzający dziesięcioletni perjod.

Przy oznaczeniu wartości realności na pierwszy perjod, poczynający się z rokiem 1866, przyjęta będzie jako trzeci czynnik ogólna kwota zwy-

czajnych

zwyczajnych podatków realnych, jaka kraj koronny w latach 1860 do 1862. przeciętnie opłacał. —

§. ~~19~~ 18

Na podstawie tych trzech czynników oznacza się wartość podatkowa wszystkich realności kraju koronnego w ten sposób, aby wartość ta zostawała w takim stosunku do ogólnéj rocznéj kwoty zwyczajnych podatków realnych (§. ~~18~~ 17), w jakim zostaje Summa cen realności zbytych (§. ~~16~~ 15) do Summy zwyczajnych podatków realnych, z tychże zbytych realności opłacanych. (§. 1~~6~~). —

Część trzecia

o władzach dla przeprowadzenia czynności odnoszących się do rozkładu zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne

W ogólności

§ 19

Dla przeprowadzenia czynności odnoszących się do rozkładu zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne, złożone będą, za każdym razem odnowienia tego rozkładu (§ 2) specyalne komisye mianowicie:

I. Komisye okręgowe, po jednej dla każdego administracyjnego okręgu (t.j. obwodu, powiatu lub t.p.) z siedzibą w stołecznem mieście okręgu.

II. Komisye krajowe po jednej dla każdego kraju, reprezentowanego przez jeden Sejm krajowy, z siedzibą w stołecznem mieście kraju.

III. Komisya centralna w Wiedniu.

Komisye okręgowe i krajowe złożone będą najmniej na dwa lata, komisya centralna zaś najmniej na rok, przed rozpoczęciem perjodu, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne ma być uskuteczniony.

Wszystkie c. k. urzędy są obowiąza-

ne

dostarczyć tym komisyom materyałów potrzebnych do ich czynności.

Komisye te rozwiązują się po uskutecznieniu poruczonego im rozkładu podatków.

I. Komisye okręgowe.

§ 20

Komisya okręgowa składa się:

a. z przełożonego okręgu, jako przewodniczącego,

b. z czterech członków, przez reprezentacyę okręgową, a w braku tej reprezentacyi, przez Wydział Krajowy, obranych,

c. z czterech członków przez Rząd mianowanych, z których przynajmniej dwóch z rolniczo-gospodarskiemi stosunkami okręgu dokładnie mają być obeznani.

Członkowie komisyi będą mieć zastępców, mianowanych przez te same władze, które mianują członków.

§ 21.

Komisya okręgowa rozpoznaje i prostuje daty o cenach realności zbytych, i o podatkach z nich opłacanych w sposób w §.§. 7. do 13. i w § 14 wskazany.

W razach potrzeby mianuje ona rzeczoznawców, zaprzysięga ich i zarządza

wizye lokalne, których przeprowadzenie porucza członkom swoim lub innym osobom.

Rozpoznane daty układa Komisya okręgowa w wykazy i przedkłada te wykazy, razem z potrzebnemi dowodami komisyi Krajowej. -

§ 22

Komisya załatwia sprawy Kolegialnie.

Uchwały zapadają bezwzględną większością głosów.

Przewodniczący nie głosuje. Rozstrzyga on jednak przy równości głosów, i wtedy to zdanie, które z doliczeniem jego głosu bezwzględną większość głosów otrzymało, staje się uchwałą.

§ ~~24~~. 23.

Do powzięcia uchwał potrzebną jest obecność przewodniczącego i przynajmniej czterech członków komisyi.

Dla ważności uchwał potrzebnem jest także, aby liczba głosujących członków komisyi przez reprezentacyę okręgową lub przez Wydział Krajowy obranych, była równą liczbie głosujących członków przez Rząd mianowanych.

§ 24.

W razie, gdyby bezwzględna większość głosów nie dała się osiągnąć, lub gdyby połowa głosujących członków tego zażądała, przedłożoną będzie sprawa komisyi krajowej do rozstrzygnienia.

II. Komisye krajowe.

§ 25.

Komisya krajowa składa się:

a. z Namiestnika, lub jego zastępcy, jako przewodniczącego,

b. z czterech członków przez Wydział krajowy obranych,

c. z czterech członków, przez Rząd mianowanych, z których przynajmniej dwóch ma być dokładnie obeznanych z rolniczo-gospodarskiemi stosunkami kraju.

Członkowie komisyi krajowej będą mieć zastępców, mianowanych, przez te same władze, które mianują członków.

§ 26.

Komisya krajowa wydaje instrukcye Komisyom okręgowym i nadzoruje ich czynności przez członków swoich lub przez inne delegowane od niéj osoby.

Ona rozstrzyga w wypadkach §fu 24go; rozpoznaje wykazy, przedłożone jéj przez

Komisye

komisye okręgowe; układa sumaryczny wykaz krajowy o cenach realności zbytych i o podatkach z nich opłacanych i przedkłada takowy razem z wykazami okręgowemi i potrzebnemi dowodami komisyi centralnej.

§ 27

Przepisy §§. 22 i 23. stosują się także do komisyi krajowej.

§. 28.

III. Komisya centralna.

Komisya centralna składa się z przewodniczącego mianowanego przez Cesarza i z członków, których obierają Sejmy krajowe z grona swojego.

Liczbę członków komisyi centralnej oznacza ustawa Państwa.

Liczba ta rozdziela się między kraje koronne w ten sposób, aby członkowie komisyi, obrani przez Sejm z każdego kraju koronnego, zostawali w takim stosunku do ogólnej liczby członków komisyi, w jakim zostaje liczba posłów tegoż kraju koronnego do ogólnej liczby posłów w Izbie niższej Rady Państwa.

§ 29.

Komisya centralna rozpoznaje wykazy, przedłożone jej przez komisye krajowe

./.

krajowe; stanowi na podstawie tych wykazów wartość podatkową realności każdego kraju koronnego i rozkłada ogólną równą ilość zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne. (§ 2.)

§. 30

Do powzięcia uchwał w Komisyi centralnej potrzebna jest obecność prezydującego i przynajmniej dwóch trzecich części członków Komisyi.

Przepisy §u ~~23~~ 22 stosują się także do Komisyi centralnej. –

Czyt.

Rozkład dodatków. §3.

Dodatki na rzecz Skarbu państwa do zwyczajnych podatków realnych rozkładają się na pojedyncze kraje koronne w stosunku do zwyczajnych kontyngensów krajowych.

Rozkład podatków realnych wewnątrz krajów koronnych. — §4.

Stanowienie i zmienianie prawideł, podług których przypadający na każdy kraj koronny zwyczajny roczny kontyngent i dodatki do niego, wewnątrz kraju na pojedyncze okręgi administracyjne (t. j. obwody, powiaty i t. p.) na pojedyncze gminy i na pojedynczych kontrybuentów mają być rozłożone, jest przedmiotem ustawodawstwa krajowego.

Postanowienia przemijające. §5.

Póki rozkład podatków realnych na kraje koronne według prawideł niniejszego wniosku do skutku nie przyjdzie, wymierzony będzie zwyczajny roczny kontyngens w podatkach realnych na każdy kraj koronny podług tej sumy

jaką dotychczas Kraj Koronny w zwyczajnych podatkach realnych w latach administracyjnych 1860 do 1862. rzeczywiście opłacał.

§. 6.

Jak długo w którym Kraju Koronnym nowa podstawa do rozkładu podatków realnych na pojedyncze okręgi, gminy i kontrybuentów przez ustawę krajową postanowiona i w wykonanie wprowadzoną nie będzie, tak długo rozkład ten uskutecznić się ma na podstawie, która w roku 1862. była obowiązująca.

152

jedes Kronland entfallende jährliche Betrag der ~~ordentlichen~~ Realsteuern bildet das ordentliche Landescontingent.

Das Königreich Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau haben, nachdem sie ein Kronland bilden, ein einziges Contingent.-

§. 3.

Vertheilung der Zuschläge

Die Zuschläge ~~des Staatsaerars~~ zu den ~~ordentlichen~~ Realsteuern für den Staatsschatz werden ~~vertheilen sich~~ auf die einzelnen Kronländer im Verhältnisse zu den ordinären Landescontingenten vertheilt.

§. 4.

Vertheilung der Realsteuer im Innern der Kronländer.

Die Festsetzung und Abänderung der Normen, nach welchen das auf jedes Kronland entfallende ~~ordentliche~~ Landescontingent und die Zuschläge zu demselben, im Innern des Landes auf die einzelnen Verwaltungs- ~~Administrations~~bezirke, (: d. i. Kreise, Bezirke u. d.), auf die einzelnen Gemeinden, und auf die einzelnen Contribuenten zu ~~vertheilt~~ vertheilen sind, ~~werden sollen~~, ist Gegenstand der Landesgesetzgebung.-

/.

§. 5.

Vorübergehende Bestimmungen.

Bis nicht die Vertheilung der Realsteuer auf die Kronländer nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zu Stande kommt, wird das ordentliche Realsteuer-Landeskontingent für jedes Kronland nach derjenigen Summe bestimmt, welche das betreffende Kronland an den ordentlichen Realsteuern in den Verwaltungsjahren 1860 bis 1862 durchschnittlich gezahlt hat.–

§. 6.

Wie lange nicht in einem Kronlande eine neue Grundlage zur Vertheilung der Realsteuer auf die einzelnen Bezirke, Gemeinden und Kontribuenten durch ein Landesgesetz beschlossen und in Ausführung gebracht sein wird, so lange wird diese Vertheilung auf der Grundlage vollzogen, welche im Jahre 1862 verbindend war.–

133

Projekt

do wniosku Sejmowego o rozkładzie podatków realnych /: gruntowego i domowego :/ na kraje koronne.

Spis rzeczy.

Część pierwsza.

Część druga.

Część trzecia.

Projekt

do wniosku Sejmowego o rozkładzie podatków realnych (gruntowego i domowego) na kraje koronne.

Część pierwsza.

Postanowienia ogólne.

Ogólna roczna ilość zwyczajnych podatków realnych

§ 1.

Ogólna roczna ilość zwyczajnych podatków realnych na rzecz Skarbu państwa ustanowioną będzie zawsze naprzód na peryod lat dziesięciu.

Pierwszy peryod) (dziesięcioletni rozpoczyna się z r. administracyjnym 1866.

Jako ogólną roczną ilość zwyczajnych podatków realnych stanowi się na ten pierwszy peryod przecięcie ilości tychże podatków na lata 1860 do 1862 włącznie rozpisanych, po odtrąceniu opuszczeń przyznanych w tych latach, ~~opuszczeń~~.

Jej rozkład na kraje koronne Kontyngensy krajowe.

§ 2.

Rozkład ogólnej rocznej ilości zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne odbywa się, na peryod w § 1. wskazany,

wskazany w następujący sposób:

a. Jedna połowa tej ogólnej ilości rozkłada się na kraje koronne w tym samym stosunku, w jakim ogólna roczna ilość rzeczonych podatków w poprzedzającym peryodzie była na nie rozłożona.

Na pierwszy peryod, poczynający się z rokiem administr. 1866, rozłożoną będzie ta połowa na pojedyncze kraje koronne podług tych kwot zwyczajnych podatków realnych, jakie każdy kraj koronny w latach 1860 do 1862 przeciętnie opłacał.

b. Druga połowa ogólnej rocznej ilości zwyczajnych podatków realnych rozkłada się na pojedyncze kraje koronne na podstawie wartości podatkowej realności (§. 18.) w takim stosunku, w jakim zostaje wartość podatkowa realności wszystkich krajów koronnych do wartości podatkowej realności każdego pojedynczego kraju koronnego.

Przypadająca z rozkładu na każdy kraj koronny roczna summa zwyczajnych podatków realnych tworzy zwyczajny kontyngens krajowy.

Część druga.

Ustanowienie wartości podatkowej realności.

§ 7

Podstawa do ustanowienia wartości podatkowej.

Za podstawę do ustanowienia wartości podatkowej realności przyjmują się daty o cenach zamiennych realności i o podatkach z realności opłacanych.

Daty te zbierane będą z dziesięciu lat, poprzedzających o 3. lata ów peryod, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne ma być uskutecznionym. (§ 2.)

Na pierwszy peryod poczynający się z rokiem administracyjnym 1866, zebrane będą te daty z lat 1850 do 1862. włącznie.

§ 8

Daty o cenach zamiennych realności.

Daty o cenach zamiennych realności czerpane będą ze wszystkich dokumentów prawnych, jakie mogą być zebrane, w moc których własność realności, t. j. gruntu lub budynku z jednej osoby na drugą przechodzi, i w których cena realności jest oznaczona.

Wyjątkowo dla użytku publicznego, tudzież ceny zamienne zakładów przemysłowych w § 12. lit. c. wskazanych, nie będą uwzględnione.

Rozpoznanie i sprostowanie dat.

§ ~~10~~. 9

Czerpane z dokumentów daty o cenach realności rozpoznane i w miarę potrzeby sprostowane będą

a. pod względem tożsamości składu i objętości realności;

b. pod względem ceny realności (§ ~~11 do 15~~ 10 do 14)

Obliczenie ceny realności.

§ 10

Cena realności oblicza się na walutę austryacką i przyjmuje się taka, jaka jest wyrażoną w dokumentach, strony obowiązujących.

§ ~~12~~. 11

Od ceny realności, w dokumencie wyrażonej, potrąca się wartość kapitałowa przedmiotów poniżej poszczególnionych, o ile nabywca takowe nabył razem z realnością za cenę za realność umówioną.

Temi przedmiotami są:

a. rzeczy ruchome;

b. prawa specyalne, z realnością połączone, które ani gruntowemu, ani domowemu nie podlegają podatkowi; n. p. prawa wrębu lub paszy na cudzym gruncie, radykowane zarobkowości, prawa propinacyi i t. p.

i t.p.

c. cukrowarnie, browary, gorzelnie, młyny, cegielnie, wapniarki i inne zakłady przemysłowe, z których opłaca się podatek dochodowy.

§ 12

Do ceny realności w dokumencie wyrażonej, dodana będzie wartość kapitałowa ciężarów, później wyszczególnionych, o ile nabywca, oprócz zapłaty wyrażonej w dokumencie ceny realności, obowiązek ponoszenia tych ciężarów przejął.

Temi ciężarami są:

a. roczna kwota zwyczajnych podatków realnych (razem z dodatkami do nich na rzecz Państwa i kraju) opłacanych z dotyczącej realności w roku jej zbycia bezpośrednio poprzedzającym, z potrąceniem jednak podatków i dodatków, opłacanych z przedmiotów, których wartość według §11 od ceny realności się potrąca.

b. Specjalne ciężary z realnością połączone jak n.p. służebnictwa leśne lub pastwiskowe, roczne czynsze lub przestacye na rzecz trzecich osób i t.p.

c. Obowiązek płacenia długów lub niesienia innych dodatków do ceny za realność umówionej. —

§ ~~14~~ 13

Przy oznaczeniu wartości przedmiotów i ciężarów w §§ 11 i 12 wskazanych, zachowane będą następujące prawidła:

a. za podstawę do tego oznaczenia mają być przyjęte najpierw: postanowienia zawarte w dokumentach strony obowiązujących, a w braku takich postanowień daty, które służyły do wymierzania podatków i należytości rządowych i do przeprowadzenia przepisanego ustawami wykupna lub uregulowania ciężarów gruntowych i praw wspólnego posiadania i używania gruntów.

b. W braku postanowień i dat pod a wskazanych lub, o ile takowe niedostatecznemi się okażą, orzekać będą o wartości rzeczoznawcy zaprzysiężeni, z miejscowemi stosunkami dokładnie obeznani.

c. Dochody lub prestacye peryodycznie wracające, o ile ich wartość kapitałowa nie jest już oznaczona w postanowieniach i datach pod a wskazanych, ewaluowane będą na roczną cyfrę i skapitalizowane podług stopy procentowej równej dla wszystkich krajów koronnych.

d. Przy oszacowaniu wartości przedmiotów w § 11 wskazanych, winny być uwzględnione podatki z nich opłacane.

§ 15

§ ~~13~~ 14

Cena realności wyrażona w dokumencie, sprostowana potrąceniem wartości przedmiotów i dodaniem wartości ciężarów w §§ 11 i 12 wskazanych, przyjmuje się jako rzeczywista cena zamienna realności.

Oznaczenie wartości podatkowej realności Kraju Koronnego.

§ ~~16~~ 15

Summa zamiennych cen realności, zbytych w Kraju Koronnym w ciągu dziesięciu lat, w § 7 wskazanych, jest pierwszym czynnikiem do oznaczenia wartości podatkowej wszystkich realności Kraju Koronnego.

§ ~~17~~. 16

Drugim czynnikiem jest Summa zwyczajnych podatków realnych, opłacanych z tychże zbytych realności.

Podatki te przyjmują się dla każdej zbytej realności w takiej kwocie, jaka na nią była nałożona w roku, poprzedzającym o 3. lata ów peryód dziesięcioletni, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na Kraje Koronne ma być uskutecznionym.

§ 17.

Trzecim czynnikiem do oznaczenia wartości podatkowej wszystkich realności Kraju

Koronnego jest ogólna równa kwota wszystkich zwyczajnych podatków realnych, która dla tegoż Kraju Koronnego ustanowioną była jako zwyczajny kontyngens krajowy na poprzedzający dziesięcioletni peryod.

Przy oznaczeniu wartości realności na pierwszy peryod poczynający się z rokiem 1866. przyjęta będzie jako trzeci czynnik ogólna kwota zwyczajnych podatków realnych, jaką kraj koronny w latach 1860 do 1862. przeciętnie opłacał. —

§ 18.

Na podstawie tych trzech czynników oznacza się wartość podatkowa wszystkich realności kraju Koronnego w ten sposób, aby wartość ta zostawała w takim stosunku do ogólnej równej kwoty zwyczajnych podatków realnych (§ 17) w jakim zostaje summa cen realności zbytych (§ 15) do summy zwyczajnych podatków realnych, z tychże zbytych realności opłacanych. (§. 17.). —

Czyt

Część trzecia.

O władzach dla przeprowadzenia czynności, odnoszących się do rozkładu zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne.

W ogólności.

§ 19.

Dla przeprowadzenia czynności, odnoszących się do rozkładu zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne złożone będą za każdym razem odnowienia tego rozkładu (§ 2.) specyalne komisye, mianowicie:

I. Komisye okręgowe, po jednej dla każdego administracyjnego okręgu (t. j. obwodu, powiatu, lub t. p.) z siedzibą w stołecznem mieście okręgu.

II. Komisye krajowe po jednej dla każdego kraju, reprezentowanego przez jeden Sejm krajowy, z siedzibą w stołecznem mieście kraju.

III. Komisya centralna w Wiedniu.

Komisye okręgowe i krajowe złożone będą najmniej na dwa lata, komisya centralna zaś najmniej na rok przed rozpoczęciem peryodu, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne ma być uskutecznionym.

Wszystkie c. k. urzędy są obowiązane dostarczyć tym komisyom materyałów

potrzebnych do ich czynności.

Komisye te rozwiązują się po uskutecznieniu poruczonego im rozkładu podatków.

I. Komisye okręgowe.

§ 20

Komisya okręgowa składa się:

a. z przełożonego okręgu, jako przewodniczącego,

b. z czterech członków, przez reprezentacyę okręgową, a w braku téj reprezentacyi, przez Wydział krajowy obranych.

c. z czterech członków przez Rząd mianowanych, z których przynajmniéj dwóch z rolniczo-gospodarskiemi stosunkami okręgu dokładnie mają być obeznani.

Członkowie Komisyi będą mieć zastępców, mianowanych przez te same władze, które mianują członków.

§ 21

Komisya okręgowa rozpoznaje i prostuje daty o cenach realności zbytych, i o podatkach z nich opłacanych w sposób w §. §. 7. do 14. i w § 16. wskazany.

W razach potrzeby mianuje ona

rzeczoznawców

rzeczoznawców; zaprzysięga ich i zarządza wizye lokalne, których przeprowadzenie porucza członkom swoim lub innym osobom.

Rozpoznane daty układa Komisya okręgowa w wykazy i przedkłada te wykazy, razem z potrzebnemi dowodami Komisyi Krajowej.

§ 22.

Komisya załatwia sprawy kolegialnie. Uchwały zapadają bezwzględną większością głosów.

Przewodniczący nie głosuje. Rozstrzyga on jednak przy równości głosów, i wtedy to zdanie, które z doliczeniem jego głosu bezwzględną większość głosów otrzymało, staje się uchwałą.

§ 23.

Do powzięcia uchwał potrzebną jest obecność przewodniczącego i przynajmniej czterech członków Komisyi.

Dla ~~powzięcia~~ ważności uchwał potrzebném jest także, aby liczba głosujących członków Komisyi, przez Reprezentacyę okręgową lub przez Wydział Krajowy obranych, była równą liczbie głosujących członków przez Rząd mianowanych.

§ 24.

W razie, gdyby bezwzględna większość głosów nie dała się osiągnąć, lub gdyby połowa głosujących członków tego żądała, przedłożoną będzie sprawa Komisyi Krajowéj do rozstrzygnienia.

II. Komisye krajowe.

§ ~~24~~ 25

Komisya Krajowa składa się:

a. z Namiestnika, lub jego zastępcy, jako przewodniczącego,

b. z czterech członków przez Wydział Krajowy obranych,

c. z czterech członków przez Rząd mianowanych, z których przynajmniéj dwóch ma być dokładnie obeznanych z rolniczo-gospodarskiemi stósunkami kraju.

Członkowie Komisyi Krajowéj będą mieć zastępców, mianowanych przez te same władze, które mianują członków.

§ 26.

Komisya Krajowa wydaje instrukcye komisyom okręgowym i nadzoruje ich czynności przez członków swoich lub przez inne delegowane od niéj osoby.

Ona

Ona rozstrzyga w wypadkach §fu 24. rozpoznaje wykazy, przedłożone jéj przez komisye okręgowe; układa sumaryczny wykaz krajowy o cenach realności zbytych i o podatkach z nich opłacanych, i przedkłada takowy razem z wykazami okręgowemi i potrzebnemi dowodami Komisyi centralnéj.

§ 27.

Przepisy §§ 22 i 23 stósują się także do Komisyi krajowéj.

III. Komisya centralna.

§ 28.

Komisya centralna składa się z prezydującego, mianowanego przez Cesarza i z członków, których obierają Sejmy krajowe z grona swojego.

Liczbę członków Komissyi centralnéj oznacza ustawa Państwa.

Liczba ta rozdziela się między kraje koronne w ten sposób, aby członkowie komisyi, obrani przez Sejm każdego kraju koronnego zostawali w takim stósunku do ogólnéj liczby członków Komisyi, w jakim zostaje liczba posłów tegoż kraju koronnego do ogólnéj liczby posłów w Izbie niższéj Rady Państwa.

§ 29.

Komisya centralna rozpoznaje wykazy, przedłożone jéj przez Komisye krajowe; stanowi na podstawie tych wykazów wartość podatkową realności każdego kraju koronnego, i rozkłada ogólną roczną ilość zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne. (§. 2.)

§ 30

Do powzięcia uchwał w Komisyi centralnéj potrzebna jest obecność przewodniczącego i przynajmniéj dwóch trzecich części członków Komisyi.

Przepisy § 22. stósują się także do Komisyi centralnéj. —

Czyt.)

Królestwo Galicyi i Lodomeryi z Wielkiem Księstwem Krakowskiem stanowią jeden kraj koronny i mają jeden wspólny kontyngens.

Rozkład dodatków.

§ 3.

Dodatki na rzecz Skarbu państwa do zwyczajnych podatków realnych, rozkładają się na pojedyńcze kraje koronne w stosunku do zwyczajnych kontyngensów krajowych.

Rozkład podatków realnych wewnątrz krajów koronnych.

§ 4.

Stanowienie i zmienianie prawideł, podług których przypadający na każdy kraj koronny zwyczajny roczny kontyngens i dodatki do niego, wewnątrz kraju na pojedyńcze okręgi administracyjne (t. j. obwody, powiaty i t. p.) na pojedyńcze gminy i na pojedyńczych kontrybuentów mają być rozłożone, jest przedmiotem ustawodawstwa krajowego.

Postanowienia przemijające.

§. 5

Póki rozkład podatków realnych na kraje koronne, według prawideł niniejszego wniosku do skutku nie przyjdzie, wymierzony będzie zwyczajny roczny kontyngens w podatkach realnych na każdy kraj koronny podług tej Summy, jako dotyczący kraj koronny w zwyczajnych podatkach realnych w latach administracyjnych 1860 do 1862 przeciętnie opłacał.

§. 6

Jak długo w którym kraju koronnym nowa podstawa do rozkładu podatków realnych na pojedyncze okręgi, gminy i kontrybuentów przez ustawę krajową postanowioną i w wykonanie wprowadzoną nie będzie, tak długo rozkład ten uskuteczniać się ma na podstawie, która w roku 1862 była obowiązującą. —

Szyph.

przerobiony i skrócony projekt, który Dr Petrina podał 7/4 1863

Entwurf

zu einem ~~Gesetze~~ Landtagsantrage betreffend die Umlegung der Realsteuer (Grund= und Gebäudesteuer) auf die Kronländer

I Allgemeine Bestimmungen

§1

Gesammtjahresbetrag der ordentlichen Realsteuer

┼ Realsteuern (Grund= und Gebäudesteuer)

Der gesammte Jahresbetrag der ordentlichen ┼ ~~Realsteuer~~ wird im Wege einer Ausgleichung von 10 zu 10 Jahren festgestellt.

Die erste 10jährige Periode beginnt mit dem ~~Anfange~~ Jahre 1867.

Als gesammter Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuer wird für diese erste Periode der Durchschnitt der an diesen Steuern in den Jahren 1860 bis 1862 einschließlich ausgeschriebenen Beträge, nach Abschlag der in diesen Jahren bewilligten Nachlässe, festgestellt.

§2

Dessen Vertheilung auf Kronländer (Landesquoten)

┼ auf die im §1 bezeichnete Periode,

┼ ~~Steuer~~werthes (§9) der Realitäten

Die Vertheilung des gesammten Jahresbetrages der ordentlichen Realsteuer auf die einzelnen Kronländer geschieht ┼ im ~~Wege~~ einer Ausgleichung auf Grund des für jedes Kronland ermittelten ┼ ~~Steuerwerthes~~ ~~der Realitäten.~~ ~~(§12)~~

Der aus dieser Vertheilung auf jedes Kronland entfallende jährliche Betrag an der

ordentlichen Realsteuer bildet die ordentliche Realsteuerquote dieses Kronlandes.

§3

Zuschläge

Die für den Staatsschatz zu entrichtenden Zuschläge zu der ordentlichen Realsteuer, werden auf die einzelnen Kronländer im Verhältnisse zu der ordentlichen Landesrealsteuerquote vertheilt

§4

Umlage der Realsteuer im Innern der Kronländer

Die Feststellung und Abänderung der Normen, nach welchen die, auf jedes Kronland entfallende ordentliche Landesrealsteuerquote und die Zuschläge zu derselben, im Innern des Kronlandes, auf die einzelnen Verwaltungstheile (Kreise, Bezirke u. d.), auf einzelne Gemeinden und auf die einzelnen Contribuenten umzulegen sind, ist Gegenstand der Landesgesetzgebung.

Vorübergehende Bestimmungen

§5

§6

II.

Besondere Bestimmungen zum Behufe der Ermittlung des Steuerwerthes der Realitäten.

§ 7

zum Behufe der Ermittlung F

Als Grundlage zur Ermittlung des Steuerwerthes der Realitäten werden die Daten über die Veräußerungsgeschäfte T derselben und über die von den Realitäten erzielten Einnahmen.

F des Steuerwerthes der Realitäten werden die Daten über

T der Realitäten aus den letzten zwanzig Jahren und über die von

F aus den letzten 20 Jahren verwendet. Diese Daten sind

Die Daten über die Veräußerungsgeschäfte der Realitäten F sind aus Kaufsurkunden zu entnehmen, auf Grund welcher das Eigenthum einer Realität (d. i. eines Grundstückes oder eines Gebäudes oder eines Theiles desselben) von einer Person auf die andere übergeht, und in welcher F der zwischen den Contrahenten

F vereinbarte Preis bezeichnet ist.

Expropriationen für öffentliche Zwecke, so wie die Veräußerungsgeschäfte der Zuckerfabriken, Bierbrauereien, Mühlen, und anderer, der Einkommensteuer unterliegenden Industrieanstalten, werden nicht berücksichtigt.

§ 8

Die aus Urkunden geschöpften Daten sind zu prüfen sowohl rücksichtlich Identität des veräußerten Objektes als auch rücksichtlich des für die Realität zu ermittelnden Preises.

T der Zugitalwerth der zusammen mit der Realität * veräußerten

T Der Veräußerungspreis ist so anzunehmen, wie er in den die Contrahenten verbindenden Urkunden bezeichnet ist.

* Von diesem Veräußerungspreise ist in Abschlag zu bringen

F verpachten, ~~vermöglichen~~ ~~abgesehen~~ ~~[illegible]~~ sowie der dann der vermöglichen Sachen, ~~sowie~~ mit der speziellen mit der Realität verbundenen Rechte, ~~als Holzungs~~ und anderen Gegenstände, die den eigentlichen Werth des Grundes oder Gebäudes nicht betreffen.

im § 3 bezeichneten Industrie F

~~oder Gebäudes) nicht betreffen, in Abschlag zu bringen, oder bringen solche Gegenstände sich bereits in Sachen~~

~~Zu dem in der Urkunde ausgedrückten Veräußerung~~

Hingegen ist zu dem in der Urkunde ausgedrückten Veräußerungsbetrage ein entsprechender Kapitalsbetrag ~~[illegible]~~ in Zuschlag zu bringen für ~~die von Erwerber des Eigenthums übernommenen Lasten, welche auf der Urkunde ausgedrückten übernommen~~ fort.

Jene Lasten (Steuern, Dienstbarkeiten, Grundzinsen etc.), ~~Die Lasten~~ welche der Erwerber des Eigenthums, Nutzung etc. außer den in der Urkunde ausgedrückten [illegible] der Realität, übernommen hat.

~~Der durch diese~~ Ab und Zuschläge berichtigte Preis, wird als der wirkliche Veräußerungspreis der Realität angenommen.

~~§ 8~~ 9

Grund

Durch ~~die Summe der Vergleichung der Summe~~ der Veräußerungspreise aller in den letzten 20 Jahren in einem Bezirke veräußerten Realitäten ~~mit dem~~ des Ertrages der von diesen Realitäten entrichteten ordentlichen Realsteuer wird ~~die~~ der Steuerwerth sämmtlicher Realitäten in demselben Bezirke bestimmt; ~~in der Art ermittelt, daß dieser Steuerwerth in jenem Verhältnisse zu der gesammten, im Bezirke entrichteten Realsteuer~~

Dieser Steuerwerth ist so ~~fest~~ anzunehmen, F ~~in der Art~~ ~~Summe~~ ~~in demselben Verhältnisse zu der Summe~~ der im Bezirke entrichteten ordentlichen Realsteuer ~~in demselben Verhältnisse stehe, zu stehen hat,~~ in welchem die ermittelten Veräußerungspreise der veräußerten Realitäten zu dem von diesen Realitäten entrichteten ordentlichen Realsteuerertrage steht.

F daß der ~~Ertrag~~ desselben zu der Gesammtsumme

§10

Organe zur Ermittlung des Steuerwerthes der Realitäten

Zur Ermittlung des Steuerwerthes der Realitäten werden für jeden Fall der Erneuerung der Steuerumlagen (§2) spezielle Commissionen gebildet, u. z.:

~~1. Bezirkscommissionen, je eine für jede Steuerbezirk oder für jeden Kreis~~

~~1. Bezirks (Kreis-~~

1. + Kreis- (Bezirks-) Commissionen, ~~welche~~ aus dem Kreisvorsteher als Vorsitzenden, und aus 4 von der Kreisvertretung ~~[illegible]~~ und in Ermanglung derselben vom Landesausschusse ~~gewählten~~, dann aus 4 vom Statthalter ernannten T ~~mit den~~ Landesgesetze ~~[illegible]~~ vollkommen ~~vertrauten~~ mächtigen, und mit den wirthschaftlichen Verhältnissen des Kreises bekannten ~~Mitgliedern zu bestehen hat.~~

> F je eine für jeden Kreis (Bezirk) mit dem Sitze im Hauptorte des Kreises. – Jede Kreiscommission hat zu bestehen

> T Mitgliedern, welche

2. Landescommissionen, je eine für jedes durch einen Landtag vertretene Land mit dem Sitze in der Landeshauptstadt. Die Landescommission hat zu bestehen aus dem Statthalter oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, dann aus 4 vom Landtage, oder, wenn dieser nicht versammelt ist, vom Landesausschusse gewählten

und aus 4 vom Statthalter
ernannten Mitgliedern,
welche ~~mit~~ der Landessprache
~~ganz~~ vollkommen mächtig
und mit den wirthschaftlichen
Verhältnissen des
Landes genau bekannt
sein sollen.

3. Eine Zentralkommission
in Wien, welche (~~aus dem~~
vom Kaiser ernannten
Präsidenten) ~~und~~ aus
den durch die Landtage,
und, im Falle diese nicht
versammelt sind, durch die
Landesausschüsse ~~gewählten~~
Mitgliedern besteht. Die
~~Zahl die~~ ~~An~~zahl der
Mitglieder der Zentral
Commission wird für jeden
Fall durch ein Reichsgesetz
festgestellt. Diese Zahl ist
~~diese Zahl wird~~ unter
die Kronländer derart
zu vertheilen, ~~daß~~ damit die
Zahl der aus jedem Kron-
lande durch den Landtag
Erwählten, ~~Ausschußmit-~~
~~glieder~~ zur Gesammtzahl
der Commissionsmitglieder
sich so verhalte, wie sich die
Zahl der Abgeordneten
dieses Kronlandes zu der
Gesammtzahl der Abgeord-
neten im Reichsrathe
verhält.

[unter dem
Vorsitze des
Finanzminister
(oder unter dem
Vorsitze ~~des~~
eines

Die Mitglieder der Kreis-
und Landes- ~~und~~ Commissionen ebenso
wie der Zentralcommission haben
ihre Ersatzmänner, welche
auf dieselbe Weise wie die
Mitglieder bestellt werden.

§ 11

Die in § 10 bezeichneten Commissionen fassen ihre Beschlüße kollegialisch nach absoluter Stimmenmehrheit.

Der Vorsitzende stimmt in der Regel nicht; bei gleich getheilten Stimmen ⌈ ~~gibt seine Stimme den Ausschlag~~ der Vorsitzende beistimmt.

⌈ wird jener Antrag zum Beschluße erhoben, welchem

Zur Beschlußfassung ~~ist in den Kreis und Landescommissionen~~ ist die Anwesenheit ⌈ der Hälfte der Commissionsmitglieder erforderlich.

⌈ von wenigstens

§ 12. Die ~~B~~ Kreis (Bezirks-Commissionen) prüfen und berichtigen die Daten über die Vermessungsergebnisse der Realitäten und über die von denselben entrichteten Steuern, und stellen selbe in Ausweise zusammen, welche sammt den nöthigen Behelfen der Landescommission vorzulegen sind.

Die Landescommission hat den Kreiscommissionen die nöthigen Weisungen zu ertheilen und ihre Thätigkeit zu überwachen. Sie prüft die ihr von den Kreiscommissionen vorgelegten Ausweise, stellt selbe in (einen) summarischen Landesausweis zusammen, und legt diesen Ausweis ~~sammt~~

sammt den erforderlichen Behelfen der Centralkommission vor.

Die Zentralkommission ~~hat~~ hat ~~sich von den Verzeichnungen in der Steuer-~~ ~~bezirke~~ die ihr von den Landeskommissionen vorgelegten Elaborate zu prüfen, auf Grund derselben ~~die~~ den Steuerwerth der Realitäten eines jeden Kronlandes festzustellen, und ~~sämmtliche~~ ihre abgeschlossenen Operate dem Finanzministerium zur weiteren ~~Vorlage~~ ~~zur Vorlage zur~~ ~~an das~~ ~~Ministerium~~ gesetzlichen Festsetzung ~~Vorlage an~~ ~~[illegible]~~ zur ~~übergeben~~ Behandlung zu übergeben.

---

§ 3

Die ~~Als~~ Grundlage zur Ermittlung des Bruttoertrags-werthes der Realitäten bilden ~~werden~~ die Daten über die ~~Verkaufs Veräußerungen~~ ~~derselben~~ Werthsergebnisse derselben, welche zu erheben sind aus den ~~geistl.~~ über die Veräußerung der Realitäten ~~in den [illegible] gebrauchten Verträge (Kauf, Tausch, Erbtheilungen)~~ (Kauf, Tausch, Erbtheilungen), in welchen der ~~Preis~~ zwischen den Partheien ~~vereinbarte~~ Preis der Realität bezeichnet ist.

In den letzten zwanzig Jahren abgeschlossenen Rechtsgeschäfte

~~[illegible]~~

Erläuterung zu
~~Bemerkung zu~~

1. Zur Aufklärung der im §9 festgestellten Regel für die Bemessung des Steuerwerthes aller ~~Kronländer~~ Realitäten in einem Kronlande möge das ~~zur~~ (der wegzusetzende) Ablösungsbegehren dienen. — Es sind z. B. in einem Kronlande in den letzten 20 Jahren Realitäten veräußert worden ~~für welche überhaupt 2.000.000 fl bezahlt wurde~~ um einen Gesammtpreis von 2000000 fl, von welchen die (zufällige) ordentliche Realsteuer im Betrage von 20.000 entrichtet wird, und es beträgt die gesammte ordentliche Realsteuer dieses Kronlandes ~~fl~~ 45.000 fl 1/0 wird ~~oder~~ und sich ergeben 20000 : 45.000 = 2000000 : x, ~~sich ergeben 20000 : 45000 = 2000000~~ ~~die Ermittlung des Werthes aller wird der~~ Steuerwerth aller Realitäten im Kronlande ~~die~~ mit 4.500.000 fl zu veranschlagen sein. Die Absicht des §5 ist hauptsächlich darauf gerichtet, ~~die Begründung~~ damit die F

Für die Realsteuerfrage ist in den [illegible]

2. Die Begründung des obigen Entwurfes ist in allgemeinen Umrissen in meiner (gedruckten) Broschüre über „die Benützung der Marktverkehrspreise der Realitäten zur Vertheilung der Realsteuer auf die Kronländer" enthalten.

3. Bei Beurtheilung ~~des in diesem Entwurfe~~ ~~Grundes~~ der Hauptidee dieses Entwurfes, nämlich der ~~Benützung der~~ Verwendung der Marktverkehrspreise der Realitäten zur Grundlage der Steuervertheilung auf die Kron

länder muß man sich ~~man~~ gegen-
wärtig halten, daß, ~~bei der Ermittlung einer Regelung der Steuervertheilung basis~~ bei Ermittlung einer Grundlage zur Steuervertheilung, das Augenmerk nicht auf eine höhere oder geringere Einschätzung der Realitäten, sondern auf die, gegenüber dem wahren Geldwerthe und Geldertrage gleichmäßige Steuerumlage handle.

Laut ~~einer~~ der von mir zusammengestellten Vergleichung der Werthe (in Acte) des Realbesitzes mit der hievon entrichteten Steuer (Subbeilage L zur Beilage ½ der Denkschrift des galizischen Landesausschusses vom 16 Jän. 1864) zahlt die Bukowina (derzeit ~~gegenwärtig~~) von der aus dem Ertragswerthe der Realitäten entnommenen Rente ~~der~~ 24 %, während die westlichen Kronländer nur 19 % an Realsteuer entrichten, und es soll ~~nun~~ die Steuer in der Bukowina noch, auf Grund der in Ausführung stehenden Ertragsabschätzung gehoben werden.

Es wird der Bukowina gewiß nicht helfen, daß ~~der~~ diese Ertragsabschätzung ihren Boden um etwas geringer einschätzt als er gegenwärtig werth ist, wenn die ~~westlichen~~ anderen (westlichen) Provinzen verhältnißmäßig noch geringer eingeschätzt sind, denn in diesem Falle wird die Bukowina mehr zahlen müssen,

2

bestehenden Katasters ist
zu entgegnen, daß der
Darstellung in der
gedruckten Broschüre
über „die Besteuerung des
Mehrwerthbetrages der
Realitäten etc. —
Bei Behandlung dieses
Gegenstandes ~~wird~~ vorzüglich
darauf hingedeutet, daß es
~~sich nicht um~~ hier der Schwer-
punkt nicht in einer höheren
oder geringeren Einschätzung
der Grundstücke, sondern in
einer ~~[illegible]~~ gegenüber dem
wahren Werthe T gleichmäßigen
Steuerumlage handle.
Es wird z. B. der Bukowina
gar nicht selten, ~~[illegible]~~ daß man
ihre Boden F Erträgnisse einschätzt
als es gegenwärtig werth
ist, wenn die westlichen Provinzen
verhältnißmäßig ~~noch geringer~~
eingeschätzt sind, ~~so würde die~~
~~Bukowina~~ F ~~nicht höher~~ ~~eingeschätzt~~.
~~Wenn aber auch die Bukowina~~
~~zu hoch~~ denn in diesem Falle
würde die Bukowina nicht
zahlen müssen ~~wie die~~ ~~[illegible]~~
~~[illegible]~~
als sie in jenem Falle zahlen
würde, wenn sie zwar höher
aber gleichmäßig mit den
westlichen Provinzen eingeschätzt
wäre. Ein Rechnungsbeispiel
möge dies ~~[illegible]~~ ~~beleuchten~~.
~~Es ist z. B.~~ die ~~[illegible]~~ als Steuersumme
votirte ~~Grundsteuer~~ Realsteuersumme
von 100.000 fl auf zwei Provinzen
A und B zu vertheilen. F. Gesetzt
es ~~ist~~ ~~[illegible]~~ Provinzen die Realitäten
in Provinz A den Werth von 6,000.000,
sind aber nur auf 2,000.000 eingeschätzt;
in Provinz B haben sie ~~aber~~ den Werth von 2000000
und sind auf 1.500.000 eingeschätzt;
~~wird~~ ~~nun~~ die Gesammtsteuersumme
nach der Einschätzung vertheilt, so ~~[illegible]~~

T der Realitäten

F [illegible]

~~[illegible]~~

~~400/000~~
800.000

F in denen die
alle Realitäten
den Werth von
8.000.000 fl haben,
jedoch nur auf
3,500.000 und ungleich-
mäßig eingeschätzt
worden sind.

35 / 1500000 / 4285
35 / 2000000 / 57142.8 ... 42857.1 ... 000000

~~auf das Kronland A die Steuer 100000.~~

so stellen sich die Proportionen
für das Kronland A
3,500.000 : 100.000 = 2,000.000 : x
für das Kronland B
3500.000 : 100000 = 1,500.000 : x
hieraus entfällt
für das Kronland A die Steuer mit 57143
" " " B " " " 42857

~~wird aber die Steuer nach dem reellen Werthe vertheilt, —~~
wird aber die Steuer nach dem reellen Werthe vertheilt,
so stellt sich:
für das Kronland A
8000000 : 100.000 = 6000000 : x
für das Kronland B.
8000.000 : 100000 = 2000000 : x
hieraus würden entfallen
~~für das Kronland A 75.000 fl~~
für das Kronland A ein höherer Steuerbetrag von 75000 fl
" " " B ein geringerer " von 25.000 fl

4. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Anlage der Realsteuer auf die Kronländer auf Grund der Werthsbeträge der Realitäten den gerechtesten Modus bildet, und das einzige Mittel ist, um die ärmeren östlichen Länder vor Überbürdung gegenüber den westlichen zu schützen.

Denn (abgesehen auch davon, daß die Ertragsabschätzung bei uns stets durch Beamte ~~welche~~ durchgeführt werden, welche aus anderen Provinzen kommen und den inneren Wirthschaftsverhältnissen [illegible] Kräfte verstehen) ist jede Ertragsabschätzung, welche nicht die Werthsbeträge der Realitäten ~~sondern andere Faktoren verschiedener Art~~ zur Grundlage nimmt, auf Combination verschiedener Faktoren gegründet, nämlich: der

3

Produktenpreise, der Naturalerträgnisse, des Culturaufwands. Die unüberwindlichen Schwierigkeiten einer solchen Ertragsschätzung, ~~insbesondere~~ vorzüglich in den östlichen Provinzen, sind in der Denkschrift des galizischen Landesausschusses vom 16 Febr. 1864 (insbesondere im Abschnitte III u. in der Beilage S.) dargestellt. — Hiezu kommt, dass jede Ertragsschätzung, die nicht auf den Marktpreisen der Realitäten beruht, stets die ~~Bodenbeschaffenheit~~ Ertragsfähigkeit des Bodens (Bodenbeschaffenheit, Bodenqualität) zu einer ihrer hauptsächlichsten Factoren nimmt, ~~was im~~ welches ~~[illegible] ist, schon zu einer~~ ungerechten Steuerumlage ~~[illegible]~~ führen muss, weil die

In einem grossen Maasse zur ungleichmässigen, daher

~~kann; denn jede Einschätzung, we[lche]~~ ~~nicht auf Werthesregistern beruht[?], nimmt stets die Bodenbeschaffenheit (Bodenqualität) zu ihrem Haupt[illegible] füßstütze[?] [illegible]~~ ~~indem~~ die Steuer in Geld ~~[illegible]~~ entrichtet wird, daher vom Geldeinkommen bemessen werden soll, und dieses Einkommen ist in den größten Theile ~~zunächst~~ von anderen Verhältnissen abhängig, als: von dem Nationalreichthume, von der Leichtigkeit des ~~[illegible]~~ Absatzes, von der größeren oder geringeren Möglichkeit der ~~W~~ nützlichen Verwendung der bei der Wirthschaft erhaltenen Arbeitskräfte, ~~welche~~ deren Erhaltung viel kostet, welche jedoch in armen Ländern nur ~~bei~~ ~~den~~ kaum durch einen Jahrestheil, ~~in reichen Ländern~~ verwendet, in reichen, industriellen Ländern ebenso auch in anderen Jahreszeiten sehr gut und mit Vortheil angebracht werden können. — Die nähere Begründung dieses des Antrages, daß die Feststellung der Ländereyerträge[?] auf den Wertheregistern beruhen soll, ist in meinen Broschüren vom J. 1862 enthalten, insbesondere in der Broschüre über „die Benützung der Wertheregister der Realitäten etc." — Diese Broschüren werden E. H. vermuthlich im Reichsrathe erhalten haben; mit heutiger Post schicke ich Ihnen jedoch noch 6 Exemplare für Ihre Collegen, und lege auch bei die lithografirten Bemerkungen ~~zweier~~ ~~[illegible]~~ die Verwendungen[?]

welche das Finanzministerium
unterm 26 Mai 1860 und 5 Jän.
1863 an die Finanzlandesdirectio-
nen in Lemberg u Krakau, in
~~erlassen hat~~ Bezug auf die
Operationen des gegenwärtigen
Catasters, erlassen hat. Diese
Verordnungen werden Ihnen
vielleicht auch nützlich sein.

In ~~den~~ einer gedruckten
Broschüre, so wie in der Druck-
schrift des Landesausschusses, die
E. Hochg. aus Lemberg erhalten
werden, sind auch Argumente
vorhanden, welche geltend ge-
macht werden können gegen die
Vorlage, welche die Regierung neulich
im ~~R~~ Reichsrathe, in Betreff der
Grundsteuerregulierung, einge-
bracht hat. (Hier) (ich auch)
~~In der Anlage ist~~ beschlossenen ~~...~~ bei
~~auf~~ der, nach gründlichen Discussionen
~~im~~ galizischen Landesausschusse beschlossenen
(~~Entwurf~~ ~~Antrag~~) zum Gesetze wegen Vertheilung
der Realsteuer (Grund- u Haussteuer) auf
die Zweiländer, ~~bei~~ dessen Antrag ~~hat einen~~
~~hat im Landtage eingebracht werden sollen~~
~~... erhöhte ... Steuern ... zu ...~~
~~würde ... ...~~
~~...~~ hätte der galizische
Landtag ~~ohne Zweifel~~ angenommen und
der Regierung vorgelegt. Leider ist der
galizische Landtag nicht versammelt, und
wird vermuthlich nicht sobald einberufen
werden. – Es wäre daher von großem
Nutzen, wenn der Bukowiner Landtag hierin
rechtzeitig die Initiative ergreifen ~~würde in~~
~~könnte auf die Unterstützung des galizischen~~
~~Landtages [illegible]~~. – ~~Die Begründung des~~

~~Galizischen~~

Zum weiteren verfassungsmäßigen Behandlung

~~Schwierigkeiten~~

5.

~~5. Es versteht sich nun selbst, dass die Umlage der Staats-Grundsteuer auf die Ländergebiete auf Grund der Werthsergebnisse der Realitäten, die Umlage der Grundsteuer~~

5. Wird die Umlage der Realsteuern im Ganzen nach jedem Kronlande verlangt, diese soll diese der Landesgesetzgebung überlassen werden, denn die, mit den Landesverhältnissen genau bekannten Landesvertretungen werden am besten wissen welche Schätzungsmodalitäten den dortigen Verhältnissen entsprechen.

~~Der sogenannte Werthskataster kann offenbar nicht bis aufs äußerste getrieben, und einzelne Realitäten T nicht nach den in einzelnen Kauf- oder Pachtfällen erzielten Preisen eingeschätzt werden.~~

T ~~oder Parzellen~~

Die zahlreich gesammelten Daten über die Werthsverhältnisse eignen sich wohl in ihrer Gesammtheit zur Grundlage für die Bestimmung der Länderquoten, weil die Differenzen, welche in einzelnen Veräußerungsfällen aus besonderen Gründen einen F größeren oder geringeren Veräußerungspreis herbeiführen, sich in der großen Zahl der Fälle ausgleichen

F verhältnißmäßig

Der sogenannte Werthschätzer kann nicht (und wird auch künftig) in der Art angewendet, daß einzelne Realitäten oder Parzellen nach den in einzelnen Fällen erzielten Kauf- und Pachtergebnissen eingeschätzt werden.

In Betreff der Einschätzung der Grundstücke im Ganzen Allgemeinen, zum Behufe der Steuerumlegung auf die einzelnen Gemeinden und ~~Grundbesitzer~~ Contribuenten, hat sich der gefertigte Landesausschuß nachstehend auf folgende Grundsätze geeinigt:

a)

6)

a/ Unter der ~~ober~~ obern Leitung und Aufsicht einer zur Hälfte von der Landesvertretung zur andern zur Hälfte von der Regierung ernannten Landes-Commission und mit Vorbehalt der Reclamationen an diese Commission sollen die Einschätzung der Grundstücke in jeder Gemeinde durch Gemeinds-Commissionen vorgenommen werden, welche

~~zu einem Schätzungs bestehend die Anlage der Realsteuer~~

~~Grund- & Gebäudesteuer~~

~~I. Theil~~

~~Allgemeine Bestimmungen~~

~~vermög entrichteten Steuer~~

~~Die Einschätzung der Grundstücke wird in jeder Gemeinde T (mit Vorbehalt der Reclamationen an die Landes-Commission selbst) durch Gemeinds-Commissionen, welche~~

überwiegend aus Grundbesitzern derselben Gemeinde zu bestehen, und die T ~~die Einschätzung~~ T auf Grund der in dieser Gemeinde gesammelten Erfahrungen vorzunehmen hätten.

~~T Unter der Leitung einer Landes-Commission und~~

T Ermittlung des Reinertrages (oder Pachtwerthes) der Grundstücke

b/ Nach Beendigung ~~der Einschätzung~~ und Richtigstellung T ~~einer Gemeinde,~~ ~~derselben~~ im Wege der Entscheidung der Reclamationen, ~~soll~~ ist ~~auf~~ dieselbe T ~~[illegible]~~ ~~entrichtet~~ [illegible] zu setzen.

T der Einschätzung

c/ Nach Beendigung der Einschätzung in ~~die für jede Gemeinde~~ ganz Galizien wird ~~zu bestimmen~~ die Steuerquote für jeden Kreis im Wege eines Landesgesetzes festgestellt auf Grund der Vergleichung der Kauf- und Pachtpreise der Grundstücke mit den Resultaten der Einschätzung.

T sogleich als Grundlage zur Umlegung ~~der~~ derselben Grundsteuer ~~betragen~~ [zuzüglich] Quote, welche der Kreis machen zu

~~Mit Rücksicht auf diese Steuer~~ Nach diesem Grundsatz haben sich die Ausarbeitung und ~~der~~ Entwurfes in Angriff genommen;

angenehm, und wäre, wenn auch nicht so detaillirten doch grundsätzlich übereinstimmenden Antrag beschließen würde; er könnte dabei auf die freimüthige Unterstützung des galizischen Landtages rechnen.

Wenn auch der Grundsatz der ~~Umschreibung der Land~~ Feststellung der Landesquoten auf Grund ~~der~~ ~~Ertrags der Realitäten~~ ~~die Wahrheit im Durchschnitte, bei ihrer~~ der gegenwärtigen Zusammensetzung F nicht erhalten würde, so wäre doch dieser Antrag ~~Idee~~ einmal öffentlich ~~in Antrag~~ gestellt; sie würde nach und nach, zuerst ~~unter~~ in den erwähnten Verhältnissen östlichen Provinzen, dann vielleicht ~~auch~~ in einigen anderen, die mit dem stabilen Kataster nicht zufrieden sein können, Vertheidiger finden, und allmälig ~~[illegible]~~ zur Reife gelangen, oder wenigstens in den zu beschließenden Gesetzen ~~wenigstens~~ solche Modifikationen herbeiführen, ~~zum Ertrage~~ ~~folge haben, welche bei der Werthschätzung~~ ~~gemäß der Grundstücke der~~ in Folge welcher bei Einschätzung der ~~Grund~~stücke u. Realitäten das Hauptgewicht auf die Werthschätzung der Realitäten gelegt werden dürfte. —

F des Durchschnittes die Summe verschiedener ~~nicht erhalten~~ ~~könnte~~

In Betreff der Einschätzung der Grundstücke im Inneren Galiziens, zum Behufe der ~~St~~ Steuerumlage auf die einzelnen Gemeinden und Contribuenten, hat sich der galizische Landesausschuß vorderhand auf folgende Grundsätze geeinigt.

1. der Landtag beschließt die Quoten ~~auf~~ für die einzelnen Bezirke auf Grund ~~der~~ der Vergleichung der Werthschätzungen ~~der [illegible]~~ ~~Güter mit den~~ (Kauf- u. Pachtpreise) der Grundstücke mit den Summen in jedem Bezirke entrichteten Steuern

als sie zahlen würde, wenn sie zwar höher aber gleichmäßig mit andern Kronländern eingeschätzt wäre. — Ein Anschauungsbeispiel möge die Sache besser beleuchten: Es ist z. B.

Bemerkungen zur ~~Aufklärung und~~ der
Beleuchtung des obigen Entwurfes.

~~Zum Gesetze über die Vertheilung der Grundsteuer-summe und auf die Grundländer~~

1. ~~Der~~ Dieser Entwurf hat der galizische Landes-
ausschuß (in Folge eines ~~Land~~) ~~verbereitet~~
Auftrages vom Landtage).
zur Vorlage an den Landtag.
~~Gleichfalls~~ Zu dem vom Landesausschusse
beschlossenen ~~und der~~ Entwurfe habe ich

1. ~~Der~~ Dieser Entwurf ~~differirt~~ von dem
durch den galizischen Landesausschuß
~~beschlossenen~~ darin, daß dieser ~~(in den bezüglichen~~
letzterer ~~die Feststellung~~ die Feststellung der
~~[illegible]~~
Ländervertheilungsquoten ~~nicht dem~~
~~Reichsgesetze zu dem vorbehält~~, ~~sondern~~
~~selbst~~ der Centralkommission anheimstellt,
während der ~~obige Entwurf~~ vorliegende
Entwurf diese ~~Feststellung~~ ~~d~~
~~im Wege und~~ einem Reichsgesetze ~~R~~ vorbe-
hält (§ 2). — Ich glaube diese Änderung
vorzuschlagen, ~~da~~ weil ich einerseits über-
zeugt bin, daß dieses (ein [illegible]) [illegible] [illegible]
gestellten, ~~und~~ andererseits aber auch im
Bukowiner, nicht ganz unbegründet geschienen
Landtage auf weniger Schwierigkeiten
stoßen würde.

Die § angeführten

2. Die Begründung des ~~Ge~~

Dział pierwszy.
O regulacyi podatku gruntowego.

Część I.
Ogólne postanowienia.

§. 1.

Przedmiot podatkowi gruntowemu ulegający.

Podatkowi gruntowi ulegają wszystkie powierzchnie gruntowe, które mogą być ~~użyte~~ w gospodarstwie do produkcyi ziemiopłodów użyte, o ile od tego podatku ustawą nie są uwolnione.

§. 2.

Uwolnienie od podatku.

~~Uwolnione są~~ Wolne od podatku gruntowego ~~są~~:

a. moczary, jeziora i stawy, które nie są ~~kultywowane~~ uprawne i nie dają pożytku przez rybołóstwo lub przez uzyskiwanie trzciny albo torfu;

b. publiczne drogi i ścieżki, place, ulice, kanały, wodociągi, łożyska rzek i potoków, rowy do odprowadzenia wody;

c. publiczne smętarze;

d. grunta zajęte (pod) budynkami i dziedzińce;

e. grunta nieproduk~~cyjne~~ (nieużytki)

§. 3.

Czasowe uwolnienie.

Czasowo od podatku gruntowego uwolnione będą grunta nieprodukcyjne, które przez uprawę stały się produkcyjnemi, a mianowicie: (na lat 30) jeżeli stały się produkcyjnemi przez założenie lasów wysokopiennych, na lat 10 zaś, jeżeli innym sposobem do produkcyjności zostały przyprowadzone.

Lata liczą się od czasu, w którym przyprowadzenie do stanu produkcyjności zostało ukończone. —

§.4.

Podatek gruntowy ~~rozkłada~~ wymierza się na pojedyncze ~~powiaty~~, gminy i na pojedyncze grunta podług wyśledzonego czystego dochodu.

↑ podług pewnego ustawą krajową oznaczonego procentu od

§. 5.

Jako czysty dochód uważany będzie ten, który grunt przy zwykłym średnim sposobie gospodarowania stale ~~może być ...~~ ~~.....~~ przynosić może.

Ten czysty dochód wyśledzony będzie przez szacowanie.

Nie będą przy szacowaniu uwzględnione: stosunki własności, związek gospodarski gruntów z zakładami i przedsiębiorstwami przemysłowemi, prawa z gruntami połączone, podatki państwowe krajowe, niemniej inne do gruntu przywiązane takie ciężary, które nie mogą być uważane jako wydatki gospodarstwa wiejskiego. ~~z których dla tego gospodarstwa żadna bezpośrednia korzyść nie wypływa.~~

§. 6.

~~Postanowienia o przyzwoleniu~~ Przepisy o opuszczeniach podatku w przypadkach nieszczęść i o utrzymywaniu w ewidencyi nowego katastru gruntowego wydane będą osobnemi ustawami krajowemi.

~~Część II~~

~~Organa wykonujące.~~

§. 7.

Komisya krajowa.

Najwyższy kierunek spraw szacowania gruntów mieć będzie Komisya krajowa we Lwowie, składająca się z c. k. Namiestnika lub jego zastępcy jako przewodniczącego i z 12 członków, z których 6 mianuje c. k. Namiestnik, drugich

Część II

Organa wykonujące.

§. 7.

Komisya krajowa.

Najwyższy kierunek sprawą szacowania gruntów mieć będzie Komisya krajowa we Lwowie, składająca się z c. k. Namiestnika lub jego zastępcy, jako przewodniczącego, i z 12 członków, z których 6 mianuje c. k. Namiestnik, 6 zaś Wydział krajowy. Z pomiędzy 6 członków przez c. k. Namiestnika mianowanych, musi być trzech opłacających w kraju podatek gruntowy. —

Członkowie Komisyi mają zastępców, mianowanych w tej samej liczbie i w ten sam sposób, jak mianowani są członkowie. —

Wszyscy członkowie komisyi mają głos stanowczy.

Sprawozdawcą może być tylko członek komisyi. Sprawozdawcę mianuje w regule przewodniczący, w pojedynczych jednak przypadkach może Komisya sama ustanowić sprawozdawcę.

Komisya krajowa może w razie potrzeby powoływać rzeczoznawców z głosem doradczym.

Oprócz zakresu działania, w osobnych paragrafach niniejszej ustawy ustanowionego, ma komisya krajowa prawo i obowiązek kierować i dozorować wszystkie czynności szacunkowe, mianować delegatów z grona swojego lub innych do nadzorowania czynności Komisyi okręgowych, przekonywać się o postępie i o stosowności robót tych Komisyi. —

§. 8.

Komisye okręgowe.

Dla każdego okręgu szacunkowego ustanowioną będzie Komisya okręgowa, która składać się ma z przewodniczącego, mianowanego przez c. k. namiestnika, i z 8 członków, z których 4 mianuje namiestnik, 4 zaś innych Wydział krajowy po zasięgnieniu zdania Wydziału powiatowego. Z pomiędzy 4. członków mianowanych przez Namiestnika musi być przynajmniej 2. opłacających podatek gruntowy w ~~tymże~~ (tym samym) okręgu szacunkowym.

Członkowie Komisyi okręgowej mają zastępców, mianowanych w tej samej liczbie i w ten sam sposób, jak (mianowani są) ~~ich~~ członkowie.

Wszyscy członkowie Komisyi mają głos stanowczy.

Sprawozdawcą musi być jeden z członków Komisyi. Sprawozdawcę mianuje w regule przewodniczący, w pojedyńczych jednak przypadkach może Komisya sama mianować sprawozdawcę.

Jeżeli idzie o szacowanie lasów, powoła Komisya okręgowa rzeczoznawców lasowych z głosem ~~doradczym~~.

§. 9.

Kwalifikacya członków Komisyi.

Członkowie Komisyi krajowej i Komisyi okręgowych mogą być tylko krajowcy, ~~zna~~ (którzy) znają dokładnie język i gospodarskie stosunki krajowe.

§. 10.

Urzędnicy pomiarowi.

Tak Komisyi krajowej jak i Komisyom okręgowym dodani będą do czynności pomiarowych urzędnicy pomiarowi, znający dokładnie język krajowy.

§. 11.

Komplet potrzebny i stanowienie uchwał w Komisyi krajowej i okręgowej

Do każdego posiedzenia Komisyi po-

winien przewodniczący wezwać wszystkich członków Komisyi, a gdyby który z członków przybyć nie mógł jego zastępcę. Dowody uskutecznionego wezwania mają być złożone w aktach.

Do ukonstytuowania i ważności uchwał Komisyi potrzebną jest obecność przewodniczącego i przynajmniej połowy członków Komisyi. Gdyby na posiedzenie zwołane nie przybyła liczba członków do powzięcia uchwał potrzebna, wezwie przewodniczący wszystkich członków na posiedzenie następne z tą uwagą, że na tem posiedzeniu stanowione będą uchwały bez względu na liczbę członków obecnych.

Uchwały zapadają bezwzględną większością głosów członków na posiedzeniu obecnych. W razie równości głosów staje się uchwałą to zdanie, do którego przewodniczący się przyłączy.

§. 12.

Djety i koszta podróży.

Członkowie Komisyi, delegaci i rzeczoznawcy, o ile nie są czynnymi jako urzędnicy krajowi, mają prawo do wynagrodzenia ~~potrzebnych z tego powodu~~ kosztów podróży po 1 złr. za milę, niemniej do djet za dnie spędzone przy obradach lub przy innych czynnościach odbytych w pełnieniu obowiązków do wykonania niniejszej ustawy się odnoszących. Djety stanowią się po 5 fl. dziennie przy Komisyi krajowej, zaś po 3 fl. dziennie przy czynnościach gdzie indziej spełnianych.

§. 13.

Koszta szacowania gruntów.

Tak należytości w §. 13 ustanowione jakoteż inne koszta, z szacowania gruntów wynikające, ponosi Skarb Państwa.

Część III.
Ustanowienie taryfy klasyfikacyjnej.

Taryfa klasyfikacyjna.

§. 14.

Dla każdego okręgu i dystryktu szacunkowego ułożoną będzie taryfa klasyfikacyjna stanowiąca czysty dochód na morg gruntu każdej klasy w każdym rodzaju uprawy. —

Rodzaje uprawy.

§. 15.

Rodzajami uprawy są:

a. Role;
b. Łąki;
c. Ogrody;
d. Pastwiska;
e. Lasy;
f. Jeziora, moczary, stawy;
g. Grunta paryfikacyjne, t. j. takie, które mogłyby do produkcyi ziemiopłodów być użytemi, lecz z powodu innego ich użycia do tej produkcyi użytemi nie są, jakoto: kopalnie gliny, torfu, margle, piasku, wapna; place na składy lub warsztaty; miedze i rowy; z prywatne drogi i ścieżki; grunta pod kolejami żelaznemi, kamieniołomy; grunta użyte w przedsiębiorstwach górniczych na szachty, zbiorniki wód, i t. p.

Grunta nieproduktywne będą wykazane, lecz nie szacowane. —

Okręgi szacunkowe i dystrykty klasyfikacyjne.

§. 16.

Powiat polityczny jest w regule okręgiem szacunkowym.

Jeżeli zachodzą istotne różnice w klimacie, w stosunkach gospodarskich lub w stosunkach odbytu, albo też, jeżeli z innych przyczyn liczba klas w §. 17 ustanowiona nie jest dla powiatu wystarczającą, wtedy komisya okręgowa może po-

4 111

dzielić powiat na więcej dystryktów klasyfikacyjnych, a dla każdego z tych dystryktów ustanowiona będzie osobna taryfa klasyfikacyjna.

W razie potrzeby może komisya krajowa odstąpić od administracyjnego podziału kraju, i na powiaty i utworzyć mniejsze okręgi szacunkowe lub też przyłączyć do okręgu szacunkowego gminy w innym powiecie położone.

§. 17.

Liczba klass.

Dla jednego rodzaju uprawy nie może być więcej jak osim klass w jednym dystrykcie klasyfikacyjnym.

§. 18.

Operacye szacowania gruntów odbywają się równocześnie w całym Królestwie Galicyi i Lodomeryi i W. Księstwie Krakowskiem. –

§. 19.

Daty pomocnicze.

Datami pomocniczemi są:

a. Mapy katastralne.
b. Ceny zanieme gruntów, wyśledzone z piśmiennych w ostatnich 15 latach zdziałanych kontraktów, w moc których pojedyncze grunta lub całe posiadłości gruntowe do gospodarstwa ziemskiego użyte były wydzierżawione na czas najmniej trzyletni, albo też własność tych gruntów lub posiadłości z jednej osoby na drugą przeniesioną została. Sprzedaże przymusowe, niemniej wywłaszczenia dla użytku publicznego nie będą uwzględnione. –

C. k. namiestnik zarządzi dla każdego okręgu szacunkowego sporządzenie spisu kontraktów rzeczonych, zebranie kopii autentycznych tych kontraktów.

c. Daty o cenach drzewa w lesie na pniu i o sprzedaży drzewa na morgi, sążnie, lub inne przestrzenia; daty o czystym dochodzie z lasów, czerpane z rachunków lasowych, rządowych, fundusowych i gminnych, niemniej z innych rachunków, dokładnie i wiarygodnie prowadzonych. Daty te zbierane będą ile możności z ostatnich lat 15. przez sprawozdawcę Komisyi okręgowej.

§. 20.

Komisya okręgowa winna daty pomocnicze, w §. 20 wskazane, dokładnie rozpoznać, a w razie potrzeby uzupełnić i sprostować.

Przy rozpoznawaniu kontraktów w §. 20 lit. b. wskazanych wyłączy Komisya okręgowa parcele gruntowe, należące do przedmiotu na własność nabytego lub wydzierżawionego, niemniej przedmioty i ciężary razem z gruntami nabytemi lub wydzierżawionemi przyjęte. Z każdego kontraktu obliczy Komisya cenę kapitałową lub dzierżawną gruntów. Przy tem obliczeniu ma Komisya:

a. przyjąć za podstawę taką cenę zamienną (cenę kapitałową lub roczny czynsz dzierżawny) jaka jest umówiona w dokumencie strony obowiązującym;

b. potrącić od tej ceny wartość kapitałową lub użytkową wszystkich przedmiotów razem z gruntami za cenę rzeczoną nabytych lub zadzierżawionych;

c. dodać do tej ceny odpowiednią kwotę za podatki z dodatkami krajowemi i za inne ciężary razem z gruntami przez nabywcę lub dzierżawcę przyjęte. Do tych ciężarów nie mają być policzone

5 113

dodatki powiatowe, dodatki lub inne ciężary gminne i konkurencyjne, niemniej takie ciężary, które są wydatkami gospodarskiemi.

§. 21.

Prawidła dla ustanowienia taryfy klasyfikacyjnej. –

Pojedyncze pozycye taryfy klasyfikacyjnej (§. 14.) powinny dla każdego rodzaju uprawy tak być ustanowione i stopniowane, aby z ich zastosowaniu na grunta utrafiony był średni czysty dochód, jaki stale osiągnięty być może przy pospolitym u większości posiadłości gruntowej w dystrykcie klasyfikacyjnym sposobie gospodarowania i po odtrąceniu wszystkich wydatków gospodarskich, w dystrykcie zwyczajnych, do osiągnięcia tego czystego dochodu potrzebnych. –

Do ustanowienia lub uzasadnienia taryfy klasyfikacyjnej lub pojedynczych jej pozycyi nie są potrzebne szczegółowe wyrachowywania czystego dochodu, lecz wszystkie stosunki, na dochód gruntowy we wszystkich częściach dystryktu klasyfikacyjnego, wpływające powinny być tak rozważone, aby istotne różnice czystego dochodu w dystrykcie zachodzące ile można sii były uwzględnione

§. 22.

Szczegółowe okoliczności do uwzględnienia przy szacowaniu.

Tylko taki stan kultury gruntów może być uwzględniony, jaki się znajduje na gruntach, które dotąd trwale w sposób w okręgu zwyczajny, bez użycia sztucznych środków uprawy były zagospodarowane.

Grunta, które w skutek niezwyczajnej industryi lub niezwyczajnych wydatków do niezwyczajnie wysokiego dochodu są doprowadzone nie mogą być z tej przyczyny szacowane wyżej niż inne,

które pod względem innych stosunków w jednakowym z niemi znajdują się położeniu.-

Parki i inne ogrody spacerowe, szacowane będą zarówno z odpowiedniemi rolami, łąkami lub lasami.-

Wartość drzewa znajdującego się w lasach w czasie szacowania nie będzie uwzględnioną.-

Grunta, które równocześnie wydają płody należące do różnych rodzajów uprawy /: n.p. pastwiska porosłe drzewami, lasy rzadkie, w których kosi się trawa:/, niemniej grunta zmiennego rodzaju uprawy /: które n.p. parę lat jako role potem jako pastwiska, albo parę lat jako stawy potem jako role lub łąki się używają:/ zaliczone będą, według płodów, jakie na nich przeważnie się uzyskają lub według przeważającego sposobu ich użycia, do jednego z wskazanych w §.15. pojedyńczych rodzajów uprawy; przy zastosowywaniu jednak stopni taryfy do tych gruntów uwzględniony będzie ten dochód, jaki przynosić mogą przy faktycznym sposobie ich użycia i przy wydatkach, jakich to użycie wymaga.

Grunta paryfikacyjne (: §.15. lit. g.:) mają być szacowane tak jak grunta je okalające lub z niemi graniczące.-

Jeżeli w okręgu szacunkowym są znaczniejsze masy takich gruntów, na które potrzeba łożyć trwałe wydatki szczególne, wtedy już stopnie taryfy klasyfikacyjnej dla tych gruntów należy tak ustanowić, aby rzeczone wydatki znalazły uwzględnienie. Jeżeli takich gruntów w okręgu jest mało, to należy je dla uwzględnienia rzeczonych wydatków zaliczać

Uzasadnienie taryfy klasyfikacyjnej.

Projekt taryfy klasyfikacyjnej.

do niższej klasy taryfowej. –

§. 23.

Pozycye taryfy klasyfikacyjnej powinny być uzasadnione przez porównanie z pospolitą wartością gruntów kapitałową i dzierżawną, t. j. z takiemi cenami, jakie rozsądny nabywca lub dzierżawca w nadziei osiągnięcia zwykłego odceny kupna procentu lub czynszu dzierżawnego, płaci zwyczajnie za morg gruntu dotyczących klas i rodzajów uprawy, średniej jakości, w sposób pospolity zagospodarowanego. –

§. 24.

Komisya okręgowa sporządza najpierw po dokładnem zbadaniu rzeczy projekt taryfy klasyfikacyjnej.

Przy tej czynności porówna Komisya grunta każdego rodzaju najwięcej wartości mające z temi które najmniejszą mają wartość i rozważy, jakie jeszcze średnie klasy powinny być przyjęte i na wiele klas każdy rodzaj uprawy, z uwzględnieniem ograniczenia w §. 17. wskazanego, ma być podzielony, aby istotne różnice czystego dochodu w dystrykcie klasyfikacyjnym zachodzące ile możności były uwzględnione. –

A. Taryfa klasyfikacyjna ma być ułożoną podług wzoru w załączniku A. zawartego. Średni czysty dochód każdej klasy każdego rodzaju uprawy oznaczony

B. będzie w cyfrze podług tabelli B. załączonej. Jeżeli czysty dochód przez Komisyę dla klasy wyśledzony trafia między dwa stopnie tej tabelli, wtedy winien być zastosowany ten stopień, który do wyśledzonego czystego dochodu najwięcej jest przybliżonym. –

§. 25.

Rozpoznanie taryffy.

Projektowaną taryffę klasyfikacyjną winna Kommisya okręgowa powtórnemu i staranniemu poddać rozpoznaniu, tym celem obejść dystrykt klasyfikacyjny i po takim rozpoznaniu taryffę w razie potrzeby, z uwzględnieniem także taryf okręgów sąsiednich, sprostować i ostatecznie ustanowić.–

Przy obejściu dystryktu klasyfikacyjnego powinna opisać Kommisya pojedyńcze klasy różnych rodzajów uprawy, co do jakości gruntu i co do innych na wartość i dochód wpływających okoliczności, w osobnym akcie. Kommisya winna podać także w których częściach dystryktu klasyfikacyjnego głównie znajdują się pojedyńcze klasy rozmaitych rodzajów uprawy, w jakim co do przestrzeni stosunku znajdują się pojedyńcze klasy rozmaitych rodzajów uprawy, w jakim co do przestrzeni stosunku znajdują się rodzaje uprawy i ich klasy, i jaki w przybliżeniu podług zdania Kommisyi jest przeciętny czysty dochód, i jaka przeciętna wartość kapitałowa i dzierżawna jednego morga gruntu każdego rodzaju uprawy i każdej klasy.–

Przy obchodzeniu dystryktu wyszuka Kommisya także w znacznej ile możności liczbie grunta wzorowe, z którymi porównywane być mają inne grunta dystryktu klasyfikacyjnego dla umieszczenia ich w klasy stosowne.

C. Grunta wzorowe opisze Kommisya w osobnym wykazie sporządzonym podług wzoru C.

§. 26.

Rozpoznanie taryfy w Komisyi Krajowej. –

Sprostowaną taryfę klasyfikacyjną przeszle komisya okręgowa Komisyi Krajowej razem z aktami do jej ocenienia potrzebnemi.

Komisya krajowa, która w czasie czynności poprzedzających zebrała już przez delegowanych swoich potrzebne wiadomości, rozpozna starannie taryfę klasyfikacyjną każdego okręgu, przyczem szczególnie baczyć będzie na zachowanie sprawiedliwego między pojedynczemi okręgami stosunku. –

Przy rozpoznawaniu taryf może Komisya krajowa powołać pojedynczych członków komisyi okręgowych dla zasięgnienia wyjaśnień.

Komisya krajowa zarządzi w razie potrzeby usunięcie wątpliwości lub błędów i ustanowi taryfę dla każdego dystryktu klasyfikacyjnego. –

§. 27.

Ogłoszenie taryf.

Taryfy klasyfikacyjne, przez Komisyę ~~okręgową~~ krajową dla wszystkich okręgów ustanowione, ogłoszone będą w dzienniku urzędowym i przesłane komisyom okręgowym. –

Komisya okręgowa doręczy ustanowioną dla swojego okręgu taryfę gminom, niemniej większym właścicielom, do gminy nienależącym i tym, którzy w gminie przynajmniej szóstą część podatku gruntowego opłacają, aby im dać sposobność do wystąpienia z możliwemi zarzutami. –

§. 28.

Wnoszenie zarzutów.

Zarzuty gmin i większych właścicieli przeciw taryfom klasyfikacyjnym winny

być wniesione w terminie nieprzekraczal-
nym dwóch miesięcy licząc od dnia dorę-
czenia do komisyi okręgowej, która je
prześle komisyi krajowej ze swojemi
uwagami i swojemi własnemi przeciw
taryfom przedstawieniami, jeżeli takowe
uzna za potrzebne —

§. 29.

Komisya rozpoznawszy wniesione zarzuty
zarządzi uwzględnienie tych które uzna
za słuszne, ułoży zestawienie taryf klasy-
fikacyjnych dla wszystkich okręgów
szacunkowych i dystryktów klasyfi-
kacyjnych podług wzoru D. i prześle

D.

takowe komisyom szacunkowym z polece-
niem, aby przystąpiły niezwłocznie do kla-
sowania gruntów na podstawie taryf
zatwierdzonych. —

Część IV.

Klasowanie gruntów.

§ 30.

Klasowanie gruntów jest zastoso-
waniem pojedyńczych stopni taryfy kla-
syfikacyjnej do każdego pojedyńczego,
podatkowi ulegającego gruntu w gmi-
nach i w okręgu lub dystrykcie sza-
cunkowym.

Celem klasowania gruntów podzielo-
ny będzie okręg ;: względnie dystrykt :/ sza-
cunkowy, o ile to będzie potrzebnem,
na części, w których po dwóch delegatów
komisyi okręgowej, przez nią z jej grona
wybranych, wykona klasowanie dla po-
jedyńczych gmin i dla obszarów dwor-
skich z gminami nie połączonych.
W razie potrzeby doda do komisya tym
delegatom rzeczoznawcę lasowego, który
będzie miał głos tylko doradczy. Gdzie-

by się delegaci nie mogli zgodzić mię-
dzy sobą, zapisze każdy z nich osobno
zdanie swoje. —

O czasie, w którym klasowanie ma
być przedsięwzięte, należy uwiadomić
naprzód przełożonych gminy i obszaru
dworskiego. —

Do współdziałania przy klasowaniu
powołani będą, jako mężowie zaufa-
nia przełożeni gminy i obszarów dwor-
skich, niemniej ci posiadacze gruntów,
którzy przynajmniej szóstą część ogól-
nego podatku gruntowego w gminie opła-
cają. —

Przy klasowaniu gruntów mają być
zachowane przepisy §§. 21 i 22 i powinien
być miany wzgląd na pospolitą wartość
gruntów i na wszystkie na dochód wpły-
wające okoliczności; nie można jednak
uwzględniać lepszej, od pospolitej różnią-
cej się uprawy u gospodarzy pilniejszych,
anitéż uprawy gorszej z niedbalstwa
pochodzącej. Operacye klasowania mają
być porównywane z pospolitą war-
tością (§. 23.) tak pojedynczych gruntów
jakotéż całych posiadłości. —

Kawałki gruntów, których rozległość
nie przenosi 400 sążni kwadratowych powinny
być policzone do okalającego je rodzaju upra-
wy, chociażby faktycznie należały do innego,
a jeżeli są okolone rozmaitemi rodzajami
uprawy, powinny być policzone do tego, do
którego w jakości i dochodzie najwięcej są
zbliżone; do ogrodów jednak mogą kawałki
gruntów, które nie są faktycznie ogrodami,
tylko wtedy być policzone jeżeli ich roz-
ległość nie przenosi 100 sążni kwadratowych.
Wyjątek od reguły następuje wtedy, gdy
różnica między dochodem obu rodzajów

kultury, a względnie klas, jest tak wielka, że przez ich policzenie do jednej czysty ich dochód, razem wzięty, byłby o 10% podniesiony lub zniżony. –

Również kawałki jednego gruntu, które nie mają więcej jak 1 morg objętości, policzone będą do tej klasy, do której większa część gruntu należy, jeżeli przez to czysty dochód całego gruntu nie byłby o 10% podniesiony lub zniżony. –

Każdy obszar lasowy stanowiący faktycznie jedną całość, powinien być policzony do jednej klasy podług przeciętnego czystego dochodu jaki dać może ze względu na wszystkie okoliczności na ten dochód wpływające, bez uwzględnienia jednak drzewostanu w czasie szacowania się znajdującego. Jeżeli jednak w takim obszarze znajdują się przestrzenie nierozerwane, mające więcej niż 50 morgów, które pod względem jakości gruntów, rodzajów drzewa i innych na czysty dochód wpływających okoliczności, znacznie od siebie się różnią, wtedy można dla nich przyjąć klas więcej. –

Operaty klasowania we wszystkich gminach i obszarach dworskich rozpozna Komisya okręgowa, zarządzi w razie wątpliwości lub dostrzeżonych usterek sprawdzenie przez Komisye lokalne, ~~[illegible]~~ a jeżeliby jej się okazała potrzeba zmiany pojedynczych pozycyi taryfy klasyfikacyjnej przedłoży wnioski tych zmian Komisyi Krajowej do rozstrzygnienia.

Po ukończeniu rozpoznania operatów klasowania sprostuje Komisya Krajowa takowe w miarę potrzeby i zarządzi ułożenie wykazów i zestawień w §. 32. wymienionych. —

Część V.

Pomiar i wykazy rezultatów szacunkowych.

Sprostowanie operatów pomiarowych

§. 31.

Urzędnicy pomiarowi, Komisyi okręgowej oddani, mają rozpoznawać katastralne operaty pomiarowe i prostować takowe o ile potrzeba się okaże, pod względem pomiaru, nazwy niw, rodzajów uprawy i nazwisk posiadaczy.—

W operatach pomiarowych może być grunt tylko wtedy zapisanym jako sporny, jeżeli jego posiadanie faktycznie jest spornem.

§. 32.

Rejestra szacunkowe i zestawienia rezultatów.—

E.
F.

G.

Rezultaty klasyfikacyi i klasowania zapiszą urzędnicy pomiarowi w operaty pomiarowe i ułożą dla każdej gminy wykaz szacunkowy podług ~~tego~~ wzoru ~~każdej gminy~~ E., niemniej zestawienie podług wzoru F. które ma przedstawić sumę przestrzeni wszystkich gruntów każdego rodzaju uprawy i każdej klasy w gminie.

Na podstawie tych zestawień ułożone będzie podług wzoru G. zestawienie sumaryczne dla całego okręgu szacunkowego w którem wykazaną będzie suma przestrzeni wszystkich gruntów każdego rodzaju uprawy i każdej klasy całego okręgu. Jeżeli w okręgu szacunkowym było więcej dystryktów klasyfikacyjnych, wtedy takie zestawienie sporządzone będzie dla każdego dystryktu osobna i dla całego okręgu. W tem zestawieniu ma być także podług przestrzeni i zastosowanych stopni taryfowych, obliczony i wykazany czysty dochód każdej klasy, każdego rodzaju uprawy, niemniej przeciętny czysty dochód z morga każdego rodzaju uprawy i każdej klasy dla każdej gminy, dla każdego

dystryktu i dla całego okręgu szacunkowego.—

Część VI

Reklamacye.

§. 33.

Po ukończonych operacyach klasowania w całym okręgu szacunkowym lub dystrykcie klasyfikacyjnym, ogłosi przewodniczący komisyi szacunkowej, że każdemu wolne jest wglądanie w wykazy szacunkowe i zestawienia z tego okręgu lub dystryktu klasyfikacyjnego, i prześle każdemu przełożonemu gminy i obszaru dworskiego wykaz szacunkowy i zestawienie dotyczące tej gminy lub tego obszaru, z tą uwagą, że reklamacya przeciw klasowaniu winny być wniesione do komisyi okręgowej w terminie nieprzekraczalnym dwóch miesięcy licząc od dnia doręczenia wykazu.

Przeciw klasowaniu służy prawo reklamacyi gminom, posiadaczom obszarów dworskich, niemniej każdemu płacącemu podatek gruntowy, a to tak względem swoich własnych jak i względem obcych gruntów. Reklamacye te mogą być czynione:

a. przeciw policzeniu gruntów od podatku wolnych do gruntów podatkowi ulegających, niemniej przeciw policzeniu gruntów podatkowi ulegających do gruntów wolnych;

b. przeciw mylnemu opisaniu nazwiska posiadacza;

c. przeciw mylnemu wymiarowi przestrzeni;

d. przeciw błędnemu policzeniu gruntu do niewłaściwej klasy lub do niewłaściwego rodzaju uprawy;

c. przeciw błędom obliczenia przestrzeni i czystego dochodu pojedyńczych rodzajów uprawy i klas w wykazie szacunkowym;

Reklamacye pojedyńczych posiadaczy gruntów mogą, podług woli reklamanta, wniesione być albo do Komisyi okręgowej albo do przełożonego gminy, piśmiennie lub ustnie do protokołu.

Przełożony gminy powinien w przeciągu ośmiu dni po upływie terminu reklamacyjnego przedłożyć Komisyi okręgowej reklamacye do niego wniesione, lub donieść że reklamacyi niema żadnych.

Reklamacye wniesione rozpoznaje Komisya okręgowa, w razie potrzeby przez Komisyą na miejsce z swego grona delegowaną, do której jednak nie mogą należeć ci członkowie Komisyi, którzy w tem miejscu klasowanie wykonali.

Na podstawie rozpoznania winna Komisya okręgowa rozstrzygnąć o reklamacyach w czasie najkrótszym.—

Jeżeli Komisya okręgowa jednogłośnie uzna reklamacyą za nieuzasadnioną, to wtedy reklamant niema prawa odwołania się od jéj decyzyi.

Wszystkie inne reklamacye, o których Komisya okręgowa rozstrzygnie w zupełności lub częściowo przeciw żądaniu reklamanta, winna Komisya ta przedłożyć ze zdaniem swojem o nich Komisyi Krajowej i zarazem przesłać jéj wszystkie akta szacunkowe.—

Część III

Ostateczne rozstrzygnienie i rozkład podatku.

§. 34.

Komisya Krajowa rozstrzyga o reklamacyach jéj przedłożonych, zarazem [illegible]

utworzenie zestawień rezultatów szacowania dla każdego okręgu szacunkowego i dla całego kraju, niemniej porównanie tych rezultatów z cenami zamiennemi gruntów (§. 19 b. i §. 20) rozpoznaje te rezultaty szczególnie ze względu zachowania słusznego stosunku między okręgami, zarządza w razie potrzeby zmianę taryfy klasyfikacyjnej lub usunięcie wątpliwości i sprostowanie błędów, i wydaje o całym akcie decyzyę ostateczną.

Gdyby w którym okręgu szacunkowym lub dystrykcie klasyfikacyjnym dostrzeżone były takie błędy, które nie mogą być sprostowane samą tylko zmianą taryfy klasyfikacyjnej, wtedy Komisya krajowa ma prawo zarządzić nowe klasowanie przez nową Komisyę okręgową, która podług §. 8. ma być ustanowiona. Przeciw temu nowemu klasowaniu służy także prawo reklamacyi, które jednak nie wstrzymuje rozkładu podatku, mającego się tymczasowo odbyć na podstawie klasowania przez nową Komisyę zdziałanego.

§. 33.

Podług ostatecznej decyzyi Komisyi krajowej zarządzi c. k. namiestnik sprawdzenie, a ile tego potrzeba się okaże także sprostowanie obliczeń oszacowanego czystego dochodu dla pojedyńczych powiatów, gmin i gruntów, podług którego podatek na te powiaty gminy i grunta ma być rozłożony (§. 5.) —

1.

11 82 110

Projekt do ustawy

O regulacyi podatku gruntowego.

w ~~dla~~ Królestwie Galicyi i Lodomeryi i Wielkiem Księstwie Krakowskiem.

Część I.

Ogólne postanowienia.

§. 1.

Przedmiot podatkowi gruntowemu ulegający.

Podatkowi gruntowemu ulegają wszystkie powierzchnie gruntowe, które mogą być w gospodarstwie do produkcyi ziemiopłodów użyte, o ile od tego podatku ustawą nie są uwolnione.

§. 2.

Uwolnienie od podatku.

Wolne od podatku gruntowego są:

a. moczary, jeziora i stawy, które nie są ~~kultywowane~~ uprawiane i nie dają pożytku przez rybołóstwo lub przez używanie trzciny albo torfu;

b. ~~publiczne~~ drogi i ścieżki [publiczne, niemniej takie prywatne, które ~~do~~ służą do użytku więcej niż jednego ~~właściciela~~, posiadacza;] place i ulice; kanały, wodociągi, łożyska rzek i potoków; rowy do odprowadzenia wody; ~~i miedze~~.

c. publiczne cmętarze, dopóki na inny użytek obróconemi nie będą

d: grunta ~~zajęte~~ (pod) budynkami i dziedzińce;

~~e: grunta nieproduktywne (nieużytki)~~

e, Nieużytki (grunta nieproduktywne)

§. 3.

Czasowe uwolnienie.

Czasowo od podatku gruntowego uwolnione będą grunta nieproduktywne, które przez uprawę stały się produktywnemi, a mianowicie: na lat 30, jeżeli stały się produktywnemi przez założenie lasów wysokopiennych, na lat 10 zaś, jeżeli innym sposobem do produktywności zostały przyprowadzone. ~~Lata te liczą się~~ ~~Lata te liczą się~~ od czasu, w którym przyprowadzenie do stanu produktywności zostało ukończone:

~~grunta produktywne, zamienione na lasy wysokopienne uwolnione będą od podatku na lat 15, zamienione zaś na lat 6 lasy niskopienne na lat 6.~~

Czasowo od podatku gruntowego uwolnione będą także grunta produktywne, jeżeli dla ~~polepszenia ich~~ powiększenia pożytku z nich zamienione zostały na lasy. Uwolnienie to trwać będzie przy lasach wysokopiennych lat 15, przy niskopiennych zaś lat 6.

rozkład podatku

§ 4

Summa ogólna podatku gruntowego ustawą krajową ~~oznaczona~~ ~~§ ..~~ rozkłada ~~Podatek gruntowy wymierza~~ się na pojedyncze ~~powiaty~~ (powiaty), gminy i na pojedyncze grunta ~~podług pewnego ustawą krajową oznaczonego procentu od~~ (w miarę) wyśledzonego czystego dochodu. –

Czysty dochód

§. 5.

Jako czysty dochód uważany

§. 8.

Komisye okręgowe.

Dla każdego okręgu szacunkowego ustanowioną będzie Komisya okręgowa, [składająca się] ~~która (ma być złożona) składać się ma~~ z przewodniczącego, mianowanego przez c. k. Namiestnika, i z 8. członków, z których 4. mianuje Namiestnik, 4 zaś innych Wydział Krajowy po zasięgnięciu zdania Wydziału powiatowego. Z pomiędzy 4. członków, mianowanych przez Namiestnika, musi być przynajmniej 2 opłacających podatek gruntowy w tym samym okręgu szacunkowym.

Członkowie komisyi okręgowej mają zastępców, mianowanych w tej samej liczbie i w ten sam sposób, jak mianowani są członkowie sami.

Wszyscy członkowie komisyi mają głos stanowczy.

Sprawozdawcą musi być jeden z członków komisyi. Sprawozdawcę mianuje w regule przewodniczący; w pojedyńczych jednak przypadkach może Komisya sama mianować sprawozdawcę.

Jeżeli idzie o szacowanie lasów, powoła komisya okręgowa rzeczoznawców lasowych z głosem doradczym. –

§. 9.

Kwalifikacya członków komisyi.

Członkowie komisyi krajowej i ko-

misyi okręgowych mogą być tylko kra-
jowcy, którzy znają dokładnie język i
gospodarskie stosunki krajowe.

§. 10.

Urzędnicy pomiarowi.

Jak komisyi krajowej jak i komisyom
okręgowym dodani będą do czynności
pomiarowych urzędnicy pomiarowi,
znający dokładnie język krajowy.

§. 11.

Komplet potrzebny i stanowie-
nie uchwał w komisyi krajo-
wej i okręgowej.

Do każdego posiedzenia komisyi po-
winien przewodniczący wezwać wszystkich
członków komisyi, a gdyby który z człon-
ków przybyć nie mógł jego zastępcę.
Dowody uskutecznionego wezwania ma-
ją być złożone w aktach.

Do ukonstytuowania i ważności u-
chwał komisyi potrzebną jest obecność
przewodniczącego i przynajmniej połowy
członków komisyi. Gdyby na posiedze-
nie zwołane nie przybyła liczba
członków do powzięcia uchwał potrze-
bna, wezwie przewodniczący wszyst-
kich członków na posiedzenie nastę-
pne z tą uwagą, że na tem posiedze-
niu stanowione będą uchwały bez
względu na liczbę członków obecnych.

Uchwały zapadają bezwzględną
większością głosów tych członków, którzy na

posiedzeniu członków obecnych. W razie równo-
ści głosów staje się uchwałą to zdanie,
do którego przewodniczący się przyłączy.

§. 12.

Dyety i koszta podróży.

Członkowie komisyi, delegaci i rze-
czoznawcy, o ile nie są czynnymi jako
urzędnicy krajowi, mają prawo do wy-
nagrodzenia kosztów podróży po 1 Złr. za
milę, niemniej do dyet za dnie, spę-
dzone przy obradach lub przy innych
czynnościach odbytych w pełnieniu
obowiązków do wykonania niniejszej
ustawy się odnoszących. Dyety sta-
nowią się po 5 ft. dziennie przy ko-
misyi krajowej, zaś po 3 ft. dziennie
przy czynnościach gdzieindziej speł-
nianych.

§. 13.

Koszta szacowania gruntów.

Tak należytości w §. 12 ustano-
wione jakoteż inne koszta, z szacowa-
nia gruntów wynikające, ponosi
skarb państwa.

Część III

Ustanowienie taryfy klasyfikacyjnej.

§. 14.

Taryfa klasyfikacyjna

Dla każdego okręgu (dystryktu)

szacunkowego ułożoną będzie taryfa klasyfikacyjna, stanowiąca czysty dochód na morg gruntu każdéj klasy w każdym rodzaju uprawy.

§.15.

Rodzaje uprawy

Rodzajami uprawy są:

a. Role
b. Łąki
c. Ogrody
d. Pastwiska
e. Lasy
f. Jeziora, moczary, stawy
g. Grunta paryfikacyjne, t.j. takie, które mogłyby do produkcyi ziemiopłodów być użyte, lecz z powodu innego ich użycia do téj produkcyi użytémi nie są, jakoto: kopalnie gliny, torfu, marglu, piasku, wapna, place na składy lub warsztaty, ~~mie~~ (mie)dze i rowy (z wyjątkiem rowów do odprowadzenia wody), prywatne drogi i ścieżki do użytku jednego ~~[illegible]~~ posiadacza służące, ~~prywatne drogi i ścieżki~~ grunta pod kolejami żelaznemi, kamieniołomy, grunta użyte w przedsiębiorstwach górniczych na szachty, zbiorniki wód, i.t.p.

~~Grunta nieprodukcyjne~~ (Nieużytki) będą wykazane, lecz nie szacowane.

§.16.

Okręgi szacunkowe i dystrykty klasyfikacyjne.

Powiat polityczny jest w regule okręgiem szacunkowym.

Jeżeli zachodzą istotne różnice w klimacie, w stosunkach gospodarskich lub w stosunkach odbytu, albo też, jeżeli z innych przyczyn liczba klas w §. 17. ustanowiona niejest dla powiatu wystarczającą, wtedy komisya okręgowa może podzielić powiat na więcej dystryktów klasyfikacyjnych, i dla każdego z tych dystryktów ustanowiona będzie osobna taryfa klasyfikacyjna.

W razie potrzeby może Komisya krajowa odstąpić od administracyjnego podziału kraju na powiaty i utworzyć mniejsze okręgi szacunkowe lub też przyłączyć do okręgu szacunkowego gminy w innym powiecie położone.

§. 17.

Liczba klas:

Dla jednego rodzaju uprawy nie może być więcej jak ośm klas w jednym dystrykcie klasyfikacyjnym.

§. 18.

Operacye szacowania gruntów odbywają się równocześnie w całym królestwie Galicyi i Lodomeryi i Wielkiem Księztwie Krakowskiem.

Daty pomocnicze.

§. 19.

Datami pomocniczemi są:

a. Mapy katastralne.

b. Ceny zamienne gruntów, wyśledzone z pisemnych w ostatnich 15 latach zdziałanych kontraktów, w moc których pojedyncze grunta lub całe posiadłości gruntowe do gospodarstwa ziemskiego użyte były wydzierżawione na czas najmniej trzyletni, albo też własność tych gruntów lub posiadłości z jednej osoby na drugą przeniesioną została. Sprzedaże przymusowe, niemniej wywłaszczenia dla użytku publicznego nie będą uwzględnione.

C. k. Namiestnik zarządzi dla każdego okręgu szacunkowego sporządzenie spisu kontraktów rzeczonych i zebranie kopii autentycznych tych kontraktów.

c. Daty o cenach drzewa w lesie na pniu i o sprzedaży drzewa na morgi, sekcye lub inne przestrzenie; daty o czystym dochodzie z lasów, czerpane z rachunków lasowych, rządowych, funduszowych i gminnych, niemniej z innych rachunków, dokładnie i wiarygodnie prowadzonych. Daty te zbierane będą ile możności z ostatnich lat 15. przez sprawozdawcę komisyi okręgowej.

§. 20.

Komisya okręgowa winna daty pomocnicze w §. 20 wskazane, dokładnie

rozpoznać, a w razie potrzeby uzupełnić i sprostować.

Przy rozpoznawaniu kontraktów w §. 20 lit. b. wykazanych, wyśledzi komisya okręgowa parcele gruntowe, należące do przedmiotu na własność nabytego lub wydzierżawionego, niemniej przedmioty i ciężary razem z gruntami nabytymi lub wydzierżawionymi przejęte. Z każdego kontraktu obliczy komisya cenę kapitałową lub dzierżawną gruntów. Przy tém obliczeniu ma komisya:

a. przyjąć za podstawę taką cenę zamienną /: cenę kapitałową lub roczny czynsz dzierżawny :/ jaka jest umówiona w dokumencie strony obowiązującym;

b. potrącić od téj ceny wartość kapitałową lub użytkową wszystkich przedmiotów razem z gruntami za cenę rzeczoną nabytych lub zadzierżawionych;

c. dodać do téj ceny odpowiednią kwotę za podatki z dodatkami krajowemi i za inne ciężary razem z gruntami przez nabywcę lub dzierżawcę przyjęte. Do tych ciężarów nie mają być policzone: dodatki do podatków na potrzeby powiatowe, ~~dodatki [illegible] dodatki do podatków~~ ~~na potrzeby~~ ~~(lub inne ciężary gminne i konkur~~ ~~ciężary konkurencyjne dla dróg, kościołów, szkół, i t. p.~~ ~~rencyjne, niemniej takie ciężary, które są wydatkami gospodarskimi~~

dodatki do podatków i inne ciężary na potrzeby gminne; ciężary konkurencyjne dla ~~[illegible]~~ kościołów, szkół, dróg i. t. p.; na koniec takie ciężary, które są wydatkami ~~[illegible]~~ gospodarskiemi.
~~[illegible]~~

Prawidła dla ustanowienia taryfy klassyfikacyjnej.

§. 21.

Pojedyncze pozycye taryfy klassyfikacyjnej /:§.14:/ powinny dla każdego rodzaju uprawy tak być ustanowione i stopniowane, aby w ich zastosowaniu na grunta utrafiony był średni czysty dochód, jaki stale osiągnięty być może przy pospolitym u większości posiadłości gruntowej w dystrykcie klassyfikacyjnym sposobie gospodarowania i po odtrąceniu wszystkich wydatków gospodarskich, w dystrykcie zwyczajnych, do osiągnięcia tego czystego dochodu potrzebnych.

Do ustanowienia lub uzasadnienia taryfy klassyfikacyjnej lub pojedynczych jej pozycyi nie są potrzebne szczegółowe wyrachowywania czystego dochodu, lecz wszystkie stosunki, na dochód gruntowy we wszystkich częściach dystryktu klassyfikacyjnego wpływające, powinny być tak rozważone, aby istotne różnice czystego dochodu w dystrykcie zachodzące ile możności były uwzględnione.

Szczegółowe okoliczności do uwzględnienia przy szacowaniu.

§. 22.

Tylko taki stan kultury gruntów może być uwzględniony, jaki się znajduje na gruntach, które dotąd trwale w sposób w okręgu zwyczajny, bez użycia sztucznych środków uprawy,

były zagospodarowane.

Grunta, które w skutek niezwyczajnéj industryi lub niezwyczajnych wydatków do niezwyczajnie wysokiego dochodu są doprowadzone; nie mogą być z téj przyczyny szacowane wyżéj niż inne, które pod względem innych stosunków w jednakowym z niemi znajdują się położeniu.

Parki i inne ogrody spacerowe szacowane będą zarówno z odpowiedniemi łąkami, rolami lub lasami.

Wartość drzewa znajdującego się w lasach w czasie szacowania nie będzie uwzględnioną.

Grunta, które równocześnie wydają płody należące do różnych rodzajów uprawy /: n.p. pastwiska porosłe drzewami, lasy rzadkie, w których kosi się trawa :/ niemniéj grunta zmiennego rodzaju uprawy /: które n.p. parę lat jako role, potém jako pastwiska, a parę lat jako stawy potem jako role lub łąki się używają :/ zaliczone będą według płodów, jakie na nich przeważnie się uzyskują lub według przeważającego sposobu ich użycia, do jednego z wskazanych w §. 15. pojedynczych rodzajów uprawy; przy zastosowywaniu jednak stopni taryfy do tych gruntów, uwzględ„

dniony będzie ten dochód, jaki przyno„
sić mogą przy faktycznym sposobie
ich użycia i przy wydatkach, jakich
to użycie wymaga.

Grunta paryfikacyjne (:§. 15. lit. g:)
mają być szacowane tak jak grunta
je okalające lub z niemi graniczące.

Jeżeli w okręgu szacunkowym
są znaczniejsze masy takich grun„
tów, na które potrzeba łożyć trwałe
wydatki szczególne, wtedy już sto„
pnie taryfy klasyfikacyjnej dla tych
gruntów należy tak ustanowić, aby
rzeczone wydatki znalazły uwzglę„
dnienie. Jeżeli takich gruntów
w okręgu jest mało, to należy je
dla uwzględnienia rzeczonych wy„
datków zamieścić do niższej kla„
sy taryfowej.

§. 23.

Uzasadnienie taryfy klasy„
fikacyjnej.

Pozycye taryfy klasyfikacyjnej
powinny być uzasadnione przez po„
równanie z pospolitą wartością grun„
tów kapitałową i dzierżawną t. j. z
takiemi cenami, jakie rozsądny
nabywca lub dzierżawca w nadziei
osiągnięcia zwykłego od ceny kupna
procentu lub czynszu dzierżawnego,
płaci zwyczajnie za morg gruntu
dotyczących klas i rodzajów upra„
wy, średniej jakości, w sposób pospo„

lity zagospodarowanego.

§. 24.

Projekt taryfy klasyfikacyjnéj.

Komisya okręgowa sporządza najpierw po dokładném zbadaniu rzeczy projekt taryfy klasyfikacyjnéj.

Przy téj czynności porówna komisya grunta każdego rodzaju najwięcéj wartości mające z témi które najmniejszą mają wartość i rozważy jakie jeszcze średnie klasy powinny być przyjęte i na wiele klas każdy rodzaj uprawy, z uwzględnieniem ograniczenia w §. 17. wskazanego, ma być podzielony, aby istotne różnice czystego dochodu w dystrykcie klasyfikacyjnym zachodzące ile możności były uwzględnione.

A. Taryfa klasyfikacyjna ma być ułożoną podług wzoru w załączniku A. zawartego. Średni czysty dochód każdéj klasy każdego rodzaju uprawy oznaczony będzie w cyfrze podług tabeli B. zaokrąglonej. Jeżeli czysty dochód przez komisyę dla klasy wyśledzony trafia między dwa stopnie téj tabeli, wtedy winien być zastosowany ten stopień, który do wyśledzonego czystego dochodu najwięcéj jest przybliżonym.

B.

§25.

<u>Rozpoznanie taryfy.</u>

Projektowaną taryfę klasyfikacyjną winna Komisya okręgowa powtórnemu i starannemu poddać rozpoznaniu, tym celem obejść dystrykt klasyfikacyjny i po takim rozpoznaniu taryfę w razie potrzeby, z uwzględnieniem także taryf okręgów sąsiednich, sprostować i ostatecznie ustanowić.

Przy obejściu dystryktu klasyfikacyjnego powinna opisać Komisya pojedyncze klasy różnych rodzajów uprawy, co do jakości gruntu i co do innych na wartość i dochód wpływających okoliczności, w osobnym akcie. Komisya winna podać także w których częściach dystryktu klasyfikacyjnego głównie znajdują się pojedyncze klasy rozmaitych rodzajów uprawy, w jakim co do przestrzeni stosunku znajdują się pojedyncze klasy rozmaitych rodzajów uprawy ~~a jakim co do przestrzeni stosunku~~ i ich klasy i jaki w przybliżeniu podług zdania Komisyi jest przeciętny czysty dochód, i jaka przeciętna wartość kapitałowa i dzierżawna jednego morga gruntu każdego rodzaju uprawy i każdej klasy.

Przy obchodzeniu dystryktu wyszuka Komisya także w znacznej ile możności liczbie grunta wzorowe

z którémi porównywane być mają inne grunta dystryktu klasyfikacyjnego dla umieszczenia ich w klasy stosowne. –

Grunta wzorowe opisze komisya w osobnym wykazie sporządzonym podług wzoru C.

C.

§. 26.

Rozpoznanie taryfy w komisyi krajowéj.

Sprostowaną taryfę klasyfikacyjną prześle komisya okręgowa komisyi krajowéj razem z aktami do jéj ocenienia potrzebnémi.

Komisya krajowa, która w czasie czynności poprzedzających zebrała już przez delegowanych swoich potrzebne wiadomości, rozpozna starannie taryfy klasyfikacyjne każdego okręgu, przyczém szczególnie baczyć będzie na zachowanie sprawiedliwego między pojedynczymi okręgami stosunku.

Przy rozpoznawaniu taryf może Komisya krajowa powołać pojedynczych członków komisyi okręgowych dla zasiągnienia wyjaśnień.

Komisya krajowa zarządzi w razie potrzeby usunięcie wątpliwości lub błędów i ustanowi taryfę dla każdego dystryktu klasyfikacyjnego.

Ogłoszenie taryf.

§. 27.

Taryfy klasyfikacyjne, przez Komisyę krajową dla wszystkich okręgów ustanowione, ogłoszone będą w dzienniku urzędowym i przesłane Komisyom okręgowym.

Komisya okręgowa doręczy ustanowioną dla swojego okręgu taryfę gminom, niemniej większym właścicielom do gminy nienależącym i tym, którzy w gminie przynajmniej szóstą część podatku gruntowego opłacają, aby im dać sposobność do wystąpienia z możliwymi zarzutami.

Wnoszenie zarzutów.

§. 28.

Zarzuty gmin i większych właścicieli przeciw taryfom klasyfikacyjnym winny być wniesione w terminie nieprzekraczalnym dwóch miesięcy, licząc od dnia doręczenia do Komisyi okręgowej, która je prześle Komisyi krajowej ze swojemi uwagami i swojemi własnemi przeciw taryfom przedstawieniami, jeżeli takowe uzna za potrzebne. –

§. 29.

Komisya rozpozna wniesione zarzuty, zarządzi uwzględnienie tych,

które uzna za słuszne, ułoży zestawienie taryf klasyfikacyjnych dla wszystkich okręgów szacunkowych i dystryktów klasyfikacyjnych podług wzoru D. i prześle takowe komisyom szacunkowym z poleceniem, aby przystąpiły niezwłocznie do klasowania gruntów na podstawie taryf zatwierdzonych.

D.

Część IV
Klasowanie gruntów.

§. 30.

Klasowanie gruntów jest zastosowaniem pojedyńczych stopni taryfy klasyfikacyjnej do każdego pojedyńczego, podatkowi ulegającego grunta w gminach i w okręgu lub dystrykcie szacunkowym.

Celem klasowania gruntów podzielony będzie okręg /: względnie dystrykt:/ szacunkowy, o ile to będzie potrzebném na części, w których po dwóch delegatów komisyi okręgowej, przez nią z jej grona wybranych, wykona klasowanie dla pojedyńczych gmin i dla obszarów dworskich z gminami niepołączonych, w razie potrzeby doda komisya tym delegatom rzeczoznawcę lasowego, który będzie miał głos tylko doradczy. Gdzieby się delegaci nie mogli zgodzić między

sobą, zapisze każdy z nich osobno zdanie swoje.

O czasie, w którym klasowanie ma być przedsięwzięte, należy uwiadomić naprzód przełożonych gminy i obszaru dworskiego.

Do współdziałania przy klasowaniu powołani będą, jako mężowie zaufania przełożeni gminy i obszarów dworskich, niemniej ci posiadacze gruntów, którzy przynajmniej szóstą część ogólnego podatku gruntowego w gminie opłacają.

Przy klasowaniu gruntów mają być zachowane przepisy §§. 21. i 22. i powinien być miany wzgląd na pospolitą wartość gruntów i na wszystkie na dochód wpływające okoliczności; nie można jednak uwzględniać lepszej od pospolitej różniącej się uprawy u gospodarzy pilniejszych, ani też uprawy gorszej z niedbalstwa pochodzącej. Operacye klasowania mają być porównywane z pospolitą wartością /:§. 23:/ tak pojedyńczych gruntów jakoteż całych posiadłości.

Kawałki gruntów, których rozległość nie przenosi 400 sążni kwadratowych, powinny być policzone do okalającego je rodzaju uprawy, chociażby faktycznie należały do innego, a jeżeli są okolone rozmaitemi rodzajami uprawy, powinny

być policzone do tego, do którego w jakości i dochodzie najwięcej są zbliżone; do ogrodów jednak mogą kawałki gruntów, które nie są faktycznie ogrodami, tylko wtedy być policzone, jeżeli ich rozległość nie przenosi 100 sążni kwadratowych. Wyjątek od reguły następuje wtedy, gdy różnica między dochodem obu rodzajów kultury, a względnie klas, jest tak wielką, że przez ich policzenie do jednej, czysty ich dochód razem wzięty, byłby o 10% podniesiony lub zniżony.

Również kawałki jednego gruntu, które nie mają więcej jak 1. morg objętości, policzone będą do tej klasy, do której większa część gruntu należy, jeżeli przez to czysty dochód całego gruntu nie byłby o 10% podniesiony lub zniżony.

Każdy obszar ~~gruntowy~~ lasowy stanowiący faktycznie jedną całość, powinien być policzony do jednej klasy podług przeciętnego czystego dochodu, jaki dać może ze względu na wszystkie okoliczności na ten dochód wpływające, bez uwzględnienia jednak drzewostanu w czasie szacowania się znajdującego. Jeżeli jednak w takim obszarze znajdują się przestrzenie nierozerwane, mające więcej niż 50 morgów, które pod

względem jakości gruntów, rodzajów drzewa i innych na czysty dochód wpływających okoliczności, znacznie od siebie się różnią, wtedy można dla nich przyjąć klas więcej.

Operaty klasowania we wszystkich gminach i obszarach dworskich rozpozna Komisya okręgowa, zarządzi w razie wątpliwości lub dostrzeżonych usterek sprawdzenie przez Komisye lokalne, a jeżeliby jej się okazała potrzeba zmiany pojedyńczych pozycyi taryfy klasyfikacyjnej, przedłoży wnioski tych zmian Komisyi krajowej do rozstrzygnienia. –

Po ukończoném rozpoznaniu operatów klasowania sprostuje Komisya krajowa takowe w miarę potrzeby i zarządzi ułożenie wykazów i zestawień w §. 32. wymienionych.

Część V.

Pomiar i wykazy rezultatów szacunkowych.

§. 31.

Sprostowanie operatów pomiarowych.

Urzędnicy rozmiarowi, Komisyi okręgowej dodani, mają rozpoznawać katastralne operaty pomiarowe i prostować takowe, o ile potrzeba się okaże, pod względem pomiaru, nazwy niw, rodzajów uprawy i nazwisk posiadaczy. –

W operatach pomiarowych może być grunt tylko wtedy zapisanym jako sporny, jeżeli jego posiadanie faktycznie jest spornem.

§. 32.

Rejestra szacunkowe i zestawienia rezultatów

Rezultaty klassyfikacyi i klassowania zapiszą urzędnicy pomiarowi w operaty pomiarowe i ułożą, podług tego dla każdéj gminy wykaz szacunkowy podług wzoru E. niemniej zestawienie podług wzoru F. które ma przedstawić sumę przestrzeni wszystkich gruntów każdego rodzaju uprawy i każdéj klasy w gminie.

E.
F.

Na podstawie tych zestawień ułożone będzie podług wzoru G. zestawienie sumaryczne dla całego okręgu szacunkowego, w którem wykazaną będzie suma przestrzeni wszystkich gruntów każdego rodzaju uprawy i każdéj klasy całego okręgu. Jeżeli w okręgu szacunkowym było więcéj dystryktów klassyfikacyjnych, wtedy takie zestawienie sporządzone będzie dla każdego dystryktu z osobna i dla całego okręgu. W tém zestawieniu ma być także podług przestrzeni i zastosowanych stopni taryfowych obliczony i wykazany

G.

czysty dochód z morga każdego rodzaju uprawy i każdéj klasy dla każdéj gminy, dla każdego dystryktu i dla całego okręgu szacunkowego.

Część VI.
Reklamacye.

§. 33.

Po ukończonych operacyach klasowania w całym okręgu szacunkowym lub dystrykcie klasyfikacyjnym, ogłosi przewodniczący komisyi szacunkowéj, że każdemu wolne jest wglądanie w wykazy szacunkowe i zestawienia całego okręgu lub dystryktu klasyfikacyjnego, i prześle każdemu przełożonemu gminy i obszaru dworskiego wykaz szacunkowy i zestawienie dotyczące téj gminy lub tego obszaru, z tą uwagą, że reklamacye przeciw klasowaniu winny być wniesione do komisyi okręgowéj w terminie nieprzekraczalnym dwóch miesięcy licząc od dnia doręczenia wykazu.

Przeciw klasowaniu służy prawo reklamacyi gminom, posiadaczom obszarów dworskich, niemniéj każdemu płacącemu podatek gruntowy, a to tak względem obcych gruntów jak i względem swoich własnych. Reklamacye te mogą być czynione:

a. przeciw policzeniu gruntów od podatku wolnych do gruntów podatkowi ulegających, niemniej przeciw policzeniu gruntów podatkowi ulegających do gruntów wolnych;
b. przeciw mylnemu zapisaniu nazwiska posiadacza;
c. przeciw mylnemu wymiarowi przestrzeni;
d. przeciw błędnemu policzeniu gruntu do niewłaściwej klasy lub do niewłaściwego rodzaju uprawy;
e. przeciw błędom obliczenia przestrzeni i czystego dochodu pojedyńczych rodzajów uprawy i klas w wykazie szacunkowym.

Reklamacye pojedyńczych posiadaczy gruntów mogą, podług woli reklamanta, wniesione być albo do Komisyi okręgowej albo do przełożonego gminy pisemnie lub ustnie do protokołu.

Przełożony gminy powinien w przeciągu ośmiu dni po upływie terminu reklamacyjnego przedłożyć Komisyi okręgowej reklamacye do niego wniesione lub donieść, że reklamacyi niema żadnych.

Reklamacye wniesione rozpoznaje Komisya okręgowa, w razie potrzeby przez Komisyę na miejscu z swego grona delegowaną, do której jednak nie mogą na-

leżeć ci członkowie komisyi, którzy w tém miejscu klasowanie wykazali.

Na podstawie rozpoznania winna komisya okręgowa rozstrzygnąć w reklamacyach w czasie najkrótszym.

Jeżeli komisya okręgowa jednogłośnie uzna reklamacyą za nieuzasadnioną, wtedy reklamant niema prawa odwołania się od jéj decyzyi.

Wszystkie inne reklamacye, w których komisya okręgowa rozstrzygnie w zupełności lub częściowo przeciw żądaniu reklamanta, winna komisya ta przedłożyć ze zdaniem swoim o nich komisyi krajowéj i zarazem przesłać jéj wszystkie akta szacunkowe.

Część VIII.

Ostateczne rozstrzygnienie i rozkład podatku.

§. 34.

Komisya krajowa rozstrzyga o reklamacyach jéj przedłożonych, zarządza ułożenie zestawień rezultatów szacowania dla każdego okręgu szacunkowego i dla całego kraju, niemniej porównanie tych rezultatów z cenami zamiennemi gruntów, /:§. 19.b. i §. 20:/ rozpoznaje te rezultaty szczególnie ze względu za-

chowania słusznego stosunku między okręgami, zarządza w razie potrzeby zmianę taryfy klasyfikacyjnej lub uchylenie wątpliwości i sprostowanie błędów i wydaje o całym akcie decyzyę ostateczną.

Gdyby w którym okręgu szacunkowym lub dystrykcie klasyfikacyjnym dostrzeżone były takie błędy, które nie mogą być sprostowane samą tylko zmianą taryfy klasyfikacyjnej, wtedy Komisya Krajowa ma prawo zarządzić nowe klasowanie przez nową komisyę okręgową, która podług §. 8. ma być ustanowioną. Przeciw temu nowemu klasowaniu służy także prawo reklamacyi, które jednak nie wstrzymuje rozkładu podatku mającego się tymczasowo odbyć na podstawie klasowania przez nową komisyę zdziałanego.

§. 35.

Podług ostatecznej decyzyi Komisyi Krajowej zarządzi c. k. namiestnik sprawdzenie, a ile tego potrzeba się okaże także sprostowanie obliczeń oszacowanego czystego dochodu dla pojedyńczych powiatów, gmin i gruntów, podług którego podatek na te powiaty gminy i grunta ma być rozłożony (: §. 5:). —

będzie ten, który grunt przy zwykłym /: średnim :/ sposobie gospodarowania stale przynosić może.

~~Ten~~ Czysty dochód wyśledzony będzie przez szacowanie.

Nie będą przy szacowaniu uwzględnione mi: stosunki własności, związek gospodarski gruntów z zakładami i przedsiębiorstwami przemysłowemi, prawa z gruntami połączone, ~~podatki państwowe~~ i dodatki ~~krajowe, niemniej inne~~ ciężary niemniej ciężary do gruntu przywiązane, ~~takie ciężary, które nie mogą być uważane jako wydatki gospodarstwa wiejskiego.~~

Uwolnienie od podatku w razach nieszczęść. Ewidencya Katastru.

§. 6.

Przepisy o ~~opuszczeniach~~ uwolnieniu od podatku w przypadkach nieszczęść i o utrzymywaniu w ewidencyi nowego katastru gruntowego, wydane będą osobnemi ustawami krajowemi. –

Część II.
Organa wykonujące.

Komisya krajowa.

§. 7.

Najwyższy kierunek spraw szacowania gruntów mieć będzie Komisya krajowa we Lwowie, składająca się z c. k. Namiestnika lub jego zastępcy, jako przewodniczące,

go i z 12 członków, z których 6 mianuje c. k. Namiestnik, 6 zaś Wydział Krajowy. Z pomiędzy 6 członków przez c. k. Namiestnika mianowanych, musi być trzech opłacających rolniczy podatek gruntowy.

Członkowie komisyi mają zastępców mianowanych w tej samej liczbie i w ten sam sposób, jak mianowani są członkowie sami.

Wszyscy członkowie komisyi mają głos stanowczy.

Sprawozdawcą może być tylko członek komisyi. Sprawozdawcę mianuje w regule przewodniczący; w pojedyńczych jednak przypadkach może komisya sama ustanowić sprawozdawcę.

Komisya krajowa może w razie potrzeby powoływać znawców z głosem doradczym.

Oprócz zakresu działania, w osobnych paragrafach niniejszej ustawy ustanowionego, ma komisya krajowa prawo i obowiązek kierować i dozorować wszystkie czynności szacunkowe, mianować ~~i~~ delegatów z grona swojego lub innych do nadzorowania czynności komisyi okręgowych, i przekonywać się o postępie i o stosowności ~~robót~~ prac tych komisyi.

Wydział krajowy. Z pomiędzy 6 członków przez c.k. Namiestnika mianowanych, musi być trzech opłacających w kraju podatek gruntowy.

Członkowie komisyi mają zastępców, mianowanych w tej samej liczbie i w ten sam sposób, jak mianowani są członkowie. –

Wszyscy członkowie komisyi mają głos stanowczy.

Sprawozdawcą może być tylko członek komisyi. Sprawozdawcę mianuje w regule

Projekt

do wniosku Sejmowego o rozkładzie podatków realnych /: gruntowego i domowego :/ na kraje koronne.

Spis rzeczy.

Część trzecia.

O władzach dla przeprowadzenia czynności, odnoszących się do rozkładu zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne . . . . §§. 19 do 30.

Projekt

do wniosku sejmowego o rozkładzie podatków realnych (gruntowego i domowego) na kraje koronne.

Część pierwsza.
Postanowienia ogólne.

§ 1.

Ogólna roczna ilość zwyczajnych podatków realnych.

Ogólna roczna ilość zwyczajnych podatków realnych na rzecz skarbu państwa ustanowioną będzie zawsze naprzód na peryod lat dziesięciu.

Pierwszy peryod dziesięcioletni rozpoczyna się rokiem administracyjnym 1866.

Jako ogólna roczna ilość zwyczajnych podatków realnych stanowi się na ten pierwszy peryod przecięcie ilości tychże podatków na lata 1860 do 1862 włącznie rozpisanych, po odtrąceniu przyznanych w tych latach opuszczeń.

§ 2.

Jej rozkład na kraje koronne, kontyngensy krajowe

Rozkład ogólnej rocznej ilości zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne odbywają się na peryod

w §.1. wskazany, w następujący sposób:

a. Jedna połowa téj ogólnéj ilości rozkłada się na kraje koronne w tym samym stosunku, w jakim ogólna rocz. na ilość rzeczonych podatków w poprzedzającym peryodzie była na nie rozłożoną.

Na piérwszy peryod poczynający się z rokiem administracyjnym 1866. rozłożoną będzie ta połowa na pojedyńcze kraje koronne podług tych kwot zwyczajnych podatków realnych, jakie każdy kraj koronny w latach 1860 do 1862 przeciętnie opłacał.

b. Druga połowa ogólnéj rocznéj ilości zwyczajnych podatków realnych rozkłada się na pojedyńcze kraje koronne, na podstawie wartości podatkowéj realności (§.18.) w takim stosunku, w jakim zostaje wartość podatkowa realności wszystkich krajów koronnych do wartości podatkowéj realności każdego pojedyńczego kraju koronnego.

Przypadająca z rozkładu na każdy kraj koronny roczna suma zwyczajnych podatków realnych tworzy zwyczajny kontyngens krajowy.

Część druga.

Ustanowienie wartości podatkowej realności.

Podstawa do ustanowienia wartości podatkowej.

§ 7.

Za podstawę do ustanowienia wartości podatkowej realności przyjmują się daty o cenach zamiennych realności i o podatkach z realności opłacanych.

Daty te zbierane będą z dziesięciu lat, poprzedzających o trzy lata ów peryod, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne ma być uskuteczniony (§ 2).

Na pierwszy peryod, poczynający się z rokiem administracyjnym 1866. zebrane będą te daty z lat 1850 do 1862 włącznie.

Daty o cenach zamiennych realności.

§ 8.

Daty o cenach zamiennych realności czerpane będą ze wszystkich dokumentów prawnych, jakie mogą być zebrane, w moc których własność realności, to jest gruntu lub budynku, lub też części gruntu albo budynku z jednej osoby na drugą przechodzi; i w których

cena realności jest oznaczoną.

Wywłaszczenie dla użytku publicznego, tudzież ceny zamienne zakładów przemysłowych w §11 lit c. wskazanych, nie będą uwzględnione.

Rozpoznanie i sprostowanie dat.

§. 9.

Czerpane z dokumentów daty o cenach realności rozpoznane i w miarę potrzeby sprostowane będą:

a. pod względem tożsamości, składu i objętości realności;

b. pod względem ceny realności (§§ 10 do 14)

Obliczanie ceny realności.

§. 10.

Cena realności oblicza się na walutę austryacką, i przyjmuje się taka, jaka jest wyrażona w dokumentach, strony obowiązujących.

§. 11.

Od ceny realności w dokumencie wyrażonej, potrąca się wartość kapitałowa przedmiotów poniżej wyszczególnionych, o ile nabywca takowe nabył razem z realnością, za cenę za realność umówioną.

Temi przedmiotami są:

a. rzeczy ruchome

b. prawa specyalne z realnością połączone, które ani gruntowemu, ani domowemu nie

./.

podlegają podatkowi, n. p. prawa wrębu lub paszy na cudzym gruncie, radykowane zarobkowości; prawa propinacyi i. t. p.

c. cukrownie, browary, gorzelnie, młyny, cegielnie, wapniarki i inne zakłady przemysłowe, z których opłaca się podatek dochodowy.

§. 12.

Do ceny realności w dokumencie wyrażonej dodana będzie wartość kapitałowa ciężarów, poniżej wyszczególnionych, o ile nabywca, oprócz zapłaty wyrażonej w dokumencie ceny realności, obowiązek ponoszenia tych ciężarów przyjął.

Temi ciężarami są:

a. roczna kwota zwyczajnych podatków realnych (razem z dodatkami do nich na rzecz Państwa i kraju) opłacanych z dotyczącej realności w roku jej zbycie bezpośrednio poprzedzającym, z potrąceniem jednak podatków i dodatków, opłacanych z przedmiotów, których wartość według § 11 od ceny realności się potrąca;

b. specyalne ciężary z realnością połączone, jak n. p. służebnictwa leśne lub pastwiskowe, roczne czynsze lub prestacye na rzecz trzecich osób i. t. p.;

c. Obowiązek płacenia długów lub uiszczenia innych dodatków do ceny za realność umówionej.

§. 13.

Przy oznaczeniu wartości przedmiotów i ciężarów w §§ 11. i 12. wskazanych, zachowane będą następujące prawidła:

a. Za podstawę do tego oznaczenia mają być przyjęte najpierw: postanowienia, zawarte w dokumentach strony obowiązujących, a w braku takich postanowień, daty, które służyły do wymierzania podatków i należytości rządowych, i do przeprowadzenia przepisanego ustawami wykupna lub uregulowania ciężarów gruntowych i praw wspólnego posiadania i używania gruntów;

b. w braku postanowień i dat pod a wskazanych, lub, o ile takowe niedostatecznemi się okażą, orzekać będą o wartości rzeczoznawcy zaprzysiężeni, z miejscowemi stosunkami dokładnie obeznani; –

c. dochody lub prestacye, periodycznie wracające, o ile ich wartość kapitałowa nie jest już oznaczona w postanowieniach i datach pod a wskazanych, ewaluowane

będą na roczną cyfrę i skapitalizowane podług stopy procentowej, równej dla wszystkich krajów koronnych;

d. przy oszacowaniu wartości przedmiotów w § 11. wskazanych, winne być uwzględnione podatki z nich opłacane.

§. 14.

Cena realności, wyrażona w dokumencie, sprostowana potrąceniem wartości przedmiotów i dodaniem wartości ciężarów, w §§ 11. i 12. wskazanych przyjmuje się jako rzeczywista cena zamienna realności.

Oznaczenie wartości podatkowej realności kraju Koronnego

§. 15.

Summa zamiennych cen realności, zbytych w kraju Koronnym w ciągu dziesięciu lat, w §. 7. wskazanych, jest pierwszym czynnikiem do oznaczenia wartości podatkowej wszystkich realności Kraju Koronnego.

§. 16.

Drugim czynnikiem jest Summa zwyczajnych podatków realnych, opłacanych z tychże zbytych realności.

Podatki

Podatki te przyjmują się dla każdej zbytej realności w takiéj kwocie, jaka na nią była nałożoną w roku, poprzedzającym o trzy lata ów peryod dziesięcioletni, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne ma być uskuteczniony.

§. 17.

Trzecim czynnikiem do oznaczenia wartości podatkowéj wszystkich realności kraju koronnego, jest ogólna roczna kwota wszystkich zwyczajnych podatków realnych, która dla tegoż kraju koronnego ustanowioną była jako zwyczajny kontyngens krajowy na poprzedzający dziesięcioletni peryod.

Przy oznaczeniu wartości realności na piérwszy peryod, poczynający się z rokiém 1866, przyjęta będzie jako trzeci czynnik ogólna kwota zwyczajnych podatków realnych, jaką kraj koronny w latach 1860 do 1862 przeciętnie opłacał.

§. 18.

Na podstawie tych trzech czynników oznacza się wartość podatkowa wszystkich realności kraju koronnego w ten sposób, aby wartość ta zostawała w takim stosunku do ogólnej rocznej kwoty zwyczajnych podatków realnych (§. 17) w jakim zostaje suma cen realności zbytych (§. 15.) do summy zwyczajnych podatków realnych, z tychże zbytych realności opłacanych (§. 16.). —

Część trzecia

o władzach dla przeprowadzenia czynności odnoszących się do rozkładu zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne.

Wogólności.

§. 19.

Dla przeprowadzenia czynności odnoszących się do rozkładu zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne, złożone będą za każdym razem odnowienia tego rozkładu (§ 2.) specyalne komisye, mianowicie:

I. Komissye okręgowe, po jednéj dla każdego administracyjnego okręgu (t. j. obwodu, powiatu lub t. p.) z siedzibą w stołeczném mieście okręgu.

II. Komisye krajowe po jednéj dla każdego kraju, reprezentowanego przez jeden Sejm krajowy, z siedzibą w stołeczném mieście kraju.

III. Komissya centralna w Wiedniu.

Komissye okręgowe i krajowe złożone będą najmniéj na dwa lata, komisya centralna zaś najmniéj na rok, przed rozpoczęciem peryodu, na który rozkład zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne ma być uskutecznion.

Wszystkie c. k. urzędy są obowiązane dostarczyć tym komisyom materyałów potrzebnych do ich czynności.

Komisye te rozwiązują się po uskutecznieniu poruczonego im rozkładu podatków.

I. Komisye okręgowe.

§. 20.

Komisya okręgowa składa się:

a. z przełożonego okręgu, jako przewodniczącego,

b. z czterech członków, przez reprezentacyę okręgową, a w braku tej reprezentacyi, przez Wydział krajowy obranych,

c. z czterech członków przez Rząd mianowanych, z których przynajmniej dwóch z rolniczo-gospodarskiemi stosunkami okręgu dokładnie mają być obeznani.

Członkowie komisyi będą mieć zastępców, mianowanych przez te same władze, które mianują członków.

§. 21.

Komisya okręgowa rozpoznaje i prostuje daty o cenach realności zbytych, i o podatkach z nich opłacanych w sposób w §§. 7 do 14 i w §. 16 wskazany.

W razach potrzeby mianuje

ona rzeczoznawców; zaprzysięga ich i zarządza wizye lokalne, których przeprowadzenie porucza członkom swoim lub innym osobom.

Rozpoznane daty układa komisya okręgowa w wykazy i przedkłada te wykazy, razem z potrzebnemi dowodami komisyi krajowej.

§. 22.

Komisya załatwia sprawy kolegialne.

Uchwały zapadają bezwzględną większością głosów.

Przewodniczący nie głosuje. Rozstrzyga on jednak przy równości głosów, i wtedy to zdanie, które z doliczeniem jego głosu bezwzględną większość głosów otrzymało, staje się uchwałą.

§. 23.

Do powzięcia uchwał potrzebną jest obecność przewodniczącego i przynajmniej czterech członków komisyi.

Dla ważności uchwał potrzebnem jest także, aby liczba głosujących członków komisyi przez reprezentacyę okręgową lub przez Wydział krajowy obranych, była równą liczbie

głosujących członków przez Rząd mianowanych.

§. 24.

W razie, gdyby bezwzględna większość głosów nie dała się osiągnąć, lub gdyby połowa głosujących członków tego zażądała, przedłożoną będzie sprawa komisyi krajowej do rozstrzygnienia.

V Komisye krajowe.

§. 25.

Komisya krajowa składa się:

a. z Namiestnika, lub jego zastępcy, jako przewodniczącego,

b. z czterech członków przez Wydział krajowy obranych,

c. z czterech członków, przez Rząd mianowanych, z których przynajmniej dwóch ma być dokładnie obeznanych z rolniczo-gospodarskiemi stosunkami kraju.

Członkowie komisyi krajowej będą mieć zastępców, mianowanych, przez te same władze, które mianują członków.

§. 26.

Komisya krajowa wydaje instrukcye komisyom okręgowym i nadzoruje ich czynności przez członków swoich lub przez inne delegowane od niej osoby.

Ona rozstrzyga w wypadkach §fu 24°, rozpoznaje wykazy, przedłożone jej przez Komisye okręgowe; układa sumaryczny wykaz krajowy o cenach realności zbytych i o podatkach z nich opłacanych i przedkłada takowy razem z wykazami okręgowemi i potrzebnemi dowodami komisyi centralnéj.

§. 27.

Przepisy §§ 22 i 23 stósują się także do komisyi krajowéj.

III. Komisya centralna.

§. 28.

Komisya centralna składa się z prezydującego mianowanego przez Cesarza i z członków, których obierają Sejmy krajowe z grona swojego.

Liczbę członków komisyi centralnéj oznacza ustawa Państwa. Liczba ta rozdziela się między kraje koronne w ten sposób, aby członkowie komisyi, obrani przez Sejm z każdego kraju koronnego, zostawali w takim stosunku do ogólnéj liczby członków komisyi, w jakim zostaje liczba posłów tegoż kraju koronnego do ogólnéj liczby posłów w Izbie niższéj Rady państwa.

§. 29.

Komisya centralna rozpoznaje wykazy, przedłożone jéj przez Komisye krajowe; stanowi na podstawie tych wykazów wartość podatkową realności każdego kraju koronnego i rozkłada ogólną roczną ilość zwyczajnych podatków realnych na kraje koronne. (§ 2.)

§. 30.

Do powzięcia uchwał w komisyi centralnéj potrzebną jest obecność prezydującego i przynajmniéj dwóch trzecich części członków komisyi.

Przepisy §u 22. stosują się także do komisyi centralnéj.

Królestwo Galicyi i Lodomeryi z Wielkim księstwem Krakowskim stanowiąc jeden kraj koronny mają jeden wspólny kontyngens.

Rozkład dodatków.

§. 3.

Dodatki na rzecz skarbu państwa do zwyczajnych podatków realnych rozkładają się na pojedyncze kraje koronne w stosunku do zwyczajnych kontyngensów krajowych.

Rozkład podatków realnych wewnątrz krajów koronnych.

§. 4.

Stanowienie i zmienianie prawideł, podług których przypadający na każdy kraj koronny zwyczajny roczny kontyngens i dodatki do niego, wewnątrz kraju na pojedyncze okręgi administracyjne (t. j. obwody, powiaty i t. p.) na pojedyncze gminy i na pojedynczych kontrybuentów mają być rozłożone, jest przedmiotem ustawodawstwa krajowego.

Postanowienia przemijające.

§. 5.

Póki rozkład podatków realnych na kraje koronne według prawideł niniejszego wniosku do skutku nie przyjdzie, wymierzony będzie zwyczajny roczny kontyngens w podatkach realnych na każdy kraj koronny podług téj sumy, jaką dotyczący kraj

koronny w zwyczajnych podatkach realnych w latach administracyjnych 1860 do 1862 przeciętnie opłacał.

§. 6.

Jak długo w którym kraju koronnym nowa podstawa do rozkładu podatków realnych na pojedyncze okręgi, gminy i kontrybuentów przez ustawę krajową postanowiona i w wykonanie wprowadzona nie będzie, tak długo rozkład ten uskuteczniać się ma na podstawie, która w roku 1862. była obowiązującą.

216

Ustawa

dla Królestwa Galicyi i Lodomeryi
względem regulacyi podatku gruntowego
~~i domowego~~ i budynkowego.

Zgodnie z uchwałą Sejmu Mojego
Królestwa Galicyi i Lodomeryi i
W. Księstwa Krakowskiego
rozporządzam co następuje:

Art. I

~~Podatek~~ Summa ogólna (państwowego) podatku
gruntowego i budynkowego, ~~na mocy~~
ustawy państwowej dla Królestwa
Galicyi i Lodomeryi i W. Księstwa
Krakowskiego ustanowiona, roz-
kładaną będzie na ~~pojedyncze~~
powiaty, gminy, i na ~~pojedynczych~~
posiadaczy podług postanowień
niniejszej ustawy.

Art. II

Dopóki przez wykonanie
postanowień niniejszej ~~jakie~~ ustawy
nie będzie (należycie) uzyskana ~~nowa~~
podstawa do rozkładu (państwowych) podatków
gruntowego i budynkowego, roz-
kładane będą ~~summa ogólna~~ ~~ten podatek podług~~
~~ustaw dotychczas obowiązujących~~
~~ogólna summa~~, te podatki ~~na~~
w Królestwie Galicyi i Lodomeryi i W.
Księstwie Krakowskiem ~~ustanowiona~~
~~państwowa oznaczona~~ podług
ustaw dotychczas obowiązujących.

Art. III

Wykonanie tej ustawy polecam
~~Namiestnikowi Mojego Kro~~ Mojemu
Namiestnikowi w Królestwie Galicyi
i Lodomeryi i W. Księstwie Krakowskiem

Dział I pierwszy

O regulacyi podatku gruntowego

Część I

Ogólne postanowienia

§1

Przedmiot podatkowi gruntowemu podległy

Podatkowi gruntowemu podlegają wszystkie powierzchnie gruntowe, które mogą być użyte w gospodarstwie ~~ziemskiem~~ rolniczem, o ile od tego podatku ~~nie są~~ ustawą nie są uwolnione.

w gospodarstwie ~~użyte~~ do produkcyi ziemiopłodów użyte

§2

Uwolnienie od podatku

Uwolnione są od podatku gruntowego:

~~1. Powierzchnie gruntowe, do których należą także lasy~~

a. Moczary, jeziora i stawy, które nie są kultywowane i nie dają pożytku przez rybactwo ~~lub~~ lub przez wyskanie trzciny albo torfu;

b. publiczne drogi i ścieżki, place, ~~kościelne, [illegible] place miejskie~~, ulice, kanały, wodociągi, łożyska rzek i potoków, rowy do odprowadzenia wody;

c. publiczne cmentarze;

d. grunta zajęte budynkami i dziedzińce;

e. ~~[illegible]~~ grunta nieproduktywne, ~~do których należą także lasy, które potrzeba~~

Do gruntów nieproduktywnych zaliczają się także lasy, ~~w których~~ które dla niedostępności lub z braku odbytu ani przez wycięcie drzewa ani w inny sposób nie przynoszą dochodu.

czasowe uwolnienie ~~od podatku gruntowego~~ [illegible]

§ 3

Czasowo od podatku (gruntowego) uwolnione będą grunta nieproduktyjne, które przez uprawę stały się produktyjnemi, ~~na lat 10~~ a mianowicie: ~~grunta~~ na lat 30, ~~...~~ jeżeli ~~na nich~~ stały się produktyjnemi przez założone lasu, [illegible] na lat 10 zaś, jeżeli innym sposobem do produktyjności zostały przyprowadzone.

Lata ~~...~~ liczą się od czasu, w którym przyprowadzenie do stanu produktyjności zostało ukończone.

§ 4

Podatek gruntowy rozkłada się ~~podług wyśledzonego czystego dochodu~~ na pojedyncze powiaty, gminy i na pojedyncze grunta podług wyśledzonego czystego dochodu.

§ 5

Jako czysty dochód uważany będzie ten, który przy zwykłym * (średnim) ~~stanie kultury stale może być osiągnięty~~ sposobie gospodarowania stale może być osiągniętym (§ 21)

vel

* Jako czysty dochód uważana będzie ta, po odtrąceniu wszystkich ~~...~~ wydatków gospodarskich ~~pozostająca~~ od dochodu surowego pozostająca nadwyżka, która, przy zwykłym (średnim) ~~stanie kultury~~ sposobie gospodarowania, ~~może~~ stale może być osiągniętą

Ten czysty dochód wyśledzony będzie przez szacowanie.

Nie będą przy szacowaniu uwzględnione: stosunki własności, związek gospodarski gruntów ~~z [illegible] przemysłowemi~~ z zakładami i przedsiębiorstwami przemysłowemi, prawa z gruntami połączone, podatki państwowe ~~i do~~ krajowe, ~~takie~~ do ~~gruntów~~ gruntu niemniej inne (takie) ciężary, które nie przywiązane ~~nie są wydatkami gospod gospodarskiemi i nie przywiązują~~ ~~gosp~~ mogą być uważane jako wydatki gospodarstwa wiejskiego i z których dla tego gospodarstwa żadna bezpośrednia korzyść nie wypływa.

§ 6

~~[illegible]~~

~~Postanowienia o przyzwoleniu~~ osobne przepisy krajowe stanowią o przyzwoleniu opuszczeń podatku w przypadkach nieszczęść i o utrzymaniu w ewidencyi Katastru gruntowego, zawarte są w ustawach osobnych, które

96

Postanowienia o przyzwalaniu opuszczeń podatku w przypadkach nieszczęść i o utrzymywaniu w ewidencyi nowego katastru gruntowego wydane będą osobnemi ustawami krajowemi.

Część II

~~Organa wykonawcze~~

§ 7

Komisya ~~Krajowa~~

Najwyższy kierunek sprawy scalania gruntów mieć będzie Komisya Krajowa (we Lwowie), składająca się z c. k. Namiestnika lub jego ~~namiestnika~~ zastępcy, jako przewodniczącego, i z 12 członków, z których 6 mianuje c. k. Namiestnik, 6 zaś Wydział Krajowy. Z pomiędzy 6 członków przez c. k. Namiestnika mianowanych musi być trzech, ~~takich, którzy opłacają~~ płacących w kraju podatek gruntowy.

~~Krajowy~~

Członkowie Komisyi mają w tej samej liczbie zastępców, mianowanych w ten sam sposób, jak mianowani są członkowie.

Wszyscy członkowie Komisyi mają głos stanowczy.

~~Sprawozdawcę mianuje w regule przewodniczący z pomiędzy członków Komisyi. W pojedynczych jednak przypadkach może Komisya ustanowić innego sprawozdawcę. Sprawozdawca nie ma głosu stanowczego, jeż~~

Sprawozdawcą może być tylko członek Komisyi. Sprawozdawcę mianuje w regule przewodniczący; w pojedynczych jednak przypadkach może Komisya sama ustanowić sprawozdawcę.

F

Komisya Krajowa może w razie potrzeby powoływać rzeczoznawców z głosem doradczym

Oprócz zakresu działania, w osobnych paragrafach niniejszej ustawy ustanowionego, ma Komisya Krajowa prawo i obowiązek kierować i dozorować wszystkie czynności scaleniowe, mianować delegatów z grona swojego lub innych do nadzorowania czynności Komisyi okręgowych, przekonywać się o postępie i o stosowności robót tych Komisyi

§ 8

~~[illegible]~~
Komisye okręgowe

Dla każdego okręgu szacunkowego (§ 16) ustanowioną będzie Komisya okręgowa, ~~składająca~~ która składać się ma z przewodniczącego, mianowanego przez c. k. Namiestnika, i z ~~ośmiu~~ 8 członków, z których 4 mianuje Namiestnik, 4 zaś innych Wydział Krajowy po zasięgnięciu zdania Wydziału powiatowego. Z pomiędzy 4 członków mianowanych przez Namiestnika musi być przynajmniej 2, opłacających podatek gruntowy ~~szacunkowych~~ w dotyczącym okręgu szacunkowym.

Członkowie Komisyi okręgowej mają zastępców, mianowanych w tej samej liczbie i w ten sam sposób, jak jej członkowie.

Wszyscy członkowie Komisyi mają głos stanowczy.

Sprawozdawcą musi być jeden z członków Komisyi. (mianuje w regule ~~mianuje~~ sprawozdawcę przewodniczący; w pojedyńczych jednak przypadkach może Komisya sama mianować sprawozdawcę.

Jeżeli idzie o szacowanie lasów ~~ustawy~~ powołać Komisya okręgowa ~~porozumiewać~~ rzeczoznawców lasowych z głosem doradczym.

Część III

~~Szacowanie gruntów~~

Ustanowienie taryfy klasyfikacyjnej

§14 —

§14

~~Czysty dochód z gruntów ustanowiony będzie podług rodzajów uprawy i klas ~~[illegible]~~ okręgów szacunkowych~~

§14

Taryfa klasyfikacyjna

Dla każdego okręgu (dystryktu) szacunkowego (§11) ~~ustanowiona~~ utworzona będzie taryfa klasyfikacyjna, i ~~[illegible]~~ czysty dochód na morg gruntu każdej klasy w każdym rodzaju uprawy.

Pozycje taryfy (dla każdego rodzaju uprawy i tak ustanowione, być stosownie stopniowane, aby w ich zastosowaniu na grunta dotyczące przedstawiony był średni czysty dochód tych gruntów, t.j. taki czysty dochód, jaki ~~[illegible]~~ przy pospolitym w dystrykcie klasyfikacyjnym sposobie gospodarowania)

(i po odtrąceniu wszystkich wydatków gospodarskich w dystrykcie zwyczajnych ~~[illegible]~~ do osiągnięcia czystego dochodu potrzebnych.

§15

Rodzaje uprawy

Rodzajami uprawy są:

a. Role;
b. Łąki;
c. Ogrody;
d. Pastwiska;
~~e. Pastwiska górskie~~
e. lasy;
f. Jeziora, moczary, stawy;
g. grunta paryfikacyjne, t.j. takie, które mogłyby do produkcji ziemiopłodów być użyteczne, lecz z powodu innego ich użycia do tej produkcji użyteczne nie są, jako to: kopalnie gliny, torfu, marglu, piasku, wapna; place na składy lub warsztaty; miedze i rowy prywatne i drogi (i ścieżki); grunta pod kolejami żelaznymi; kamieniołomy; grunta użyte w przedsiębiorstwach górniczych na szachty, zbiorniki wód i.t.p.

Grunta nieproduktywne będą wykazane, lecz nie szacowane.

~~F grunta [illegible] dziedzińce, place [illegible]~~

Okręgi szacunkowe i dystrykty klasyfikacyjne.

§ 16

Powiat polityczny jest w regule okręgiem szacunkowym.

Jeżeli zachodzą istotne różnice w klimacie, w ~~stosunkach gospodarskich~~ stosunkach gospodarskich lub w stosunkach odbytu, albo też, jeżeli z innych przyczyn ~~dla~~ liczba Klass w § 17 ustanowiona nie jest ~~dostarczającą, aby objąć wszystkie wystarczające, aby objąć wszystkie wiejsc~~ dla powiatu wystarczającą, wtedy Komisya okręgowa może podzielić powiat na więcej dystryktów klasyfikacyjnych, a dla każdego z tych dystryktów ustanowioną będzie osobna taryfa klasyfikacyjna.

W razie potrzeby może Komisya Krajowa odstąpić ~~od podziału Kraju admini~~ od administracyjnego podziału Kraju ~~i utworzyć~~ na powiaty i utworzyć mniejsze okręgi szacunkowe lub też przyłączyć do ~~jednego~~ okręgu szacunkowego gminy w innym powiecie położone.

~~Liczba Klass~~

Liczba Klass

§ 17

~~Liczba Klass~~ Dla jednego rodzaju uprawy nie może być więcej jak ośm Klass w jednym dystrykcie klasyfikacyjnym.

§ 18

~~Stopniowanie taryfy klasyfikacyjnej~~ równoczesne szacowanie gruntów

Operacye szacowania gruntów odbywają się równocześnie w całym Królestwie Galicyi i Lodomeryi i W. Księstwie Krakowskiem.

§ 19

Szczegółowe wyrachowywania czystego dochodu nie są potrzebne

Do ustanowienia i urządzania ~~taryfy klasyfikacyj~~ taryfy ~~klasy~~ klasyfikacyjnej lub pojedynczych jej pozycyi nie są potrzebne szczegółowe wyrachowywania czystego dochodu, lecz wszystkie momenta, na dochód gruntowy we wszystkich częściach dystryktu klasyfikacyjnego wpływające, powinny być ~~dokładnie i~~ tak rozważone, aby istotne w dystrykcie zachodzące różnice w czystym dochodzie ile możności najdokładniej były uwzględnione

579

Daty pomocnicze

Datami pomocniczemi są:
a. Mappy katastralne.
b. Ceny zamienne gruntów, wyśledzone z pisemnych, w ostatnich 15 latach zdziałanych, kontraktów, w mocy których pojedyncze grunta lub całe posiadłości gruntowe, do gospodarstwa ziemskiego należące, wydzierżawiane na czas najmniej trzyletni, albo też własność tych gruntów lub posiadłości z jednej osoby na drugą przeniesioną została. Sprzedaże przymusowe niemniej uwłaszczenia dla względu publicznego nie będą uwzględnione.

Spisy kontraktów, zdziałanych w ostatnich 15 latach, sporządzone będą przez c. k. urzędy podatkowe, które Komisyi okręgowej oddane zostaną i obowiązane będą, na żądanie Komisyi Krajowej lub okręgowej, udzielić jej kopii autentycznych tych kontraktów.

C. K. Namiestnik zarządzi, aby spisy rzeczonych kontraktów dla każdego okręgu przez c. k. urzędy podatkowe sporządzone, niemniej kopije autentyczne tych kontraktów zebrane zostały i wszystkie Komisyi okręgowej oddane zostały.

razem z autentycznemi kopijami kontraktów.

c. k. urzędy administracyjne, skarbowe, niemniej c. k. sądy

C. K. Namiestnik zarządzi dla każdego okręgu oszacowawczego sporządzenie spisu kontraktów rzeczonych, i zebranie kopji autentycznych tych kontraktów, i

c. Daty o cenach drzewa w lesie na pniu i o cenach sprzedaży drzewa na sągi, na morgi, lub inne przestrzenie; daty o czystym dochodzie z lasów, czerpane z rachunków, wyśledzonych z funduszowych i gminnych, niemniej z innych rachunków, dokładnie i wiarygodnie prowadzonych. Daty te zbierane będą przez sprawozdawcę Komisyi okręgowej, w okręgu szacunkowym.

W braku dostatecznej ilości dat takich w okręgu szacunkowym, Komisya okręgowa zażąda daty podobne z okręgów sąsiednich.

Ile można z ostatnich lat 15

mogą być zażądane daty podob

F.

4.

222

§20

~~§21~~

~~Rozpoznawanie dat komisyjnych~~

Komisya okręgowa winna ~~winna~~ daty pomocnicze ~~(§20)~~ w §20 wskazane dokładnie rozpoznać, a w razie potrzeby uzupełnić i sprostować.

~~W braku dostatecznej ilości dat w §20 c wskazanych~~

Jeśli w okręgu szacunkowym niema dostatecznej ilości dat w §20 ~~lit.~~ c wskazanych może komisya okręgowa zażądać dat podobnych z okręgów sąsiednich.

~~Komisya szacunkowa okręgowa może w razie potrzeby zażądać~~

Przy rozpoznawaniu kontraktów w §20 lit b wskazanych wyśledzi Komisya okręgowa parcele gruntowe, należące do przedmiotu ~~nabytego~~ na własność nabytego † również przedmioty i ciężary ~~z gruntami przez nabywcę lub~~ razem z gruntami nabytemi lub wydzierżawionemi przyjęte. Z każdego kontraktu obliczy Komisya cenę ~~Przy obliczaniu~~ cenę kapitałową lub dzierżawną gruntową. ~~Przy~~ Przy tem obliczaniu ma Komisya:

† lub wydzierżawionego,

~~a potrącić od ceny (umówionej) kontraktem umówionej w przypadkach nabycia własności~~

| przedmiotu

a przyjąć za podstawę taką cenę | ~~przedmiotu przedmiotu nabyt kapitałową lub dzierżawną~~, jaka jest umówioną ~~wypłatą~~ w dokumencie strony obowiązującym;

| zawiązaną (~~kapit~~ cenę kapitałową, lub roczny czynsz dzierżawny)

b potrącić od tej ceny ~~w przypadkach nabycia własności~~ wartość kapitałową † zaś w przypadkach dzierżawy roczną wartość użytkową ~~jednoroczną~~ wszystkich przedmiotów przez nabywcę własności lub przez dzierżawcę razem z gruntami ~~przyjęte~~ nabytych lub zadzierżawionych

† lub użytkową,
† wszystkich przedmiotów razem z gruntami ~~(nabytych lub i roczną wartość)~~ w cenę rzeczoną nabytych lub zadzierżawionych;

c) dodać do tej ceny ~~wartość kapitalną~~ odpowiednią ~~sumy kapitalną~~ ~~lub~~ kwotę za podatki ~~i doda~~ z dodatkami krajowemi i za inne ciężary razem z gruntami przez nabywcę lub dzierżawcę przejęte ~~z~~ ~~i nie będące wydatkami~~. Do tych ciężarów ~~nie~~ ~~należą~~ ~~wydatki gospodarskie~~ ~~na gospodarstwo~~ nie mają ~~podatk~~ być ~~policzone~~ dodatki powiatowe, ~~ciężary gminne~~ dodatki lub inne ciężary gminne i konkurencyjne, niemniej także ciężary, które ~~mogą~~ są wydatkami gospodarskiemi.

~~Powinny być liczone wydatki gospodarskie~~

§ 24.

Prawidła dla ustanowienia taryfy klasyfikacyjnej

Pojedyncze pozycye taryfy klasyfikacyjnej ~~(§) oznaczające czysty dochód dla każdej klasy każdego rodzaju uprawy~~ (§ 14) powinny dla każdego rodzaju uprawy takby[ć] (stopniowane) ustanowione, aby w ich zastosowaniu na grunta utrafiony był średni czysty dochód, jaki stale osiągnięty być może przy pospolitym u właścicieli posiadłości gruntowej w dystrykcie klasyfikacyjnym sposobie gospodarowania i po odtrąceniu wszystkich wydatków gospodarskich, w dystrykcie zwyczajnych, do osiągnięcia tego czystego dochodu potrzebnych.

~~utrafione~~

Do ustanowienia lub uzasadnienia taryfy klasyfikacyjnej lub pojedynczych jej pozycyi nie są potrzebne szczegółowe wyrachowania czystego dochodu, lecz wszystkie stosunki, na dochód gruntowy we wszystkich częściach dystryktu klasyfikacyjnego wpływające powinny być tak rozważone, aby istotne (w dystrykcie zachodzące różnice czystego dochodu ~~różnice w czystym dochodzie~~) ile możności ~~w~~ dostatecznie były uwzględnione.

Szczegółowe przepisy obowiązujące do uwzględnienia przy szacowaniu
Postanowienia szczegółowe

~~Grupy szczegółowe~~
~~Szczegółowe przepisy~~ do ~~ustanowienia~~ taryfy kla~~syfikacyjnej~~

§ 22

~~Komisya okręgowa ułoży najpierw projekt taryfy klasyfikacyjnej~~

Oprócz ~~pr~~ zasad w §§ 14 i 19 wyrażonych mają przy ~~ustanowieniu~~ szacowaniu taryfy klasyfikacyjnej uwzględnione być następujące prawidła.

Tylko taki stan kultury gruntów może być uwzględniony, jaki się znajduje na gruntach, które dotąd trwale w sposób w ~~dzi~~ okręgu ~~powszechny~~ zwyczajny, bez użycia sztucznych środków uprawy były zagospodarowane.

Grunta, które w skutek nadzwyczajnej industryi lub nadzwyczajnych ~~nakładów~~ wydatków do nadzwyczajnie wysokiego dochodu są doprowadzone, nie mogą być z tej przyczyny szacowane wyżej niż inne, które ~~pod~~ względem ~~na~~ innych stosunków w jednakowym z niemi znajdują się położeniu.

~~Parki i inne ogrody spacerowe~~ Dla parków i ~~ogrodów spacerowych ustanowiona będzie~~

Parki i ~~inne~~ ogrody spacerowe, ~~szkółki drzew owocowych i innych~~ szacowane będą zarówno z odpowiedniemi rolami, łąkami lub lasami.

Wartość drzew ~~rosnącego~~ znajdującego się w lasach w czasie szacowania nie będzie uwzględniona.

⌊ niemniej grunta

Grunta, ~~mające~~ wydające (równocześnie ~~należące na przemian~~) płody, które należą do różnych) ~~Atoż~~ (rodzajów uprawy (n.p. takie ~~tak~~ (pastwiska na których ~~rośnie~~ także drzewa) zaliczone będą ⌊ ~~uwzględniając rozmaitych płodów jakie produkuje się na nich ich rzeczywistego stanu kultury do tego pojedyńczego~~ do jednego z wskazanych w §15 pojedyńczych rodzajów uprawy, ~~bez do którego należą~~ przy zastosowaniu stopni taryfy do tych gruntów ~~tych~~ uwzględniony będzie dochód, jaki ~~przy~~ przynosić mogą przy faktycznym ~~stanie~~ sposobie ~~kultury~~ ich użycia ~~przynosić mogą~~, i przy wydatkach jakich to użycie wymaga.

⌊ według płodów ~~przeważnie~~ jakie na nich przeważnie się uzyskuje, lub według przeważającego sposobu ich użycia

Grunta, ~~wydające razem~~ które równocześnie wydają płody należące do różnych rodzajów uprawy (n.p. pastwiska porosłe drzewami, lasy rzadkie, ~~w~~ których rośnie się trawa), niemniej grunta zmiennego rodzaju uprawy (które n.p. parę lat jako role potem jako pastwiska, albo parę lat jako stawy potem jako role lub także się używają) zaliczone będą, ~~według wszystkich jakie przeważnie płodów jakie na nich przeważnie do jednego z wskaz~~ według płodów jakie na nich przeważnie się uzyskuje, lub według przeważającego sposobu ich użycia, do jednego z wskazanych w §15 pojedyńczych rodzajów uprawy; przy zastosowaniu jednak stopni taryfy do tych gruntów uwzględniany będzie ten dochód, jaki przynosić mogą przy faktycznym sposobie ich użycia i przy wydatkach jakich to użycie wymaga.

Grunta pacyfikacyjne (§15 lit. g.) ~~niemniej place~~ mają, być oszacowane tak jak grunta ~~z niemi graniczące~~ je okalające lub z niemi graniczące.

Jeżeli w okręgu ~~są mniej~~ jest znaczna część takich gruntów

Jeżeli w okręgu szacunkowym są znaczniejsze massy takich gruntów, ~~które potrzebują trwałego~~ na które potrzeba łożyć trwałe (szczególne) wydatki ~~nadzwyczajne aby je utrzymać w stanie kultury, w jakim się znajdują~~, wtedy ~~niż ten~~ stopnie taryfy ~~stopnie taryfy~~ klasyfikacyjnej dla tych gruntów należy ~~niższe~~ tak ~~łożyć~~ ustanowić ⌊

⌊ aby rzeczone (wydatki) ~~koszta~~ znalazły uwzględnienie. Jeżeli takich gruntów ~~niewiele~~ w okręgu jest mało, to należy je dla uwzględnienia ~~przy zastosowaniu stopni taryfowych do tych gruntów~~ rzeczonych wydatków zaliczyć do niższej klasy taryfowej.

§ 23

Uzasadnienie ~~stopni~~ taryfy ~~stopniowej~~ klasyfikacyjnej.

Uzasadnienie taryfy klasyfikacyjnej

~~Ceny po taryfie klasyfikacyjnej stopnie taryfy~~ Pozycye taryfy klasyfikacyjnej powinny być ~~rozpoznane przez~~ uzasadnione przez porównanie z pospolitą gruntów wartością, (kapitałową i dzierżawną, t.j. z takiemi cenami, ~~kapitałowemi kupna lub dzierżawnemi, klasa~~ jakie ~~rozsądny nabywca kupujący lub dzierżawca~~ ~~płaci za zwykle za morg ziemi gruntu średniej jakości, w~~ jakie rozsądny ~~dz~~ nabywca lub dzierżawca, w nadziei osiągnięcia ~~zwykłego~~ zwykłego od ceny kupna procentu lub czynszu dzierżawnego, płaci zwyczajnie za morg gruntu ~~średniej~~ jakości, w sposób pospolity zagospodarowanego.

rozsądny nabywca lub dzierżawca, w nadziei osiągnięcia ~~zwykłego od ceny kupna~~ zwykłego

dotyczących klas i rodzajów uprawy,

§ 24

Projekt taryfy klasyfikacyjnej.

Wzór I.

Komisya okręgowa sporządza najpierw po dokładnem zbadaniu rzeczy projekt taryfy ~~średniej wartości stopniowej~~ klasyfikacyjnej.

Przy tej czynności porówna Komisya ~~najlepsze grunta najwartniejsze najw~~ grunta każdego rodzaju najwyższej wartości mające z temi które najmniejszą mają

wartość i rozważy, jakie
jeszcze średnie klasy powinny
być przyjęte, ~~aby~~ i na wiele
klas każdy rodzaj ~~klas~~,
uprawy, z uwzględnieniem
ograniczenia w § 17 ustanowionego,
ma być podzielony, aby istotne
~~różnice w czystym dochodzie w~~
~~czystego~~ różnice czystego dochodu,
w dystryktach klasyfikacyjnych
zachodzące ile możności były
uwzględnione.

Taryfa klasyfikacyjna ma być
A. ~~spo~~ ułożona ~~będzie~~ podług wzoru
w załączniku A zawartego. Średni
czysty dochód ~~klasa~~ każdej klasy
każdego rodzaju uprawy
oznaczony będzie w cyfrze
podług tabelli
~~zaog zaokrągl podług załącznika~~
B. B zaokrąglonej. Jeżeli czysty
dochód
~~wyśledzony~~ przez Komisyę ~~czysty~~
dla klasy wyśledzony,
~~dochód~~ trafia między dwa
stopnie ~~tej~~ tabelli, wtedy ~~stopień~~
winien być zastosowany ten
stopień, który ~~wyśledzon~~
do wyśledzonego czystego
dochodu najwięcej jest przybliżonym-

§ 25

Rozpoznanie taryfy

~~Projektowana przez Komisyę ~~~~Taryfa~~ ~~Klasyfikacyjna~~ Projektowana taryfa klasyfikacyjna winna ~~rozpoznana~~ Komisya okręgowa ~~dokładnie~~ ~~starannie~~ powtórnemu i starannemu poddać rozpoznaniu, w tym celu obejść dystrykt klasyfikacyjny, i ~~następnie~~ taryfę w razie potrzeby, z uwzględnieniem także taryf okręgów sąsiednich, sprostować i ostatecznie ustanowić.

po takiem rozpoznaniu

~~Przy obchodzeniu dystryktu~~ ~~klasyfikacyjnego powinny~~ Przy obejściu dystryktu klasyfikacyjnego powinna ~~być~~ ~~wykazane być oparcia pojedyń~~ pojedyncze komisya rozpoznać ~~pojedyncze~~ klasy różnych ~~pierwiastkowe~~ rodzajów uprawy, co do jakości gruntu i innych na wartość i dochód wpływających okoliczności, w osobnym akcie. Komisya winna podać ~~protokoła być ... akta, ... opatrzone~~ takie, w ~~i w tym akcie ma być poda zarazem, w~~ których częściach dystryktu klasyfikacyjnego głównie znajdują się pojedyncze klasy ~~i rodzaje~~ rozmaitych rodzajów uprawy, ~~po~~ w jakim ~~co do~~ co do przestrzeni stosunku znajdują się ~~rodzaje~~ uprawy i ich klasy, i jaki w przybliżeniu podług zdania Komisyi jest przeciętny czysty dochód i ~~wartość~~ ~~kapitała~~ jaka przeciętna wartość kapitałowa i dzierżawna jednego morga gruntu każdego rodzaju uprawy i każdej klasy.

Przy obchodzeniu dystryktu wzorka Komisya także ~~w~~ w znacznej ile możności liczbie ~~grunta wzorowe dla każdej klasy każdego rodzaju~~ grunta wzorowe, ~~które~~ z którymi ~~przy klasowaniu~~ ~~przy klasowaniu grun~~ porownywane być mają inne grunta dystryktu klasyfikacyjnego dla umieszczenia ich do klasy ~~stosowane~~ stosowne.

Grunta wzorowe opisze Komisya w osobnym wykazie sporządzonym podług wzoru C

C/

Rozpoznanie taryfy w Komisyi Krajowej

§26

Sprostowaną ~~przez Komisyę okręgową~~ taryfę klasyfikacyjną przeszle Komisya okręgowa Komisyi Krajowej razem z aktami do jej ocenienia potrzebnemi.

Komisya Krajowa, która w ~~w takim dzia wym~~ czasie czynności poprzedzających zebrała już przez delegowanych swoich potrzebne wiadomości, rozpozna starannie taryfy klasyfikacyjne każdego okręgu, przyczem szczególnie baczyć będzie na zachowanie sprawiedliwego między pojedynczemi okręgami stosunku.

F

Przy rozpoznawaniu taryf może Komisya Krajowa powołać pojedynczych członków Komisyi okręgowych dla zasięgnienia wyjaśnień.

F Komisya Krajowa zarządzi w razie ~~rotoiar~~ potrzeby usunięcie wątpliwości lub błędów i ustanowi taryfy dla każdego ~~okręgu osa~~ ~~osob taryfy klasy~~ dystryktu klasyfikacyjnego.

§ 27

ogłoszenie taryf

~~Ustanowione dla wszystkich okręgów~~ Taryfy klasyfikacyjne, przez Komisyę krajową, dla wszystkich okręgów ~~przez Komis~~ ustanowione, ogłoszone będą w ~~Gazecie~~ dzienniku urzędowym i przesłane Komisyom okręgowym.

Komisya okręgowa ~~ogłosi~~ ~~w swoim okręgu taryfy tegoż okręgu i taryfy~~ doręczy ustanowione dla swojego okręgu taryfy gminom, niemniej większym właścicielom, do gminy nienależącym i tym, ~~taryfy okręgów ościennych i sąsiednich, i zawiadomi o tych taryfach gminy, niemniej obszary dworskie i tych właścicieli~~ którzy w gminie przynajmniej szóstą część podatku gruntowego opłacają, aby im dać sposobność do wystąpienia ~~z zarzutami jakie~~ z możliwemi zarzutami.

§ 28

Wnoszenie zarzutów

Zarzuty gmin i większych właścicieli przeciw taryfom klasyfikacyjnym winny być wniesione w terminie nieprzekraczalnym dwóch miesięcy, ~~od dnia~~ licząc od dnia doręczenia, do Komisyi okręgowej, która je prześle Komisyi krajowej ze swojemi uwagami i z swojemi własnemi przeciw taryfom przedstawieniami, jeśli takowe uzna za potrzebne.

§29

Komisya ~~Krajowa~~ zarządzi rozpozna uwagi zarzuty i uwzględnienie tych, które uzna za słuszne, ułoży zestawienie ~~taryf~~ klasyfikacyjnych dla ~~całego kraju i przeszle~~ wszystkich ~~powiatów~~ okręgów szacunkowych i dystryktów klasyfikacyjnych ~~taryf~~ podług wzoru D i przeszle takowe Komisyom szacunkowym z poleceniem, aby ~~niezwłocznie~~ przystąpiły niezwłocznie do klasowania gruntów na podstawie taryf zatwierdzonych.

Część IV

Klasowanie gruntów

~~Klasowanie gruntów odbywa się przy~~

§30

~~Przy~~ Klasowanie gruntów ~~zastosowan~~ jest zastosowaniem pojedynczych stopni taryfy klasyfikacyjnej do każdego pojedynczego, ~~gruntu~~ podatkowi ulegającego gruntu w gminach i w okręgu lub dystrykcie szacunkowym.

Celem klasowania gruntów podzielony będzie okręg (względnie dystrykt) szacunkowy, ~~na~~ o ile ~~tego~~ to będzie potrzebnem, na części, w

Których po dwóch delegatów (~~ze strony~~ Komisyi uważającej, ~~szacunkowej~~, przez nią z jej grona wybranych, wykona klasowanie dla pojedynczych gmin i ~~obszarów~~ dla obszarów dworskich z gminami nie połączonych ↑ w razie potrzeby doda Komisya tym delegatom rzeczoznawcę lasowego, który będzie miał głos tylko doradczy. Gdyby się delegaci nie mogli zgodzić między sobą, ~~Gdyby się delegaci ... nie zgadzali~~ zapisze każdy z nich osobno zdanie swoje.

~~O przedsięwzięciu klasowania~~

O czasie, w którym klasowanie ma być przedsięwzięte, ~~ma ogłoszony będzie ... gminie i w obszarze ...~~ należy uwiadomić naprzód przełożonych gminy i obszaru dworskiego.

Do ~~współ~~działania przy klasowaniu powołani będą, jako mężowie zaufania przełożeni gminy i obszarów dworskich, nie mniej ci ~~właściciele, i~~ posiadacze gruntów, którzy przynajmniej ósmą część ogólnego podatku gruntowego w gminie opłacają.

Przy klasowaniu gruntów ↑ mają być zachowane przepisy §§ 21 ~~i 22~~ i 22 i (powinni być mieć wzgląd na pospolitą, ~~...~~ na wartość gruntów, i na wszystkie na dochód czysty wpływające okoliczności; nie mają jednak uwzględniać ~~...~~ lepszej, od pospolitej różniącej się uprawy u gospodarzy pilniejszych, ani też uprawy gorszej, z niedbalstwa pochodzącej. Operacye klasowania mają być porównywane ~~z wartością (§23)~~ z pospolitą wartością (§23) tak pojedynczych gruntów jakoteż całych posiadłości. ~~nie powinien być żaden wzgląd może być uwzględniany, ani lepsza, od pospolitej różniąca się uprawa gospodarzy pilniejszych, ani też niedbalstwo innych, lecz grunta powinny być klasowane ... gorszej, z niedbalstwa pochodzącej~~.

~~Mniejsze~~ Kawałki gruntów, których rozległość nie przenosi 9 sążni kwadratowych, powinny być policzone ~~być~~ do otaczającego je rodzaju uprawy, chociażby ~~w rzeczywistości~~ faktycznie należały do innego, a jeżeli są otoczone ~~gruntami~~ rozmaitemi rodzajami uprawy, powinny być policzone do tego, ~~którego~~ do którego w jakości i dochodzie najwięcej są zbliżone; do ogrodów jednak

mogą kawałki gruntów, ~~nie~~ które nie są ~~takie~~ faktycznie ogrodami, ~~policzone być tylko wtedy, jeżeli gdy ich rozległość nie przenosi nie bez większe~~ jak 100 sążni kwadratowych. Wyjątek od reguły następuje wtedy, gdy różnica między dochodem obu rodzajów kultury, a względnie klas, jest tak wielka, że przez ich policzenie do jednej czystej ich dochód, ~~cało w całości~~ razem wzięty, byłby o 10 % podniesiony lub zniżony.

√ tylko ~~mogą~~ wtedy być policzone, jeżeli ich rozległość nie przenosi

Również kawałki ~~gruntów~~ jednego gruntu, które nie mają więcej jak 1 morg obejmujące, policzone będą do ~~klasy~~ tej klasy, do której większa część gruntu należy, ~~jest~~ jeżeli przez ~~to~~ czysty dochód całego gruntu nie byłby o 10 % podniesiony lub zniżony.

Każdy obszar lasowy, ~~powinny~~ powinien być policzony do jednej klasy podług przeciętnego czystego dochodu jaki dać może ~~z względu na jakość gruntu, na gatunki drzewa na~~ ze względu na wszystkie okoliczności na ~~czysty~~ ten dochód wpływające, bez uwzględnienia jednak drzewostanu w czasie szacowania się ~~znajdującego~~ znajdującego. Jeżeli jednak w takim obszarze znajdują się przestrzenie nierozerwane, mające więcej niż 50 morgów, które pod względem jakości gruntów, rodzajów ~~drzewa~~ drzewa i innych na czysty dochód czysty wpływających okoliczności, znacznie od siebie się różnią, wtedy można dla nich przyjąć klas więcej.

^ stanowiący faktycznie jedną całość,

~~Rezultaty~~ operaty klasowania we wszystkich gminach i obszarach dworskich rozpozna Komisya okręgowa, zarządzi w razie ~~potrzeby~~ wątpliwości lub zastrzeżonych usterek sprawdzenie przez Komisye lokalne, a gdyby jej się, w skutek tego okazała potrzeba zmiany pozycyi odnoszących się pozycyi taryfy klasyfikacyjnej ~~ściągnie~~ przedłoży komorski ~~razem~~ ~~Komisyą Krajową do~~ tych zmian Komisyi Krajowej do rozstrzygnięcia.

Po ukończeniu rozpoznania operatów klasowania sprostuje Komisya krajowa takowe w miarę potrzeby ~~sprostuje aparaty w razie miary potrzeby~~ i zarządzi ułożenie ~~[illegible]~~ ~~wykazów klas~~ ~~i zestawień [illegible]~~ wykazów i zestawień w §32 wzmiankowanych.

Część V

Pomiar i wykazy ~~szacunkowe~~ rezultatów szacunkowych

~~Urzędnicy~~

Sprostowanie operatów pomiarowych

§31

Urzędnicy pomiarowi, Komisyi okręgowej dodani, ~~rozpoznają~~ mają rozpoznawać i sprostują ~~zestawiać~~ takowe, o ile potrzeba się okaże, pod względem pomiaru, nazwisk, rodzajów uprawy i ~~sprostują~~ ~~klasy~~ katastralne operaty pomiarowe ~~pod względem~~ nazwiska posiadaczy, ~~pomiaru~~ ~~pomiaru~~ ~~rodzajów uprawy i nazwy nie~~.

W operatach pomiarowym może być tylko wtedy ~~grunt może być~~ grunt zapisanym jako sporny, ~~tylko wtedy~~, jeżeli jego posiadanie ~~sporne~~ faktycznie jest spornem.

Rejestra i zestawienia ~~szacunkowe~~ szacunkowe rezultatów

§32

~~Po ukończeniu klasyfikacyi i klasowania~~ Rezultaty klasyfikacyi i klasowania zapiszą urzędnicy pomiarowi w operaty pomiarowe i ułożą podług wzoru Σ dla każdej gminy ~~rejestr~~ ~~rejestr klas~~ wykaz szacunkowy ~~i zestawienie klas~~ klas, ~~obejmujący~~ nie mniej zestawienie ✠ podług wzoru ✠, które ma ~~wykazać~~ przedstawić ~~który~~ ~~przedstawi~~ sumę przestrzeni wszystkich gruntów każdego rodzaju uprawy i każdej klasy w ~~tej~~ gminie.

Na podstawie tych zestawień ułożone będzie ~~wykaz~~

Σ/

✠/

G

~~zestawienie~~ podług wzoru G) zestawienia sumarycznego dla całego okręgu szacunkowego, w którym, ~~podług wzoru G),~~ wykazana będzie suma przestrzeni wszystkich gruntów każdego rodzaju uprawy i każdej klasy ~~całego okręgu, oraz dla każdego dystryktu, a jeżeli okręg podzielony był na więcej dystryktów klasyfikacyjnych dla każdego okręgu dystryktu klasyfikacyjnego i dla~~ całego okręgu. Jeżeli w okręgu szacunkowym było więcej dystryktów klasyfikacyjnych, wtedy takie zestawienie sporządzone będzie dla każdego dystryktu osobno (i dla całego okręgu ~~razem~~. W tem zestawieniu ma być także ~~ma~~ podług ~~podstawie~~ przestrzeni i zastosowanych stawek taryfowych, obliczony i wykazany czysty ~~czysty~~ dochód ~~przypadających~~ każdej klasy, każdego rodzaju ~~rodzajów~~ uprawy ~~dla w klas~~ każdej gminy, ~~dla każdego dystryktu klasyfikacyjnego~~ i w całym okręgu, niemniej przeciętny czysty dochód z morga każdego rodzaju uprawy i każdej klasy dla każdej gminy, dla każdego dystryktu i dla całego okręgu szacunkowego.

~~i w każdej gminie dystryktu klasyfikacyjnego i całego okręgu~~

Część VI

Reklamacye

~~Rozdział~~ § 33

Po ukończeniu ~~[illegible]~~ operacyi klasowania w całym okręgu szacunkowym lub dystrykcie klasyfikacyjnym, ogłosi przewodniczący komisyi szacunkowej, że każdemu wolne jest wglądanie w wykazy ~~[illegible]~~ szacunkowe i zestawienia całego okręgu lub dystryktu klasyfikacyjnego, i prześle każdemu przełożonemu gminy i obszaru dworskiego wykaz szacunkowy i zestawienie ~~do tej gminy~~ dotyczące tej gminy lub tego obszaru, ~~szacunkowy (i zestawienie dotyczący) jego gminy tej gminy lub tego dotyczący tej gminy lub obszaru~~ z tą uwagą, że reklamacye przeciw klasowaniu winny być wniesione do komisyi okręgowej w terminie nieprzekraczalnym dwóch miesięcy, ~~60 dni, od~~ licząc od dnia doręczenia wykazu ~~tyczącego się miejscowości~~.

Przeciw klasowaniu służy prawo reklamacyi gminom, posiadaczom obszarów dworskich, niemniej każdemu ~~o~~płacącemu podatek gruntowy, a to tak ~~pod~~ względem swoich własnych jak i ~~pod~~ względem obcych gruntów. Rekla-

macye te mogą być czynione:

a) przeciw ~~umieszczeniu~~ [policzeniu] gruntów od [wolnych, innego] podatku ~~wolnych~~ ~~niepodlegających~~ do gruntów podatkowi ~~podległych~~ ~~lub gruntów~~ ulegających, również przeciw policzeniu gruntów podatkowi ulegających do gruntów wolnych;

b) przeciw mylnemu wymiarowi przestrzeni;

c) przeciw mylnemu zapisaniu nazwiska posiadacza;

d) przeciw błędnemu ~~zastosowaniu~~ ~~umieszczeniu~~ [policzeniu] gruntu do ~~klasy~~ niewłaściwej klasy lub [do] niewłaściwego rodzaju uprawy;

e) przeciw błędom ~~w~~ obliczenia ~~rodzajów kultur dochodu~~ [przestrzeni i czystego dochodu] pojedynczych rodzajów uprawy i klas w wykazie sumarycznym. ~~i czystego dochodu~~

Reklamacye pojedynczych posiadaczy gruntów mogą, podług woli reklamanta, wniesione być albo do Komisyi Okręgowej albo do przełożonego gminy, piśmiennie lub ustnie do protokołu.

~~Reklamacye wniesione do~~ Przełożony gminy powinien ~~zaś~~ w przeciągu ośmiu dni po upływie terminu reklamacyjnego przedłożyć Komisyi Okręgowej reklamacye do niego wniesione lub donieść że reklamacyi nie ma żadnych.

8

230

~~§ 31~~

Reklamacye wniesione
rozpoznaje Komisya okręgowa, ~~w razie potrzeby~~
w razie potrzeby przez
Komisyę na (z swego grona) ~~miejsce~~ delegowaną, do której jednak
nie mogą należeć ci
członkowie Komisyi,
którzy w tem miejscu
klasowanie ~~uskuteczniali~~
wykonali.

Na podstawie rozpoznania
winna Komisya okręgowa
rozstrzygnąć o reklamacyach
~~które uzna za uzasadnione~~
w czasie najkrótszym.

Jeżeli Komisya okręgowa jednogłośnie
uzna reklamacyę za nieuzasadnioną, wtedy ~~nie od~~
~~rozstrzygnienia niema~~ reklamant
niema prawa odwołania się
od jej decyzyi, ~~w razie przeciwnym winna~~
~~Komisya reklamacyę~~

~~[illegible]~~ Wszystkie inne
reklamacye ~~przypadkach~~, w których
Komisya okręgowa rozstrzygnie
w zupełności lub częściowo
przeciw żądaniu reklamanta,
~~ma~~ winna Komisya ta
przedłożyć, ~~ze zdaniem~~ zdaniem swojem ~~sprawę z wszystkiemi~~
o nich, ~~razem~~ Komisyi Krajowej, i
zarazem przesłać jej ~~do rozstrzygnienia razem~~
~~razem z~~ wszystkie akta
~~Komisya okręgowa~~
~~szacunkowe~~ ~~przesyła zarazem Komisyi~~

Po rozstrzygnieniu reklamacyi
i sprostowaniu aktów szacunkowych podług tych rozstrzygnień przesyła Komisya
okręgowa

okręgowa

reklamacye ~~ze~~ zdaniem swojem

Część VII

Ostateczne rozstrzygnięcie i rozkład podatku

§ 34

Komisya Krajowa rozstrzyga o reklamacyach jej przedłożonych, zarządza ułożenie zestawień rezultatów szacowania dla każdego okręgu szacunkowego i dla całego kraju, niemniej porównanie tych rezultatów z cenami i zamianami gruntów (§ 19 b i § 20), rozpoznaje te rezultaty, szczególnie ze względu zachowania słusznego stosunku między okręgami, i zarządza w razie potrzeby zmianą taryfy klasyfikacyjnej lub usunięcie wątpliwości i sprostowanie błędów, i wydaje o całym akcie decyzyę ostateczną.

Gdyby w którym szacunkowym okręgu lub dystrykcie klasyfikacyjnym dostrzeżone były takie błędy, które nie mogą być sprostowane samą tylko zmianą taryfy klasyfikacyjnej, wtedy Komisya Krajowa ma prawo zarządzić nowe klasowanie przez nową Komisyę okręgową, która podług § 8 ma być ustanowioną. Przeciw temu nowemu klasowaniu służy także prawo reklamacyi, które jednak nie wstrzymuje rozkładu podatku, mającego się tymczasowo odbyć na podstawie klasowania przez nową Komisyę zdziałanego.

§ 35

~~Po ostatecznych decyzyi Komisyi Krajowej, zarządzi c. k. Namiestnik, podług tych decyzyi~~

Podług ostatecznej decyzyi Komisyi Krajowej zarządzi c. k. Namiestnik, sprostowanie obliczeń ~~czystego dochodu~~ oszacowanego czystego dochodu dla pojedynczych ~~okręgów,~~ powiatów, gmin i gruntów,

~~dla podstawie tych to obliczeń rozłożony będzie w podatek w mierze~~ podług którego podatek na te powiaty gminy i grunta ma być rozłożony (§ 5)

Sprawdzenie, a o ile tego potrzeba się okaże także

ła
gm
45

§9

Kwalifikacya członków Komisyi

Członkami Komisyi ~~przez~~ Krajowej i Komisyi okręgowych mogą ~~przez [illegible]~~ ~~mimo~~ być tylko Krajowcy, znający dokładnie język i gospodarskie stosunki krajowe.

§10

~~geometrzy~~ Urzędnicy pomiarowi

Tak Komisyi Krajowej jak i Komisyom okręgowym dodani będą ~~potrzebni geometrowie~~ do czynności pomiarowych urzędnicy pomiarowi ~~geometrowie~~, znający dokładnie język krajowy.

§11

Komplet potrzebny i ~~[illegible]~~ stanowienie uchwał w Komisyi Krajowej i okręgowej.

Do każdego posiedzenia ~~(tak Krajowej jak okręgowej)~~ Komisyi ~~[illegible]~~ powinien przewodniczący wezwać wszystkich członków Komisyi, a ~~[illegible]~~ gdyby który z członków przybyć nie ~~[illegible]~~ mógł jego zastępcę. Dowody uskutecznionego wezwania mają być złożone w aktach.

Do ukonstytuowania i ważności uchwał Komisyi potrzebna jest obecność przewodniczącego i przynajmniej połowy członków Komisyi. Gdyby ~~zwołane posiedzenie nie na posiedzenie~~ na posiedzenie zwołane nie ~~by~~ przybyła liczba członków do powzięcia uchwał potrzebna, wezwie przewodniczący wszystkich członków na posiedzenie następne, z tą uwagą, że ~~to posiedzenie~~ na tem posiedzeniu stanowione będą uchwały bez względu na liczbę członków obecnych.

~~Do at~~ Uchwały zapadają bezwzględną większością głosów członków na posiedzeniu obecnych. W razie równości głosów staje się uchwałą to zdanie, do którego przewodniczący się przyłączy.

djety i koszta podróży.

§ 12

Członkowie Komisyi, ~~delegaci Krajowej, jej delegaci~~ delegaci ~~Komisyi Krajowej~~, i rzeczoznawcy, o ile nie są uważani jako urzędnicy Krajowi, mają ~~za~~ prawo do ~~djet~~ wynagrodzenia (kosztów podróży, wynikających z tego powodu, po 1 Złr. za milę, również do djet ~~za dzień ... przy ... przy obradach i innych czynnościach~~; za dnie spędzone przy obradach lub przy innych czynnościach odbytych w pełnieniu obowiązków ~~z tej ustawy wypływających~~ do wykonania niniejszej ustawy się odnoszących. Djety ~~(po ... wynoszą) 6 fr. za dzień przy ... Komisyi Krajowej, po 3 fr. zaś~~ stanowią się po 5 fr. dziennie przy Komisyi Krajowej, zaś po 3 fr. dziennie przy czynnościach gdzieindziej spełnianych.

Koszta szacowania gruntów

§13

~~§14~~

Tak należytości w §13 ustanowione jakoteż inne koszta, z szacowania gruntów wynikające, ponosi Skarb Państwa.

Dział Drugi

O regulacyi podatku budynkowego

Część I

§ 1

Przedmiot podatkowi budynkowemu ulegający ~~i wymiar podatku~~

Podatkowi gruntowemu ulega ~~budynki~~ czysty dochód czynszowy lub ~~budynku, przynoszony ze względu~~ ~~czynsz najmu~~ lub wartość użytkowa budynków.

W miejscach, w których liczba ~~wynajętych~~ wynajmowanych części składowych budynków przenosi ~~lub jest równą liczbie we własnym posiadaczy wszystkich będących~~ liczbę tych, ~~których posiadacze sami używają~~ które służą do własnego użytku posiadaczy, wymierzany będzie podatek podług czynszu najmowego, t.j. podług tej kwoty, ~~jaką~~ którą posiadacz lokalności domu za wynajęte † ~~oprócz~~ ostatnio otrzymuje lub ~~otrzymać by mógł~~ w razie (ich) wynajęcia otrzymać by mógł.

† za ~~wzięte~~ (używane) przez siebie lokalności

We wszystkich innych miejscach

§ 2

Wymiar podatku

Podatek budynkowy wymierza się podług pewnego ustawą krajową oznaczonego procentu od wyśledzonego czystego dochodu czynszowego lub od (oszacowanej) wartości budynków.

3

Uwolnione ~~są~~ od podatku budynkowego ~~są~~:

budynki, należące do c. k. dworu;

budynki państwowe;

~~budynki~~ urzędowe budynki krajowe, powiatowe i gminne;

Kościoły i inne ~~budynki~~, służbie bożej poświęcone (kaplarnie); ~~urzędowe~~ mieszkania ~~urzędowe~~ urzędowe ~~urzędowe~~ duchownych ~~jeśli~~ ~~budynki~~ ~~urzędowe~~ pasterzy wszystkich prawnie uznanych Kościołów i stowarzyszeń religijnych;

Klasztory tych zakonów, które zbieraniem jałmużny się utrzymują, mianowicie klasztory, które trudnią się ~~zawiadowstwo~~ parafii ~~mające~~ zawiadowstwem parafii, ~~się trudniące~~;

publiczne ~~szpitale~~ i domy ~~zaopatrzenia ubogich~~; ~~ubogich dla~~ do zaopatrzenia ubogich przeznaczone;

budynki ~~należące do publicznych~~ przeznaczone ~~dla szkół~~ dla szkół publicznych ~~szkół i zakładów~~ i dla publicznych

budynki szkół publicznych i zakładów ~~kso~~ publicznych do kształcenia i wychowania, ~~przeznaczone~~

budynki do ~~prowadzenia~~ gospodarstwa rolnego potrzebne;

~~o ile te budynki wymienione są te budynki~~

o ile wymienione (tu) ~~powyżej~~ budynki nie są najęte na powyższe cele

2 budynki

§ 3

Podstawa do wymiaru podatku.

Podatek budynkowy wymierza się podług rocznej wartości użytkowej budynków.

W miejscowościach, w których liczba ~~budynków wynajmowanych~~ wynajmowanych części składowych budynków przenosi liczbę tych, które służą do własnego użytku posiadaczy, /

/ wymierzany będzie podatek na podstawie wyśledzonego czystego dochodu czynszowego

~~ustanawiana~~ ~~przyznawana~~ będzie ~~jako~~ ~~ustanowiona~~ roczna wartość użytkowa podług czynszu najmowego, z potrąceniem kosztów zużycia i utrzymania budynków. Jako czynsz najmu uważana będzie ta kwota, którą posiadacz domu za wynajęte lokalności przeciętnie otrzymuje lub za ~~wyjmowane~~ lokalności, których sam używa, otrzymać by mógł w razie ich wynajęcia.

We wszystkich innych miejscowościach, roczna ~~war~~ wartość użytkowa będzie ~~szacowana~~ ustanowiona przez oszacowanie.

Ustanowienie wartości czynszowej podług czynszu najmowego a ~~uwarunkowanie~~ zeznanie

§ 34

Celem ustanowienia wartości czynszowej podług czynszu najmowego (§ 53) winien każdy posiadacz budynku lub jego zastępca podać [co roku zeznanie dochodu czynszowego,] w terminie, przez Krajowy ~~ut~~ urząd podatkowy ustanowionym. ~~Zeznanie dochodu czynszowego~~ Podanie ~~tego~~ to ma być wniesionem do tego ~~urzędu~~ urzędu podatkowego, ~~który~~ który [~~dla okręgu~~] ~~ustanowiony jest do spraw podatkowych ustanowionego dla załatwiania spraw podatkowych w pierwszej instancyi w tym okręgu, w którym leży miejscowość, do którego należy miejscowość~~ który jest dla tej miejscowości pierwszą instancyą ~~dla~~ w sprawach podatkowych. ~~w tym mieście lub w powiecie, w którym leży w mieście lub powiecie, w którym leży budynek.~~

W tem zeznaniu ~~powinny być podane: opisanie zawarte nastepujące~~ po zamieszczeniu będzie: —

~~Zeznanie to ma zawierać: obejmować:~~ ~~topograficzne~~ opisanie domu topograficzne podług numerów bieżących ~~wszystkich~~ jego składowych części a w razie wynajmowania dzierżawców także przestrzeni tychże i sposób ich użycia przez najem użycia ~~, ~~ sumowany czynsz najmu z czynszownikami umówiony, t. j. wszystkie od czynszowników za użycie wynajętych lokalności należne prestacye, z roku, który poprzedza bezpośrednio ~~rok~~ ów rok podatkowy, dla którego podatek ma być wymierzonym, ~~a jeśli a w przypadku własnego użycia~~

mniejszej wartości czynszowej lokalności przez posiadacza samego używanych, obniżonej ~~w sto~~ podług stosunku z ~~lokalu~~ czynszem tejże ~~rocznie~~ za lokalności wynajęte otrzy~~mywanym~~wanym; — potwierdzenie ~~prawdziwości podań przez~~ posiadacza domu lub jego ~~zastępcy~~, zastępcy, ~~i potwierdzenie~~ iż wszystkie podania w zeznaniu są prawdziwe; — nakoniec potwierdzenie czynszowników o prawdziwości podań, które odnoszą się do ~~tych~~ przedmiotów im wynajętych.

W razie wynajęcia ogrodów, ~~ruchomości~~ ruchomości lub innych przedmiotów razem z mieszkaniem, winien być podany ~~czynsz~~ cały czynsz najmowy, ~~i kwota~~ niemniej kwota za przedmioty razem z mieszkaniem wynajęte dla odtrącenia jej od czynszu najmowego.

Od lokalności, które posiadacz domu sam zajmuje lub administratorom, dozorcom, krewnym lub innym osobom z tytułu prawnego prywatnego bezpłatnie daje lub taniej niż innym czynszownikom wypuszcza, powinien być zeznany taki dochód czynszowy, jaki w przypadku innego wynajęcia mógł by być uzyskanym.

§ 5

b rozpoznanie zeznań

Urząd podatkowy rozpoznanie zeznania wniesione co do formy i treści, ~~a~~ a ~~prostuje~~ w razie potrzeby prostuje błędy, po przesłuchaniu stron.

Jeżeli dochód czynszowy od lokalności w ostatnim ustępie § 4 wspomnianych nie jest w zeznaniu zamieszczony lub jeżeli ~~urząd tem~~ urząd podatkowy mniema, iż dochód ~~czynsz~~ ten nie jest w słusznym stosunku do czynszu za lokalności rzeczywiście wynajmowane, wtedy urząd rzeczony przedsięweźmie wizyę miejscową, do której powoła, w obecności posiadacza domu lub jego pełnomocnika i dwóch przez reprezentacyę gminną ~~ob~~ obranych właścicieli domów, którzy przy tej wizyi mają oświadczyć, czy kwota ~~kwo~~ dochodu zeznanego, w porównaniu z innemi wynajętemi budynkami lub lokalnościami podobnemi, jest stosowną, lub ~~ma~~ o ile ma być podwyższona, albo zniżona.

Podobnie należy postąpić, jeżeli urząd podatkowy mniema, że przy mieszkaniach, ~~razem z ogrodami~~ razem z ogrodami, ruchomościami lub innemi przedmiotami wynajętych, kwota nie stosunkowo wysoka za te przedmioty, dla potrącenia od czynszu najmowego jest podana.

3 budynki

236

§6

5 potrącania kosztów ~~i ustanowienia~~ i ustanowienie wartości czynszowej

Na koszta zużycia i utrzymania budynków potrącone będą pewne procenta ~~od tego czynszu surowego~~ od surowego dochodu czynszowego, podług §§ 4 i 5 ustanowionego, a mianowicie:

a, w ~~mieście~~ Lwowie, Krakowie i w Brodach przy budynkach murowanych 20%, przy niemurowanych 30%

b, w ~~Tarnopolu~~ innych ~~miastach~~ miejscowościach, w których wartość czynszowa budynków ustanowiona będzie podług czynszu dzierżawnego (§3), przy budynkach murowanych 30% przy niemurowanych 40%.

Przy takich budynkach, których ~~właściciele posiadacze nie są~~ właściciele nie są zarazem właścicielami gruntu, na którym budynki stoją, ~~lub~~ niemniej przy budynkach, które za ~~wydane~~ rewersem demolicyjnym są budowane, może urząd podatkowy na podstawie śledztwa komisyjnego o doniosłości rzeczonych ograniczeń ~~własności~~ własności, z powołaniem zastępców gminy przeprowadzonego, podnieść koszta zużycia i utrzymania budynków aż do 60% od dochodu czynszowego surowego.

§7

6. Obliczanie ~~Ustanowienie~~ wartości czynszowej

~~lub~~ lub nie są wynajęte na cele inne.

~~Uwolnionemi~~ od podatku budynkowi są ~~także~~

Do uwolnionych od podatku budynkowego należą także ~~koszary~~ budynki, ~~nie będące które nie są rządowe własnością Państwa~~ (Quasi-~~Koszarowe) i budynki bezpłatnie dla władz~~ miejskich publicznych ~~władzom i urzędów~~ budynki ✓ lub części budynków, które bezpłatnie poświęcone są na koszary ~~lub~~ albo dla władz i urzędów publicznych.

Kochany Kornelu!

List Twój z d. 26/4 1872 otrzymałem wprawdzie ale w czasie bardzo niebezpiecznej choroby i długiej; bo od Grudnia 1871 do Sierpnia 1872 nie opuszczałem prawie łóżka. – Chorowałem albowiem na karbunkuły z których cztery jeden po drugim się uformowały i z których każden musiano operować. – W Sierpniu prawie z łóżka udać się musiałem do Karlsbadu, Ems, zkąd dopiero w końcu Września powróciłem – ale przynajmniej z dość dobrym skutkiem bo choroba cukrowa która się po ustaniu karbunkułów wywinęła zupełnie ustała. – Nie mogłem zatem ani odpowiedzieć

powiedzieć i ani zająć się petycją do Rady Państwa, będąc bliżéj tamtego świata. – Ale sądzę iż teraz kiedy jest Sejm we Lwowie, to nie zasypiasz téj sprawy i zrobiłeś stósowny wniosek, aby Sejm wypowiedział przez Ministra w sprawie przyznania dwóch głosów przewodniczącemu w Komisyjach szacunkowych swoje zdania, iż że wpłyniesz na to, aby Sejm jeśli by Minister nie ustąpił, udał się o wyjaśnienie prawa do Trybunału Państwowego – któremu jedynie a nie Ministrowi przysługuje prawo do tego. – Nie uwierzysz jak przy prawnictwie i znanéj apatji naszéj szlachty jest ten Król niesłuszny. – W komisyi powiatowéj szacunkowéj

szalonkowej Wadowickiej pierwsze
ani jednej nie było sesji na
której by przynajmniej jednego
z obywateli nie brakło których
mianowanych przez Rząd zawsze
jest komplet. — I dla tego zapada-
ją często nie korzystne uchwały. —
Członkiem który podniosł wąt-
pliwości w tym względzie ~~by~~ ~~ten~~ w
komisji Rady Państwa byłem ja
ale wtenczas tak to oburzyło
wszystkich, albowiem utrzymywali
iż jest niepodobieństwem aby kto
inaczej sobie to prawo tłomaczył
iż dalej tej sprawy nie porusza-
łem więc; zatem czy wzmianka
o tem jest w protokole komisji. —
A teraz całuję Cię serdecznie
Pawlikówka 3/11 872. Leonard Wężyk.
Powiat Wadowice
Poczta Brzeźnica
Pani Twojej winne uszanowanie

Gesetz

vom . . . .

betreffend die

Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Der §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 über die Regelung der Grundsteuer, R. G. Bl. Nr. 88, tritt außer Wirksamkeit und hat zu lauten:

§. 12.

Beschlußfähigkeit und Art der Beschlußfassung der Commissionen.

Zu jeder Commissionssitzung hat der Vorsitzende alle Mitglieder derselben und im Falle dauernder Verhinderung eines Mitgliedes den betreffenden Ersatzmann einzuladen.

Die Commissionen sind constituirt und beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sollte jedoch wegen mangelnder Anzahl der Commissionsmitglieder eine Sitzung nicht beschlußfähig sein, so sind alle Mitglieder zur nächsten Sitzung mit dem Bemerken schriftlich einzuladen, daß diese Sitzung auch ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig sein würde.

Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nur bei gleichgetheilten Stimmen, und entscheidet in diesem Falle jene Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat. Kommt bei der Abstimmung über die Höhe einer Ziffer eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere zu zählen, bis sich für die bezügliche Ziffer die absolute Mehrheit ergibt.

Artikel II.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten für die Centralcommission, sowie für die Landes-, Landessub- und Bezirkscommissionen jener Königreiche und Länder, in welchen die Abschätzungsarbeiten bis zum Tage der Kundmachung dieses Gesetzes bereits abgeschlossen sind, mit diesem Tage, für die Landes-, Landessub- und Bezirkscommissionen der übrigen Königreiche und Länder jedoch erst nach Vollendung der Abschätzungsarbeiten mit dem Beginne der Einschätzung in Wirksamkeit.

Artikel III.

Der Minister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei.

Bericht

des Steuerreformausschusses

über den

an denselben zurückverwiesenen Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88, über die Regelung der Grundsteuer, sowie über den Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Wolfrum zu diesem Gesetzentwurfe.

Bei der am 21. October d. J. stattgehabten Berathung über den vom Steuerreformausschusse unter Zahl 382 der Beilagen dem hohen Hause zur Annahme vorgelegten Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des §. 12 des Grundsteuergesetzes wurde vom Herrn Abgeordneten Wolfrum zu diesem Gesetzentwurfe ein Zusatz beantragt, welcher lautet: „Gegenwärtige Bestimmung gilt jedoch nur für das Einschätzungsgeschäft. Für die Abschätzungsarbeiten bleibt der Wortlaut des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88, in Kraft.“ Dieser Zusatzantrag, sowie der in der Debatte befindliche Gesetzentwurf wurden sohin an den erwähnten Ausschuß zur Berathung und Berichterstattung verwiesen.

Der Steuerreformausschuß hat sich der dem Antrage des Herrn Abgeordneten Wolfrum zu Grunde liegenden Anschauung angeschlossen, daß es geboten erscheine, durch eine nähere Präcisirung des Zeitpunktes, mit welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit zu treten habe, sicherzustellen, daß die beantragte Aenderung des Gesetzes vom 24. Mai 1869 in den Commissionen der einzelnen Königreiche und Länder, wo möglich bei dem gleichen Stadium der Arbeiten in Anwendung komme, und hat diese Ansicht durch Einschaltung eines neuen Artikels II zum Ausdrucke gebracht.

Da der Gesetzentwurf im Uebrigen, eine unwesentliche stylistische Aenderung in Artikel I abgerechnet, mit dem unter Zahl 382 der Beilagen vorgelegten Entwurfe vollkommen gleichlautend ist, so beruft sich der Steuerreformausschuß auf die in dem erwähnten Berichte gegebene Begründung und stellt den Antrag:

„Das hohe Haus wolle dem beigeschlossenen Gesetzentwurfe in der nunmehr veränderten Fassung seine Zustimmung geben.“

Wien, am 29. October 1875.

Eichhoff,
Obmann.

H. Doblhoff,
Berichterstatter.

Bericht

des

Steuerreformausschusses

über den

Antrag des Abgeordneten Baron Kellersperg und Genossen in Betreff Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 über die Regelung der Grundsteuer.

Der von dem hohen Abgeordnetenhause in der Sitzung vom 10. d. M. dem Steuerreformausschusse zur Vorberathung zugewiesene Antrag auf Abänderung des von der Beschlußfähigkeit und Art der Beschlußfassung der Commissionen handelnden §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 bezieht sich ausschließend auf den dritten Absatz dieses Paragraphes, welcher folgendermaßen lautet:

„Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden. Bei gleichgetheilten Stimmen ist jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben, für welche der Vorsitzende sich ausspricht. Kommt eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere hinzuzuzählen, bis sich für diese Ziffer die absolute Mehrheit ergibt."

Die Fassung dieses Alinea des §. 12 erscheint nun weder genügend klar, noch entsprechend im Einklange mit den hergebrachten Anschauungen über die Stellung eines Vorsitzenden, um jeden Zweifel über seine richtige Deutung von vorne herein zu beseitigen.

Die citirte Fassung ist nicht klar, da die Worte: „Bei gleichgetheilten Stimmen ist jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben, für welche der Vorsitzende sich ausspricht", sich ebenso als ein Dirimiren des Vorsitzenden, als auch dahin deuten lassen, daß in den gleichgetheilten Stimmen die Stimme des Vorsitzenden bereits inbegriffen sei. Für die letztere Deutung scheint allerdings der erste Satz des Alinea 3 des §. 12 zu sprechen, welcher die Entscheidung von der absoluten Mehrheit der Anwesenden abhängig macht, und den Vorsitzenden in Uebereinstimmung mit §. 9 des Gesetzes auch dann als stimmberechtigt anerkennt, wenn es sich nicht um gleichgetheilte Stimmen handelt.

Es befindet sich aber die erwähnte Bestimmung auch mit den für derlei Commissionen in der Regel geltenden Geschäftsordnungen nicht in Uebereinstimmung, da in denselben dem Vorsitzenden eine Stimme zumeist nur dann eingeräumt wird, wenn es sich darum handelt, bei gleichgetheilten Stimmen durch das Votum des Vorsitzenden eine Beschlußfassung zu ermöglichen.

Die dargelegte Unklarheit der Fassung und die Ungewohntheit der Bestimmung selbst haben denn auch zu einem sehr ungleichmäßigen Vorgange in der Praxis geführt und den k. k. Finanzminister genöthigt, durch eine Erläuterung den Commissionsvorsitzenden das unbeschränkte Stimmrecht zu wahren

Erscheint nun aber diese Auslegung des in Rede stehenden Alinea 3 des §. 12 auch nach dem Wortlaute des Gesetzes als die richtigere, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie dem Geiste des Gesetzes, welches das Schwergewicht bei den Schätzungsarbeiten auf die Mitwirkung der Steuerträger legt, weniger entspricht.

Diesen Erwägungen folgend hat der Steuerreformausschuß im §. 14 des Gebäudesteuergesetzes eine von dem §. 11 der Regierungsvorlage abweichende Fassung in Antrag gebracht, welche auch durch das hohe Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom 9. März d. J. zum Beschlusse erhoben wurde. Dieselbe lautet:

„Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nur bei gleichgetheilten Stimmen, und entscheidet in diesem Falle jene Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat. Kommt bei der Abstimmung über die Höhe einer Ziffer eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere hinzuzuzählen, bis sich für die bezügliche Ziffer die absolute Mehrheit ergibt."

Diese in das Gebäudesteuergesetz aufgenommene Fassung nunmehr auch in das Gesetz über die Regelung der Grundsteuer zu übertragen, ist der Zweck des vom Abgeordneten Freiherrn von Kellersperg und Genossen gestellten Antrages, und es hat sich der Steuerreformausschuß mit den Antragstellern in der Ueberzeugung vereinigt, daß die Annahme dieser Gesetzesänderung sich nicht nur als eine wünschenswerthe Verbesserung des Grundsteuergesetzes darstellen würde, sondern auch geeignet wäre, eine entsprechende Gleichartigkeit in die die Arbeiten der Commissionen in den Gesetzen über die Grundsteuer und die Gebäudesteuer regelnden Normen zu bringen.

Der Steuerreformausschuß stellt daher den Antrag:

„Das hohe Haus wolle dem beigeschlossenen Gesetzentwurfe seine Zustimmung ertheilen."

Wien, 13. März 1875.

Eichhoff,
Obmann.

H. Doblhoff,
Berichterstatter.

Gesetz

vom . . . .

betreffend die

Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Der §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 über die Regelung der Grundsteuer, R. G. Bl. Nr. 88, wird abgeändert und hat zu lauten:

§. 12.

Beschlußfähigkeit und Art der Beschlußfassung der Commissionen.

Zu jeder Commissionssitzung hat der Vorsitzende alle Mitglieder derselben und im Falle dauernder Verhinderung eines Mitgliedes den betreffenden Ersatzmann einzuladen.

Die Commissionen sind constituirt und beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sollte jedoch wegen mangelnder Anzahl der Commissionsmitglieder eine Sitzung nicht beschlußfähig sein, so sind alle Mitglieder zur nächsten Sitzung mit dem Bemerken schriftlich einzuladen, daß diese Sitzung auch ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig sein würde.

Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nur bei gleichgetheilten Stimmen, und entscheidet in diesem Falle jene Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat. Kommt bei der Abstimmung über die Höhe einer Ziffer eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere zu zählen, bis sich für die bezügliche Ziffer die absolute Mehrheit ergibt.

Artikel II.

Der Minister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Abschrift des Ministerialerlasses vom 15. Dezember 1871 Z. 36245 betreffend die Beantwortung mehrerer in Absicht auf die Durchführung des Gesetzes vom 24. Mai 1869 gestellten Fragen.

Hat der Vorsitzende der Bezirks-schätzungs-Kommission ein Stimmrecht, oder ist er nur berechtigt, bei getheilten Stimmen zu entscheiden?

Den Vorsitzenden der Bezirks-schätzungs-Kommissionen gleichwie jenen der Landes- und Landessub-Kommissionen steht das bestimmte Stimmrecht zu, weil der §. 8 und beziehungsweise §. 9, und der §. 12 des Gesetzes sie hiezu ermächtiget, indem der §. 8 und beziehungsweise der §. 9 ausdrücklich bestimmt, daß der Vorsitzende auch zur Kommission gehört, welchem, so wie den übrigen Mitgliedern ein entscheidendes Stimmrecht zusteht, weil ferner der §. 12 anordnet, daß die absolute Stimmen Mehrheit der Anwesenden entscheidet, und weil endlich wenn das Gesetz weiter anordnet, daß bei gleich getheilten Stimmen jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben ist, für welche sich der Vorsitzende ausspricht, unzweideutig vorausgesetzt wird, daß der Vorsitzende als stimmberechtigtes Kommissionsmitglied seine Stimme

[illegible]

bereits abgegeben habe. —

Bei einer anderen Auslegung des Gesetzes würde es genügen zu sagen: „bei gleich getheilten Stimmen dirimirt der Vorsitzende" (d. h. er stimmt erst dann, um die absolute Majorität zu bilden). —

Die derartige Auslegung dieses Gesetzes findet die vollständige Bestättigung im Schluß Absatze der alinea 3 des §. 12, wo es sich um die Beschlußfassung einer Ziffer handelt. —

ad 36245. [illegible] 36 211

Beantwortung
mehrerer in Absicht auf die Durchführung des Gesetzes vom 24 Mai 1869 gestellten Fragen.

1. Frage.
Sind bei der Durchführung des Gesetzes die Bestimmungen desselben oder jene der vom Finanzminister erflossenen Anleitung für das Verfahren bei der Grundertragsschätzung maßgebend?

ad 1.
Daß das Gesetz maßgebend sei, kann wohl für Niemanden zweifelhaft sein, die Anleitung sammt Muster derselben ist nur eine Vorschrift für die Ausführung des Gesetzes in seinen Detailbestimmungen, welche mit dem Gesetze im vollsten Einklange steht.
Die Behauptung eines Widerspruches im Gesetze und der Anleitung wurde nur durch eine unrichtige Auffassung der Bestimmungen bezüglich der Berechnung und Anwendung der Vormerknisse herbeigeführt, ist

aber bereits durch den Ministerial-
Erlaß vom 9 Juni 1871 Z. 12450
befohlen. Nachdem in Gemäßheit
des Gesetzes § 42 der Finanzmi-
nister mit dem Vollzuge des
Gesetzes beauftragt ist, so sind
auch dessen Weisungen für
die Durchführung der Grund-
steuer-Regelungs-Angelegen-
heiten zu befolgen.
Hierdurch erscheint auch die
bei einer Bezirksschätzungs-
Kommission aufgeworfene
Frage gelöst, ob die vom
Finanzminister erflossene
Anleitung für die Grundsteuer-
Regelung eine maßgebende
Instruktion sei, weil derselben
die Unterschrift des Finanzmi-
nisters mangelt; denn es ist
bekannt, daß diese Anleitung
vom Herrn Finanzminister
mit einer besonderen Zuschrift
an den Herrn Statthalter von
Böhmen mit dem Ersuchen
geleitet wurde, dieselbe der
Landeskommission, beziehungs-
weise Landes-Subkommissionen
und den Bezirksschätzungs-Kom-
missionen als Richtschnur
für das Verfahren bei der
Grundertrags-Abschätzung

mitzutheilen und in der dies-
fälligen Intimation des
Statthalters an die Bezirks-
hauptleute sich die Überzeu-
gung verschafft werden kann,
daß nicht ein unterstehen-
des Organ, sondern der Finanzmi-
nister kraft des ihm von der
Reichsgesetzgebung eingeräum-
ten Rechtes resp. aufgetrage-
nen Verpflichtung diese
Vollzugsvorschrift erlassen
habe.

2. Frage.
Wann tritt der geeignete
Zeitpunkt zur Wahl des Co-
mités ein, welches den Ent-
wurf des Klassifikationstarifs
zu verfassen hat?

ad 2.
Die Anleitung läßt den
Zeitpunkt der Wahl des Co-
mités offen, bestimmt aber
jedenfalls, daß dem vorläu-
figen Entwurfe die Prüfung
der Bezirksbeschreibung vor-
ausgehen muß.
Es kann daher die Wahl des
Comités vor der Prüfung der
Bezirksbeschreibung einge-
leitet werden, ja es sollen
die Kommissions-Mitglieder

mehr oder weniger verschiedene Kenntnisse der factisch bestehenden Verhältnisse des Bezirkes besitzen, und um sich dieselben zu verschaffen, einen längeren oder kürzeren Zeitraum bedürfen.
Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Wahl bei oder nach der Feststellung der Normalpreise am zweckmäßigsten ist.

3.

Wann ist die Bezirksschätzungs-Kommission berechtigt, einzelne Mitglieder im Schätzungsbezirke Reisen vornehmen zu lassen?

ad 3.

Die Kommission ist berechtigt, in allen jenen Fällen aus ihrer Mitte einzelne Mitglieder in den Bezirk oder District abzusenden, wo die unausweichliche Nothwendigkeit vorliegt, sich die nöthigen Auskünfte für die Lösung ihrer Aufgabe zu verschaffen.
Nachdem das Gesetz und die Anleitung voraussetzt, daß die einzelnen Kommissions-

Mitglieder aus dem Stande der Steuerträger die Ertragsverhältnisse des Bezirks oder Distrikts im Wesentlichen so weit kennen, um ein Urtheil über die nothwendige Theilung des Bezirks in Distrikte fällen zu können, und daß auch die beiden Referenten ihrer Aufgabe so gewachsen sind um die nothwendigen Erhebungen und Anträge für die Distriktsbildung und für die Preise der Produkte und Aufwandsgegenstände selbstständig vornehmen zu können, so wird die unausweichliche Nothwendigkeit von Absendung einzelner Kommissions-Mitglieder in den Bezirk oder Distrikt nur höchst selten eintreten. Die Absendung von Comités zur Rektifizirung der Preise oder Theilung des Bezirks liegt nicht im Geiste der Anleitung.

4.

Wann ist die Zuziehung von Forst-Sachverständigen zulässig?

ad 4.

Nach § 9 letzte alinea des Gesetzes ist die Kommission berechtigt,

bei Berathungen, wo es sich um die Erhöhung der Forste handelt, Forstsachverständige mit berathender Stimme beizuziehen.

Es ist aber auch zulässig, Forstsachverständige nach § 13 bei kommissionellen Erhebungen beizuziehen.

Unzulässig ist es aber, Forstsachverständige mit berathender Stimme, statt Kommissions- oder Comité-Mitglieder hinaus zu senden.

5.

Sind die Mitglieder der Kommission aus dem Stande der Steuerträger zu einem gemeinschaftlichen Antrage gebunden?

ad 5.

Nein, weil jedes solches Mitglied für sich das Meinungsrecht nach § 13 des Gesetzes auszuüben hat.

6.

Ist die Bezirksbeschreibung des ökonomischen und Waldschätzungs-Referenten abgesondert vorzulegen?

ad 6.

Die Bezirksbeschreibung beider Referenten hat ein Ganzes zu bilden, und hat die Vorlage

in der Regel gleichzeitig zu geschehen. In Fällen, wo die gleichzeitigen Vorlage aus rücksichtswürdigen Gründen nicht thunlich ist, kann zwar die abgesonderte Behandlung der Bezirksbeschreibung für das Waldland seitens der Bezirksschätzungs-Kommission eintreten, ungeachtet dessen hat aber dieser Operatstheil im Hinblicke auf das Gesammt-Operat der Durchführung nur einen Bestandtheil der ganzen Bezirksbeschreibung zu bilden.

7.

Sind die Kommissionssitzungen öffentlich?

ad 7.

Nein.

8.

Wer soll in der Regel als Schriftführer bei den Kommissionssitzungen fungiren?

ad 8.

Das vom Vorsitzenden oder von der Kommission bestimmte Mitglied aus der Kommission. Am zweckmässigsten hierzu empfiehlt sich das zweite Mitglied.

9.

Sind die Sitzungsprotokolle der Bezirksschätzungs-Kommissionen der Landes-Kommission vorzulegen?

ad 9.

Da nach der Geschäftsordnung alle wichtigen Vorkommnisse zur Kenntniß der Landeskommission zu bringen sind, so ist die Landeskommission auch berechtigt, sich alle Sitzungsprotokolle entweder im Originale, in Abschrift oder im Auszuge vorlegen zu lassen.

11.

Welche Reihe von Jahren ist zulässig, um bei den Preisen der Naturfrüchte eine Substitution bezüglich jener Jahre eintreten zu lassen, bezüglich welcher ein Preis in der gesetzlichen Periode für eine oder das andere Produkt faktisch nicht vorhanden ist.

ad 11.

Die Entscheidung hierüber ist in erster Linie der Kommission überlassen. Für den Referenten bilde behufs seines Antrages der Moment als Leitfaden zu

dienen, daß Preise für eine solche Reihe von Jahren wenigstens vorhanden sein sollen, welche die Wechselfälle im Ertrage umfaßt, und daß in diesem Falle die Ergänzung der Preise für die fehlenden Jahre vorgenommen werden kann.

11.

Ist in Betreff der Ausdehnung des Baues eines Produktes die Gemeingewöhnlichkeit d. i. die Mehrheit des Grundbesitzes im Bezirke (: Distrikte :) oder in der Klasse maßgebend?

ad 11.

Das Gesetz setzt die Gemeingewöhnlichkeit nach der Mehrheit des Grundbesitzes im Distrikte bezüglich der Bewirthschaftungsweise und des Kulturaufwandes voraus.

Die Ausdehnung des Baues einzelner Produkte ist von der gemeingewöhnlichen Bewirthschaftungsweise abhängig, weil dieselbe durch die Lage, durch die Bodenbeschaffenheit und durch das Wirthschaftssystem nach einer dauernden Gemeingewöhnlichkeit bedingt ist;

Es kann daher ein Produkt, welches auch nur auf einem kleinen Theile des Bezirkes oder Distri[ktes] z. B. in einer oder der anderen Klasse gebaut wird, als gemein gewöhnlich bei der Abschätzung vernachlässigt werden, wenn es nach einem bestehenden Wirthschaftssysteme auf bestimmten Grundstücken in einer die Wechselfälle umfassenden Reihe von Jahren vorkömmt.

12.

Ist es dem Schätzungs-Referenten gestattet in dem Falle, wenn in seinem Bezirke kein Marktort vorkömmt, und im Nachbarbezirke, wo der nächstgelegene Marktort vorkömmt, die Commission noch nicht activirt ist, sich von diesem Marktorte die Marktpreis-Tabellen zu verschaffen, um vorläufig die Durchschnittspreise für die Hauptkörner zu berechnen bezüglich der 15jährigen Periode für den eigenen Bezirk zusammenzustellen?

ad 12.

Unterliegt keinem Anstand, nur ist das diesfällige Resulta[t]

immer nur, der nachträglichen Prüfung der Werthzeichentabelle durch die nachträgliche Kommission abhängig.

13.

Darf eine Sitzung verschoben werden, weil ein oder das andere Mitglied, welches gewöhnlich immer der Sitzung beiwohnen will, der an ihn ergangenen Einladung wiederholt nicht folgen kann?

ad 13.

Hierüber entscheidet der § 12 des Gesetzes und ist der Ersatzmann vorzuladen.

14.

Wo findet der Referent die Indications Scizzen?

ad 14.

Diese sollen beim Gemeindevorsteher zur Aufbewahrung erliegen, daher sie gegen Empfangs-Bestätigung rechtzeitig an dieselben zu erfolgen sind.

15.

Dürfen Partheien von den bei dem Geometer oder bei der Schätzungs Commission befindlichen Vermessungs-Operaten sich Copien machen?

ad 15.

Die Copirung von Vermessungs-Operaten ist nur im Landes-Mappen-Archive mit Zustimmung der Landes-Finanz-Direction im Einvernehmen mit der Landes-Commission für Grundsteuer-Regelungs-Angelegenheiten nach Umständen mit Bewilligung des Finanzministeriums zu gestatten und sind die Schätzungs-Commissionen, sowie auch die Geometer nicht ermächtigt, ohne höhere Bewilligung an Parteien Copien abnehmen zu lassen oder letztere zu erfolgen.

Diesfalls wird übrigens auf den Finanzministerial-Erlass vom 20 November 1871 Z. 35420 hingewiesen.

16.

Sind die Bezirks-Schätzungs-Commissionen oder deren Vorsitzende ohne höhere Bewilligung berechtigt, an Parteien oder an zur Grundsteuer-Regulirung nicht berufene auswärtige Behörden und Ämter, Daten aus den Arbeiten der Grundsteuer-Regulirung zu erfolgen oder zu veröffentlichen?

ad 16.

Nein!
Auch in dieser Beziehung wird auf den Finanzministerial-Erlaß vom 20 November 1871 Z. 35420 hingewiesen.

17.

Ist der Referent an den Beschluß über die Normalpreise oder Preisstufen gebunden?

ad 17.

Hierüber ist bereits durch den Finanz-Ministerial-Erlaß vom 9 Juni 1871 Z. 12450 entschieden.

18.

Wie sind die Parkanlagen bei Ermittlung des Ertrages zu behandeln?

ad 18.

Nach § 29 des Gesetzes als Gartenland, daher weder bei der Vermessung noch bei der Schätzung die im Parke vorkommenden verschiedenen Kulturgattungen als ganz selbständig behandelt werden können, weil sonst die Kulturgattung „Gartenland“ durch die ungesetzliche Zertheilung in kleine Wiesen- und Waldparzellen aufgelöst in den Einschätzungs-

Register verschwinden würde.

19.

Wie ist das Territorium der Eisenbahn zu behandeln?

ad 19.

Nach § 15 des Gesetzes bildet dasselbe ein Parifikat.

Das ganze in einer Steuergemeinde liegende Eisenbahn-Terrain /: Territorium :/ wird bei der Vermessung als eine Parzelle behandelt, und es ist sich über die Ausscheidung der in diesem Territorio liegenden Gebäude, Hofräume und Ab-theilungen nach dem § 2 des Gesetzes Punktes 5, und nach der Vermessungs-Anleitung /: Formulare D :/ zu benehmen.

20.

Welche Unterlagen des richtig gestellten Klassifikations-Tarifes sind von Seite der Bezirks-Schätzungs-Commission, der Landes- und Landes-Sub-Commission als nothwendig vorzulegen, um von Letzterer die Durchführung des Tarifes vornehmen zu können?

ad 20.

Alle auf die Feststellung des Tarifsatzes Bezug nehmenden Operate.

21.

Der § 31 des Gesetzes bestimmt, daß der angrenzenden Bezirks-Schätzungs-Kommission des benachbarten Landes der Klassifikations-Tarif sammt den erforderlichen Unterlagen der Grenz-Distrikte des eigenen Landes mitgetheilt, und den zur Erhebung von Einwendungen gesetzlich bestimmten Terminen zur Einsicht offen gelassen werde, bezieht sich diese Vorschrift auch auf die Grenz-Kommissionen der Landes-Sub-Kommissionen und der Landes-Kommissionen.

ad 21.

Ja, weil die Landes-Subkommissionen nach dem Gesetze ihre Aufgabe selbstständig durchzuführen haben, daher auch selbstständig entscheiden und somit den Grenz-Kommissionen die Unterlagen des Tarifes zur Kenntniß gebracht werden müssen.

Der Tarif wird jedenfalls mitgetheilt werden.

Als erforderliche Unterlagen werden bezeichnet:

der von der Bezirks-Schätzungs-Kommission festgestellte Klassifika-

tions-Tarif sammt den Normal-
zwischen der Bezirksbeschreibung,
den Klassifikations-Protokolle,
die Beschreibung der Mustergründe
und den Begründungen des
den nach §28 des Gesetzes und
§36 der Anleitung aufgenom-
menen Protokolle sammt
Beilagen.

22.

Im §30 des Gesetzes ist die Bestimmung enthalten, daß die Landes-Kommission ihr Augenmerk auf das richtige Verhältniß der Tarifsätze der an der Grenze des Landes gelegenen Bezirke zu richten habe, und daß, insoferne sie gegen die bezüglichen Tarifsätze des Nachbarlandes Bedenken zu erheben hätten, sich mit der betreffenden Landes-Kommission ins Einvernehmen zu setzen habe.

ad 22.

Zur Lösung dieser Aufgabe ist den Landes-Kommissionen auch die gegenseitige Mittheilung der Unterlagen des Tarifs der Landes-Grenz-Nachbar-Kommissionen nothwendig.

Ist diese Bestimmung des §30 auch auf die Landes-Subkommissionen anwendbar?

her mit Rücksicht auf die Selbstständigkeit der Landes-Subkommissionen.

23.

Haben die Waldschätzungs-Referenten mit Bezug auf die Eintheilung der Bezirke in Klassifikations-Distrikte ein spezielles Gutachten abzugeben?

ad 23.

Die Waldschätzungs-Referenten sind nach der Anleitung § 21 verpflichtet, der Kommissionssitzung in Betreff der Feststellung der Klassifikations-Distrikte beizuwohnen, um in dieser Richtung die nothwendigen Auskünfte zu ertheilen, und es bleibt denselben unbenommen auch ihre Ansichten in Betreff des Waldlandes auszusprechen.

24.

Wer hat die Verwendung der Ausweise der Bezirksschätzungs-Kommissionen zu überwachen?

ad 24.

Nach Umständen der betreffende Referent oder Ersatzmann, in deren Abwesenheit das zweite Kommissions-Mitglied.

Diesfalls wird übrigens auf den Finanzministerial-Erlaß vom

4. August 1871 Z. 23674 hinzuweisen.

25.
Ob welche Lösungen vom Referenten aufgerechnet werden dürfen?

ad 25.
Wurde nicht aufgenommen, son-
dern separater Entscheidung
vorbehalten.

26.
Ist es dem Referenten gestattet,
die zweite Bereisung des Bezirkes
gemeinschaftlich mit dem Comité
oder einzelnen Mitgliedern des-
selben vorzunehmen?

ad 26.
Der Referent hat die Aufgabe,
seinen Tarif selbstständig zu
entwerfen. An der richtigen Lö-
sung dieser Aufgabe darf
er weder von dem Comité noch
von den einzelnen Mitglie-
dern gehindert werden.
Er hat daher seine zweite Be-
reisung nach einem gewissen
Plane zu verfolgen. Die Vor-
nahme einer gemeinschaftli-
chen Reise mit dem Comité
liegt nicht im Geiste des Ge-
setzes, weil die Selbstständigkeit
des Referenten und des Comité
gefährdet werden kann.
Dem Referenten ist aber n

erwartet, und wird sich öfters als er-
sprießlich bewähren; daß er, wenn
er auf seiner Reise mit dem
Comité in Berührung kommt, mit
demselben die Meinung über
die Verhältnisse des Bezirkes
austausche, ohne sich über bestimmte
Anträge von Klassifikations-Krei-
sen vor der Kommissionssitzung
über die Vereinbarung auszu-
sprechen.

27.

Können die Normalpreise
sich gegenseitig von den Lan-
des- und Landes-Subkommissio-
nen mitgetheilt werden?

ad 27.

Selbstverständlich zur Lösung
der Aufgabe.

28.

Sind die Landes- und Landes-
Subkommissionen berechtigt
über die Beschlüsse der Schätzungs-
Kommissionen, über die Normal-
preise der Hauptkörner-Gattun-
gen, Anbauprodukte und Auf-
wands-Materialien und Arbeits-
preise, Bestimmungen einzu-
leiten?

ad 28.

Bezüglich der Hauptkörner-Gattun-
gen können die Beschlüsse der

Bezirksschätzungs-Commission in
Betreff der Normalpreise im
Sinne des Ministerial-Erlasses
vom 9 Juni 1871 Z. 12450 behoben
werden, sobald dieselben auf un-
gesetzlichem Vorgange beruhen.
Ist bezüglich der Normalpreise
der Nebenprodukte, Anschaffungs-
materialien, dann der Arbeits-
preise von der Bezirksschätzungs-
Commission ein ungesetzlicher
Vorgang eingeschlagen worden,
so ist die Landes- oder die Landes-
Subkommission verpflichtet,
den diesfälligen Beschluß zu be-
heben. Sollte es sich nur um
grelle Mißverständnisse bezüglich
der Normalpreise der Nebenpro-
dukte, Aufwandsgegenstände,
Arbeitspreise handeln, so wird
die Landes- oder Landes-Subkom-
mission der Bezirksschätzungs-
kommission diese Verhältnisse
gegenwärtig halten, und ihr die
Beseitigung derselben dringend
empfehlen.
Auch im Falle des Mangels der
Begründung der beschlossenen
Preise können die bezüglichen
Motive abverlangt werden.

29.

Hat der Vorsitzende der Bezirks-

255

Gesetz

vom . . . .

betreffend die

Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Der §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 über die Regelung der Grundsteuer, R. G. Bl. Nr. 88, tritt außer Wirksamkeit und hat zu lauten:

§. 12.

Beschlußfähigkeit und Art der Beschlußfassung der Commissionen.

Zu jeder Commissionssitzung hat der Vorsitzende alle Mitglieder derselben und im Falle dauernder Verhinderung eines Mitgliedes den betreffenden Ersatzmann einzuladen.

Die Commissionen sind constituirt und beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sollte jedoch wegen mangelnder Anzahl der Commissionsmitglieder eine Sitzung nicht beschlußfähig sein, so sind alle Mitglieder zur nächsten Sitzung mit dem Bemerken schriftlich einzuladen, daß diese Sitzung auch ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig sein würde.

Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nur bei gleichgetheilten Stimmen, und entscheidet in diesem Falle jene Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat. Kommt bei der Abstimmung über die Höhe einer Ziffer eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere zu zählen, bis sich für die bezügliche Ziffer die absolute Mehrheit ergibt.

Artikel II.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten für die Centralcommission, sowie für die Landes-, Landessub- und Bezirkscommissionen jener Königreiche und Länder, in welchen die Abschätzungsarbeiten bis zum Tage der Kundmachung dieses Gesetzes bereits abgeschlossen sind, mit diesem Tage, für die Landes-, Landessub- und Bezirkscommissionen der übrigen Königreiche und Länder jedoch erst nach Vollendung der Abschätzungsarbeiten mit dem Beginne der Einschätzung in Wirksamkeit.

Artikel III.

Der Minister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei.

Bericht

des Steuerreformausschusses

über den

an denselben zurückverwiesenen Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88, über die Regelung der Grundsteuer, sowie über den Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Wolfrum zu diesem Gesetzentwurfe.

Bei der am 21. October d. J. stattgehabten Berathung über den vom Steuerreformausschusse unter Zahl 382 der Beilagen dem hohen Hause zur Annahme vorgelegten Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des §. 12 des Grundsteuergesetzes wurde vom Herrn Abgeordneten Wolfrum zu diesem Gesetzentwurfe ein Zusatz beantragt, welcher lautet: „Gegenwärtige Bestimmung gilt jedoch nur für das Einschätzungsgeschäft. Für die Abschätzungsarbeiten bleibt der Wortlaut des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88, in Kraft." Dieser Zusatzantrag, sowie der in der Debatte befindliche Gesetzentwurf wurden sohin an den erwähnten Ausschuß zur Berathung und Berichterstattung verwiesen.

Der Steuerreformausschuß hat sich der dem Antrage des Herrn Abgeordneten Wolfrum zu Grunde liegenden Anschauung angeschlossen, daß es geboten erscheine, durch eine nähere Präcisirung des Zeitpunktes, mit welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit zu treten habe, sicherzustellen, daß die beantragte Aenderung des Gesetzes vom 24. Mai 1869 in den Commissionen der einzelnen Königreiche und Länder, wo möglich bei dem gleichen Stadium der Arbeiten in Anwendung komme, und hat diese Ansicht durch Einschaltung eines neuen Artikels II zum Ausdrucke gebracht.

Da der Gesetzentwurf im Uebrigen, eine unwesentliche stylistische Aenderung in Artikel I abgerechnet, mit dem unter Zahl 382 der Beilagen vorgelegten Entwurfe vollkommen gleichlautend ist, so beruft sich der Steuerreformausschuß auf die in dem erwähnten Berichte gegebene Begründung und stellt den Antrag:

„Das hohe Haus wolle dem beigeschlossenen Gesetzentwurfe in der nunmehr veränderten Fassung seine Zustimmung geben."

Wien, am 29. October 1875.

Eichhoff,
Obmann.

H. Doblhoff,
Berichterstatter.

Gesetz

vom . . . .

betreffend die

Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Der §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 über die Regelung der Grundsteuer, R. G. Bl. Nr. 88, tritt außer Wirksamkeit und hat zu lauten:

§. 12.

Beschlußfähigkeit und Art der Beschlussfassung der Commissionen.

Zu jeder Commissionssitzung hat der Vorsitzende alle Mitglieder derselben und im Falle dauernder Verhinderung eines Mitgliedes den betreffenden Ersatzmann einzuladen.

Die Commissionen sind constituirt und beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sollte jedoch wegen mangelnder Anzahl der Commissionsmitglieder eine Sitzung nicht beschlußfähig sein, so sind alle Mitglieder zur nächsten Sitzung mit dem Bemerken schriftlich einzuladen, daß diese Sitzung auch ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig sein würde.

Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nur bei gleichgetheilten Stimmen, und entscheidet in diesem Falle jene Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat. Kommt bei der Abstimmung über die Höhe einer Ziffer eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere zu zählen, bis sich für die bezügliche Ziffer die absolute Mehrheit ergibt.

Artikel II.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten für die Centralcommission, sowie für die Landes-, Landessub- und Bezirkscommissionen jener Königreiche und Länder, in welchen die Abschätzungsarbeiten bis zum Tage der Kundmachung dieses Gesetzes bereits abgeschlossen sind, mit diesem Tage, für die Landes-, Landessub- und Bezirkscommissionen der übrigen Königreiche und Länder jedoch erst nach Vollendung der Abschätzungsarbeiten mit dem Beginne der Einschätzung in Wirksamkeit.

Artikel III.

Der Minister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei.

Bericht

des Steuerreformausschusses

über den

an denselben zurückverwiesenen Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88, über die Regelung der Grundsteuer, sowie über den Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Wolfrum zu diesem Gesetzentwurfe.

Bei der am 21. October d. J. stattgehabten Berathung über den vom Steuerreformausschusse unter Zahl 382 der Beilagen dem hohen Hause zur Annahme vorgelegten Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung des §. 12 des Grundsteuergesetzes wurde vom Herrn Abgeordneten Wolfrum zu diesem Gesetzentwurfe ein Zusatz beantragt, welcher lautet: „Gegenwärtige Bestimmung gilt jedoch nur für das Einschätzungsgeschäft. Für die Abschätzungsarbeiten bleibt der Wortlaut des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88, in Kraft." Dieser Zusatzantrag, sowie der in der Debatte befindliche Gesetzentwurf wurden sohin an den erwähnten Ausschuß zur Berathung und Berichterstattung verwiesen.

Der Steuerreformausschuß hat sich der dem Antrage des Herrn Abgeordneten Wolfrum zu Grunde liegenden Anschauung angeschlossen, daß es geboten erscheine, durch eine nähere Präcisirung des Zeitpunktes, mit welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit zu treten habe, sicherzustellen, daß die beantragte Aenderung des Gesetzes vom 24. Mai 1869 in den Commissionen der einzelnen Königreiche und Länder, wo möglich bei dem gleichen Stadium der Arbeiten in Anwendung komme, und hat diese Ansicht durch Einschaltung eines neuen Artikels II zum Ausdrucke gebracht.

Da der Gesetzentwurf im Uebrigen, eine unwesentliche stylistische Aenderung in Artikel I abgerechnet, mit dem unter Zahl 382 der Beilagen vorgelegten Entwurfe vollkommen gleichlautend ist, so beruft sich der Steuerreformausschuß auf die in dem erwähnten Berichte gegebene Begründung und stellt den Antrag:

„Das hohe Haus wolle dem beigeschlossenen Gesetzentwurfe in der nunmehr veränderten Fassung seine Zustimmung geben."

./.

Wien, am 29. October 1875.

Eichhoff,
Obmann.

H. Doblhoff,
Berichterstatter.

Bericht

des

Steuerreformausschusses

über den

Antrag des Abgeordneten Baron Kellersperg und Genossen in Betreff Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 über die Regelung der Grundsteuer.

Der von dem hohen Abgeordnetenhause in der Sitzung vom 10. d. M. dem Steuerreformausschusse zur Vorberathung zugewiesene Antrag auf Abänderung des von der Beschlußfähigkeit und Art der Beschlußfassung der Commissionen handelnden §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 bezieht sich ausschließend auf den dritten Absatz dieses Paragraphes, welcher folgendermaßen lautet:

„Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden. Bei gleichgetheilten Stimmen ist jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben, für welche der Vorsitzende sich ausspricht. Kommt eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere hinzuzuzählen, bis sich für diese Ziffer die absolute Mehrheit ergibt."

Die Fassung dieses Alinea des §. 12 erscheint nun weder genügend klar, noch entsprechend im Einklange mit den hergebrachten Anschauungen über die Stellung eines Vorsitzenden, um jeden Zweifel über seine richtige Deutung von vorne herein zu beseitigen.

Die citirte Fassung ist nicht klar, da die Worte: „Bei gleichgetheilten Stimmen ist jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben, für welche der Vorsitzende sich ausspricht", sich ebenso als ein Dirimiren des Vorsitzenden, als auch dahin deuten lassen, daß in den gleichgetheilten Stimmen die Stimme des Vorsitzenden bereits inbegriffen sei. Für die letztere Deutung scheint allerdings der erste Satz des Alinea 3 des §. 12 zu sprechen, welcher die Entscheidung von der absoluten Mehrheit der Anwesenden abhängig macht, und den Vorsitzenden in Uebereinstimmung mit §. 9 des Gesetzes auch dann als stimmberechtigt anerkennt, wenn es sich nicht um gleichgetheilte Stimmen handelt.

Es befindet sich aber die erwähnte Bestimmung auch mit den für derlei Commissionen in der Regel geltenden Geschäftsordnungen nicht in Uebereinstimmung, da in denselben dem Vorsitzenden eine Stimme zumeist nur dann eingeräumt wird, wenn es sich darum handelt, bei gleichgetheilten Stimmen durch das Votum des Vorsitzenden eine Beschlußfassung zu ermöglichen.

Die dargelegte Unklarheit der Fassung und die Ungewohntheit der Bestimmung selbst haben denn auch zu einem sehr ungleichmäßigen Vorgange in der Praxis geführt und den k. k. Finanzminister genöthigt, durch eine Erläuterung den Commissionsvorsitzenden das unbeschränkte Stimmrecht zu wahren

Erscheint nun aber diese Auslegung des in Rede stehenden Alinea 3 des §. 12 auch nach dem Wortlaute des Gesetzes als die richtigere, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie dem Geiste des Gesetzes, welches das Schwergewicht bei den Schätzungsarbeiten auf die Mitwirkung der Steuerträger legt, weniger entspricht.

Diesen Erwägungen folgend hat der Steuerreformausschuß im §. 14 des Gebäudesteuergesetzes eine von dem §. 11 der Regierungsvorlage abweichende Fassung in Antrag gebracht, welche auch durch das hohe Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom 9. März d. J. zum Beschlusse erhoben wurde. Dieselbe lautet:

„Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nur bei gleichgetheilten Stimmen, und entscheidet in diesem Falle jene Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat. Kommt bei der Abstimmung über die Höhe einer Ziffer eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere hinzuzuzählen, bis sich für die bezügliche Ziffer die absolute Mehrheit ergibt."

Diese in das Gebäudesteuergesetz aufgenommene Fassung nunmehr auch in das Gesetz über die Regelung der Grundsteuer zu übertragen, ist der Zweck des vom Abgeordneten Freiherrn von Kellersperg und Genossen gestellten Antrages, und es hat sich der Steuerreformausschuß mit den Antragstellern in der Ueberzeugung vereinigt, daß die Annahme dieser Gesetzesänderung sich nicht nur als eine wünschenswerthe Verbesserung des Grundsteuergesetzes darstellen würde, sondern auch geeignet wäre, eine entsprechende Gleichartigkeit in die die Arbeiten der Commissionen in den Gesetzen über die Grundsteuer und die Gebäudesteuer regelnden Normen zu bringen.

Der Steuerreformausschuß stellt daher den Antrag:

„Das hohe Haus wolle dem beigeschlossenen Gesetzentwurfe seine Zustimmung ertheilen."

Wien, 13. März 1875.

Eichhoff,
Obmann.

H. Doblhoff,
Berichterstatter.

Gesetz

vom . . . .

betreffend die

Abänderung des §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 88.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Der §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 über die Regelung der Grundsteuer, R. G. Bl. Nr. 88, wird abgeändert und hat zu lauten:

§. 12.

Beschlußfähigkeit und Art der Beschlußfassung der Commissionen.

Zu jeder Commissionssitzung hat der Vorsitzende alle Mitglieder derselben und im Falle dauernder Verhinderung eines Mitgliedes den betreffenden Ersatzmann einzuladen.

Die Commissionen sind constituirt und beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sollte jedoch wegen mangelnder Anzahl der Commissionsmitglieder eine Sitzung nicht beschlußfähig sein, so sind alle Mitglieder zur nächsten Sitzung mit dem Bemerken schriftlich einzuladen, daß diese Sitzung auch ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig sein würde.

Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nur bei gleichgetheilten Stimmen, und entscheidet in diesem Falle jene Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat. Kommt bei der Abstimmung über die Höhe einer Ziffer eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere zu zählen, bis sich für die bezügliche Ziffer die absolute Mehrheit ergibt.

Artikel II.

Der Minister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

Antrag

des

Abgeordneten Baron Kellersperg und Genossen.

Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Der §. 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1869 über die Regelung der Grundsteuer wird dahin abgeändert, daß der dritte Absatz desselben zu lauten habe:

„Die Commissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nur bei gleichgetheilten Stimmen, und entscheidet in diesem Falle jene Ansicht, für welche er sich ausgesprochen hat. Kommt bei der Abstimmung über die Höhe einer Ziffer eine absolute Stimmenmehrheit nicht zustande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere hinzuzuzählen, bis sich für die bezügliche Ziffer die absolute Mehrheit ergibt.“

2. Die Vorberathung hat durch den Steuerreformausschuß zu geschehen.

3. Es wird gebeten, von der Drucklegung des Antrages Umgang zu nehmen und die erste Lesung sogleich vorzunehmen.

Wien, 10. März 1875.

Kellersperg. Claudi. Khevenhüller.
Eichhoff. A. Streeruwitz. Sandner.
Dr. Klier. Ed. Siegl. Hecke.
Dr. Weeber. Dr. Heilsberg. Hohenwart.
Kübeck. Schwab. Köpl.
Richter. K. Stockert. Korb jun.
Dr. Jaillner. Egger. Spiegel.
Schier. Holzer. Spens.
Krzeczunowicz. Dr. Stöhr. Peeß.
Dubsky. Kotz.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

schätzungs-Kommission ein Stimmrecht, oder ist er nur berechtigt, bei getheilten Stimmen zu entscheiden?

ad 20.

Den Vorsitzenden der Bezirksschätzungs-Kommissionen gleichwie jenen der Landes- und Landesschätzkommissionen steht das bestimmte Stimmrecht zu, weil der §8 und beziehungsweise §9 und der §12 des Gesetzes sie hiezu ermächtigen, indem der §8 und beziehungsweise der §9 ausdrücklich bestimmt, daß der Vorsitzende auch zur Kommission gehört, welchem, sowie den übrigen Mitgliedern ein entscheidendes Stimmrecht zusteht, weil ferner der §12 anordnet, daß die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden entscheidet, und weil endlich, wenn das Gesetz weiter anordnet, daß bei gleich getheilten Stimmen jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben ist, für welche sich der Vorsitzende ausspricht, unzweideutig vorausgesetzt wird, daß der Vorsitzende als stimmberechtigtes Kommissions-Mitglied seine Stimme bereits abgegeben habe.

Bei einer anderen Auslegung des Gesetzes würde es genügen

zu fassen, bei gleich getheilten Stimmen dirimirt der Vorsitzende d. h. er stimmt erst dann, um die absolute Majorität zu bilden. Die derartige Auslegung dieses Gesetzes findet die vollständige Bestätigung im Schluß-Absatze des alinea 3 des §. 12, wo es sich um die Beschlußfassung einer Ziffer handelt.

30.

Der pensionirte Schätzungskommissär Schweitzer aus Galizien, gegenwärtig Diurnist beim Handelsministerium, Redakteur des österr: Korrespondenten hat in einer Brochüre über die Regulirung der Grundsteuer den Grundsatz aufgestellt, daß bei der Berechnung des Reinertrages die Lohnsätze zu Grunde zu legen sind. Ist dieser Grundsatz zu berücksichtigen?

ad 30.

In dieser Beziehung ist nach der Gemeingewöhnlichkeit vorzugehen, daher im Falle, wenn die Gemeingewöhnlichkeit nicht die Lohnsätze sind, die Gestehungskosten der Arbeit, d. i. die Kosten der Hand- und Zugarbeit in Aufrechnung zu bringen sind.

31.

Sind nach § 30 des Gesetzes die von den Kommissionen eingelangten Klassifikations-Tarife abgesondert, jeder für sich – von der Landes- oder Landessubkommission zu prüfen und ist über jeden für sich abgesondert zu entscheiden oder erst dann, bis sämmtliche Tarife an die Landeskommission gelangt sind?

ad 31.

Selbstverständlich muss jeder Tarif der Bezirksschätzungs-Kommission vom Landesreferenten und von der Landes-Kommission für sich allein geprüft und gewürdigt werden.
Die Richtigstellung des Rayon-Tarifes kann jedoch nur mit Rücksicht auf die Totalität des Rayons zu erfolgen.

32.

Wie ist das Wort „eventuell" im § [illegible] der Anleitung (: alinea 1:) zu verstehen?

ad 32.

Die Bezirksschätzungs-Kommissionen theilen sich gegenseitig den vereinbarten Klassifikations-Tarif mit. ~~Bei der Anregung des Distriktes~~ durch die Gesammtkommission ist auch der nachbarliche Tarif in Erwäg-

tungen zu fassen. Findet die Kommission den von ihr vereinbarten Klassifikations-Tarif mit Rücksicht auf die bei dieser Begehung selbst gewonnenen Wahrnehmungen, und mit Rücksicht auf die Tarife der Nachbarbezirke keinen Anlaß zu einer Modifikation ihres eigenen Tarifs, so entfällt die weitere Richtigstellung des Tarifs, findet sie aber einen Anlaß, so ist die Richtigstellung vorzunehmen. Im letzteren ist die Richtigstellung eventuell.

33.

Ist zur Feststellung des landwirthschaftlichen Zinsfußes eine eigene Berechnung nothwendig oder genügt es, daß sich die Kommission, wie es das Gesetz fordert, erfahrungsgemäß über den Zinsfuß ausspricht, und wer hat über die Höhe des Zinsfußes zu entscheiden?

ad 33.

Die Kommission hat sich erfahrungsgemäß über den Zinsfuß auszusprechen und über dessen Höhe zu entscheiden.

34.

Wie ist der Reinertrag bei solchen Grundstücken festzustellen, welche

nur einen Ertrag abwerfen, weil sie von dem Grund-Besitzer und seiner Familie selbst bearbeitet werden?

ad 34.

In dieser Beziehung ist der gemeingewöhnlichen Bewirthschaftungsweise Rechnung zu tragen, und die Combination mit Kauf- und Pacht-Renten oder die Vergleichung mit anderen Tarifklassen vorzunehmen.

35.

Können bei der Feststellung der Tarifsätze auch die mittleren und gemeingewöhnlichen Erhaltungskosten der Wirthschaftsgebäude berücksichtigt werden?

35.

Unterliegt nach der Erklärung des ehemaligen Finanzministers Dr Brestel keinem Anstande, dass bei der gleichzeitigen Berücksichtigung aller Momente, welche auf den Reinertrag einwirken, auch die mittleren Kosten der Erhaltung der gemeingewöhnlichen landwirthschaftlichen Gebäude in dem Tarife der einzelnen Klasse ihren Ausdruck finden können.

Es ist jedoch die Feststellung des Abzuges in Perzenten im Voraus bei der Bezirks-Beschreibung nicht zulässig.

36.

Hat das Comité und auch der Referent eine Berechnung des Reinertrages vorzulegen?

ad 36.

Das Gesetz schreibt die Art der Berechnung nicht vor, fordert jedoch die Begründung des Tarifes von beiden Seiten, welch letztere auf Grundlage der Bezirksbeschreibung und nach einer Darstellung des Reinertrages in allgemeinen Umrissen auch vom Comité geliefert werden kann.

Bringt das Comité eine solche Begründung resp. Berechnung nicht bei, so ist es bei der bezüglichen Sitzung aufzufordern, einen Antrag zu stellen.

37.

Hat die complete Commission unter Zuziehung der beiden Schätzungsreferenten, den Tarif zu prüfen.

ad 37.

Die Prüfung des Tarifes an Ort und Stelle hat durch die ambulante Commission zu geschehen.

In Waldschätzungs-Angelegenheiten ist der Waldschätzungs-Referent zu dieser ambulanten Commission beizuziehen.

Daß es wünschenswerth ist, daß

die Gesammt-Commission dieser Begehung beiwohne, unterliegt mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes keinem Zweifel.

Ist diese Begehungs-Commission nicht complet, so ist sich nach § 12 des Gesetzes zu verhalten.

38.

Genügt es in dem Falle, wenn die von der Finanz-Landes-Direktion mitgetheilten Ausweise über die Marktpreise der 15jährigen Periode eine Recalculirung nothwendig machen, daß diese Ergebnisse als richtig angenommen werden, oder sollen dieselben der Finanz-Landes-Direktion eingesendet werden, um sie durch das Rechnungs-Departement überprüfen zu lassen, im Falle sich erhebliche Anstände durch die Revision der Bezirksschätzungs-Commission ergeben?

ad 38.

Bei wesentlichen Anständen ist die Überprüfung dieser Rechnungs-Aufsätze durch die Finanz-Landes-Direktion einzuleiten.

39.

Sollen die allgemeinen Beschlüsse der Landes Commission in Prag gedruckt, und der Landesschätzcommission mitgetheilt werden?

ad 39.

Kann ohne Zustimmung der Präsidien der Landessubkommissionen nicht geschehen.

40.

Hat der Waldschätzungs-Inspector seinen Ubications-Ausweis bezüglich der Landessubkommissionen an dieselben directe oder durch die Landeskommission vorzulegen?

ad 40.

Laut Erlass des Finanzministeriums vom 1. April 1870 Z. 9141 directe an die Landessubkommissionen.

41.

Wo haben die Waldschätzungs-Referenten die Akten der betreffenden Kommissionen bezüglich des Waldlandes zu hinterlegen?

ad 41.

Bei jeder der betreffenden Bezirks-Schätzungskommissionen.

42.

Wie ist bei der Wahl der Kauf- und Pacht-Daten vorzugehen?

ad 42.

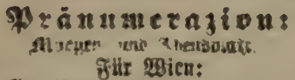
Die Wahl jener Kauf- und Pacht-Daten, womit der Joch- und Klassenweise Reinertrag kombiniert wird, steht den Referenten, dem Comité und der Kommission nach einzelnen Kauf- und Pacht-Fällen, welche in den betreffenden Klassen-Abschnitten

einzeln, so, und der Referent, das Comité und die Commission können auch aus mehreren einzelnen Kauf- oder Pacht-Fällen, bei gleichartigen Verhältnissen der Grundstücke sammt Zuschlägen den Durchschnitt für die betreffende Classe in Combination ziehen.

43.
Beschaffenheit der Sitzungs-Protocolle.

ad 43.

Von Seite der Landeskommission und Landesschätzungskommissionen ist dahin zu wirken, daß die Sitzungs-Protokolle der Bezirksschätzungskommissionen in einer der Geschäftsordnung entsprechenden Weise verfaßt werden, da mit den meisten Protokollen weder ein Einblick der Referenten, noch die verschiedenen Ansichten der Commissions-Mitglieder, oft nicht einmal die stattgefundenen Beschlüsse entnommen werden können.–



Pränumerazion:
Morgen- und Abendblatt.
Für Wien:
Ganzjährig . . . . . . 13 fl. 20 kr.
Halbjährig . . . . . . 6 „ 60 „
Vierteljährig . . . . . 3 „ 30 „
Monatlich . . . . . . 1 „ 10 „
Für die Provinzen
mit täglicher Postversendung):
Ganzjährig . . . . . . 20 fl. — kr
Halbjährig . . . . . . 10 „ — „
Vierteljährig . . . . . 5 „ — „
Monatlich . . . . . . 1 „ 70 „
Für Separatversendung des Abendblattes vierteljährig 1 fl.
Einzeln:
Morgenblatt 5 kr., Abendblatt 3 kr

WANDERER.

Morgenblatt.

Redakzion u. Administrazion:
Wien I., Schulerstraße 17.

Hauptverlag: Kollzeile 22.

Filialen:
In Agram: Maria-Valeriegasse 933
„ Brünn: Bahnring 16.
„ Graz: Josef Kienreich jun.
„ Krakau: M. Dworski, Ringplatz.
„ Lemberg: Sobieskigasse 13.
„ Linz: Rath's Zeitungsverschleiß.
„ Pest: Brichta, Ther.-St. gr. Feldg. 8
„ Prag: Ferdinandstraße 38, bei R. Dopelik.
„ Triest: Dase's Buchhandlung.

№ 57. Wien, Dienstag, 27. Februar 1872. 63. Jahrgang.

Zwei Schlappen.

Wien, 26. Februar.

Dem deutschen Reichskanzler ist Schlimmeres passirt als ein Mißgeschick, nemlich eine — Blamage! Für Staatsmänner ist es ja meist gefährlicher, ungeschickt, als unglücklich zu sein, das Gefährlichste jedoch, wenn sie lächerlich werden. Diese Wirkung aber hat das Verpuffen eines solchen Knalleffektes, wie ihn Fürst Bismarck mit der Westerwelle'schen Mordaffaire ersonnen, unter dem schadenfrohen Halloh Europas. Die Offiziösesten der Berliner Offiziösen behandeln den Attentatsroman nur sehr reservirt, während die unabhängige Presse sich in spöttischen Komplimenten über das Erfindungstalent der Berliner Polizei überbietet. Nachdem nun vollends aufgekommen, daß in Posen vor etlicher Zeit eifrig nach passenden „Inzichten" zu einer geeigneten Schauderthat „gestiebert" worden, und nähere Details über den ungenirten Attentäter bekannt werden, nimmt man obenein wahr, daß der Berliner Pietri eine wahre Stümperarbeit geliefert. Bismarck gedachte outriren zu können und hat das Ziel überschossen. Sollte die Mordgeschichte den schlimmsten Instinkten des Volkes ein verständliches Wort reden und die geplante Vergewaltigung einer unbequemen Opposizion rechtfertigen, sollte sie nach Obenhin für das Heilsame schonungsloser Repressionen demonstriren und nach Unten der Popularität des präsumptiven Märtyrers ein verläßliches Relief verleihen, so durften diese Zwecke nicht einmal vermuthet werden, sondern mußten aus der tiefen Erregtheit über einen ungeheuren Frevel sich anscheinend von selbst und allmälig entwickeln. Merkt man bei solchen riskirten Einsätzen die Absicht, so schlägt ihr Resultat ins Gegentheil, in die Komödie, ins Possenhafte um.

In der That sehen wir heute zum ersten Male — den Reichskanzler im vollen Rückzuge. War neulich mit eherner Faust dem polnischen Elemente in Preußen das Quos ego der Germanisirung hingeschmettert worden, so erklärt Fürst Bismarck heute in der „Ostdeutschen Ztg.," daß er mißverstanden worden sei, daß er nichts, als den Schutz des deutschen Elementes in Posen im Auge habe und dergleichen Ausflüchte mehr, die sich mit dem Satze „wir werden ihnen mit der deutschen Sprache fortan auf den Leib rücken" — einer durchaus nicht defensiven Floskel — jämmerlich genug vertragen. Denselben Rückzug hat Bismarck mit seinen beiden Preßknappen vor dem Zorne der „Kreuzzeitungs"-Partei angetreten. Mit de- und wehmüthigen Psalmen an das „persönliche Königthum" wird Schritt für Schritt von jener stolzen Posizion retirirt, welche kürzlich auch etliches hiesiges Löschpapier so außer Rand und Band gebracht. Den deutschen Demokraten endlich wird ebenfalls kläglich um den Bart gegangen, sintemalen die Steuerdebatte etwas unerquicklichere Verhältnisse anzunehmen beginnt.

Nicht genug an dem, ist aber dem „mythenbildenden" Staatsmanne auch eine seiner auswärtigen Spekulazionen mißglückt. Man erinnert sich an die frechen Auslassungen der beiden Bismarck'schen Leiborgane über eine schwebende Konstituzionsfrage Oesterreichs. Wol waren diese Manöver nur auf ein heilsames Düpiren unserer Polen berechnet, aber auch hier ging der Plan fehl. Wie es scheint, fand man nemlich hier an maßgebender Stelle in solcher Salbaderei und Drohung ein denn doch unzulässiges Hofmeistern und ein gefährliches Präzedens vorlauter Einmischung; kurz man verstand das Spiel falsch, und es ist nun possirlich anzusehen, wie die hiesigen Regierungsblätter, die in den ersten Tagen aus der preußischen Drohung begierig Kapital schlugen, nun die Entrüsteten spielen und sich bitterlich abmühen, ihre gestrigen Meldungen heute so kräftig als möglich wegzulügen.

Die Armen befinden sich in der Attentatsaffaire übrigens in gleicher Verlegenheit. Spaltenlanger Bombast war aufgeboten worden, um in treuer Liebesmüh die Widersacher Bismarcks in Frasen zu ersticken; so mißlich und illoyal es immer ist, fanatische Exzentrizitäten ganzen Parteien oder Völkern in die Schuhe zu schieben, so sah man doch bereits jeden Polen und Partikularisten in Preußen als modernen Möros dahinwandeln und nun? Die unbefangene Welt zuckt spöttisch die Achsel und all die Druckerschwärze ist umsonst, selbst die gelenksten Verdrehungen verfangen nicht.

Dasselbe Schauspiel — es ist das kein Zufall — bieten die Berliner Offiziösen. Es dämmert ihnen die Ahnung auf, daß dieses doppelte Mißgeschick seine Konsequenzen finden dürfte und nach langer Zeit weht wieder einmal eine fast kleinlaute Stimmung durch die Berliner Blätter. Fast will uns scheinen, als habe Bismarck nicht ungestraft die Entwicklung der Dinge zu forciren versucht; der Rückschlag macht sich bereits bemerkbar. Damit ist vielleicht der Höhenpunkt des chauvinistischen Taumels draußen überwunden und der hellere Blick der Nazion wird sodann bald viel Anderes noch als Schein und Märchen erkennen, als die Westerwelle'sche Staatsaffaire. Bismarck hat zum ersten Male zwei Schlappen zu verzeichnen, es kann dies von Bedeutung werden. In den deutschen Ländern und zumal im Süden ist man über so plumpe Intrigue stutzig geworden, man sieht plötzlich das Netz, das unter gleißenden Freiheitsfrasen der deutschen Unabhängigkeit über das Haupt geworfen werden sollte. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, wenn das deutsche Volk erkennt, welche grobe Leimruthe man ihm hingehalten, um es sicher in der Hand zu haben in der Stunde, da es aufgerufen werden soll, für die Domänen und die Eitelkeit der Hohenzollern neuerdings die Blüte seiner Jugend in den Tod zu schicken.

Ein Kuriosum!

Die Vorsitzenden der Grundertragsschätzungskommissionen haben das Recht, zweimal zu stimmen!!

Bei der Berathung über das Grundsteuergesetz vom 24. Mai 1869 wurde der Liberalismus dieses Gesetzes im Reichsrathe hochgepriesen, insbesondere die liberale, dem preußischen Gesetze nachgebildete Zusammensetzung der Schätzungskommissionen, deren Vorsitzender sammt der Hälfte der Mitglieder vom Finanzministerium, die andere Hälfte der Mitglieder aber von den Vertretern der Steuerträger zu ernennen ist. Es wurde sogar in unser Gesetz der im preußischen Gesetze nicht vorkommende Zusatz eingeschaltet, daß der Finanzminister die von ihm zu ernennenden Mitglieder zur Hälfte aus den Grundsteuerträgern des betreffenden Gebietes wählen soll. Dieser Zusatz war aber gerade in unserem Gesetze nothwendig. Die in ihrer Wahl unbeschränkte preußische Regierung hat aus eigenem Antriebe drei Viertheile der Kommissionsmitglieder aus dem Stande der Grundbesitzer berufen. Bei uns lag aber die Besorgniß nahe, daß das Finanzministerium, im Falle es in der Wahl nicht beschränkt worden wäre, die Hälfte der Kommissionsmitglieder ebenso wie den Vorsitzenden aus abhängigen Leuten ernannt und in allen Kommissionen eine nach seinem Winke handelnde Majorität erlangt hätte *). Daß eine

*) Von 2494 Mitgliedern der Veranlagungs- (Schätzungs-) kommissionen hatte die preußische Regierung, die Hälfte d. i. 1247 zu wählen, und berief hiezu 836 Gutseigenthümer, 129 Gutspächter, 21 Feldmesser, 23 Staatsbeamte, 93 andere Beamte und 145 sonstige nicht angesessene Personen. Wenn wir einmal statistische Daten über die Zusammensetzung unserer Kommissionen bekommen, wird es sich vermuthlich zeigen, daß das bei uns in der Wahl eingeschränkte Finanzministerium verhältnißmäßig weniger Grundwirthe und mehr von der Regierung besoldete Personen zu Kommissionsmitgliedern berufen hat, als dies in Preußen der Fall gewesen.

Feuilleton.

Oesterreichische Nordpolexpedizion 1871.

Mitgetheilt von Oberlieutenant Julius Payer.
(Nachdruck unstatthaft.)

VII.

(Untersuchung des Eismeeres zwischen Spitzbergen und Nowaja-Semlja.)

Erst am 10. Juli preßte sich das Schiff bei günstigem Winde mit vollem Segeldruck durch die zwar noch ziemlich geschlossenen Schollen und erreichte das offene Wasser. Die Eismassen, durch welche wir hier brachen, waren ziemlich schwer, eine Scholle hatte an 6 Klafter vertikale Mächtigkeit. Sofort wurde die unterbrochene Fahrt längs der Eisgrenze nach Nordosten wieder aufgenommen.

Die Meerestiefe hatte seit dem Verlassen der norwegischen Küste beträchtlich abgenommen, denn wir befanden uns hier auf der Bank der Bäreninsel und fanden bei 300 Fuß Grund. Wenngleich der Salzgehalt des Meeres im Treibeise wenig abnehmend beobachtet wurde, so zeigte sich derselbe bei etwa 40 Faden Tiefe doch ziemlich auffälliger als an der Oberfläche desselben.*)

Die Fahrt längs der Eisgrenze wurde nicht weniger gehemmt durch Windstille, Ostströmung und Ostwinde, Mitte Juli selbst durch schwere Stürme. Die Reise geschah theils im Treibeise, theils außerhalb desselben, wie es die Umstände erforderten. Wir machten dabei die Erfahrung, daß dieses Eis sich nicht im Entferntesten mit den schweren grönländischen Eismassen vergleichen lasse, daß auch die äußere zeitweilig oder blos lokal verdichtete Kante nirgends Veranlassung zu jenen Behauptungen oder Vermuthungen geben könne, welche dem Nowaja-Semlja Meere besonders in neuester Zeit einen so abschreckenden Karakter verliehen haben. Im Gegentheile sah man allenthalben vorherrschend einjährige Schollen, während die Zahl verfallener wenige Meter die Wasserfläche überragender Eisberge mehr und mehr nach Osten abnahm; und dieselben am 40. Längengrade fast gänzlich verschwanden. *)

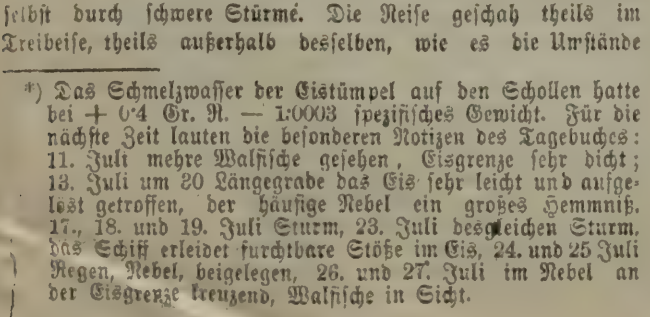
Diese Länge hatten wir am 21. Juli erreicht, nachdem wir die Grenze des Eises von 74 Grad Breite bis 75½ Grad Breite verfolgt hatten, und drangen nun in dieses selbst ein. Wir fanden überall leichtes Treibeis, welches einem Dampfer keine Hindernisse von Belang geboten hätte.

So günstig sich aber auch alle Verhältnisse für ein solches Schiff erwiesen, die herrschenden Ostwinde oder Windstille, der fast ununterbrochene Nebel, die Mittelmäßigkeit unseres Schiffes als Segler und die unzureichende Disposizionsfähigkeit über eine fremde Mannschaft **) in Bezug auf außerordentliche Arbeiten, wie Warpen 2c., endlich die große Ausdehnung des noch zu erforschenden Gebietes gestatteten es nicht, unsere Aufmerksamkeit und Zeit ausschließlich diesem Abschnitte zuzuwenden.

Wir kehrten daher nach Westen zurück, um eine andere große Einbucht, welche wir am 28. L.-Grad wahrgenommen hatten, näher zu prüfen. Dies geschah am 22. Juli, jedoch schon am 35. L.-Grad unter ganz gleichartigen Verhältnissen und Ergebnissen. Wir waren an 15 Meilen weit in das Eis eingedrungen, sahen rings sehr leichte einjährige Schollen, wenngleich diese mehrentheils dicht lagen, so daß unser Schiff mit vollem Segeldruck einem Schlitten gleich wie über eine weiße Schneefläche dahinzog. Vom Laviren und Aufsuchen der offenen Wasserstraßen konnte daher keine Rede sein.

Die schwere Dünung *), die Wirkung des wochenlangen Seeganges aus Osten nach Südosten, welche wir allenthalben tief in jenem relativ seichten Eismeere beobachteten, und das Herannahen eines schweren Südost Sturmes erheischten, in südwestlicher Richtung zur Eisgrenze zurückzukehren.

Verhältnißmäßig minder günstig erwies sich das Nowaja-Semlja Meer am 29. Längengrad. Als wir daselbst bis zu 76½ Grad nördliche Breite in das Eis eindrangen, konnten



*) Das Schmelzwasser der Eistümpel auf den Schollen hatte bei + 0·4 Gr. R. — 1·0003 spezifisches Gewicht. Für die nächste Zeit lauten die besonderen Notizen des Tagebuches: 11. Juli mehre Walfische gesehen, Eisgrenze sehr dicht; 13. Juli um 20 Längegrade das Eis sehr leicht und aufgelöst getroffen, der häufige Nebel ein großes Hemmniß. 17., 18. und 19. Juli Sturm, 23. Juli desgleichen Sturm, das Schiff erleidet furchtbare Stöße im Eis, 24. und 25 Juli Regen, Nebel, beigelegen, 26. und 27. Juli im Nebel an der Eisgrenze kreuzend, Walfische in Sicht.

*) Eine Beobachtung, welche einige Wochen später nicht mehr gemacht werden konnte.

**) Diese norwegischen Eismatrosen sind ausgezeichnete tüchtige Jäger, sie besitzen Genügsamkeit, kaltes Blut und einen Muth, der sie nicht leicht vor irgend einer Gefahr zurückschrecken läßt. Diese Eigenschaften, die sie für ihren Zweck unübertrefflich machen, sind aber leider von Indolenz begleitet. Bleibt ein Schiff besetzt, so legt man die Hände in den Schoß und wartet entweder auf die Hilfe des Windes oder man verläßt, wenn die Jahreszeit schon zu spät ist, ruhig das Schiff und rettet sich mit den Booten. An andauernde Arbeit zur Selbsthilfe ist nicht zu denken. Die Leute sind eben mehr Jäger als Matrosen, und als solche ist es ihnen einerlei, ob sie vorwärts kommen können oder nicht; den Fang finden sie überall. Dies sind aber Bedingungen, ohne welche das Vordringen im Eise in einer bestimmten Richtung mit einem Segelschiffe unmöglich ist. Schon die Art und Weise, wie die Schiffe manövrirt werden, legt diese Indolenz an den Tag. Hindernisse, welche man entweder durch aufmerksames Manövriren ganz vermeiden oder wenigstens durch geringe Händearbeit beseitigen könnte, werden durch Anrennen mit dem Schiffe überwunden. Es ist leicht begreiflich, daß ein Fahrzeug, wie stark es auch immer gebaut sein möge, solchen Stößen, wenn sie durch lange Zeit rücksichtslos fortgesetzt werden, nicht widerstehen kann. Der Vergleich zwischen den alljährlichen außerordentlich großen Verlusten an Schiffen mit den fast Null betragenden Verlusten an Menschenleben ist die beste Bestätigung dieses Urtheils. Wir haben diese norwegischen Eismatrosen während unseres langen und intimen Verkehrs mit denselben schätzen, und in mancher Beziehung wahrhaft achten gelernt. All in dies ist kein Grund gegen ihre schwachen Seiten blind zu sein.

*) Diese kann im Eise eine lokale Verstärkung durch abnehmende Meerestiefe erfahren.

solche Besorgniß nicht ungegründet war, beweist eine vom Finanzministerium jüngst hinausgegebene Weisung, welche gerade den in der gesetzlichen Zusammensetzung der Kommissionen steckenden Liberalismus zu schmälern bezweckt.

In der Beischrift zu einem an die Kommissionen hinausgegebenen Erlasse vom Dezember 1871, in welcher zahlreiche, mitunter unwesentliche und unverständliche Weisungen enthalten sind, gibt das Finanzministerium auf eine wahrscheinlich in seinem eigenen Schoße entworfene Frage über das Abstimmungsrecht des Vorsitzenden folgende Antwort:

„Den Vorsitzenden der Bezirkskommissionen, gleichwie jenen der Landes- und Landessubkommissionen, steht das bestimmte Stimmrecht zu, weil §. 8 und beziehungsweise §. 9 und 12 des Gesetzes sie hiezu ermächtigt, indem §. 8 und beziehungsweise §. 9 ausdrücklich bestimmt, daß der Vorsitzende auch zur Kommission gehört, welchem, so wie den übrigen Mitgliedern ein entscheidendes Stimmrecht zusteht — weil ferner der §. 12 anordnet, daß die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden entscheidet — und weil endlich, wenn das Gesetz weiter anordnet, daß bei gleichgetheilten Stimmen jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben ist, für welche sich der Vorsitzende ausspricht, unzweideutig vorausgesetzt wird (?), daß der Vorsitzende als stimmberechtigtes Kommissionsmitglied seine Stimme bereits abgegeben habe. Bei einer anderen Auslegung des Gesetzes würde es genügen zu sagen: „„bei gleichgetheilten Stimmen dirimirt der Vorsitzende,““ d. h. er stimmt erst dann, um die absolute Majorität zu bilden. Die derartige Auslegung des Gesetzes findet die vollständige Bestätigung im Schlußabsatze der Alinea 3 des §. 12, wo es sich um die Beschlußfassung einer Ziffer handelt.“ *)

Aus Anlaß dieser finanzministeriellen Weisung ist im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses im laufenden Monate eine Frage gestellt und vom Vertreter des Finanzministeriums auch in der Richtung beantwortet worden, das der Vorsitzende der Schätzungskommission zuerst mit den anderen Mitgliedern zu stimmen habe, und wenn sich sodann mit Zuzählung seiner Stimme Stimmengleichheit ergibt, soll jene Ansicht, welcher er sich anschließt, zum Beschlusse erhoben werden. — Die Stimme des Vorsitzenden soll daher in diesem Falle, dem finanzministeriellen Ansinnen gemäß, das Gewicht von zwei Stimmen haben. (!!!)

Zur Begründung dieser kuriosen Ansicht beruft sich das Finanzministerium in der obbezogenen Weisung zuerst auf die in den §§. 8 und 9 des Grundsteuergesetzes enthaltenen Bestimmungen, laut welchen auch der Vorsitzende zur Kommission gehört, und auf den Satz des §. 12, welcher anordnet, daß die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden entscheidet. — Wir haben Gerichte, Vertretungskörper, Reichs- und Landtagsausschüsse u. a. Kollegien, bei welchen der Vorsitzende Mitglied des Kollegiums ist und die Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt werden. In diesen Kollegien übt der Vorsitzende kein Stimmrecht aus, indem er bei gleich getheilten Stimmen durch den Anschluß seiner Stimme den Ausschlag gibt; es fällt aber in diesen Kollegien Niemanden ein, für den Vorsitzenden ein solches Vorrecht in Anspruch zu nehmen, welches das Finanzministerium den Schätzungskommissionspräsidenten einräumen will, welches Vorrecht gerade den gesetzlichen Grundsatz der Beschlußfassung durch absolute Stimmenmehrheit umstoßt.

Das Finanzministerium bezieht sich weiter auf jenen Satz des §. 12, welcher anordnet, daß „bei gleichgetheilten Stimmen jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben ist, für welche sich der Vorsitzende ausspricht“ — und meint, daß, wenn man nicht willens gewesen wäre im Gesetze das obige Vorrecht dem Vorsitzenden einzuräumen, der betreffende Satz folgends hätte lauten sollen: „bei gleichgetheilten Stimmen dirimirt“ der Vorsitzende.“

Wir können wahrhaftig an einen jeden Mann, welchem Wortdreherei fremd ist, appelliren, ob er zwischen diesen zwei Textirungen einen solchen Unterschied findet, welcher die ministerielle Ansicht zu begründen im Stande wäre? — Das Gesetz hätte gerade anders textirt werden sollen, wenn es willens gewesens wäre, das vom Finanzministerium beanspruchte, gegen den allgemeinen Brauch verstoßende Vorrecht dem Vorsitzenden einzuräumen. Das Gesetz hätte in diesem Falle ausdrücklich aussprechen sollen, daß der Vorsitzende zuerst mit den Mitgliedern abzustimmen und bei der mit Zuzählung seiner Stimme sich ergebenden Stimmengleichheit zu dirimiren habe. Das Finanzministerium hat aber weder eine solche Textirung des Gesetzes vorgeschlagen, noch bei der Diskussion des Gesetzes im Reichsrathe seine auf das gedachte Vorrecht des Vorsitzenden hinzielende Absicht dargelegt, noch endlich in den im Jahre 1869 und 1870 den Kommissionen hinausgegebenen Anleitungen und Geschäftsordnungen dieses Vorrecht in Anspruch genommen. Wir glauben, daß das Finanzministerium zur Zeit der Verfassung der Gesetzesvorlage und der Berathung des Gesetzes im Reichsrathe ein solches Vorrecht für den Vorsitzenden nicht beabsichtigt habe.

Die obbezogene finanzministerielle Weisung will auch im Schlußsatze der Alinea 3 des §. 12 die „vollständige Bestätigung“ des für den Vorsitzenden in Anspruch genommenen Vorrechtes finden.

Allein gerade aus diesem Schlußsatze des §. 12 läßt sich eher das Gegentheil folgern. Dieser Schlußsatz — welcher offenbar nur für Abstimmungen über Ziffer eine Vorschrift ertheilt, zumal er auf andere Abstimmungen gar nicht angewendet werden kann — lautet: „Kommt eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere hinzuzuzählen, bis sich für diese (nächst niedere) Ziffer die absolute Mehrheit ergibt.“ — Wenn daher z. B. außer dem Vorsitzenden noch 7 Mitglieder anwesend sind, von denen eines für die Ziffer 10, zwei für 9, eines für 8, drei aber für die Ziffer 7 stimmen, so sind die Stimmen für 10 und 9 der Stimme für 8 hinzuzuzählen, woraus sich für die Ziffer 8 die absolute Stimmenmehrheit von vier Stimmen gegen drei ergibt, und es hat der Vorsitzende seine Stimme, nach dem allgemeinen Brauche und auch nach den diesem Brauche gar nicht zuwiderlaufenden Bestimmungen des Grundsteuergesetzes, nicht mehr abzugeben. —

Nach der in der finanzministeriellen Weisung enthaltenen Ansicht aber soll der Vorsitzende vorerst mit den anderen Kommissionsmitgliedern stimmen, und hätte er im obigen Falle seine Stimme für die Ziffer 9 abgegeben, so würde diese Ziffer, mit Zuzählung der für die Ziffer 10 abgegebenen Stimme, vier Stimmen gegen vier andere erhalten, und wäre, weil der Vorsitzende sich ihr anschließt zum Beschlusse zu erheben, obwol sie offenbar die gerade im Schlußsatze des §. 12 geforderte absolute Stimmenmehrheit nicht erhalten hat.

Es sei genug an dieser Wortklauberei, in welche wir durch die finanzministeriellen Argumente hineingedrängt wurden. Wir appelliren aber an die Reichsrathsmitglieder, insbesondere an jene, welche der Berathung des Grundsteuergesetzes beigewohnt haben. — Wenngleich mehre, auch von Grundbesitzern gewählte Reichsräthe sich damals der Interessen des Grundbesitzes nicht besonders angenommen und in manchen Beziehungen fiskalere Anschauungen als die Vertreter des Finanzministeriums an den Tag gelegt haben, so glauben wir doch, daß die große Mehrheit, welcher Fiskalismus und Bureaukratismus fremd ist, unsere Ansicht theilen und die ans Licht gekommene finanzministerielle Auffassung über das Abstimmungsrecht des Kommissionsvorsitzenden als unzulässig ansehen wird. — Die auf diesen Gegenstand Bezug habenden Paragrafe des Gesetzes sind im Reichsrathe ohne Diskussion angenommen worden. Es ist aber nicht denkbar, daß Niemand eine Aufklärung verlangt oder ein Amendement gestellt hätte, wenn nur die Möglichkeit vorgeschwebt hätte, daß aus diesen Paragrafen das vom Finanzministerium jetzt für den Kommissionsvorsitzenden beanspruchte Vorrecht herausargumentirt werden kann. Die Herren Reichsräthe mögen die betreffenden Paragrafe nachlesen und überdenken, ob sie bei der Abstimmung über dieselben die Absicht gehabt haben, dem Kommissionsvorsitzenden das erwähnte Vorrecht einzuräumen, welches dem allgemeinen Brauche bei Kollegialberathungen, an denen die Herren Reichsräthe oft selbst theilnehmen, zuwiderläuft.

Es möge weiter erwogen werden, ob dem Finanzministerium das Recht zusteht, durch einen nicht einmal im Gesetzblatte veröffentlichten Erlaß eine Gesetzeserklärung (welche unserer Ansicht nach eine Aenderung des Gesetzes ist) von einer solchen Tragweite hinauszugeben und deren Befolgung den unteren Behörden anzuordnen, daher für dieselbe eine allgemein verbindliche Kraft in Anspruch zu nehmen? Läßt sich ein solcher Vorgang mit dem konstituzionellen Prinzip vereinbaren?

Im Hinblick auf alle diese Erwägungen geben wir uns der Hoffnung hin, daß die Herren Reichsräthe geeignete Mittel finden werden, um die Zurücknahme der in Rede stehenden, im fiskalen Geiste erlassenen Anordnung des Finanzministeriums zu veranlassen, und um auch für die Zukunft ähnlichen Uebergriffen zuvor zu kommen.

---

*) Die bezüglichen Absätze des Gesetzes lauten: §. 8. Die Landeskommission hat „außer dem Vorsitzen noch aus 6 bis 10 Mitgliedern mit entscheidender Stimme zu bestehen.“ §. 9. „Die Bezirksschätzungskommission besteht außer dem Vorsitzenden noch aus 8 Mitgliedern, welchen eine entscheidende Stimme zusteht.“ §. 12. „Die Kommissionen fällen ihre Entscheidungen mit absoluter Stimmenmehrheit. Bei gleichgetheilten Stimmen ist jene Ansicht zum Beschlusse zu erheben, für welche der Vorsitzende sich ausspricht. Kommt eine absolute Stimmenmehrheit nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst niedere hinzuzählen, bis sich für diese Ziffer die absolute Mehrheit ergibt.“

---

wir uns von der Existenz weit zahlreicherer hoher Eisgruppen und etwas schwereren Eises überhaupt überzeugen. Mit genauer Noth entrannen wir hier der Gefahr eines abermaligen Besetztwerdens (28. Juli), als Windstille eintrat.

Inzwischen hatte sich in uns die Ueberzeugung ausgebildet, daß wir mit unseren Mitteln und einer nicht aus Freiwilligen bestehenden Mannschaft in Anbetracht der schlimmen Wind- und Wetterverhältnisse, selbst bei dem so geschilderten Zustande des Eises nicht fähig sein würden, den Zweck der Rekognoszirung zu überschreiten — sei es durch die Erreichung hoher Breiten oder durch jene von Giles-Land. Wir durften, wie erwähnt, daher nicht daran denken, den Ausfall der Segelkraft durch eine besondere Anstrengung der Mannschaft ersetzen zu wollen. Dieses einzig und allein hätte uns aber vermocht, weiter nach Norden oder in einer bestimmten Richtung überhaupt, wenn gleich nur langsam vorzudringen. Aber auch warten muß man im Eise können, wenn der Augenblick nicht günstig ist; allein ein Segelschiff läuft dabei nicht blos Gefahr besetzt zu werden, sondern es ist auch um jeden Preis darauf angewiesen, die kurze Zeit zu benützen. Es wird in seinen Bewegungen ohnehin nur zu oft zur Schnecke *), darf also nicht warten. Kommt dann die beste Fahrzeit, der Herbst, und ist dasselbe nicht für den Winter ausgerüstet, so muß es zurück oder es fällt der Nacht, dem Sturm oder dem jungen Eise zum Opfer.

Am allerwenigsten durften wir also erwarten, dann noch in demselben so weit vorgerückten kurzen arktischen Sommer den Weg wieder zurück zu machen. Mit Ende Oktober aber ging unser Proviant zu Ende. Es blieb uns also nichts übrig als die Erreichung von Giles-Land, auf welches sich jetzt unsere Wünsche konzentrirten, mit dem Boote anzustreben, und zwar um zu erfahren, ob dieses Land jene Bedeutung besitze, welche ihm die Schweden beilegen, und die Aussendung einer besonderen Expedizion dahin begründe. Das Schiff mußte zu diesem Zwecke in einem sicheren Hafen zurückbleiben. Als solchen durften wir nur jenen bei C. Lee an der Walter Thymens Straße betrachten. Also wandten wir unsern Kurs nach West, dem Stor Fjord entgegen.

Das Laviren und Kreuzen an der Eisgrenze während ununterbrochenen Nebels, bei fortwährendem schweren Seegange und ungünstigem Winde ist eine äußerst mißliche Sache, welche unausgesetzte Aufmerksamkeit erheischt. Nicht selten tritt der Eisblink rings am Horizont auf, — man erkennt, in eine große Wacke gerathen zu sein *), oder die Windstille macht das Schiff in einem Augenblick steuerlos, wo ein starker Strom es unaufhaltsam in das Dickicht der Eismassen fortreißt.

Diese und andere Verlegenheiten wurden uns zu Theil, bevor wir im Nebel zwischen bis über 100 Fuß hohen stattlichen Eisbergen kreuzend plötzlich das langgestreckte Plateau der Hope-Insel erblicken, welches auf der schwedischen Karte um nicht weniger als 40 Minuten in der Breite fehlerhaft situirt ist. Die wirkliche Lage des Südwestkaps der Insel fällt auf: 76° 29' und 25° östl. Länge.

Wir drangen durch eine große Einbucht verführt und momentan von unserem Wege abweichend östlich der Insel nach Nord vor, um im Falle der Ausführbarkeit Giles-Land von hier aus zu erreichen.

Aber in 76½ Grad nördl. Breite, nachdem wir einen ganzen Tag hindurch zwischen den Klippen fest sitzender Eisberge im Nebel gekreuzt waren und von einem schweren Oststurm immer weiter nach West abgedrängt wurden, durften wir von Glück sagen, daß wir bei dem überaus heftigen Seegange plötzlich an dem Eissaume anlangend, nicht daselbst zerschellten.

Es war nicht denkbar hier durchzudringen, und somit nahmen wir unseren Kurs nach der Walter Thymens-Straße wieder auf. Ein dichter mehre Seemeilen breiter Eisgürtel und ein starker nach SW. setzender Strom wehrten jeden Versuch die Hope-Insel zu betreten ab. *) Westlich derselben fanden wir die Eisgrenze im 76. bis 10. Grad nördl. Breite als schweres dicht gedrängtes Packeis, in welchem viele kleine Eisberge, oder deren schon sehr abgezehrten Reste in Masse auffielen.

Verhältnißmäßig rasch legte das Schiff die Strecke südlich den 1000 Inseln bis zum Südkap Spitzbergens (76½ Grad Breite) zurück. Die zahlreichen Klippen, Inseln und Wellenbrecher, welche die schwedische Karte gänzlich verschweigt, traten in der Nacht des 4. August wenige Schiffslängen fern aus dem Nebel — eilig, doch mit harter Mühe gelang es bei Seegang und steifem NO. Wind zu wenden.

---

*) Dagegen lernt man die Schiffahrt und Bildung des Eises, die allmälige Zerstörung desselben, den Einfluß von Stürmen und Strömungen und der Niederschläge, die Plötzlichkeit in der Veränderung der Wasserplätze und Kanäle und zugleich die Gefahr des Eingeschlossenwerdens nur mit einem Segelschiffe deutlich kennen, denn ein Dampfer fährt stolz dort noch seine Bahn, wo ein Segelschiff bereits unüberwindbare Hindernisse findet. War ja doch die Nacht vom 3. bis 4. Juli für den „Isbjörn“ weit schlimmer als die zwei Sommer währende Reise der „Germania“ in dem ungleich schwereren grönländischen Eise!

*) Am 1. August trat der Eisblink in 76° 8' Breite und 21° 31' Länge rings am Horizont auf, und es schien, als seien wir in einer augenblicklich noch offenen Wacke rings vom Eise eingeschlossen. Windstille herrschte und das von der Strömung nach Süd treibende Eis bedrohte uns mit besetzt zu werden. Bugsirend hielten wir uns mit Anstrengung im offenen Wasser, und als etwas Wind aufkam, versuchten wir auf gut Glück den wahrscheinlichsten Ausweg in südöstlicher Richtung, welcher sich nachher als der einzige erwies, welcher uns noch zu Gebote stand. Dabei stießen wir auf einen Walroßjäger, welcher die Eisgrenze entlang von Nowaja-Semlja nach Spitzbergen fuhr und sehr vergnügt war, da wir ihm eine Quantität Rum für einige von Nowaja-Semlja mitgebrachte Steine und Petrefakten, die er für Schafhörner hielt, gaben.

*) Karakteristisch für die Art und Weise unserer Mannschaft war hier ein kleiner Zwischenfall. Im Südwesten der Hope-Insel versuchten wir am 31. Juli zwischen einem festsitzenden großen Eisberg hindurchzukommen. Später, doch zum Glück noch zeitig genug, bemerkten wir, daß das Treibeis mit großer Geschwindigkeit durch eine Strömung in der Richtung gegen den Eisberg bewegt werde. Also beeilten wir uns zu wenden um auf der anderen freien Seite des Eisberges vorbeizukommen und nicht vom Eise erfaßt und zerdrückt zu werden. Einer der finmarkischen Matrosen am Steuerruder gab indessen das Spiel bereits verloren und machte dabei ganz gelassen und sanft die Bemerkung: „[illegible] nu er for sen.“ (Ja nun ist es zu spät.)

nie po[illegible] -67

Resolution

Das hohe Abgeordnetenhaus möge folgende Resolution beschließen:

„Das Abgeordnetenhaus spricht den Wunsch u. die Erwartung aus, daß keine der im § 12 des Landes-kommission u. ihnen Delegirten zugewie=senen Agenden von anderen Personen besorgt werden."

Krzeczunowicz

Grundsteuerregulirung [illegible] präsentirt 11/[illegible] 1872

Mit dem Finanzministerialerlasse vom 15. Dezember 1871 Z. 36243 ist ein lithografirtes Aktenstück herausgegeben, welches die Beantwortung von 43 Fragen enthält, die in Bezug auf die Durchführung des Grundsteuerregulirungsgesetzes gestellt worden sein sollten (von wem?). —

Dieses Aktenstück enthält Weisungen, welche den Commissionen zur Darnachachtung mitgetheilt wurden. — Es ist diess die erste bureaukratische [illegible] Weisungen [illegible] Gesetzerklärungen mitunter auch Gesetzänderungen hineinzutragen, und von den untergeordneten Behörden die Befolgung solcher Weisungen zu fordern.

Für keinen man lieber, denn wie es hier der Fall ist, in denen man Erlass Erklärungen hineinzutragen, [illegible] in solche Weisungen auch

Das erwähnte ministerielle Aktenstück enthält zunächst solche Aufklärungen und Weisungen, welche nicht nothwendig, zwecklos, mitunter [illegible] unverständlich sind, welche nicht zur Aufklärung der Sache oder Richtigstellung des Vorganges, sondern eher zur Verdunkelung, zu Zweifeln in deren Auslegung und zu neuen Zweifeln Anlass geben können [illegible] zuwiderlaufende [illegible] das Gesetz berufenen Organen [illegible] daher keine [illegible] und insbesondere keine allgemein verbindliche Weisungen zu ertheilen.

In Bezug auf das Wesen der Grundsteuerregulirung, ihr Selbstbestimmungsrecht zu beschaffen,

Von den im erwähnten Aktenstücke zur Darnachachtung enthaltenen Weisung verdient nur ganz besonders hervorgehoben zu werden.

auf die voraussichtlich von einem ~~überall~~
fiskalen Beamten gestellten ~~sind~~.

~~die Anfrage 29~~

Frage Nr 29

„hat der Vorsitzende der Bezirks-
„schätzungskommission ein Stimmrecht
„oder ist er nur berechtigt, bei
„geteilten Stimmen zu entscheiden?"

~~antwortet das Finanz~~
gibt das Finanzministerium folgende
Antwort:

„Den Vorsitzenden der Bezirks-
„schätzungskommissionen, gleich wie
„jenen der Landes- und

2

Auszug

aus einer lithographirten (mit keiner Unterschrift versehenen) Beilage des ~~Ministe~~ Finanzministerialerlasses vom 15 Dezember 1871 Z. 36215, in welcher Weisungen zur Durchführung für die Schätzungskommissionen, ~~enthalten sind~~ in denen man Fragen u beantworten, enthalten sind.

Frage ~~Punkt~~ 29

„Hat der Vorsitzende der Bezirks-
„schätzungskommission ein Stimmrecht
„oder ist er nur berechtigt, bei
„gleichgetheilten Stimmen zu entscheiden?

„Dem Vorsitzenden der ~~Bezirksschätzungs-~~
„~~kommission, gleichwie auch jenem der Landes-~~
„~~K~~ ~~Landesbaukommissionen~~ steht das bestimmte
„Stimmrecht zu, — weil der §8 u beziehungs-
„weise §9 und der §12 des Gesetzes hierzu
„berechtigt, indem der §8 und beziehungsweise
„§9 ausdrücklich bestimmt, daß der Vorsi-
„tzende auch zur Kommission gehört, welchem,
„so wie den übrigen Mitgliedern ein ent-
„scheidendes Stimmrecht ~~zusteht gewährt~~
„zusteht *), — weil ferner der §12 verordnet,
„daß die ~~absolute~~ Stimmenmehrheit der
„~~Anwesenheit~~ Anwesenden **), — und weil endlich,
„wenn das Gesetz weiter verordnet, daß bei
„gleich getheilten Stimmen jener Ansicht zum

~~*) In Kollegien bei kollegialischen Verhandlungen und Beschlüssen~~

*) In berathenden u beschließenden Kollegien wird der Vorsitzende gewöhnlich zum Kollegium gezählt, d. i. er ist Mitglied des Kollegiums, es ist aber bisher keine Logik vorgekommen, daß Jemand den Einfall gehabt hätte, hieraus zu folgern, daß der Vorsitzende zuerst ~~nicht~~ mit den Mitgliedern ~~zu~~ stimmen und dann noch einmal ~~dann selbst~~ ~~dann wieder~~ bei Stimmengleichheit dirimiren solle.

**) Das Wort „Anwesenden" ist in dem ministeriellen Akte unterstrichen. Es ist unbegreiflich, wie dieses wunderbarerweise unschuldige Wort zur Unterstützung der ministeriellen Auffassung gebraucht werden konnte.

„Beschlusse zu erheben ist, für welche
„sich der Vorsitzende ausgesprochen, insoweit
„deutlich vorausgesetzt wird, daß der Vorsi-
„tzende ~~[illegible]~~ als stimmberechtigtes Vereinsmit-
„glied seine Stimme bereits abgegeben ~~[illegible]~~
„habe ~~[illegible]~~ *). —

„Bei einer ~~[illegible]~~ anderen Auslegung
„des Gesetzes, würde es genügen
„zu sagen: „bei gleichgetheilten
„Stimmen dirimirt der Vorsitzende,
„d. h. er stimmt erst dann, wenn die

~~*) Aus dieser ministeriellen Erklärung [illegible] aber aus dem Gesetze~~

*) Nicht aus dem Gesetze, sondern aus der obigen ministeriellen Erklärung — welche zu Folge des Ministerialerlasses nur ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ verbindliche Kraft haben soll — tritt ungewöhnlich hervor, daß das Ministerium ~~dem allgemeinen Brauche zuwider~~, dem durch das Ministerium [illegible] Vorsitzenden ~~ein ungeheures, dem allgemeinen Brauche [illegible] zwei Stimmen geben, — daß nämlich, wenn~~ ✓ ein ungeheures Vorrecht geben, ~~[illegible]~~ ihn mit zwei Stimmen ausstatten will, — daß nämlich, wenn z. B. außer dem Vorsitzenden noch 7 Mitglieder anwesend sind, und davon 4 sich für die eine, 3 aber für die andere Ansicht, ~~welcher sich der Vorsitzende angeschlossen,~~ erklären, ~~diese letztere~~ der Vorsitzende seine Stimme ~~zuerst~~ für diese letztere Ansicht geben, auf diese Art die Gleichheit der Stimmen erzielen, und sodann durch seinen Ausschlag an die Ansicht, für welche er bereits gestimmt hat, dieselbe zum Beschlusse erheben kann!!!

„absolute Mehrheit zu bilden *). —

„Die derartige Auslegung dieses
„Gesetzes findet die vollständige
„Bestätigung im Schlußabsatze
„des Alinea 3 des §12, wo es sich

*) Aus diesem erwähnten Schreiben leuchtet die ministerielle Ansicht hervor, daß die betreffenden §§ des Gesetzes hätten anders redigirt werden sollen, wenn der Gesetzgeber die Absicht gehabt hätte, dem Vorsitzenden des [illegible] [illegible] Vorrecht nicht einzuräumen.

Allein, gerade umgekehrt verhält sich die Sache. Das Gesetz hätte gerade anders lauten sollen, wenn es in der Absicht des Gesetzgebers gelegen wäre, dem Vorsitzenden ein ungewöhnliches, dem allgemeinen Brauche zuwiderlaufendes Vorrecht einzuräumen.

Wenngleich die Gesetzesverfasser und Volksvertreter im Reichsrathe sich nicht immer einer klaren und bestimmten Gesetzesredaction befleißen, so kann doch eine, der Absicht des Gesetzgebers entsprechende, natürliche Auslegung des Gesetzes zu den, (mit [illegible]) [illegible] Folgerungen nicht führen.

vorhanden ist, lautet. — Man mag [illegible] daß auch die Vertreter der Regierung eine solche Absicht — bei der Verfassung des Gesetzes entweder in Berathung im Reichsrathe (im [illegible] der Berathung [illegible]) nicht gehabt haben, sonst hätten sie diese Absicht klar an den Tag gelegt, was nicht geschehen ist. — Denn

[illegible] zu können. Man mag daher

„... Beschlußfassung einer Ziffer
„ hindert *)

*) Es bedarf wahrhaftig einer besondern Vorliebe zur subtilen Gesetzesdeutung, um in dem Schlußabsatze des §12 die vollständige Bestätigung der obigen ministeriellen Ansicht zu finden.

Der erwähnte Schlußabsatz des §12 lautet: „Kommt eine absolute Stimmenmehrheit „nicht zu Stande, so sind die Stimmen für die „höchste Ziffer zu den Stimmen für die nächst „mindere hinzuzuzählen, bis sich für diese (d. i. nächst mindere) Ziffer „die absolute Mehrheit ergibt."

Wenn z. B., außer dem Vorsitzenden, noch 7 Mitglieder anwesend sind, von denen einer für die Ziffer 10, zwei für die Ziffer 9, einer für 8, und drei für die Ziffer 7 stimmen, so sind die Stimmen für 10 und 9 den Stimmen für 8 hinzuzuzählen; es ergibt sich für die (sodann) Ziffer 8 die absolute Mehrheit von vier Stimmen gegen drei, und es hat der Vorsitzende seine Stimme, nach dem allgemeinen Brauche und nach dem endlich ausgelegten Sinne des Gesetzes, nicht mehr abzugeben.

Nach der dermaligen ministeriellen Auffassung aber, soll der Vorsitzende mit den andern Mitgliedern stimmen, und würde er sich im obigen Falle z. B. für die Ziffer 9 erklären, so würde diese Ziffer, mit Zuzählung der für die Ziffer 10 abgegebenen Stimme, vier Stimmen gegen drei andere erhalten, und wäre [illegible], weil der Vorsitzende sich [illegible] zum Beschlusse zu erheben, die absolute Mehrheit der Stimmenden nicht erhalten hat, was dem Gesetze offenbar zuwiderlaufen würde.

3.

*) Aus dieser erwiderten Schrift scheint die Absicht des Finanzministeriums hervorzugehen, daß die betreffenden §§ des Gesetzes, und insbesondere der §12, hätten anders redigirt werden sollen, wenn der Gesetzgeber die Absicht gehabt hätte, den Besitzenden das vom Ministerium dermalen beanspruchte Recht nicht einzuräumen.

Allein, aus der gegenwärtigen Redaktion des Gesetzes kann diese Unterstellung, den allegirten neueren Beweisen zuwiderlaufende Ansicht nicht herausargumentirt werden.

Wenngleich die Gesetzentwurfsverfasser und Volksvertreter sich nicht immer einer klaren und korrekten Gesetzesredaktion befleißen, so kann doch nur redliche, der Absicht des Gesetzgebers entsprechende Auslegung der §§ 8, 9, 12 des Grundsteuerregulirungsgesetzes vom 24 Mai 1869 nicht zu den vom Finanzministerium beliebten Folgerungen führen.

Es hat sicher kein Mitglied des Reichsrathes, bei der Beschließung der bezogenen §§, die Absicht gehabt, den Zwischenbesitzern ~~[illegible]~~ [das vom Finanzministerium dermalen beanspruchte Recht einzu-] räumen. — Eine solche Absicht konnten auch die Vertreter des Finanzministeriums, zur Zeit der Verfassung des Gesetzentwurfes und Berathung desselben — Reichsrathe, nicht gehabt haben, sonst hätten sie dieselbe im Gesetzentwurfe oder bei den Berathungen klar an den Tag gelegt, was nicht geschehen ist. — Man kann ~~nicht glauben~~ ~~daß~~ die Vertreter des Finanzministeriums nicht beschuldigen, daß sie einige minder klare Worte in ~~den~~ den Gesetzentwurf geflissentlich gesetzt und ihre Absicht bei der Berathung im Reichsrathe nicht klar dargelegt haben, um die Annahme dieser Worte zu erschleichen und denselben hintendrein eine fiskale Deutung ~~geben zu können~~ zu geben.

Die wunderbare Idee von solchem Vorrechte für ~~welche nicht einmal in den ministeriellen~~ den Besitzenden ist kann sich daher erst neulich ~~im Finanzministerium~~ [im Finanzministerium, welches] herausgebildet haben, ~~welches~~ von die alten ~~[illegible]~~ Traditionen des Absolutismus [durchdrungen] huldigend, wenn das im neuen Gesetze den Vertretern der Steuerträger eingeräumten Rechten so viel als möglich abbrechen will *). — Es ist die Pflicht der Volksvertreter-

*) Das [österreichische] Finanzministerium ~~wollen der~~ findet keine ~~Gefallen an den~~ liberalen Neuerungen, ~~nicht gefallen~~ unter sondern von der Zusammensetzung der Grundsteuerschätzungskommissionen, in welcher Beziehung

dessen Gebundenen unmöglich Freiheit zu.

das österreichische Gesetz vom 24 Mai 1869 gegen liberaler zu sein scheint als das preußische Gesetz, welches zum Vorbilde ~~[illegible]~~ wurde. Denn nach dem preußischen Gesetze hatte die Regierung die Hälfte der Kommissionsmitglieder, ohne Einschränkung zu wählen, im Gegensatz ~~die~~ das österreichische Gesetz dem ~~Regierung nach überwiegend~~ Finanzminister nach den Schranken setzte, daß sie er die von ihm zu ernennenden Mitglieder zur Hälfte aus den Grundsteuerträgern des betreffenden Landes oder Bezirkes wählen soll. Dieser Schranke war ~~[illegible]~~ notwendig, sonst hätte das öster. Finanzministerium ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ berufene gehorsame Beamte, und (wegen zu) häufige(r) abhängige Leute zu Kommissionsmitgliedern ernannt, ~~weil~~ während die preußische Regierung aus eigenem Antriebe ~~die größte Zahl der~~ die größeren Grundbesitzer ~~und~~ aus den betreffenden ~~Provinzen~~ Bezirken zu Kommissionsmitgliedern berief *).

1247
965
282

836
129
21
23
93
145
1247

*) Von 2494 Mitgliedern der ~~Veranlagungskommissionen~~ ~~hatte~~ Veranlagungskommissionen hatte die preußische Regierung die Hälfte d. i. 1247 zu wählen, und berief hierzu 836 Gutsbesitzer, 129 Gutspächter, 21 Feldmesser, 23 Staatsbeamte, 93 andere Beamte u 145 sonstige ~~nicht~~ angesehene Personen. (Siehe die in der Königl. Staatsdruckerei in Berlin i. J. 1865 gedruckte Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 21 Mai 1861 betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer)

ihm, durch Androhung wirksamer Mittel, allenfalls auch durch Androhung der Verweigerung der für die Grundentschädigung erforderlichen Gelder, und auch durch Verwirklichung dieser Androhung, ~~welche~~
~~dieß nothwendig~~
~~die hauptsächlich ...~~
~~die unverzügliche~~
~~die zur Ausrichtung~~
die obige (den Commissionen) zur Ausrichtung gegebene Weisung muß unverzüglich widerrufen werden, sonst können in den Commissionen wieder Beschlüsse, ~~statt nur~~ dem Gesetze (zuwiderlaufender Art gefaßt,) ~~zuwider gefaßt, die gefälscht werden oder eigenmächtig~~ eigentlich gefälscht werden.

~~Es wäre auch nothwendig darauf zu dringen, daß Beamte, welche sich der obigen Gesetzverletzung schuldig gemacht haben~~

Posłom, aby oddalić urzędników, którzy są winni, że powyższe Gesetzverletzung zostało wydane.

Wyciąg z raportów tygodniowych.

Rodzaj [illegible] tu:

Folwark:

Rok gospodarski:

Raportu		Wyszczególnienie	Przychód	Rozchód	Uwagi
Nr.	Data				
		Gesetzentwürfe zur Vertheilung der Staatsteuer auf die Kronländer	Kr.		podatkowe og. 874

[P]rzeciętne ceny Drzewa oznaczone przez referenta

Powiat Gródek

~~Wyciąg z raportów tygodniowych.~~

Ro[...]płodu:

N.B. Czarnym atramentem są zapisane ceny przeciętne z lat 15 (z potrąceniem 5 lat najdroższych) które referent wykazał jako niby obliczone z rachunków - Czerwonym zaś atramentem są zapisane cyfry cen, które referent dorobił (za wszystkie lata równo) dla każdej gminy z której nie było rachunkowych dat o cenach.

	~~Raportu~~ Liczba bieżąca ~~Nr.~~	Pro przeglądu referenta ~~Data~~	Wyszczególnienie gmina	Przychód: bukowe fl	x	dębowe fl	x	brzozowe fl	x	olchowe fl	x	sosnowe fl	x	osikowe fl	x	Rozchód	Uwagi
rewiry Wereszyce, Maleszewski i część rewiru Majdan	1	37	Wereszyce 5397 — rewir Weresz.	1	72	1	18	1	19			1	17		38		
			rewir Majdan	2	70	1	69	1	62			1	55		49		
rewir Lelechówka i część rewiru Majdan	2	18	Lelechówka 34[illegible]	3	46	2	51	2	72			2	35	1	6		
			rewir Majdan	2	70	1	69	1	62			1	55		49		
rewir Stawki do Janowa	3	33	Stawki 33[illegible]	2	96	1	71					2	5	1	13		
Rewir Zalesie	4	13	Janów	3	21	2	91					2	45	1	31		
	5	34	Stracz	3	21	2	91					2	45	1	31		
	6	38	Wielkopole 12[illegible]	3	21							2	93	1	30		
	7	42	Zalesie	3	21	2	91					2	45	1	31		
	8	39	Wola dobrostańska	3	47	2	55					2	35	1	6		
	9	8	Dobrostany 207[illegible]	3	47	2	55					2	35	1	[illegible]		
	10	19	Leśniowice									1	63				
	11	31	Rzeczyczany 16[illegible]			1	74	1	74			1	65				
	12	4	Bratkowice 53			2	82	3	3			2	82	1	95		
	13	29	Rodatycze			2	82	3	3			2	82	1	95		
[illegible]	14	10	Dołhomościska 631	2	82	2	28	2	38					1	74		
	15	40	Wołczuchy			2	82					2	82	1	43		
	16	24	Milatyn 351			2	28	2	38			2	17	1	78		
	17	28	Putiatycze 355	2	82	2	28	2	38			2	17	1	7[illegible]		
	~~18~~	~~1.~~	~~Dąbrowa~~	~~3~~	~~28~~	~~2~~	~~82~~	~~2~~	~~93~~	~~2~~	~~65~~	~~2~~	~~82~~	~~1~~	~~45~~		
	19	36	Uherce niez.	3	47	3	25	3	25	3		2	93	1	93		
	20	5	Czerlany 48			3	25	3	25			2	93	2	17		
	21	11	Gródek 281			3	25	3	25			2	93	2	17		
blizko Gródka	22	6	Czunów 214			3	25	3	25					1	17		
	23	21	Lubień wielki } 3013			3	25	3	25			2	93	2	17		
blizko Burcza i Antowic w powiecie Rudeńskim	24	22	" mały			3	25	3	25			2	93	2	17		
	25	17	Kosowice 35			3	25	3	25					2	17		
między Gródkiem i Bartatowem	26	16	Kiernica 1726					3	25			2	93	2	17		
	27	32	Stawczany 1014			3	25	3	3	2	93	2	93	1	3		
	28	26	Obroszyn 396			3	25	3	3			2	93	1	3		
	29	1	Bartatów 507					2	93			2	93	1	3		
	30	35	Sucha wola					3	3			2	93				
	31	27	Powitno 429			3	30	3	[illegible]			2	93	1	37		
	32	12	Jamelna							2	93	2	82				
	33	23	Malczyce 72					3	25			3	3	1	32		
[illegible] do rewiru Zalesie	34	25	Mszana 113					3	3	2	93	2	93				
	35	41	Wroców 710	3	21	3	35					3	2	1	37		
	36	15	Karaczynów 7														
	37	3	Borki janowskie 18									2	98				
	38	2	Sklo dominikans. 255			2	28					2	98	1	41		
	39	14	Jasniska 132			2	28	2	6			2	98	1	41		
[illegible]	40	30	Rokitno	3	14	2	28	2	6			2	82	1	41		
	41	7	Dąbrowica	2	70			1	74			1	17		91		W rachunkach z Dąbrowic była wykazana cena drzewa bukowego tylko za 9 lat brzozowego i osikowego za 6 lat, sosnowego tylko za 1 rok.
	42	20	Łozina	2	95	1	95	1	95			2	5	1	19		

[illegible] Nº 24

pisany w Wiedniu 18/[illegible]

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Vertheilung der Realsteuer (Grund und Gebäudesteuer) auf die Kronländer.

I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1.

Das Verhältniß in welchem ein jedes Kronland zu der für das ganze Reich jährlich festzustellenden Summe der Realsteuer beizutragen hat, wird durch Reichsgesetze von 15 zu 15 Jahren festgestellt.

~~§~~

Die Feststellung beziehungsweise Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen zur Umlegung der Realsteuer im Innern eines Kronlandes, ist Gegenstand der Landesgesetzgebung.

II

~~Besondere Bestimmungen in Bezug auf die Behufs [illegible] des Beitrags[illegible]~~ zur Feststellung des Beitragsverhältnisses [illegible]

§ 2

Als Hauptbehelf zur Ausscheidung ~~und Feststellung~~ des im § 1 erwähnten Beitragsverhältnisses haben die in jedem Kronlande zu sammelnden Daten über die Verkaufspreise (Veräußerungspreise und Pachtzinse) der in den letzten 15 Jahren veräußerten und verpachteten Realitäten und die Vergleichung dieser Preise mit der-

denselben Realitäten vorgeschriebenen Reinerträgen zu dienen (§§ 3 bis 7)

Nebstdem sind auch folgende Behelfe zu sammeln:

a) die aus — unter amtlicher oder öffentlicher Controlle stehenden ~~befindlichen~~ den letzten 15 Jahren entnommenen — Rechnungen der Staats- Fonds- und Communalgüter nachzuweisenden durchschnittlichen Reinerträgnisse der Realitäten, und die Vergleichung dieser Erträgnisse mit den denselben Realitäten vorgeschriebenen Reinerträgen;

b) Daten über die ↑ Landes- Bezirks- und anderer von Realitäten für öffentliche Zwecke entrichteten Steuerzuschläge. (§ 7).

§ ~~4~~ 3

Die Veräußerungspreise der Realitäten sind zu entnehmen aus allen jenen in den letzten 15 Jahren zu Stande gebrachten schriftlichen Verträgen (mit Ausschluß der Expropriationen für öffentliche Zwecke) auf Grund welcher das Eigenthum einer Realität, eines Grundstückes, Wirthschaftscomplexes, Gebäudes) von einer Person auf eine andere übertragen wurde, und in welchen der zwischen den Parteien verabredete Preis des veräußerten Gegenstandes ausgedrückt erscheint.

§ 4.

Die Pachtpreise (Pachtzinse) sind zu entnehmen aus allen in den letzten 15 Jahren zu Stande gebrachten schriftlichen Verträgen, auf Grund welcher landwirthschaftliche Realitäten (Grundstücke, Wirthschaftscomplexe mit oder ohne Gebäude), auf nicht weniger als 3 und nicht mehr als 20 Jahren

a. eine Zentralkommission mit dem Sitze in Wien;
b. eine Landeskommission für ein jedes durch einen Landtag vertretenes Kronland, mit dem Sitze in der Hauptstadt des Kronlandes;
c. eine Distriktskommission für jeden politischen Bezirk, sowie für jede größere, vom Landeschef im Einvernehmen mit dem Landesausschusse zu bezeichnende Stadt.

Die Zentralkommission besteht aus dem von Seiner Majestät ernannten Präsidenten, dann aus 6 vom Ministerium bezeichneten und 35 im Abgeordnetenhause des Reichsrathes gewählten Mitgliedern. Von den auf das Abgeordnetenhaus entfallenden Mitgliedern sind:

durch die Abgeordneten d. Königreichs Böhmen	9
" " " " Dalmatien	1
" " Galizien mit Krakau	7
" " " Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns	4
" " " Erzherz. Oesterreich ob der Enns u. Herz. Salzburg	2
" " " Herzogthums Steiermark	2
" " " " Kärnthen	1
" " " " Krain	1
" " " " Bukowina	1
" " Markgrafschaft Mähren	3
" " Herzogthums Schlesien	1
" " der gefürsteten Grafschaft Tirol u. d. Landes Voralberg	2
" " Markgrafschaft Istrien, der gefürsteten Grafschaft Görz u. Gradiska, u. d. Stadt Triest mit ihrem Gebiete	1

mit absoluter Stimmenmehrheit zu wählen. —

Die Landeskommission besteht aus dem Landeschef oder dessen Vertreter für politische

Angelegenheiten als Präsidenten, und aus 8 bis 12 Mitgliedern, von denen die Hälfte vom Gesammtministerium über Vorschlag des Landeschefs, die andere Hälfte aber vom Landtage, und wenn dieser nicht versammelt wäre vom Landesausschusse gewählt wird.

Die Distriktskommission besteht aus einem vom Ministerium über Vorschlag des Landeschefs ernannten Präsidenten und aus 4 bis 8 Mitgliedern, von denen die Hälfte vom Landeschef, 1/4 vom Landesausschusse, 1/4 aber von der Vertretung des betreffenden Distriktes (Bezirkes o/ Stadt) und in Ermanglung einer solchen Vertretung vom Landesausschusse gewählt wird.

Die Zahl der Mitglieder der Landes und Distriktskommissionen wird innerhalb der oben bestimmten Grenzen vom Ministerium nach eingeholtem Gutachten des Landesausschusses festgestellt.

Alle Mitglieder der Landes und Bezirkskommissionen müssen mit der Landessprache und mit den wirthschaftlichen Verhältnissen der Länder und Distrikte für welche sie aufgestellt werden, bekannt sein.-

Diese Mitglieder, ebenso wie jene der Zentralkommissionen haben Ersatzmänner, welche auf dieselbe Art, wie die Mitglieder selbst gewählt werden.

§. 9.

Die im §. 8. bezeichneten Kommissionen fassen ihre Beschlüsse kollegialisch, nach absoluter Stimmenmehrheit.

Der Vorsitzende stimmt in der Regel nicht. Bei gleichgetheilten Stimmen wird jene Ansicht zum Beschlusse erhoben, welcher der Vorsitzende beitritt.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Commissionsmitglieder erforderlich.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse bei den Landes u. Distriktskommissionen, ist auch erforderlich, daß die Anzahl der Stimmenden, welche durch die Vertretungen (Landtag, Landesausschuß, Bezirks o. städtische Vertretung) gewählt sind, gleich sei der Anzahl der anderen stimmenden Mitglieder.

§. 11.

Die Distrikts- (Bezirks oder städtische) Commission hat die in §. 2 bezeichneten Daten nach den in den §. §. 3 bis 7 enthaltenen Bestimmungen in ihrem Gebiete auszumitteln, zu prüfen und zusammenzustellen, hiebei die erforderlichen Localerhebungen zu pflegen, nöthigenfalls Sachkundige zu vernehmen, und die zu Stande gebrachten Ausweise und Zusammenstellungen, mit den zur Beurtheilung derselben nöthigen Aufklärungen und Behelfen, der Landeskommission vorzulegen

Die Landeskommission ertheilt den ihr untergeordneten Distriktskommissionen ihres Landes die erforderlichen Weisungen; sie überwacht deren Arbeiten entweder selbst oder durch ihre Delegirte; sie hat die ihr vorgelegten Ausweise und Zusammenstellungen zu prüfen, erforderlichenfalls zu berichtigen, oder deren Berichtigung anzuordnen, Landessummarien zu bilden, und solche sammt den, zu deren Beurtheilung nöthigen Aufklärungen und Behelfen der Zentralkommission vorzulegen.

Die Zentralkommission hat gegenüber den Landeskommissionen dieselben Befugnisse, welche diesen letzteren gegenüber den Distriktskommissionen ~~werd~~ zustehen; sie hat die Landes-

summarien zu prüfen, nöthigenfalls zu berichtigen oder deren Berichtigung anzuordnen. Die Centralkommission hat ferner zwischen den in jedem Lande erhobenen Capitals- und Pacht-~~zinsen~~ gewinnen der Realitäten, und aus Rechnungen ausgemittelten Reinerträgnissen einerseits, und der denselben Realitäten vorgeschriebenen ordentlichen (Realsteuer) andererseits, summarische Vergleichungen anzustellen, und auf Grund dieser Vergleichungen mit Berücksichtigung der in jedem Lande im Zeitpunkte der Amtshandlung der Commission vorgeschriebenen Realsteuersumme, und der in jedem Lande bestehenden Landes- u. u. (Grundsteuer-) Zuschlägen ~~zur Realsteuer~~ Anträge in Bezug auf das für ein jedes Kronland festzustellende Beitragsverhältniß (§ 1) zu stellen.

§ 11.

Die Anträge der Centralkommission sind durch das Ministerium mit dessen eigenen Anträgen, dem Reichsrathe zur weiteren gesetzlichen Behandlung (§ 1.) vorzulegen.

~~§ 12~~

Durchgehende Bestimmungen.

§ 12

So lange das erste Realsteuerbeitragsverhältniß der einzelnen Kronländer nach den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht festgestellt sein wird, ist das Beitragsverhältniß für jedes Kronland nach jenem Verhältnisse zu berechnen, welches zwischen der durchschnittlich in den letzten 3 Jahren von diesem Kronlande entrichteten Summe der Realsteuer, und jener, welche vom ganzen Reiche entrichtet wurde, besteht.

Für die erste Feststellung des Beitragsverhältnisses nach diesem Gesetze, sind die im § 2 bezeichneten Behelfe aus den ~~15~~ Jahren ~~von~~ 1855 bis 1869 zu sammeln.

~~getroffen~~ vereinbart wurden, und in welchen der zwischen den Parteien vereinbarte Kaufschilling ausgedrückt erscheint.

§ ~~4~~ 5

Der Preis (Veräußerungspreis, Pachtzins) des Gegenstandes ist so anzunehmen, wie er in der, die Parteien verbindlichen Urkunde ausgedrückt erscheint.

Von diesem Preise ist in Veräußerungsfällen der Capitalswerth, in Pachtfällen aber der Nutzwerth der vom Eigenthumserwerber oder Pächter zusammen mit der Realität übernommenen ~~im § 4 bezeichneten industriellen Anlagen dann der von ihnen übernommenen~~ beweglichen Sachen, speziellen mit der Realität verbundenen Rechte u. a. Gegenstände, die den eigentlichen Werth der Grundstücke und Gebäude nicht betreffen, in Abschlag zu bringen. ~~Bei den mit den Gebäuden im Zusammenhang stehenden landwirthschaftlichen Realitäten ist auch ein entsprechender Gebäudeerhaltungsbetrag abzuschlagen.~~

Hingegen ist in Veräußerungsfällen der Capitalswerth, in Pachtfällen ein entsprechender Betrag für die vom Eigenthumserwerber oder Pächter mit der Realität allenfalls übernommenen Lasten, Dienstbarkeiten, Schulden u. a. Nebenleistungen, dem in der Urkunde ausgedrückten Preise der Realität zuzuschlagen.

Der durch diese Ab- und Zuschläge berichtigte Preis, ist als Preis der Realität anzunehmen.

§ ~~7~~ 6

Die in jedem Kronlande ermittelten Daten über die:

a) Veräußerungspreise,
b) Pachtzinse,
c) aus Rechnungen (§ 3.a.) nachgewiesenen Reinerträgnisse,
sind abgesondert u. z. nach folgenden Kategorien:
1. für Fabriks- und industrielle Anlagen, bei denen der Betrag der Erwerbs- und Einkommensteuer jenen der Real-(Grund u. Gebäude)steuer übersteigt;
2. für Hausrealitäten, bei denen der Betrag der Gebäudesteuer jenen der Grundsteuer übersteigt;
3. für landwirthschaftliche Realitäten, diese letztere unterabgetheilt in einzelne Grundstücke, kleinere und größere Wirthschafts-komplexe; —
sammt der, den betreffenden Realitäten vorgeschriebenen Realsteuer und dem Verhältnisse der letzteren zum Veräußerungspreise Pachtzinse oder Reinerträgnisse, — zuerst gemeindeweise, dann bezirksweise, endlich in einem Landessummari zusammenzustellen

§ 7

Die Daten über die im § 3.b. bezeichneten Zuschläge sind in Betreff derselben Realitäten, auf welche sich die im § 6 angeführten Daten beziehen, zu sammeln, in Perzenten von der Realsteuer auszudrücken, und zuerst gemeindeweise, dann bezirksweise, endlich in einem Landessummarium darzustellen. —

III

~~Ausführende Organe~~

§ 8

Mit der Sammlung, Prüfung und Zusammenstellung der angedeuteten Behelfe werden spezielle Kommissionen betraut u. z.

1862 20

Entwurf

zu einem Landtagsantrage, betreffend die Vertheilung der Realsteuer (Grund und Gebäudesteuer) auf die Kronländer.

Erster Theil.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Gesamt-Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuer

Der gesamte Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuern für den Staatsschatz wird immer im Voraus auf die Periode von 10 Jahren festgesetzt.

Die erste 10jährige Periode beginnt mit dem Verwaltungsjahre 1866.

Als ~~der~~ gesamter Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuer wird für diese erste Periode der Durchschnitt der an diesen Steuern in den Jahren 1860 bis einschließlich 1862 ausgeschriebenen Beträge, nach Abschlag der in diesen Jahren bewilligten Nachlässe, festgestellt.

§. 2.

Dessen Vertheilung auf die Kronländer.
Landes Contingente.

Die Vertheilung des gesamten Jahresbetrages der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer, geschieht:

auf die, im §. 1. bezeichnete Periode, in nachstehender Art:

a) Die eine Hälfte dieses gesammten Betrages wird auf die Kronländer in demselben Verhältnisse vertheilt, in welchem der gesammte Jahresbetrag der besagten Steuern in der vorangegangenen Periode auf dieselben vertheilt wurde.

Auf die erste, mit dem Verwaltungs-Jahre 1866 beginnende Periode, wird diese Hälfte auf die einzelnen Kronländer nach denjenigen Beträgen der ordent~~lichen~~ lichen Realsteuern vertheilt, welche jedes Kronland in den Jahren 1860 bis 1862 durchschnittlich entrichtet hat.

b.) Die zweite Hälfte des gesammten Jahresbetrages der ordentlichen Realsteuern wird auf die einzelnen Kronländer auf Grundlage des Steuerwerthes der Realitäten (§. 18) in solchem Verhältnisse vertheilt, in welchem der Steuerwerth der Realitäten eines jeden einzelnen Kronlandes steht.

[Randnotiz:] sämmtlicher Kronländer zum Steuerwerthe der Realitäten

Der aus der Vertheilung auf jedes Kronland entfallende jährliche Betrag an den ordentlichen

Zweiter Theil

Ermittlung der Steuerwerthe der Realitäten.

Grundlage zur Ermittlung der Steuerwerthe.

§ 7.

Als Grundlage zur Ermittlung der Steuerwerthe der Realitäten werden die Daten über die Veräußerungs-Preise der Realitäten und über die von den Realitäten gezahlten Steuern angenommen.

Diese Daten werden aus jenen zehn Jahren gesammelt, die um drei Jahren derjenigen Periode vorangehen, auf welche die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer zu geschehen hat. (§ 1.)

Für die erste Periode, die mit dem Verwaltungsjahre 1866 anfängt, werden diese Daten aus den Jahren 1850. bis 1862. gesammelt.

Daten über die Veräußerungs-Preise der Realitäten.

§ 8.

Die Daten über die Veräußerungs-Preise der Realitäten werden aus allen Amts-Urkunden, die gesammelt werden können, geschöpft, auf Grund welcher das Eigenthum der Realitäten, das ist eines Grundes ~~und Bodens~~ oder Gebäudes, oder auf eines Theiles eines Grundes

und ~~Boden~~ oder Gebäude, von einer Per-
son auf die andere übergeht, und in welchen der Preis der Realität bezeichnet ist.

Expropriationen für öffentliche Zwecke, sowie auch die Veräußerungspreise der im § 11. lit. c. bezeichneten Industrie-Anstalten, werden nicht berücksichtigt.

<u>Prüfung und Berichtigung der Daten.</u>

§ 9.

Die aus den Urkunden geschöpften Daten über die Veräußerungspreise der Realitäten werden geprüft, und nöthigenfalls berichtigt:

a.) hinsichtlich der Identität, der Bestandtheile und des Umfanges der Realität.

b) hinsichtlich des Preises der Realität. (§ 10. bis 14).

<u>Berechnung des Preises der Realität.</u>

§ 10.

Der Preis der Realität wird in österreichischer Währung berechnet und so angenommen, wie er in den, die Partheien verbindenden Urkunden bezeichnet ist.

§ 11.

Von dem in der Urkunde ausgedrückten Veräußerungs-Preise wird der Kapitals-

werth

werth der nachstehend bezeichneten Gegenstände abzuschlagen, in wie weit der Erwerber diese Gegenstände mit der Realität um den für die Realität vereinbarten Preis erworben hat.

Solche Gegenstände sind:

a). bewegliche Sachen,

b). speziell mit der Realität verbundenen Rechte, die weder der Grund noch der Gebäudesteuer unterliegen, z. B. das Recht der Holzung oder der Weide auf fremden Grund und Boden, radizirte Gewerbe, Propinationsrechte u. dgl.

c). Zuckerfabriken, Bierbräuereien, Branntweinbrennereien, Mühlen, Ziegelbrennereien, Kalkbrennereien und andere Industrie-Anstalten, von welchen die Einkommensteuer entrichtet wird.

§. 12.

Zu dem in der Urkunde ausgedrückten Veräußerungspreise der Realität wird der Kapitalswerth der nachstehend bezeichneten Lasten zuzuschlagen, in wie weit der Erwerber, außer dem in der Urkunde ausgedrückten Veräußerungspreise der Realität, die Verpflichtung dieser Lasten zu tragen übernommen hat.

Diese Lasten sind:

a.) Der Jahresbetrag der ordentlichen Realsteuern (sammt den Staats- und den Landeszuschlägen) welche von der betreffenden Realität in dem ihrer Veräußerung unmittelbar vorangegangenen Jahren entrichtet wurden, jedoch nach Abschlag der Steuern und Zuschläge, welche von den Gegenständen, deren Werth nach dem §. 11. von dem Veräußerungspreise der Realität abgeschlagen wird, entrichtet werden;

b.) speziell mit der Realität verbundenen Lasten, wie z. B. Wald- und Weide-Servituten, jährliche Zinse oder Prästationen zu Gunsten dritter Personen, u. d. gl.

c.) die Pflicht zur Bezahlung der Schulden oder zur Entrichtung anderer Nebenleistungen.

§ 13.

Bei der Bestimmung des Werthes der in den §§ 11 und 12. bezeichneten Gegenstände und Lasten sind nachstehende Normen zu beobachten:

a) als Grundlage zu dieser Bestimmung sollen zuerst angenommen werden: die, in den die Partheien verbindenden Urkunden ent-

haltenen

haltenen Vereinbarungen; in Ermanglung
~~der Steuer und~~ solcher Vereinbarungen, die Da-
ten, welche zur Bemessung der Steuer und der
ämtlichen Gebühren und der gesetzlich vorge-
schriebenen Durchführung der Ablösung oder
Regulirung der Grundlasten und der gemein-
schaftlichen Grundbesitz- und Benützungsrechte,
gedient haben;

b) in Ermanglung der unter a) bezeichneten
Vereinbarungen und Daten, oder, in wie weit
diese sich als ungenügend erweisen, wird der
Werth durch beeidete, mit den Lokalverhältnis-
sen genau bekannte Sachverständige bestimmt.

c.) periodisch wiederkehrende Einkünfte und Prä-
stationen, werden, in wie weit ihr Kapitals-
werth in den unter a.) bezeichneten Vereinb-
arungen und Daten nicht bestimmt ist, in einer
Jahresziffer veranschlagt, und nach einem für
alle Kronländer gleichen Zinsfuße kapitalisirt.

d.) bei Schätzung des Werthes der im § 11. bezeich-
neten Gegenstände, sollen die von denselben
bezahlten Steuern berücksichtigt werden.

§ 14.

Der in der Urkunde ausgedrückte Preis
der Realität, berichtigt durch Ab- und Zuschlag

des Werthes, der in den §§ 11 und 12. erwähnten Gegenstände und Lasten, wird als der wirkliche Veräußerungs-Preis der Realität angenommen.

Bestimmung des (Steuerwerthes der) Realitäten-Steuerwerthes des Kronlandes.

§ 15.

Die Summe der Veräußerungspreise der in einem Kronlande im Laufe der im § 7. bezeichneten zehn Jahre veräußerten Realitäten, bildet den ersten Faktor zur Bestimmung des Steuerwerthes sämmtlicher Realitäten eines Kronlandes.

§ 16.

Den zweiten Faktor bildet die Summe der ordentlichen Realsteuern, welche von diesen veräußerten Realitäten entrichtet werden.

Diese Steuern werden für jede der veräußerten Realitäten in einem solchen Betrage angenommen, den sie in jenem Jahre zu entrichten hatte, welches der zehnjährigen Periode, für welche die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer vorgenommen wird, um drei Jahre vorangeht.

§ 17.

Col

§ 17.

Den dritten Faktor zur Bestimmung des Steuerwerthes sämmtlicher Realitäten eines Kronlandes bildet der gesammte Jahresbetrag an ordentlichen Realsteuern, welcher für dieses Kronland als ordentliches Landes=Contingent für die vorausgegangene zehnjährige Periode festgesetzt war.

Bei Bestimmung des Realitätenwerthes für die erste, mit dem Jahre 1867 beginnende Periode, wird als der dritte Faktor der gesammte Betrag der ordentlichen Realsteuern, welche das Kronland in den Jahren 1860 bis 1862 durchschnittlich entrichtete, angenommen.

§ 18.

Auf Grundlage dieser drei Faktoren wird der Steuerwerth sämmtlicher Realitäten eines Kronlandes in der Art bestimmt, damit dieser Steuerwerth zu dem gesammten Jahresbetrage der ordentlichen Realsteuern (§ 17.) sich so verhalte, wie sich die Summe der Preise der veräußerten Realitäten (§ 15) zu der Summe der ordentlichen, von diesen Realitäten bezahlten Realsteuern (§ 16.) verhält.—

Coll.

Dritter Theil

Von den Durchführungsbehörden.

§. 19.

Im Allgemeinen:

Zur Durchführung der auf die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer sich beziehenden Agenden, werden für jeden Fall der Erneuerung dieser Vertheilung (§. 2) Spezial-Kommissionen gebildet, namentlich:

I. Bezirks-Kommissionen, je eine für jeden Verwaltungsbezirk (d. i. Kreis, Bezirk u. d. g.) mit dem Sitze in der Hauptstadt des Bezirkes.

II. Landes-Kommissionen, je eine für jedes durch einen Landtag repräsentirtes Land, mit dem Sitze in der Hauptstadt des Landes.

III. Die Zentral-Kommission in Wien.

Die Bezirks- und Landes-Kommissionen werden wenigstens auf zwei, die Zentral-Kommission wenigstens auf ein Jahr vor dem Beginne der Periode, für welche die Vertheilung der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer zu geschehen hat, gebildet. —

Alle

Alle k. k. Behörden sind verpflichtet die diesen Kommissionen zu ihren Agenden nöthigen Materialien zur Verfügung zu stellen.

Diese Kommissionen werden nach Beendigung der ihnen zugewiesenen Vertheilung der Steuern, aufgelöst. —

§. 20.

I. Bezirks-Kommissionen

Die Bezirks-Kommission besteht:

a) aus dem Bezirksvorsteher, als ~~dem~~ Vorsitzenden;

b) aus vier, durch die ~~Kreis~~ Bezirks-Vertretung, und in Ermanglung dieser Vertretung durch den Landes-Ausschuß erwählten Mitgliedern;

c) aus vier von der Regierung ernannten der Landessprache vollkommen mächtigen Mitgliedern, von denen wenigstens zwei mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen des Bezirkes genau bekannt sein müssen. —

Die Kommissions-Glieder haben Ersatzmänner, die von denselben Organen ernannt werden, welche die Mitglieder ernennen.

§. 21.

Die Bezirks-Kommission prüft

und berichtigt die Daten über die Veräußerungspreise der Realitäten und über die von denselben bezahlten Steuern in der, in den §§. 7. bis 14. und 16 bezeichneten Art.

In Nothfällen ernennt sie Sachverständige, beeidet dieselben und ordnet Lokalaugenscheine an, deren Vornahme sie ihren Mitgliedern, oder anderen Personen zuweist.—

Die Bezirks-Kommission stellt die gesammelten Daten in Ausweise zusammen, und legt diese Ausweise, sammt den nothwendigen Behelfen der Landes-Kommission vor.—

§. 22.

Die Kommission erledigt die Geschäfte kollegialiter.

Die Beschlüsse werden durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt.

Der Vorsitzende hat keine Stimme; er entscheidet jedoch bei Stimmengleichheit, und alsdann wird die Ansicht, welche mit Zurechnung seiner Stimme die

die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, zum Beschluß erhoben.

§. 23.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit des Vorsitzenden und wenigstens vier Kommissions-Mitglieder erforderlich.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse ist auch erforderlich, damit die Anzahl der stimmenden, durch die Bezirks~~Kreis~~vertretungen oder durch den Landesausschuß erwählten Mitglieder gleich sei der Anzahl der stimmenden durch die Regierung ernannten Mitglieder.

§. 24.

Im Falle die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht werden konnte, oder wenn die Hälfte der stimmenden Mitglieder dieses verlangt, — wird die Angelegenheit der Landes-Kommission zur Entscheidung vorgelegt.

§. 25.

II. Landes-Kommissionen.

Die Landes-Kommission besteht ~~aus~~

a) aus dem Statthalter oder dessen Stellvertreter, als ~~dem~~ Vorsitzenden;

b

b) aus vier, vom Landes-Ausschuße erwählten Mitgliedern;
c) aus vier, von der Regierung ernannten [mit ~~den~~ der Landessprache vollkommen mächtigen] Mitgliedern, von denen wenigstens zwei mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen des Landes genau bekannt seyn müssen.

Die Mitglieder der Landes-Kommission haben Ersatzmänner, die von denselben Organen ernannt werden, welche die Mitglieder ernennen.

§. 26.

Die Landes-Kommission ertheilt den Bezirks-Kommissionen (entsprechende) ~~Instruktionen~~ Weisungen und überwacht deren Thätigkeit durch ihre Mitglieder oder durch andere von ihr delegirte Personen.

Sie entscheidet in Fällen des §. 24, prüft die ihr von den Bezirks-Kommissionen vorgelegten Ausweise; stellt einen summarischen Landes-Ausweis über die Veräußerungs-Preise der Realitäten und der, von denselben bezahlten Steuern zusammen, und legt denselben sammt den Bezirks-Ausweisen und den

nöthigen Behelfen der Zentral-kommission vor.

§. 27.

Die Bestimmungen der §§. 22 und 23. beziehen sich auch auf die Landes-kommissionen.—

§. 28.

III. Zentral-Kommission

Die Zentral-Kommission besteht aus dem vom Kaiser ernannten Präsidenten, und aus den, durch die Landtäge aus ihrer Mitte erwählten Mitgliedern.—

Die Anzahl der Mitglieder der Zentral-Kommission setzt ein Reichsgesetz fest.—

Diese Anzahl wird unter die Kronländer in der Art vertheilt, damit die Zahl der aus jedem Kronlande durch den Landtag erwählten Kommissions-Mitglieder zu der Gesammtzahl der Kommissions-Mitglieder sich so verhalte, wie sich die Anzahl der Abgeordneten dieses Kronlandes zu der Gesammtzahl der Abgeordneten im Abgeordnetenhause des Reichsrathes verhält.—

§. 29.

§. 29.

Die Zentral-Kommission prüft die ihr von den Landes-Kommissionen vorgelegten Ausweise, bestimmt auf Grundlage derselben den Steuerwerth der Realitäten eines jeden Kronlandes und vertheilt den Gesammtjahresbetrag der ordentlichen Realsteuern auf die Kronländer. (§. 2)

§. 30.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit des Vorsitzenden und wenigstens zweier Drittheile der Kommissions-Mitglieder erforderlich.

Die Bestimmungen des §. 22. beziehen sich auch auf die Zentral-Kommission.

Realsteuern, bildet das ordentliche Landes-Kontingent.

Das Königreich Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau haben, nachdem sie ein Kronland bilden, ein einziges Kontingent.

§. 3.

Vertheilung der Zuschläge.

Die Zuschläge zu den ordentlichen Realsteuern für den Staatsschatz werden auf die einzelnen Kronländer im Verhältniße zu den ord~~entlichen~~ Landes-Kontingenten vertheilt.

§. 4.

Vertheilung der Realsteuer im Innern der Kronländer.

Die Festsetzung und Abänderung der Normen, nach welchen das auf jedes Kronland entfallende ordentliche Landes-Kontingent und die Zuschläge zu demselben, im Innern des Landes auf die einzelnen Verwaltungsbezirke, d. i. das ist Kreise, Bezirke u. d. g., auf die einzelnen Gemeinden, und auf die einzelnen Kontribuenten zu vertheilen sind, ist Gegenstand der Landesgesetzgebung.

§. 5.

Vorübergehende Bestimmungen.

Bis nicht die Vertheilung der Realsteuer auf die Kronländer nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zu Stande kommt, wird das ordentliche Realsteuer-Grundkontingent für jedes Kronland ‡ an ordentlichen Realsteuern in den Verwaltungsjahren 1860 bis 1862 durchschnittlich gezahlt hat.—

‡ nach derjenigen Summe bestimmt, welche das betreffende Kronland

§. 6.

So lange nicht in einem Kronlande eine neue Grundlage zur Vertheilung der Realsteuer auf die einzelnen Bezirke, Gemeinden und Kontribuenten durch ein Landesgesetz beschlossen und in Ausführung gebracht seyn wird, so lange wird diese Vertheilung auf der Grundlage vollzogen, welche im Jahre 1862. verbindend war.—

Coll

~~Gesetzentwurf~~

Entwurf eines Gesetzes,
betreffend die ~~Umlegung~~ Aufstellung der
Realsteuer (Grund- und Gebäude-
steuer) auf die Teilländer.

I

Allgemeine Bestimmungen.

§1

Das Verhältniß, in welchem
ein jedes Teilland zu der
~~vorstehenden~~ für das
ganze ~~Jahr~~ übrige jährlich festzustellen-
den Summe der Realsteuer
beizutragen hat, (wird) ~~ist~~ durch
~~ein~~ Reichsgesetz (von ~~15~~ 15 zu) ~~auf Grund~~
15 Jahren festgestellt
~~der in diesem Gesetze bezei-~~
~~chneten Behelfe zu bestimmen~~. 1)

Bis zur Erlassung eines
solchen Reichsgesetzes hat ~~das~~
~~jedes Teilland~~ das dermalen beste-
hende Beitragsverhältniß
aufrecht zu bleiben.

Die ~~Aufstellung~~ ~~Veränderung~~ beziehungsweise Abänderung der gesetz-
lichen Bestimmungen zur
Umlegung der Realsteuer im
Innern eines Teillandes,
ist Gegenstand der Landes-
gesetzgebung. 2)

| Antrags

1 durch ein Reichsgesetz, ~~oder~~ welches auf 15 Jahre im Voraus festgestellt und alle 15 Jahre einer Revision

[~~Grund- u. Gebäudesteuer~~]

1 Reichsgesetze, ~~welche~~ von 15 zu 15 Jahren ~~festgestellt~~. sofern der

| des eigenen, das Beitragsverhältniß feststellenden Reichsgesetzes

| ~~Im Zweifelsfall des den~~

| ist das Beitragsverhältniß für jedes Teilland nach ~~dem~~ jenen Verhältnisse festzustellen, welches zwischen der ... dieser Teillande

II.

~~Bestimmungen in Bezug auf die Sammlung der Behelfe zur Vertheilung der Grundsteuer~~ Feststellung des Ertragsverhältnisses.

§3 (2)

Als Hauptbehelf zur Beurtheilung und Feststellung des in §1 erwähnten ~~Ver~~hältnisses haben die in jedem Kronlande zu sammelnden Daten über die Verkehrspreise (Veräußerungspreise und Pachtzinse) der in den letzten ~~10 Jahren veräußerten~~ 15 Jahren veräußerten und verpachteten Realitäten ~~(Grundstücke, Wirthschaftscomplexe, Gebäude~~ ~~(Grundstücke, Wirthschaftscomplexe, Gebäude)~~ und die Vergleichung dieser Preise mit der denselben Realitäten vorgeschriebenen Realsteuer zu dienen (§§4 bis 7).

Nebstdem sind noch folgende Behelfe zu sammeln:

a. die aus — unter amtlicher ~~Controlle~~ oder öffentlicher Controlle (bewerkstelligten) ~~geführten~~ den letzten 15 Jahren entnommenen — Rechnungen der Staats-, Fonds- und Communalgüter nachzuweisenden durchschnittlichen Reinerträgnisse der Realitäten, und die Vergleichung dieser Erträgnisse mit der denselben Realitäten vorgeschriebenen Realsteuer;

b. ~~die~~ Daten über die ~~Landes- und Grundentlastungszuschläge zur Realsteuer~~ u. z. die Realitäten ~~unterstehenden Zuschläge~~ Steuerzuschläge (§8). [Margin insertion: ~~von Realitäten entrichteten~~ Landes-, Bezirks-, Gemeinde- und anderen ~~Zuschläge~~ ~~Steuerzuschläge~~ für öffentliche Zwecke entrichteten Steuerzuschläge (§7); von Realitäten ~~entrichteten~~]

§ 4 (3)

Die Veräußerungspreise der Realitäten sind zu ~~untersu~~ untersuchen aus allen jenen in den letzten 15 Jahren zu Stande gebrachten, schriftlichen, ~~mündlichen~~ Verträgen (mit Ausschluß der Expropriationen für öffentliche Zwecke) auf Grund welcher das Eigenthum einer Realität (eines Grundstückes, Wirthschaftscomplexes, Gebäudes) von einer Person auf eine andere übertragen wurde, und in welchen der zwischen den Parteien vereinbarte Preis des veräußerten Gegenstandes ausgedrückt erscheint.

Veräußerungsfälle von Bergwerken, Fabriksanstalten, Branntweinbrennereien, Bierbrauereien, Mühlen, u. dgl. industriellen Anlagen, bei denen der Betrag der Einkommensteuer jenen der Grundsteuer übersteigt, sind auszuscheiden.

§ 5 (4)

Die Pachtpreise (Pachtzinse) sind zu untersuchen aus allen in den letzten 20 Jahren zu Stande gebrachten, schriftlichen Verträgen, auf Grund welcher landwirthschaftliche Realitäten (Grundstücke, Wirthschaftscomplexe mit oder ohne Gebäude) auf nicht weniger als 3 und nicht mehr

als 20 Jahre in Pacht vergeben wurden, und in welchen der zwischen den Parteien vereinbarte Pachtzins ausgedrückt erscheint.

§ 6 ~~§ 5~~

Der Preis (Veräußerungspreis, Pachtzins) des Gegenstandes ist so anzunehmen, wie er in der die Parteien verbindlichen Urkunde ausgedrückt erscheint.

Von diesem Preise ist in Veräußerungsfällen der Capitalswerth, in Pachtfällen aber der Nutzwerth der vom Eigenthumserwerber oder Pächter, zusammen mit der Realität, übernommenen, im §4 bezeichneten industriellen Anlagen, dann der von ihm übernommenen beweglichen Sachen, speciellen mit der Realität verbundenen Rechte u. a. Gegenstände, die den eigentlichen Werth der Grundstücke und Gebäude nicht betreffen, in Abschlag zu bringen. Bei den mit Gebäuden versehenen landwirthschaftlichen Realitäten ist auch ein entsprechendes Gebäudeabnützungsprozent abzuschlagen.

Hingegen ist in Veräußerungsfällen der Capitalswerth in Pachtfällen ~~der~~ ein entsprechender Betrag für die vom Eigenthumserwerber oder Pächter ~~zusammen~~ allenfalls mit der Realität übernommenen Steuern, ~~sammt Grundentlastungszuschlägen~~ [sondern die Realität als solche ohne Rücksicht auf die Person ihres Besitzers treffenden ~~Zuschlägen, dann~~ Steuerzuschlägen, dann für die von ihnen übernommenen] Dienstbarkeiten, Schulden u. a. Nebenleistungen, dem in der Urkunde ausgedrückten Preise der Realität zuzuschlagen.

Der durch diese Ab- und Zuschläge berichtigte Preis ist als Preis der Realität anzunehmen.

§ 7 6

Die in jedem Kronlande ermittelten Daten über die:

a. Veräußerungspreise,
b. Pachtzinse,
c. und Schätzungen (§ 3 a) nachgewiesenen Steuerträgnisse,

sind ~~jede für sich~~ abgesondert, u. z. nach folgenden Kategorien:

F
1. für Arbeits- und industrielle Anlagen, bei denen ~~welchen~~ der Ertrag der Erwerb- und Einkommensteuer jenen der Real- (Grund- u. Gebäude) Steuer übersteigt; —
2. für Hausrealitäten, bei denen der Ertrag der Gebäudesteuer jenen der Grundsteuer übersteigt; —
3. für

~~1. für Hausrealitäten, d. i. für jene Gebäude, ... Realitäten, bei ... und jene Realitäten, bei denen der Ertrag der ... der Gebäudesteuer jenen der Grund- ... zur Realität gehörigen anderen Grundflächen übersteigt,~~

2. für landwirthschaftliche Realitäten, diese letzteren unterabgetheilt in einzelne Grundstücke, kleinere und größere Wirthschaftscomplexe,

ferner der, den letzteren Realitäten vorgeschriebenen Realsteuer und dem Verhältnisse der letzteren zum Veräußerungspreise, Pachtzinse oder Steuerträgnisse, — zuerst gemeindeweise, dann bezirksweise, endlich in einem Landessummarium zusammenzustellen.

§ 8

Die Daten über die Landes- u. a. Steuerzuschläge (§ 3 b) sind in ~~Bezug auf~~ Betreff derjenigen ~~derselben~~ Realitäten, auf welche sich die § 7 [illegible]:

deren Daten beziehen, zu sammeln, ~~und~~ in Steuergruppen nach der Grundsteuer auszudrücken, und ~~zu obigst~~ bezirksweise

§ ~~8~~ 7

Die Daten über die in § 3 b bezeichneten Zuschläge sind im Betreff derselben Realitäten, auf welche sich die in § 7 ~~bezogen~~ angeführten Daten beziehen, zu sammeln, in Steuergruppen nach der Grundsteuer ~~abzudrücken~~ und (zuerst gemeindeweise, dann bezirksweise endlich in einem Landeshauptsummarium beizustellen ~~zusammenzustellen~~.

~~A~~ III

Ausführende Organe

§ ~~10~~ ~~9~~ 8

~~Zur Prüfung~~ Mit der Sammlung, Prüfung und Zusammenstellung der angedeuteten Behelfe werden spezielle Commissionen beauftragt, u. z.

a eine Zentralkommission mit dem Sitze in Wien;

b eine Landeskommission für ein jedes durch einen Landtag vertretene Kronland mit dem Sitze in der Hauptstadt des Kronlandes;

c eine Distriktskommission für jeden politischen Bezirk so wie für jede größere, einem Landbezirk an Einwohnerzahl mit dem Landesdurchschnitte zu vergleichende Stadt.

7

§ 9

Aus den nach § 10 aufzuschreibenden Gewerbsverzeichnissen von industriellen Unternehmungen sind die Gewerbsverzeichnisse derselben zu entnehmen, und sollen diese, ebenso wie die nach § 6 in Abschlag zu bringenden Kapitalbeträge solcher Unternehmungen, sammt den diesen Unternehmungen und den dazu gehörigen Grundstücken u. Gebäuden vorgeschriebenen Real- und Einkommensteuern, ~~für jedes Kronland, rubrizirt~~ abgesondert von den im § 7 bezeichneten Daten, auch zwischen, ~~werden~~ und nach § 8 zusammengestellt werden.

Die Centralkommission besteht aus ~~40 Mitgliedern,~~ ~~u. zwar~~ aus dem von Seiner Majestät ernannten Präsidenten, ~~dessen~~ [illegible] aus 6 vom Ministerium ~~ernannten~~ bezeichneten, und 35 im Abgeordnetenhause des Reichsrathes, ~~gewählten Mitgliedern u. zwar~~ gewählten Mitgliedern. Von den ~~auf~~ auf das Abgeordnetenhaus entfallenden Mitgliedern sind:

durch die Abgeordneten des Königreichs	Böhmen	9
" " " " "	Dalmatien	1
" " " " "	Galizien mit Krakau	7
" " " "	Erzherzogthums Österreich unter der Enns ...	4
" " " "	Erzherz. Österreich ob der Enns u. des Herz. Salzburg	2
" " " "	Herzogthums Steiermark	2
" " " " "	Kärnten ...	1
" " " " "	Krain ...	1
" " " " "	Bukowina .	1
" " "	der Markgrafschaft Mähren	3
" " "	des Herzogth. Schlesien	1
" " "	der gefürsteten Grafschaft Tirol u. des Landes Vorarlberg	2
" " "	der Markgrafschaft Istrien, der gefürsteten Grafschaft Görz u. Gradisca u. der Stadt Triest mit ihrem Gebiete	1

mit absoluter Stimmenmehrheit zu wählen.

Die Landeskommission besteht aus dem Landeschef oder dessen Vertreter für politische Angelegenheiten als Präsidenten

und aus ~~andern~~ 8 bis ~~10~~ 12
Mitgliedern, von denen die
Hälfte vom Gouvernementsministerium
über Vorschlag des Landeschefs,
die andere Hälfte aber vom
Landtage, und wenn dieser
nicht versammelt wäre vom
Landesausschuße gewählt
wird.

Die (Distrikts) ~~Bezirks~~kommission besteht
aus einem vom Gouvernementsministe-
rium über Vorschlag des Landes-
chefs ~~ernannten~~ Präsidenten
und aus ~~andern~~ 4 bis 8 Mitgliedern,
von denen die Hälfte vom
Landeschef, 1/4 vom Landes-
ausschuße, 1/4 aber von der
Vertretung des betreffenden
Distriktes (Bezirks u. Stadt)
und in Ermangelung einer
solchen Vertretung vom
Landesausschuße gewählt
wird.

Die Zahl der Mitglieder
der Landes- u. ~~Bezirkskommissio-~~
~~nen~~ Distriktskommissionen wird
innerhalb der oben bestimmten
Grenzen vom Ministerium
nach eingeholtem Gutachten
des Landesausschußes fest-
gestellt.

Alle Mitglieder der Landes-
und Bezirkskommissionen müssen
mit der Landessprache u. mit
den wirthschaftlichen Verhältnissen
der Länder u. Distrikte für
welche sie aufgestellt werden
genau bekannt sein.

diese Mitglieder ebenso wie jene der Zentral-Kommissionen haben Ersatzmänner, welche auf dieselbe Art wie die Mitglieder selbst gewählt werden.

§ 9

Die im § 8 bezeichneten Kommissionen fassen ihre Beschlüße vollgiltig nach absoluter Stimmenmehrheit.

Der Vorsitzende stimmt in der Regel nicht. Bei ~~[illegible]~~ gleichgetheilten Stimmen wird jene Ansicht zum Beschluße erhoben, welcher der Vorsitzende beitritt.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit von ~~[illegible]~~ wenigstens der Hälfte der Commissionsmitglieder erforderlich.

Zur Giltigkeit der Beschlüße bei den Landes- u. Distrikts-Kommissionen ist auch erforderlich, daß die Anzahl der Stimmenden, welche durch ~~die Landesvertretung~~ die Vertretungen (Landtag, Landesausschuß, Bezirks- u. städtische Vertretung) gewählt sind, gleich sei der Anzahl der andern stimmenden Mitglieder

§ ~~12~~ 10

Die Distrikts- (Bezirks- oder städtische) Commission hat die im § 2 bezeichneten Daten, nach den ~~und~~ in den §§ 4 bis 8 enthaltenen Bestimmungen in ihrem Arbeitskreise auszumitteln, zu prüfen F und zusammenzustellen, hiebei die erforderlichen Localerhebungen zu pflegen, nöthigenfalls Sachkündige zu vernehmen, und die zu Stande gebrachten Ausweise und Zusammenstellungen, ~~der Landeskommission~~, mit den zur Beurtheilung derselben nöthigen Aufklärungen u Behelfen, ~~an~~ der Landeskommission vorzulegen.

Die Landeskommission ertheilt den ihr untergeordneten ~~Distriktskommissionen~~ ihres Landes die erforderlichen Weisungen; sie überwacht deren Arbeiten entweder selbst oder durch ihre Delegirte; sie hat die ihr vorgelegten Ausweise u Zusammenstellungen zu prüfen, erforderlichenfalls zu berichtigen F ~~hieraus~~ Landessummarien zu bilden, und solche sammt den ~~zur~~ zu deren Beurtheilung nöthigen Aufklärungen

F oder deren Berichtigung anzuordnen,

und Beschlüsse der Central-
kommission vorzulegen.

Die Centralkommi-
ssion hat gegenüber
den Landeskommissionen
dieselben Befugnisse,
welche diesen Letzteren
gegenüber den Distrikts-
kommissionen zustehen;
~~die Centralkommi~~ sie hat
~~ferner~~ die Landeskammer-
rein zu prüfen, nöthigen-
falls zu berichtigen oder
deren Berichtigung anzu-
ordnen. Die Centralkom-
mission hat ferner zwischen
den in jedem Lande ange-
nommenen Capitals- und
~~Kaufwerthen der~~ Kaufpreisen,
der Realitäten u. aus
Rechnungen ausgemittelten
Reinerträgnissen eines-
theils u. den denselben
Realitäten vorgeschriebenen
ordentlichen Realsteuer
anderntheils summarische
Vergleichungen anzustellen
u. auf Grund dieser Ver-
gleichungen behufs ~~mit~~ Berück-
sichtigung der jedem Lande
~~bis daher~~ vorgeschriebenen
Realsteuersumme und
der in jedem Lande
bestehenden Landes- ~~und~~
u. a. Zuschläge zu der Realsteuer Anträge
~~über die Festsetzung~~

Die Zeitpunkte der Amtshandlung der Commission.

in Bezug auf das für (ein) jedes Kronland ~~für das~~ festzustellende ~~Beitragsverhältniß eines jeden Kronlandes zu~~ (§1) ~~eines jeden Kronlandes~~ zu stellen.

§ ~~X~~ ~~8~~ 11

Diese Anträge sind durch das Ministerium mit dessen eigenen Anträgen ~~hierüber~~ dem Ausschusse der Zentral-Kommission zur weiteren gesetzlichen Behandlung (§1) vorzulegen.

IV

Abschließende Bestimmungen

§ 12

~~Aufhörende Bestimmungen~~

Übergangsbestimmung

So lange das erste Grundsteuerbeitrags-verhältniß der einzelnen Kronländer ~~in Gemäß~~ nach diesen Bestimmungen dieses Gesetzes nicht festgestellt sein wird, ist das Beitrags~~heit~~ Beitragsverhältniß für jedes Kronland nach jenem Verhältnisse zu bemessen, welches zwischen der ~~für~~ in den letzten 3 Jahren von diesem Kronlande entrichteten ~~Grundsteuer~~ Summe der Grundsteuer ~~[illegible]~~ und jener ~~[illegible]~~, welche vom ganzen Reiche entrichtet wurde, besteht.

Für die erste Feststellung des Beitragsverhältnisses nach diesem Gesetze sind die im §2 bezeichneten Ergebnisse aus den Jahren ~~...~~ 1855 bis 1869 zu benützen.

Noty do projektu

czy kwota naprzód [illegible]
stałego

1) Es ~~scheint auch angezeigt~~ dürfte entsprechend scheinen, das Beitragsverhältniß ~~gründlich zu revidieren~~ von Zeit zu Zeit zu revidieren. Doch braucht ~~dies~~ der Gesetzgeber ~~solche Revisionen nicht und an~~ die Momente der Revision und die Perioden derselben nicht im Voraus zu bestimmen, da er ~~überhaupt die Revision mittelst eines späteren Gesetzes~~ durch eine solche Bestimmung nicht gebunden sein, ~~[illegible]~~ und die Revision wenn immer mittelst eines späteren Gesetzes einleiten, hiebei aber die mittlerweile gesammelten Erfahrungen benützen kann.

2) daß bei den so stark divergirenden ökonomischen Verhältnissen der einzelnen Kronländer, ~~die Umlegung der~~ eine entsprechende Umlegung der Realsteuer im Inneren eines Kronlandes nur im Wege der Landesgesetzgebung sich erzielen läßt, haben wir bereits dargestellt. Es bleibt uns übrig die Gründe darzustellen, aus welchen wir das Beitragsverhältniß der Kronländer ~~für die~~ gesammte Realsteuer, ~~und~~ aber nicht für die Grundsteuer abgesondert von der Gebäudesteuer, festgestellt, ~~nicht~~, und die Bestimmung zu zur Umlegung der ganzen Realsteuer im Inneren der Länder der Landesgesetzgebung eingeräumt wissen wollen.

§ statt Kraj
Uebertr. [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible]

3. 6

[illegible] nicht Wirtschafts[illegible] (5
20 Jahre –
[illegible]zuschlag dodatek –
[illegible] L. u. Druck [illegible] –
Vergleichung mit [illegible]
nie [illegible]
[illegible] um 20%
[illegible] um 200%

